

Schriftenreihe des Interdisziplinären Zentrums
für Bildung und Kommunikation in
Migrationsprozessen (IBKM) an der
Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Nr. 23

Herausgegeben von
Rudolf Leiprecht, Rolf Meinhardt, Michael Fritsche,
Hans-Peter Schmidtke, Ina Grieb

Sebastian Fischer

Rechtsextremismus bei Jugendlichen

Eine kritische Diskussion von Erklärungsansätzen
und Interventionsmustern in
pädagogischen Handlungsfeldern



BIS-Verlag der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Das Werk ist einschließlich aller seiner Teile urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechts bedarf der Zustimmung der Herausgebenden. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Medien.

© BIS-Verlag, Oldenburg 2006

Verlag/Druck/ BIS-Verlag
Vertrieb: der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
Postfach 25 41, 26015 Oldenburg
Tel.: 0441/798 2261, Telefax: 0441/798 4040
E-Mail: verlag@bis.uni-oldenburg.de

ISBN 3-8142-2011-X
ISBN 978-3-8142-2011-6

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	7
2	Anmerkungen zum Forschungsfeld	9
3	Erklärungsansätze	11
3.1	Fremdenfeindlichkeit als Potenzial aus der menschlichen Evolutionsgeschichte	11
3.2	Rechtsextremismus als Folge sozialen Wandels	25
3.2.1	Der individualisierungstheoretische Ansatz von Wilhelm Heitmeyer	26
3.3	Rechtsextreme Jugendliche – eine neue Protestbewegung	44
3.4	Rechtsextremismus als Resultat fehlender oder falscher Erziehung	48
3.5	Rechtsextremismus als Reaktion auf Einwanderung	53
3.5.1	Exkurs: „Fremde“ als Objekt der Rechtsextremismusforschung	67
3.6	Rechtsextremismus und autoritärer Charakter	73
3.6.1	Der Autoritarismus-Ansatz von Detlef Oesterreich	76
3.7	Rechtsextremismus ein Resultat der Sozialisation in der DDR	88
3.8	Rechtsextremismus als Ausdruck einer Dominanzkultur	99
3.9	Zusammenfassung	121

4	Interventionsmuster in pädagogischen Handlungsfeldern	125
4.1	Akzeptierende Jugendarbeit	129
4.1.1	Akzeptierende Jugendarbeit nach Franz-Josef Krafeld	130
4.1.1.1	Handlungsebenen der Akzeptierenden Jugendarbeit	133
4.1.1.2	Kritik des Konzepts	140
4.1.2	Akzeptierende Jugendarbeit in Ostdeutschland	157
4.1.3	Bilanzierende Einschätzung der Akzeptierenden Jugendarbeit	160
4.2	Politische Bildungsarbeit nach A. Scherr	162
5	Abschließende Überlegungen	175
	Literatur	179

1 Einleitung

Zu Beginn der 1990er Jahre kam es zu einem starken Anstieg von Rechtsextremismus in Deutschland. Seit der Gewaltwelle der Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte 1991 bis 1993 ist es nicht gelungen, den Rechtsextremismus zurückzudrängen. Statt dessen mehren sich die Anzeichen, dass es unter Jugendlichen zu einer Verfestigung und Ausbreitung rechter Tendenzen gekommen ist (vgl. Funke 2002, S. 20 f.; vgl. Scherr 2001, S. 11).

Die Untersuchung von Rechtsextremismus bei Jugendlichen hat seit Anfang der 1990er Jahre Hochkonjunktur. Über die Ursachen des Rechtsextremismus bei Jugendlichen und angemessene Gegenstrategien wird kontrovers diskutiert. Ich werde in dieser Arbeit gängige Erklärungsansätze des Rechtsextremismus vorstellen und dabei nach ihrer jeweiligen Erklärungskraft beziehungsweise Plausibilität fragen. Anschließend werde ich auf pädagogische Interventionen gegen Rechtsextremismus eingehen.

Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass es keine eindeutige Definition der Begriffe „rechts“ beziehungsweise „rechtsextrem“ gibt. Rechtskonservative, rechtspopulistische und rechtsextreme Argumentationsfiguren weisen vielfältige Überschneidungen auf (vgl. Butterwegge 2002). Ich verstehe unter Rechtsextremismus ein Konglomerat aus nationalistischen, rassistischen, antisemitischen und antidemokratischen Einstellungs- und Handlungsmustern.

Erklärungsansätze des Rechtsextremismus, der Fremdenfeindlichkeit oder autoritärer Einstellungen sind oft nur schwer voneinander abzugrenzen. Deshalb werde ich neben expliziten Ansätzen zum Rechtsextremismus auch damit zusammenhängende Erklärungsangebote berücksichtigen. Auch ist eine Kategorisierung anhand akademischer Disziplinen in diesem Untersuchungsbereich kaum möglich. Pädagogische, psychologische, soziologische und politikwissenschaftliche Ansätze überschneiden sich häufig. Deshalb werde ich Ansätze verschiedener Disziplinen diskutieren. Innerhalb einer Fachrichtung arbeiten verschiedene Ansätze mit Erklärungskomponenten, die so oder ähnlich auch bei anderen Ansätzen zu finden sind. Ich werde

versuchen, das für den jeweiligen Ansatz Spezifische herauszuarbeiten und Wiederholungen soweit wie möglich zu vermeiden. Dabei werde ich vor allem folgenden Fragestellungen nachgehen: Sind Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ein aus der menschlichen Evolutionsgeschichte stammendes Potenzial? Ist Rechtsextremismus als Desintegrationsphänomen in der modernen Risikogesellschaft beschreibbar? Ist Rechtsextremismus bei Jugendlichen eine Form von Jugendprotest beziehungsweise eine Protestbewegung deklassierter Jugendlicher? Ist der Rechtsextremismus bei Jugendlichen Resultat fehlender oder falscher Erziehung? Ist es eine besondere (autoritäre) Charakterstruktur, die den Rechtsextremismus erklären kann? Ist Rechtsextremismus als Artikulationsmöglichkeit für eine von Zuwanderung überforderte und von Politikern im Stich gelassene Bevölkerung zu verstehen? Ist Rechtsextremismus im Kontext einer Lebensweise zu verorten, die von Herrschaftserfahrungen durchdrungen ist?

Anschließend werde ich Chancen und Risiken verschiedener Interventionsformen in pädagogischen Handlungsfeldern diskutieren. Dabei werde ich mich insbesondere mit der akzeptierenden Jugendarbeit auseinandersetzen und nach den Möglichkeiten politischer Bildungsarbeit fragen.

2 Anmerkungen zum Forschungsfeld Rechtsextremismus

Eine Bilanzierung der neueren Rechtsextremismusforschung fällt angesichts der großen Publikationsvielfalt schwer. Ein einigermaßen konturiertes Fazit scheint kaum möglich zu sein. Im Folgenden werde ich deshalb nur kurz auf einige grundlegende Probleme der Forschung eingehen.

Ein zentrales Problem der wissenschaftlichen Erforschung von Rechtsextremismus sind die unterschiedlichen Definitionen und Operationalisierungen von Rechtsextremismus. Rechtsextremismus wird in vielen Untersuchungen nicht genau definiert. Verschiedene Studien kommen deshalb zu völlig unterschiedlichen Ergebnissen bezüglich Verbreitung rechtsextremer Orientierungen in der Bevölkerung. Auch erschweren unterschiedliche Begriffsdefinitionen, Operationalisierungen und Instrumente die Gewinnung von Längsschnitt- und Paneldaten, mit denen verlässlichere Aussagen über Entwicklung und Entstehung rechtsextremer Einstellungen gemacht werden könnten (vgl. Kleinert 2000, S. 169).

Leiprecht weist auf eine Art Kreislauf zwischen ForscherInnen, Medienberichten und Beforschten hin. WissenschaftlerInnen speisen demnach in den Mediendiskurs Ergebnisse ihrer quantitativen Fragebogenuntersuchungen oder qualitativen Interviews ein. Dabei dominieren Erklärungsansätze, die Arbeitslosigkeit, Verunsicherung, Zukunftsängste etc. für die Entwicklung rechter Orientierungen verantwortlich machen. Diese medial verbreiteten Erklärungsangebote werden dann bei wissenschaftlichen Untersuchungen von den befragten Jugendlichen mit der Intention reproduziert, eigene problematische Einstellungen zu rechtfertigen. Wenn Forscher diese Aussagen unkritisch übernehmen und diese mit entsprechender wissenschaftlicher Autorität ausgestatteten „Forschungsergebnisse“ wieder Eingang in die Medien finden, ist ein problematischer Kreislauf entstanden (vgl. Leiprecht 2005, S. 9/10).

Viele Studien, die die Entstehung von Rechtsextremismus untersuchen, arbeiten mit auffällig gewordenen rechtsextremen Gewalttätern. Die Ergebnisse aus der Befragung dieser Jugendlichen können jedoch nur sehr vorsichtig interpretiert werden. Boehnke et al. vermuten, dass Effekte der nachträglichen Dissonanzreduktion bei Befragungen es notwendig machen, eher die Größe des zu vermutenden Bias zu erforschen und nicht so sehr die gemachten Aussagen selbst (vgl. Boehnke et al. 2002, S. 11).

Ein allgemeines Manko der Rechtsextremismusforschung ist ihre mangelnde Interdisziplinarität. Politikwissenschaft, Soziologie, Sozialpsychologie, Psychologie und Pädagogik arbeiten in der Regel an der Erforschung der Ursachen von rechtsextremen Einstellungen und Verhaltensweisen, ohne die Ergebnisse der anderen Disziplinen zur Kenntnis zu nehmen. Boehnke, Fuß und Hagan fanden bei der Literaturrecherche zum Thema Rechtsextremismus in der WISO-NET SOWI Datenbank für sozialwissenschaftliche Forschungsliteratur im Zeitraum von 1993 bis 2001 bei 1500 Einträgen zum Thema Rechtsextremismus lediglich vier Artikel, die für sich in Anspruch nahmen, interdisziplinär angelegt zu sein (vgl. Boehnke et al. 2002, S. 14).

Neidhardt weist auf ein generelles Defizit an Theorie in der Rechtsextremismusforschung hin. Er spricht von einer weitverbreiteten Neigung zu „Ad-hoc-Theoretisierungen“ (Neidhardt 2002, S. 782). Sein Resümee bezüglich der Zukunft des Forschungsfeldes ist pessimistisch. Er nimmt an, dass „sich die Rechtsextremismusforschung in erheblichem Maße von den wissenschaftlichen Grundlagenbereichen ihrer Disziplinen (...) isoliert hat – keine gute Bedingung dafür, dass sich das Forschungsfeld akademisch etablieren und stabilisieren kann. Ist dies richtig, dann wird Rechtsextremismusforschung stark ereignisabhängig sein, also davon abhängen, dass ab und an spektakulär Schlimmes passiert.“ (ebd.)

3 Erklärungsansätze

3.1 Fremdenfeindlichkeit als Potenzial aus der menschlichen Evolutionsgeschichte

Klaus Wahl vom Deutschen Jugendinstitut München sowie Martina Gaßebner, Christian Peucker, Nikola Schmidt, Christiane Tramitz und Jörg Blumtritt können als wichtige Vertreter eines evolutionstheoretischen Erklärungsansatzes in Deutschland verstanden werden. Im Folgenden werde ich ihre Erklärung kurz vorstellen, um anschließend pädagogische Implikationen eines evolutionstheoretischen Erklärungsmodells zu diskutieren.

Wahl und MitarbeiterInnen betonen die Notwendigkeit, bei einer Erklärung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus interdisziplinär vorzugehen: „Für einen Erkenntniszuwachs müssen wir also eine theoretische Perspektive einnehmen. Vielleicht – die Hoffnung bleibt – lassen sich danach dann doch wieder einfachere Zusammenhänge entdecken.“ (Wahl et al. 2001, S. 37) In Abgrenzung von anderen Erklärungsversuchen versuchen sie, die verschiedenen Perspektiven nicht isoliert nebeneinander stehen zu lassen, sondern wählen die „Erklärungsstrategie des Holismus.“ Wahl fragt: „Ist überhaupt eine theoretische Perspektive vorstellbar, die als Ausgangspunkt oder Klammer für eine derartige Integration der Erkenntnisse so unterschiedlicher Wissenschaften dienen könnte? In der Tat gibt es das bereits. Es ist das Evolutionsparadigma, das sich nicht nur in den biologischen Wissenschaften als (...) grundlegender theoretischer Bezugsrahmen durchgesetzt hat.“ (ebd., S. 38)

Wahl sieht Defizite bei gebräuchlichen soziologischen und psychologischen Theorien, da eine Argumentation, die Verhaltensweisen als Ergebnis einer bestimmten Kultur oder von Sozialisationsprozessen betrachte, letztlich ein Zirkelschluss sei. Kultur präge in diesen Theorien Menschen, die wiederum Kultur prägten. Wahl konstatiert eine

„Biophobie der Sozialwissenschaften“ gegenüber naturwissenschaftlichem Denken¹ (Wahl et al., 2003, S. 18).

Wahl schreibt: „Das Evolutionsparadigma hat den Vorteil, den umfassendsten Möglichkeitsraum für soziales Verhalten aufzuspannen, der die unterschiedlichsten Formen, Felder, Faktoren, Prozesse und Mechanismen von Fremdenfeindlichkeit einschließt, ihre Phylogenese und Ontogenese, die biologische, psychische, soziale und kulturelle Evolution, die Reifung, die Sozialisation und die Situationsangepasstheit solcher Verhaltensweisen. Selbst noch die Entwicklung der modernen Diskurse über Fremdenfeindlichkeit in ihren diversen terminologischen und ideologischen Varianten, wie wir sie als Beteiligte oder Beobachter wahrnehmen, lassen sich mit diesem Paradigma aufschließen: Auch die Entwicklung von gesellschaftlichen Konstruktionen („Nation“, „Ausländer“ usw.) in sich modernisierenden, differenzierenden Gesellschaften lassen sich evolutionstheoretisch (im weiteren Sinne) beschreiben.“ (Wahl et al. 2001, S. 38)

Das Evolutionsparadigma

In der vom Evolutionsparadigma angeleiteten „biopsychosozialen“ Perspektive Wahls ist das Verhalten gegenüber Fremden als Ergebnis unterschiedlich langer Prozesse konzipiert. Wahl unterscheidet kurzfristige, mittelfristige und langfristig-evolutive Prozesse. Kurzfristig wirken demnach aktuelle „ökologische, gesellschaftliche, wirtschaftliche, kulturelle und politische Ereignisse.“ Das können „Arbeitsmarktdynamik, Abstieg, Erfahrung mit Ausländern, kulturelle Moden“ sein. Diese kurzfristigen Faktoren wirken nach Wahl nicht als Motivation für Verhalten. Es sind lediglich „Auslöser oder Katalysatoren“ für ältere psychologische Mechanismen (ebd., S. 40).

Mittelfristig nennt Wahl lebensgeschichtliche Faktoren, die durch Beziehungs-, Erziehungs- und Bildungsprozesse „sozio-emotionale Muster“ für den Umgang mit Menschen schaffen. Mittelfristig wirke

1 Wahl führt aus: „Besonders blind für neuere naturwissenschaftliche Erkenntnisse sind große Teile der oft noch sehr geisteswissenschaftlich orientierten Soziologie und Pädagogik sowie Teile der Psychologie, die gerne so tun, als hätten sie von Einsichten in die Evolution des Menschen, in seine vorbewussten und emotionalen Anteile in die für Kognitionen und Emotionen wichtigen Differenzierungen des Gehirnaufbaus nie gehört.“ (Wahl et al. 2001, S. 39.)

sich der historische Wandel auf die „materiellen und familialen Strukturen der Gegenwart“ aus. „Mittelfristig-genetisch“ sei die Entwicklung von Persönlichkeitseigenschaften, „emotionalen Grundbefindlichkeiten“, „Aktions- und Reaktionstendenzen“ zu beachten: „Auch die individuellen Schwellenwerte für das Auslösen der Mechanismen für das Verhalten gegenüber Fremden sind wohl zum Teil genetisch bedingt.“ (ebd., S. 41)

Diese Prozesse beschreibt Wahl als eingebettet in die langfristige-evolutiven Prozesse. Aus der stammesgeschichtlichen Entwicklung resultierten die Emotionen und „psychologischen Mechanismen“ für den Umgang mit Fremden: „Die Entwicklung dieser Mechanismen erfolgte im Lauf von etwa zwei Millionen Jahren in Jäger- und Sammlergruppen als Anpassungen, die dem Überleben dienten. Diese Mechanismen wirken gleichsam als in der Tiefe wirksame Schienen auch noch für das Sozialverhalten heutiger Menschen, selbst wenn sich dies vordergründig an aktuellen Konstruktionen des ‘ethnisch Fremden’ zu orientieren scheint. (...) So finden sich z.B. in fremdenfeindlichen Jugendcliquen nicht von ungefähr Anklänge an frühe, hauptlingsdominierte Gruppierungen, Stammeszeichen und -rituale, die psychologisch Solidaritäts- und Heimatgefühle unterstützen.“ (ebd., S. 41 f.)

Allerdings erklärt Wahl gleichzeitig, dass nicht alle Menschen fremdenfeindlich werden. Es habe sich herausgestellt, dass wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Faktoren kaum Auswirkungen auf die Entstehung von Fremdenfeindlichkeit haben. Er schlägt vor, individuelle psychische Prozesse zu analysieren, um zu erklären, wer wann fremdenfeindlich wird: „Statt sich nur auf die gesellschaftlichen Hintergründe und die zu ihrer Interpretation in der Gesellschaft üblichen Deutungsmuster zu konzentrieren, (...) steht eine Paradigmenverschiebung an: Die Untersuchung der Emotionen, die das soziale Verhalten – gerade auch jenes zwischen Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft – beeinflussen.“ (ebd., S. 44)

Evolution und Emotion

Nach Wahl sind die von Politikern und Medien bereitgestellten Deutungsmuster von Fremden mögliche Richtungen, in die ein Verhalten gegenüber Fremden gehen kann. Welche dieser Richtungen einge-

schlagen wird, hänge aber von den Emotionen ab. Bestimmte emotionale Muster, die in Kindheit und Jugend entstehen, werden dann „in bestimmten Jugendgruppen zu sozialen Affekten aktiviert, heißgeredet und heißgesungen, (...) was schließlich sogar in Gewalttätigkeiten gegen reale oder vermeintliche ethnisch Fremde und mit ihnen Sympathisierende münden kann.“ (ebd., S. 45)

Generell seien Prozesse der Personenwahrnehmung zum großen Teil Resultat eines „automatischen vorbewussten, affektiven“ Mechanismus. Auf Fremdheit reagierten Menschen oft mit Misstrauen. Das sei ein evolutionärer Vorteil. Auch eine evolutionär sinnvolle Neugier gegenüber Fremden müsse festgestellt werden: „Diese Ambivalenz enthält aber auch die Möglichkeit, dass das eine schnell ins andere umkippt, wie das bei emotionalisierten Angelegenheiten oft der Fall ist.“ (ebd., S. 51) Fremdenfeindlichkeit werde zwar oft als politisch begründet vorgetragen, aber die „emotionalen Aspekte dürften den ideologischen oft vorausgehen.“ (ebd., S. 54) Wahl nimmt an, dass „Bewusstheit, Denken, Rationalität und Moral“, die „Lieblingskategorien der Philosophen und Soziologen“, im Alltag eigentlich keine große Rolle spielen. In seiner Argumentation bezieht sich Wahl auf Neurologen, die vom „Primat der Emotionen“ gegenüber den Kognitionen ausgehen. Wahl schreibt: „Materiell äußert sich das etwa darin, dass die Gehirnbahnen von den für die Emotionen maßgeblichen Arealen (...) zu den für das Denken maßgeblichen Bereichen stärker ausgeprägt sind als umgekehrt.“ (ebd., S. 56)

Gerade bei grundlegenden Emotionen spielten die angeborenen Dispositionen gegenüber den Umweltfaktoren eine besondere Rolle. So sei auch die Furcht primär eine angeborene Disposition. Wahl schreibt: „Dieser im einzelnen schwer zu bestimmende genetische Anteil einiger sehr grundlegender (...) emotionaler Persönlichkeitseigenschaften (...) deutet mögliche ‘Grenzen der Erziehung’ an.“ (ebd., S. 63)

Wahl geht davon aus, dass evolutionäre Anpassungsstrategien eine Tendenz zum Ethnozentrismus geschaffen haben. Menschen haben demnach die Neigung, die eigene Gruppe, ihre Bräuche und Moral als universell gültig zu betrachten. Die Begegnung mit anderen Kulturen könne dann Furcht, Abneigung und Abscheu hervorrufen oder aber Neugier und Interesse (ebd., S. 77).

Die entscheidenden Faktoren, die das soziale Verhalten des einzelnen Menschen gegenüber Fremden bestimmen, sind für Wahl grundlegende Persönlichkeitseigenschaften, wie allgemeine Ängstlichkeit, Impulsivität und die aktuelle Stimmung, etwa das Gefühl von Verunsicherung oder Stress. Auch spielen die äußere Situation eine nicht unerhebliche Rolle (ebd., S. 79/111).

Im einzelnen unterscheidet Wahl drei „emotionale Grunddispositionen“. Zum einen gebe es offene, angstfreie Personen, die auf Fremde primär mit Neugier reagieren. Die anders Disponierten beschreibt Wahl folgendermaßen: „Dagegen können generell ängstliche Personen bei der Begegnung mit Fremden Furcht und Aversion entwickeln. Wird die Furcht zu groß, fühlen sie sich von den Fremden bedrängt, kann sie auch in Ärger und Wut umschlagen – wir stoßen hier auf das Phänomen der ‚Angstbeißer‘. Wieder andere Personen sind von früh auf schon aggressiv, kultivieren Macht- und Dominanzgefühle und begegnen Fremden eventuell mit Wut und Hass.“ (ebd., S. 78)

Wahl unterscheidet die drei grundsätzlichen Reaktionsmuster „neugierig-freundlich“, „unsicher-vermeidend“ und „dominant-aggressiv“ gegenüber Fremden. Zwischen ihnen bestehe ein enger Zusammenhang: „Unsicherheit kann in Furcht und diese bei Bedrängnis in Aggression umschlagen. Neugierde und Interesse können verbunden sein mit Unsicherheit und Furcht. Starke Attraktion kann schnell in aggressive Zurückweisung münden, z.B. wenn keine Gegenseitigkeit vorliegt.“ (ebd., S. 79)

Es wird deutlich, dass Wahl von einer generell problematischen Beziehung von „Eingeborenen“ und Fremden ausgeht. Es ist demnach nur ein schmaler Grat zwischen „zivilisiertem“ und archaisch barbarischem Verhalten gegenüber Fremden.

Fremdenfeindliche Jugendliche charakterisiert Wahl folgendermaßen: „Emotional regredieren sie auf starke Affekte oder primäre Emotionen. (...) Kognitiv gehen sie auf einfache Wahrnehmungsschemata zurück. (...) Im Verhalten fallen sie auf evolutionär frühe, einfache (Re-)Aktionsformen zurück (bis zum Überfall auf ‚Ausländer‘ bei eigener Überlegenheit; Flucht, Schutzsuche bei Unterlegenheit). Sozial regredieren sie zu einfachen Gruppierungsformen und Konstellationen (...). Kulturell reaktivieren sie antiquierte fremdenfeindliche Mythen, Rituale und Hassgesänge.“ (ebd., S. 114)

Wahl will deutlich machen, dass sich das Problem nicht auf bestimmte Bevölkerungsgruppen beschränken lässt. Deshalb fragt er im Anschluss an die Schilderung von fremdenfeindlichen Jugendlichen: „Bleiben unsere Gefühle wirklich ganz kühl, können wir uns frei von Vorurteilen machen, wenn uns nachts auf einer einsamen Straße längere Zeit ein Unbekannter folgt oder uns eine Gruppe junger exotisch aussehender Männer in unverständlicher Sprache anspricht?“ Die Antwort Wahls auf diese doch recht suggestiv gestellte Frage folgt prompt: „Unser Erfahrungswissen, unsere moralischen Prinzipien und Höflichkeitsnormen für den Umgang mit Fremden können in einer solchen Situation von den Gefühlen erst einmal unterlaufen werden.“ Im Anschluss an die These des in jedem Menschen schlummernden „regressiven“ Potenzials folgt eine Qualifizierung der Sichtweisen und Aktionen fremdenfeindlicher Jugendlicher: „Stellen wir uns dann einen ohnehin sehr ängstlich veranlagten Jugendlichen vor, dem von Eltern und Kameraden, Medien und Politikern dauernd eingeredet wird, wie gefährlich ‚Ausländer‘ sein können. Vielleicht wird dann ansatzweise nachvollziehbar, wie eine solche nächtliche Begegnung zu einer emotionalen Überreaktion eskalieren könnte, in der evolutionär seit langem in Menschen angelegte Mechanismen in einer aktuellen Situation aktiviert werden: massive Furcht, gefolgt von Flucht – oder Angriff. Dieser Jugendliche wird anderen dann vielleicht erzählen, dass man sich kaum mehr auf die Straße trauen könne, wo einem gefährliche Ausländer begegneten. (...) Fremdenfeindliche Jugendliche glauben, sich gegen solche Gefahren wappnen zu müssen.“ (ebd., S. 114 f.)

Gegenmaßnahmen

Wenn Fremdenfeindlichkeit als Resultat von evolutionär bedingten Verhaltensweisen im Verbund mit bestimmten emotionalen Dispositionen verstanden wird, stellt sich die Frage, was man dagegen machen könnte. Nach Wahl müsste man gegen die „Gefühls- und Sozialphantasien (...) bei manchen ‚Fremdenfreunden‘, für die eine friedliche multikulturelle Gesellschaft voraussetzungslos und als das ‚Natürlichste der Welt‘ erscheint“, die „anspruchsvolle Aufgabe rationaler politischer Gestaltung gegen die evolutiven Attraktoren oder Gravitationskräfte, die soziales Verhalten leicht in die regressive Richtung ziehen“, angehen (ebd., S. 114).

Bisherige Formen von Prävention und Intervention hält Wahl für unzureichend. Es wird demnach „öfter mal eine preisgünstige Kampagne mit Posters und ‘Rock gegen Rechts’ inszeniert. Da wird mal ein public-relations-agiles Psychologenteam samt Werbeagentur beauftragt, aus spärlichen Literatur- und Forschungskenntnissen ein Anti-Aggressions-Programm aufzuschreiben und zu vermarkten. Dort werden mal ein paar Lehrer vom Unterricht freigestellt für ein pädagogisches Institut, um sich in ein paar Monaten ein Curriculum gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt an Schulen einfallen zu lassen. (...) Alles vielleicht gut gemeint, aber dilettantisch und ineffizient.“ (Wahl 2003, S. 265)

Wahl empfiehlt schon sehr früh in der Kindheit zu intervenieren. Er untersuchte rechtsorientierte Tatverdächtige und aus seinen Ergebnissen leitet er Prinzipien der Intervention ab. Spätere Täter zeigen nach Wahl bereits in der frühen Kindheit „emotionale Auffälligkeiten“ wie Ängstlichkeit, Unsicherheit und Trauer: „Etwas später dann kamen oft allgemeine Devianz, Fremdenfeindlichkeit und – gewöhnlich erst zuletzt in der Jugend – rechtsextreme Orientierungen dazu. Daher müssen präventive Ansätze schon auf die differenzierten Ausgangspunkte und Bedingungen der Aggressionsgenese und -förderung eingehen und bereits in der Kindheit beginnen. Die Behandlung solcher aggressionsförderlichen Faktoren stellt gleichzeitig eine Art Breitbandantibiotikum gegen verschiedene spätere Auffälligkeiten und Delinquenztypen dar: gegen Gewalttätigkeit im allgemeinen wie gegen fremdenfeindliche und rechtsextremistische Gewalt im besonderen. (...) Diese Emotions- und Empathiedefizite gilt es, durch geeignete Programme abzubauen – gleichsam als emotionale Resozialisierung. Noch besser wäre es freilich, präventiv schon in Kindergärten und Schulen die emotionale Intelligenz’ oder Kompetenz zu steigern.“ (ebd., S. 266 f.) Wahl fordert deshalb eine bessere Bildung beziehungsweise Ausbildung von Eltern, KindergärtnerInnen und LehrerInnen. Eltern sollten bei „emotionalen Besonderheiten“ ihrer Kinder, wie große Ängstlichkeit und Depressivität, Hilfe in Form von medizinischer und pädagogischer Beratung erhalten. Familienbildungsstätten, Volkshochschulkurse, Mütter- und Familienzentren sollten Eltern Aufklärung und Rat bei der Erziehung bieten. KindergärtnerInnen und LehrerInnen müssten mehr Wissen über „Persönlichkeitsunterschiede“ und Formen, mit diesen umzugehen, erhalten. Armen Familien und „Multi-Problemfamili-

lien“ sollte eine Sozialpädagogische Familienhilfe bei der Bewältigung von Erziehungsaufgaben helfen (ebd., S. 270 f.).

Während der Pubertät empfiehlt Wahl den Eltern, der Schule und Jugendfreizeitzentren, den Jugendlichen attraktive Freizeitangebote zu machen, um so die Hinwendung zu rechtsextremen Gruppen zu verhindern (ebd., S. 273). Politische Aufklärung und historische Bildung hätten hingegen kaum einen Einfluss auf rechts orientierte Jugendliche. Bei „gefährdeten“ Jugendlichen müssten erst emotionale und soziale Defizite behandelt werden.

Bei „Mehrfach- und Intensivtätern“ fordert Wahl, über die Unterbringung in geschlossenen Einrichtungen nachzudenken (ebd., S. 274).

Der Polizei komme die Aufgabe zu, die Jugendhilfe auf Gruppen rechter Jugendlicher aufmerksam zu machen. Die Polizei müsse „aber auch weiter ein Augenmerk auf gewaltbereite Gruppierungen wenig integrierter Jugendlicher anderer ethnischer Herkunft in verschiedenen Subkulturen haben. Nicht nur ‘rechte’ deutsche Gruppen, auch diese Cliques von Jugendlichen mit einem anderen kulturellen Hintergrund provozieren manchmal die Gegenseite voller Lust und auch wohl in der Hoffnung auf Kämpfe.“ (ebd., S. 276)

Von der Justiz fordert Wahl früher und „spürbarer“ zu bestrafen. Nur so ließe sich eine Kriminalitätskarriere verhindern (ebd.).

Im Bereich medizinischer Intervention beschreibt Wahl exemplarisch den Einsatz von Psychopharmaka in den USA, um „aggressiven und depressiven Tendenzen“ bei Kindern entgegenzuwirken. Der Gebrauch von Psychopharmaka „sei in vielen Fällen effektiver als die Hoffnung auf langwierige und ergebnisoffene gesprächstherapeutische und sozialpädagogische Spezialmaßnahmen.“ Die psychopharmazeutische Behandlung wirke jedoch nur auf die aktuelle Persönlichkeit. Perspektivisch werde deshalb über den Einsatz von „Gentherapien“ nachgedacht, die in der Lage wären, nicht nur auf das gegenwärtige Individuum, sondern auch auf seine Nachkommen zu zielen (Wahl 2001, S. 333).

Kritik

Im Folgenden werde ich auf problematische Aspekte dieses Erklärungsansatzes eingehen. Wahl betont die Notwendigkeit interdisziplinärer Forschung. Verschiedene Perspektiven müssten zur Kenntnis genommen werden. Zur „Integration der Erkenntnisse so unterschiedlicher Wissenschaften“ schlägt Wahl das „Evolutionparadigma“ vor (Wahl 2001, S. 37). In seinen Ausführungen argumentiert er jedoch beinahe ausschließlich aus einer „biopsychologischen“ Perspektive. Dazu benutzt er neurologische, soziobiologische, humanethologische, emotionspsychologische und evolutionsbiologische Studien. Bei einem 364 Seiten umfassenden Buch fasst er andere Ansätze wie z.B. zur Medienforschung oder zur geschlechtsspezifischen Sozialisation mit wenigen Sätzen auf nicht einmal vier Seiten zusammen (ebd., S. 89 ff.), ohne die Erkenntnisse dieser Ansätze in seinem Evolutionparadigma zu berücksichtigen.

Fremdenfeindlichkeit beziehungsweise Rechtsextremismus sind nach Wahl ein aus der menschlichen Evolution stammendes Potenzial, das bei bestimmten Menschen aufgrund ihrer emotionalen Dispositionen und in bestimmten Situationen aktiviert wird.

Zahlreiche sozialpsychologische Untersuchungen zeigen hingegen, dass menschliches Verhalten weniger Ausdruck konstanter Persönlichkeitsmerkmale oder genetischer Festlegung ist, sondern primär auf situationsspezifische Lernprozesse zurückgeführt werden muss (vgl. Herkner 1996, S. 126).

Michael Borg-Laufs zeigt, dass soziale und kognitive Faktoren selbst da eine herausragende Rolle spielen, wo evolutionär bedingte biologische Faktoren als bedeutsam erscheinen könnten, nämlich beim Sexualverhalten. Eine interkulturelle Betrachtung der Bandbreite sexueller Hinweisreize, Vorlieben und Praktiken mache eine ausschließlich evolutionäre Erklärung fragwürdig (Borg-Laufs 1997, S. 48).

Wahls Vorwurf der tautologischen Argumentation gegenüber soziologischen und psychologischen Theorien, die gesellschaftliche und kulturelle Faktoren analysieren, muss angesichts seiner quasi triebmäßigen Konstruktion von Fremdenfeindlichkeit erstaunen. Wie anders als tautologisch ist eine Erklärungskette zu nennen, die besagt, jemand

verhält sich fremdenfeindlich, weil es evolutionär bedingt ist. Woran ist zu erkennen, dass es diese evolutionär bedingte Neigung gibt? An dem fremdenfeindlichen Verhalten der Menschen.

Wahl naturalisiert soziales Verhalten, wenn er es als Regression beschreibt. Anstatt den Einfluss gesellschaftlicher und geschichtlicher Faktoren zu thematisieren, erklärt er Fremdenfeindlichkeit zu einem quasi unveränderlichen Produkt menschlicher Evolution. Menschen „regredieren“ aber nicht einfach. Menschen orientieren sich in der Welt. Sie planen ihre Zukunft. Viele Menschen wählen sehr bewusst die Möglichkeit, andere Menschen auszuschließen oder zu bekämpfen, andere orientieren sich an Mehrheiten oder „Gruppenstimmungen“. Menschen haben Gründe für fremdenfeindliches Verhalten. Wahl erklärt somit nicht Fremdenfeindlichkeit beziehungsweise Rechtsextremismus. Vielmehr entschuldigt er das zu Erklärende, indem er rechtsextreme Jugendliche als besonders ängstlich oder unsicher beschreibt und auf eine angeblich in uns allen schlummernde Gewaltbereitschaft gegenüber Fremden verweist.²

Viele empirische Untersuchungen zeigen, dass rechtsextreme Jugendliche sich gerade nicht als besonders ängstlich oder unsicher beschreiben lassen. Vielmehr wird in verschiedenen Studien ein starkes Selbstwertgefühl und ein positives Selbstkonzept beschrieben (vgl. Heitmeyer 1987, S. 256f.; vgl. Schreiber 1994, S. 96). Auch ist nicht generell von einer besonders unsicheren Lebenslage und verstärkter Hinwendung zu rechten politischen Orientierungen auszugehen (vgl. Held et al. 1992, S. 12 f.; vgl. Held et al. 1995, S. 121 f.).

2 Andere Vertreter dieses Erklärungsansatzes gehen noch weiter. Sebastian Schröder versucht ebenso wie Wahl, seiner Argumentation mithilfe von Suggestivfragen mehr Plausibilität zu verleihen: „Ganz im Sinne des biblischen Spruches 'wer unter euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein' (Joh. 8,7) sollte an dieser Stelle die meiner Ansicht nach durchaus berechnete Frage gestattet sein, ob nicht jeder von uns schon einmal den einen oder anderen fremdenfeindlichen Gedanken verspürte, egal aus welchen Motiven heraus.“ (Schröder 2003, S. 13) Er schreibt: „Der Fremde als unbekanntes Wesen mit unbekanntem Absichten und Zielen verursacht Angst und somit auch ein Gefühl der Bedrohung. Allein aufgrund dieses Gefühls wird dann das Handlungsschema ausgelöst und damit universale soziale Mechanismen in Gang gesetzt.“ (ebd., S. 51) Schröder nimmt an: „Die extremste Form (...) stellt hierbei die gezielte Tötung des Fremden dar, welche in der gesamten Geschichte der Menschheit niemals eine Ausnahme bildete, sondern eher als eine feste Größe im Umgang mit dem Fremden zu betrachten ist.“ (ebd., S. 54 f.)

Wahl benutzt durchgängig den Begriff Fremdenfeindlichkeit. Einer seiner Veröffentlichungen gab er den Titel „Fremdenfeindlichkeit. Auf den Spuren extremer Emotionen“ (Wahl 2001). Der Begriff Fremdenfeindlichkeit reduziert das zu beschreibende Phänomen aber auf eine individuelle emotionale Orientierung. Leiprecht macht darauf aufmerksam, dass viele Menschen, die beispielsweise staatliche Gewalt zur Durchsetzung einer restriktiven Einwanderungspolitik akzeptieren, sich in der persönlichen Begegnung mit Fremden keineswegs feindlich verhalten (vgl. Leiprecht 1992, S. 38). Sie haben konkrete Interessen, die der National-Staat schützen soll. In der Konsequenz sind sie durchaus fremdenfeindlich. Sie scheinen aber nicht durch eine besonders negative emotionale Disposition motiviert.

Fuchs konnte in seiner Untersuchung rechtsextremer Einstellungen von Jugendlichen in allgemeinbildenden und Berufsschulen keine „emotionale Fremdenfeindlichkeit“ feststellen, während andere Dimensionen, wie etwa Antisemitismus, Haltung zum Nationalsozialismus, „pseudorationale Fremdenfeindlichkeit“, Sexismus, „Ideologien der Ungleichheit“, oder Ethnozentrismus bei einem Großteil der Befragten schwache bis mittlere Ausprägungen aufwiesen. Fuchs resümiert: „Lediglich bei der emotionalen Fremdenfeindlichkeit ermitteln wir klare Hinweise, dass die überwiegende Mehrzahl hinsichtlich dieser Einstellungsdimension als überhaupt nicht oder nur gering belastet einzustufen ist.“ (Fuchs 2003b, S. 662)

Auch dürfte Wahl Schwierigkeiten haben, mit dem Evolutionsparadigma eine plausible Antwort auf die Frage zu geben, warum bestimmte Gruppen von Fremden zum Objekt von Aggression werden und andere nicht. Der japanische Investor hat einen anderen gesellschaftlichen Status und wird eher respektiert als ein Flüchtling aus einem Land mit viel geringerer ökonomischer Potenz. An dieser Stelle müsste Wahl die Organisation des gesellschaftlichen Miteinanders untersuchen.

Wahl äußert die Hoffnung, durch die Einnahme einer „theoretischen Perspektive“ doch wieder „einfachere Zusammenhänge“ zu entdecken (ebd., S. 37). Wie zu erwarten fand er einfache Zusammenhänge. Andere Vertreter eines naturalisierenden Erklärungsansatzes mokieren sich über die Versuche, das Verhalten dieser „Barbaren“ zu verstehen (vgl. Schneider 1993, S. 131). Schneider äußert den Verdacht,

„Akademiker aller Disziplinen – Soziologen, Psychologen, Pädagogen, Philosophen, Ethnologen – hätten sich verschworen, das Phänomen durch Erklärung zu beseitigen“ (ebd., S. 132). Schneider wendet sich aus einer psychoanalytisch naturalisierenden Perspektive pauschal gegen Erklärungsversuche, da „die ursprüngliche menschliche Natur“ nicht erklärt werden könne (ebd., S. 134 f.). Schneider formuliert folgendermaßen: „Die Frage, was Menschen zur grausamen Aggression bereit macht, ist ebenso sinnvoll wie die, warum sie lieben oder ihrem Nahrungstrieb nachgehen. Die einzige zuverlässige Antwort lautet: sie sind dazu fähig, und zu fragen bleibt nur, warum es plötzlich nicht mehr gelingt, die kulturzerstörerischen Strebungen niederzuhalten bzw. in gesellschaftlich erträgliche Ausdrucksformen zu lenken.“ (ebd., S. 135)

Problematische Strategien gegen Rechtsextremismus

Der implizite Fatalismus von „biopsychologischen“ Erklärungen oder der bloßen Konstatierung eines menschlichen Triebes geht einher mit äußerst fragwürdigen Empfehlungen für die pädagogische Intervention und Prävention. Die Vorschläge Wahls sind nicht mehr als eine Mischung von pädagogischen Binsenweisheiten, verbunden mit autoritären Problemlösungsmustern, bis hin zu biopolitischen Strategien.

So ist der sehr allgemein formulierte Ratschlag, ängstlichen und unsicheren Kindern Hilfe durch Eltern, KindergärtnerInnen und LehrerInnen zukommen zu lassen, weder besonders originell noch eine Maßnahme, die der Entwicklung einer rechten Orientierung bei Jugendlichen, geschweige denn der Ausbreitung einer rechten Jugendkultur, Einhalt gebieten könnte.

Wahls Empfehlung, die Anziehungskraft rechter Gruppen durch alternative attraktive Freizeitangebote zu reduzieren, muss ebenso als verfehlt beschrieben werden. Die rechte Gewaltbereitschaft ist keine Folge fehlender Jugendfreizeitmöglichkeiten. Die Befunde Dietmar Sturzbechers beispielsweise deuten darauf hin, dass rechte Jugendliche eher zufriedener sind mit dem Freizeitangebot ihres Heimatortes als andere Jugendliche (Sturzbecher 1997, S. 194).

Auch muss bezweifelt werden, dass eine frühe und harte Sanktionierung rechten Verhaltens durch die Justiz eine angemessene Interventions- und Präventionsform im Hinblick auf die zukünftige Entwick-

lung des einzelnen rechten Jugendlichen darstellt.³ Müller zeigt mit einer Vielzahl von Einzelfallanalysen rechter Jugendlicher, die wegen Gewalttaten verurteilt wurden, dass nur in ganz wenigen Fällen die verhängte Strafe eine subjektive Bedeutung für die Jugendlichen hinsichtlich ihres zukünftigen Verhaltens hatte. Bei den Jugendlichen, die eine „Vermeidungsstrategie“ verfolgten, spielte die Länge ihrer Inhaftierung keine Rolle. Eine veränderte Einstellung wurde von den Jugendlichen mit geänderten privaten Konstellationen und damit gewonnener Verantwortung, neuen Erfahrungen und im Jugendvollzug auf pädagogische oder therapeutische Maßnahmen zurückgeführt (Müller 1997, S. 227).

Wie die empfohlene polizeiliche Beobachtung „wenig integrierter Jugendlicher anderer ethnischer Herkunft“ eine fremdenfeindliche Haltung reduziert, kann man nur vermuten. Dafür müsste man aber eine Perspektive einnehmen, die die „Fremden“ als Ursache für Fremdenfeindlichkeit ausmacht.

Der Vorschlag, mithilfe von Psychopharmaka die Entwicklung von Fremdenfeindlichkeit beziehungsweise Rechtsextremismus zu verhindern, bedarf der Vorannahme, es handele sich um ein psychisches Problem und nicht um eine politische Einstellung. Wie oben angedeutet bedarf es keiner individuellen Pathologie, um rechtsextremistische Denkangebote zu nutzen.

3 Schneider argumentiert folgendermaßen: Einerseits müssten Erzieher und Lehrer ein positives Verhältnis zu dem in ihnen angestauten Gewaltpotenzial gewinnen. Im Umgang mit der in uns allen existenten Aggressionsneigung herrsche ein „leugnerisches, verdrängendes, geradezu panisches Verhalten vor“ (Schneider 1993, S. 139). Praktisch bedeutet dies für Schneider, dass zum Beispiel ein Punchingball in pädagogischen Einrichtungen eine sinnvolle Maßnahme sei, denn „unruhige Fäuste“ müssten sich sonst ihre Ziele außerhalb der Einrichtungen suchen (ebd.). Andererseits schreibt Schneider folgendes: „Wenn viele Lehrer inzwischen physische Angst vor ihren halbwüchsigen Schülern haben müssen, (...) ist die soziale Macht des Gewalttäters bekräftigt. Und wenn eine Gesellschaft sich nicht mehr erlaubt, die Äußerungen barbarischer Gewalt mit notfalls martialischer Gegengewalt zu unterdrücken, so fehlt ihr der Überlebenswille.“ (ebd., S. 141) Abgesehen von der Widersprüchlichkeit seiner Präventions- bzw. Interventionsempfehlung wird in seinen Ausführungen deutlich, wie gefährlich eine ahistorische, gesellschaftliche Zusammenhänge ignorierende Erklärung sein kann. Eine vermutete (böse) Natur des Menschen verlangt nach einer entsprechenden Behandlung. Eine gewisse Vorsicht scheint angebracht, wenn ein quasi gesamtgesellschaftlicher „Überlebenswille“ konstruiert wird, der sich durch „martialische Gewalt“ behaupten müsse.

In diesem Zusammenhang eine medizinische Intervention in Form von Gentherapie zur Diskussion zu stellen, ist eher Teil des Problems, keinesfalls eine Lösung. Respektable Persönlichkeiten in Wissenschaft und Politik waren an der Planung und Durchführung des nationalsozialistischen Massenmords beteiligt. Die Eugenik war dabei eine zentrale wissenschaftliche Disziplin, die in großen Teilen der Gesellschaft erhebliche Unterstützung fand. Der Gedanke, eine bessere Welt durch „Reduktion der Fortpflanzungschancen“ von Trägern „unerwünschten Genmaterials“ zu schaffen, war ein zentrales Denkmuster mit mörderischen Konsequenzen (vgl. Bauman 1992). „Gentherapie“ als adäquate Interventionsform zu diskutieren, deutet auf eine gefährliche Ignoranz gegenüber der jüngsten deutschen Geschichte hin.

Fazit

Ute Osterkamp weist darauf hin, dass die Auffassung von der natürlichen Asozialität und Irrationalität der Menschen, die als Grundlage von fremdenfeindlichen Impulsen und Handlungen gedacht wird, stets mit einer Elitetheorie einhergeht. Den Menschen, die zu Selbstdisziplin und Selbstkontrolle befähigt sind, obliegt demnach die Aufgabe, die Masse derjenigen, denen es an der nötigen Selbstbeherrschung mangelt, zu kontrollieren und zu disziplinieren (Osterkamp 1995, S. 139).

Wahl proklamiert den Primat der evolutionär bedingten Emotionen gegenüber der menschlichen Fähigkeit zur Vernunft und betont gleichzeitig die „anspruchsvolle Aufgabe rationaler politischer Gestaltung gegen die evolutiven Attraktoren oder Gravitationskräfte, die soziales Verhalten leicht in die regressive Richtung ziehen.“ (Wahl 2001, S. 114) Eine Antwort auf die an dieser Stelle sich ergebende Frage, wie denn angesichts der behaupteten menschlichen Unvernunft eine rationale politische Gestaltung möglich sei, deutet sich in Wahls Maßnahmenkatalog gegen Fremdenfeindlichkeit an. Wenn eine „emotionale Resozialisierung“ von Kinder aus „Multiproblemfamilien“, die Verordnung von Psychopharmaka anstelle von „langwierigen und ergebnisoffenen“ gesprächstherapeutischen und sozialpädagogischen „Spezialmaßnahmen“, um „aggressiven und depressiven Tendenzen“ bei Kindern entgegenzuwirken oder die Einweisung von „devianten“ Jugendlichen in geschlossene Einrichtungen gefordert werden, erscheinen Kinder und Jugendliche als das eigentliche Problem.

Rassismus wird so auf ein Erziehungsdefizit reduziert. Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus sind aber kein durch „social engineering“ zu lösendes Problem. Osterkamp schreibt: „Statt die vielfältigen Formen der Unterdrückung und Einschränkung in ihren verheerenden Auswirkungen auf die sozialen Beziehungen und die subjektive Situation auf den Punkt zu bringen und anzugreifen, werden die Konsequenzen der systematischen Entwicklungsbehinderungen zur Rechtfertigung weiterer Unterdrückung benutzt.“ (Osterkamp 1995, S. 139) Die bei Wahl doch zumindest implizit gedachte Unterscheidung einer Klasse von Menschen, fähig und berechtigt zur rationalen politischen Gestaltung der Gesellschaft, und einer Bevölkerung, die versucht ihre „fremdenfeindlichen Impulse“ unter Kontrolle zu bekommen, sowie einer mehr oder weniger devianten Gruppe von „Fremdenfeinden“, erscheint mir mehr als fragwürdig.

Insgesamt betrachtet muss dieser Ansatz mit seinen biologistischen Reduktionismen sehr kritisch gesehen werden. Rechtsextremismus ist weder als Atavismus noch als funktionaler evolutionärer Mechanismus in verantwortlicher Weise darstellbar. Dieser Ansatz erklärt kaum etwas und stellt gesellschaftliche Zusammenhänge als natürliche Phänomene dar, die keine grundsätzliche Möglichkeit zur Veränderung zulassen. Der Ansatz entschuldigt problematische Einstellungen und Verhaltensweisen. Ausgrenzende Praxen werden als in der Natur begründete Notwendigkeit präsentiert.

3.2 Rechtsextremismus als Folge sozialen Wandels

Rechtsextreme Orientierungen werden bei diesen Ansätzen durch gesellschaftlichen Wandel erklärt. Nach Fuchs wurde dieser Ansatz zuerst von Parsons (1942) zur Erklärung des Nationalsozialismus verwendet. Nach Parsons bildeten die normativ Entwurzelten den hauptsächlichsten Wähleranteil der NSDAP. Mit Bezug auf den Durkheimischen Anomie-Ansatz ging Parsons davon aus, dass schneller sozialer Wandel allgemein verbindliche Normen menschlichen Handelns in Frage stellt. Die Folge seien anomische gesellschaftliche Entwicklungen. Parsons argumentierte, die anomischen Bedingungen trieben die Menschen in eine Suche nach klaren Strukturen, Sicherheit und Ordnung. Die Nationalsozialisten hätten genau dies versprochen und die verunsicherten Menschen seien ihnen gefolgt. Ein ähnlicher Zusam-

menhang von gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen, Anomie, rigiden Denkweisen und Unterstützung rechtsextremer Parteien wird von Scheuch und Klingemann (1967) hergestellt (vgl. Fuchs et al., 2003a, S. 41 f.).

Die heutige Forschung zu Rechtsextremismus bei Jugendlichen wird von einem Ansatz dieser Art dominiert, dem Desorganisationstheorem der „Bielefelder Schule“ um Wilhelm Heitmeyer, Kurt Möller, Dieter Baacke und anderen. Heitmeyer und Mitarbeiter haben mit ihren empirischen Untersuchungen und pädagogischen Handlungsanleitungen maßgebliche theoretische Grundlagen für die Akzeptierende Jugendarbeit geliefert. Aufgrund der großen Bedeutung dieses Ansatzes werde ich ihn ausführlicher als andere Erklärungsansätze diskutieren.

3.2.1 *Der individualisierungstheoretische Ansatz von Wilhelm Heitmeyer*

Heitmeyer geht davon aus, dass Rechtsextremismus nicht am Rand der Gesellschaft entsteht, sondern in den zentralen ökonomisch-sozialen Bereichen der Industriegesellschaft seine Wurzeln hat. Heitmeyers Analyse ist „nicht auf die einschlägigen Parteien, deren Organisationsstrukturen, ideologische Programme, Leserschaften oder Mitglieder am vermeintlich rechten Rand des politischen Spektrums ausgerichtet. Statt dessen konzentriert sich der Blick auf das, was als gesellschaftliche Normalität erscheint, gewissermaßen auf das ‚Zentrum‘ der Gesellschaft. Diese Fokussierung basiert auf der zentralen Annahme, dass aus den dominierenden Mechanismen dieser hochindustrialisierten Gesellschaft und ihrer widersprüchlichen ‚Modernisierung‘ die Prozesse von Ambivalenz und Akzeptanz in bezug auf ‚modernisierte‘ rechtsextremistische Orientierungen und Handlungsweisen entstehen, (...)“ (Heitmeyer 1992, S. 9)

In Abgrenzung zu politisch-verfassungsrechtlichen Konzepten, die Wahlverhalten oder Organisationszugehörigkeit untersuchen, interessiert Heitmeyer sich für Orientierungen im Vorfeld des organisierten rechtsextremen Spektrums. Begrifflich fasst er diesen Fokus als „soziologischen Rechtsextremismus“, der die ökonomischen und sozialen Entstehungsmomente rechtsextremer Orientierungen einbeziehen soll. Nach Heitmeyer ist dann von rechtsextremistischen Orien-

tierungen zu sprechen, wenn eine Kombination von „Ideologien der Ungleichheit“ und „Gewaltakzeptanz“ vorliegt (ebd., S. 13 f.).

In Heitmeyers Erklärungsansatz lassen sich drei theoretische Konzepte wiederfinden. Als gesellschaftstheoretische Grundlage dient ihm das Modell der „Risikogesellschaft“ von Ulrich Beck. Politiktheoretisch beschreibt, beziehungsweise kritisiert er den Neokonservatismus auf der Grundlage der Analyse von Habermas. Diese soziologischen und politischen Theorien bezieht er auf den Strukturwandel der Jugendphase. Mithilfe eines Identitätskonzepts integriert er diese drei Theorielinien. Er argumentiert, dass „Individualisierungsschübe“ und die Auflösung traditioneller Milieus zusammen mit neokonservativen Ideologieangeboten sich individuell bei Jugendlichen in rechtsextreme Orientierungen umformen.

Individualisierung und Desintegration

Beck beschreibt eine gesellschaftliche Situation, die durch die Herauslösung der Menschen aus ihren bisherigen Sozialformen und durch den Verlust traditioneller Sicherheiten gekennzeichnet ist. Modernisierungsrisiken führten zu Ängsten und Unsicherheit. In dieser „Risikogesellschaft“ gebe es zunehmend weniger traditionelle Lebensformen. Beck nimmt an, dass „die Menschen in einem historischen Kontinuitätsbruch aus traditionellen Klassenbedingungen und Versorgungsbezügen der Familie herausgelöst und verstärkt auf sich selbst und ihr individuelles Arbeitsmarktschicksal mit allen Risiken, Chancen und Widersprüchen verwiesen“ werden (Beck 1986, S. 116). Hier knüpft Heitmeyer an. Er fasst sein Modell folgendermaßen zusammen: „Vor diesem Hintergrund möchte ich als Kerntheorem zur Erklärung des Zuwachses von fremdenfeindlichen, gewaltakzeptierenden und rechtsextremistischen Orientierungen bzw. Handlungsweisen das Desintegrations-Theorem in den Mittelpunkt stellen. Die These lautet dementsprechend, dass wir bei der Erklärung auf soziale, berufliche und politische Desintegrationsprozesse achten müssen, die sowohl auf Erfahrung als auch Antizipation beruhen können.“ (Heitmeyer 1994, S. 45) Der Grundmechanismus der „hochindustrialisierten, durchkapitalisierten Gesellschaft“, die durch „temporeiche ökonomische und technologische Modernisierungsprozesse“ gekennzeichnet ist, sehe folgendermaßen aus: „Je mehr Freiheit, desto weniger

Gleichheit; je weniger Gleichheit, desto mehr Konkurrenz; je mehr Konkurrenz, desto weniger Solidarität; je weniger Solidarität, desto mehr Vereinzelung; je mehr Vereinzelung, desto weniger soziale Einbindung; je weniger soziale Einbindung, desto mehr rücksichtslose Durchsetzung.“ (ebd.) Die Folgen der Individualisierung werden als ambivalent beschrieben. Neben einem zu begrüßenden Zuwachs an Freiheitsspielräumen komme es zu problematischen „Auflösungsprozessen“ in der Familie und in sozialen Milieus, zu „Auflösungsprozessen der faktischen Teilnahme an gesellschaftlichen Institutionen (z.B. vor allem der Integration durch Arbeit und Beruf oder Wahlbeteiligung)“ sowie zu „Auflösungsprozessen der Verständigung über gemeinsame Wert- und Normvorstellungen“ (ebd., S. 45 f.).

Heitmeyer beschreibt, wie oben angedeutete gesellschaftliche Veränderungen von den Individuen im Alltag erfahren und verarbeitet werden und wie rechtsextreme Politikangebote daran anknüpfen. Es komme demnach zu einer „Umformung“ von Handlungsunsicherheit in Gewissheitssuche. An die Suche nach Gewissheit würden rechtsextremistische Konzepte mit ihren „Vorurteilen“ und Stabilitätsversprechen Anschluss finden. Ohnmachtserfahrungen würden zu Gewaltakzeptanz führen, die durch das rechtsextreme Postulat der Durchsetzungsfähigkeit des Stärkeren legitimiert werden könnten. Vereinzelungserfahrungen zögen die Suche nach leistungsunabhängigen Zugehörigkeitsmöglichkeiten nach sich, die rechtsextreme Konzepte mit nationaler Zugehörigkeit befriedigten. Nach Möller ermöglichen rechtsextreme Jugendkulturen „jenes psychosoziale Aufeinanderbezogensein, das die Qualität milieuhafter Bindung ausmachen soll. So gesehen können sie als Konstruktionselement eines Milieuersatzes verstanden werden, der subjektiv dadurch notwendig wird, dass das lebensweltliche Milieu aus Familie, Schule und ähnlichen Alltagsbereichen allmählich zerbröselt.“ (Möller 2000, S. 327)

Diese Politisierungsprozesse beschreibt Heitmeyer zusammenfassend folgendermaßen: „Der Weg von Jugendlichen in das fremdenfeindliche oder rechtsextreme Terrain verläuft also nicht in erster Linie über die Attraktivität von Parolen, die eine Ideologie der Ungleichheit und Ungleichwertigkeit betonen, um diese mit Gewalt durchzusetzen, sondern über Gewaltakzeptanz, die im Alltag entsteht und dann politisch legitimiert wird.“ (ebd., S. 47)

Neoliberalismus und politische Kultur

Die von Desintegration betroffenen Menschen reagieren nach Heitmeyer auf Deutungs- und Re-Integrationsangebote der Eliten in einer Weise, die zu „ethnisch-kulturellen Konflikten“ führe. Heitmeyer erklärt dies mit Veränderungen in der politischen Kultur. Der „Neokonservatismus“ habe im Erziehungsbereich für verschärftes Handeln votiert, „in der Sozialstaatsfrage die Unregierbarkeit reklamiert (...), das Politikverständnis mit Freund-Feind-Schemata unterlegt“ (ebd., S. 48). Weiter stellt er fest, dass „verstärkt und subtil die Verwendung ethnisch-kultureller Kategorisierungen und Bewertungen“ zu beobachten sei (ebd.). Heitmeyer weist auf die „Schattenseiten der Globalisierung“ hin, die zu einer Beschleunigung von Desintegrationsprozessen führten (Heitmeyer 2001, S. 510). Er beklagt, dass die etablierte Politik, der neoliberalen Doktrin folgend, Ausgaben für soziale Sicherungssysteme reduziere. „Die jahrzehntelange Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik“ ginge ihrem Ende entgegen (ebd. S. 511 f.). Mit dem Abbau sozialer Sicherung komme es zu Verunsicherungen. Das Vertrauen der Bevölkerung in das politische System nehme ab. 70 Prozent der Deutschen blickten besorgt in die Zukunft (ebd.).

Heitmeyer schreibt: „Das Syndrom von sozialer Verunsicherung, Abnahme von Vertrauen in politische Institutionen und Politikverdrossenheit führt zu der alten Frage, ob dadurch ein Ruck nach rechts entstehen könnte. Bezogen auf einzelne Aspekte wie Verunsicherung und Fremdenfeindlichkeit lassen sich etwa im Falle von Jugendlichen eindeutige Zusammenhänge herstellen.“ (ebd., S. 514) Heitmeyer fragt perspektivisch, „welche Reaktionspotentiale die verschiedenen Milieus auf Flexibilisierungs- und Deregulierungsdruck haben“ (ebd., S. 516). Seine Prognose ist pessimistisch: „Einige Milieus am Rande haben keine Pufferreserven (...).“ (ebd.) Heitmeyer sieht folgenden Zusammenhang: „Je umfangreicher diese Desintegrationsängste und Erfahrungen sowohl beim Zugang zum Arbeitsmarkt und in der politischen Teilhabe sind, desto stärker ist dann auch die Ethnisierung sozialer Probleme, die eine wesentliche Eingangsvoraussetzung in rechtsautoritäre Wendungen darstellt.“ (ebd., S. 517)

„Gelungene Identität“ als Schutz vor Rechtsextremismus

Mit dem Konzept der Identität versucht Heitmeyer, die Frage nach Vermittlung von Individuum und Gesellschaft zu beantworten. Angesichts der stattfindenden Desintegrationsprozesse sei es für Jugendliche schwer, eine eigene Identität zu entwickeln. Die Identitätsentwicklung verläuft nach Heitmeyer positiv, wenn Kompetenzerfahrungen im sozialen und beruflichen Bereich gemacht werden und „eine kontinuierliche Arbeitsbiographie, die die materiellen Bedürfnisse absichert, als notwendige Bedingung, und die Ausbildung von sachlich-inhaltlichen Arbeitsorientierungen, die das eigene Tun als sinnvoll erscheinen lassen und die Voraussetzung für Erfolgserlebnisse sind“ (Heitmeyer 1992, S. 600) gegeben seien: „Durch diese Muster wird die Identitätsentwicklung entlastet, d.h. das Individuum findet Sicherheit und Selbstbestätigung in Arbeit und sozialen Beziehungen, so dass Bestätigungen über andere Quellen (z.B. gewalthaltige politische Orientierungen) nicht mehr erforderlich sind.“ (ebd.) Es sei unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen jedoch zunehmend schwer, eine „autonome Handlungsfähigkeit“ zu entwickeln, die einen Schutz vor rechtsextremen Orientierungsangeboten darstelle (Heitmeyer 1992, S. 27).

Die Instrumentalisierungsthese

Auf die Erkenntnis, dass rechtsextreme Orientierungen nicht nur bei sozial Benachteiligten nachzuweisen sind, reagiert Heitmeyer folgendermaßen: „Nicht die Tatsache des Besitzes irgendeines Arbeits- und Ausbildungsplatzes schützt vor rechtsextremistischer Auffälligkeit, sondern die Qualität von Beschäftigungsverhältnissen ist entscheidend. Wer sachlich-inhaltliche Arbeitsorientierungen wie Selbstverwirklichungschancen, Zeitdisponibilität, (Teil-) Autonomie bei der Erledigung von Arbeitsaufgaben realisieren kann und sich nicht – häufig als Notlösung, um das ökonomische Überleben zu sichern – auf instrumentalistische Arbeitsorientierungen (z.B. Verdienst, Aufstieg) zurückgeworfen sieht, verfügt über gute Distanzierungsvoraussetzungen.“ (Heitmeyer 1992, S. 595)

In diesem Zusammenhang formuliert Heitmeyer seine Instrumentalisierungsthese. Instrumentalisierung ist für Heitmeyer „ein affines Muster der industriegesellschaftlichen Verwertungslogik. Sie verbindet sich

mit dem in der Ambivalenz von Individualisierungsprozessen immer auch eingelagerten Zwang zur Selbstdurchsetzung. Diese zeigt sich in Vereinzelungsprozessen und fördert ihrerseits die Lockerung von sozialen Beziehungen.“ (ebd.) Heitmeyer beschreibt die damit verbundene „Gewalthaltigkeit“ sozialer Beziehungen, die sich in der „Nicht-Anerkennung des sozialen Anderen“ ausdrücke. Varianten der „Nicht-Anerkennung“ sind nach Heitmeyer unter anderem die Verdinglichung und Abwertung anderer Menschen aufgrund des Zwangs zur eigenen Überlegenheit in Konkurrenzprozessen oder Kosten-Nutzen-Kalküle in sozialen Beziehungen. Instrumentalisierungstendenzen können die Übernahme rechtsextremer Einstellungen fördern (ebd., S. 596).

Ein Zusammenhang zwischen einer starken Orientierung an Geld, Aufstieg und Status sowie rechtsextremistischen Orientierungen konnte auch in Studien anderer Autoren bestätigt werden (vgl. Fuchs et al. 2003a, S. 43).

Heitmeyer interpretiert diesen Zusammenhang „auf dem Hintergrund der ambivalenten Individualisierungsbedingungen“ (Heitmeyer 1992, S. 596). Die Bedeutung von Instrumentalisierungen „im komplexen Gefüge von Erfahrungen und Verarbeitungen“ ist nach Heitmeyer folgende: „Bei erfahrener oder antizipierter Handlungsunsicherheit (...) und daraus sich entwickelnder Gewißheitssuche geschieht die Instrumentalisierung anderer mittels sozialer Vorurteile, die von rechtsextremistischen Konzepten bereitgestellt und propagiert werden.“ Oder aber bei „erfahrener oder antizipierter sozialer Vereinzelung und daraus entstehender Betonung ‘natürlicher’ deutscher Gemeinschaftlichkeit geschieht die Instrumentalisierung von anderen mittels nationalisierender Exklusion, die von konservativen bis hin zu rechtsextremistischen Varianten reicht“ (ebd., S. 597). Letztlich ist es also für Heitmeyer nicht die Instrumentalisierung, die für rechtsextremistische Orientierungen verantwortlich gemacht wird, sondern die Individualisierung.

Kritik

Rechtsextremismus ein Jugendphänomen?

Schon bevor das Thema Rechtsextremismus Anfang der 1990er Jahre in der Öffentlichkeit weiteren Raum einnahm, befasste sich Heitmeyer mit der Thematik. Heitmeyer war dann auch „der“ Experte,

wenn Rechtsextremismus Gegenstand öffentlicher Diskussionen wurde. Als problematisch ist dabei zu werten, dass Rechtsextremismus im Lichte der Heitmeyerschen Ausführungen zunehmend als Jugendproblem wahrgenommen wurde (vgl. Wasmuth 1997, S. 113). Wie bei vielen Erörterungen Erwachsener über die Jugend vermittelt auch Heitmeyer den Eindruck, die Jugend als solche sei das eigentliche Problem.⁴ Dem muss jedoch entgegengehalten werden, dass auch der Rechtsextremismus bei Jugendlichen einen gesellschaftlichen Kontext hat. Zwar dominiert bei der rechtsextremen Gewalt der Anteil (männlicher) Jugendlicher. Auf der Ebene entsprechender Einstellungen ergibt sich aber ein anderes Bild. Jugendliche scheinen weniger rechtsextrem orientiert als Erwachsene (vgl. Kleinert 2000, S. 167; vgl. Oesterreich 2002, S. 152 f.). Huisken schreibt: „Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß Heitmeyer ‘das Zustandekommen von rechtsextremistischen Orientierungsweisen und Handlungsweisen’ und die Ausbreitung ‘von Fremdenfeindlichkeit und Gewalt’ wirklich erklären will. Und doch handelt er immer nur von Jugendlichen.“ (Huisken 1993, S. 496)

Als typisch für die Phase der Jugend wird allgemein ihre Unreife angenommen. Den Verfehlungen der Jugend sollte mit entsprechender Nachsicht begegnet werden. Heitmeyer wendet sich verständlicherweise gegen unreflektierte Etikettierungen und Schuldzuweisungen. Er schreibt: „Aber auch in Fällen der Affinität oder Übereinstimmung werden wir Jugendliche nicht als ‘Rechtsextremisten’ identifizieren, sondern die Offenheit von Sozialisationsprozessen in Rechnung stellen müssen.“ (Heitmeyer 1987, S. 9) Auf eine damit verbundene Gefahr weist Schulze hin. So werden in fast allen Untersuchungen

4 Griese beschreibt zyklisch wiederkehrende „öffentlich-medial-politische“ Jugenddebatten. So kommt es etwa alle zehn Jahre zu einer neuen Jugenddebatte. In den 1950er Jahren waren die „Halbstarkenkrawalle“, gegen Ende der 1960er Jahre die „Studentenbewegung“, Ende der 1970er bis Anfang der 1980er Jahre der sogenannte „Jugendprotest im demokratischen Staat“ und schließlich seit Anfang der 1990er Jahre „Gewalt und Rechtsextremismus“ Gegenstand öffentlicher Diskussionen. Griese kritisiert diese Jugenddebatten, die quasi „gesetzmäßig und ohne kritische Reflexion jeweils in eine pädagogische Diskussion um Jugend, d.h. um Erziehungs- und/oder Sozialisationsprobleme, sog. familiäre Defizite, schulisches Versagen, Einfluss der Medien usw. einmünden und im epochalen Begriff der ‘pädagogischen Herausforderung’ zusammengefaßt werden“ (Griese 1998, S. 89 f.).

Heitmeyers über 20-Jährige, in einigen Untersuchungen bis zu beinahe 30-Jährige, als „Jugendliche“ gefasst. Schulze kritisiert deshalb zu Recht, dass „rechtsextreme Jugendliche und junge Erwachsene als wesentlicher militanter Kern aus dem politischen Kontext nazistischer Formierungen ausgeblendet und statt dessen ‘pädagogisiert’ werden“ (Schulze 2004, S. 38).

Das Konzept des „Soziologischen Rechtsextremismus“

Heitmeyer will mit seinem Ansatz des „Soziologischen Rechtsextremismus“ rechte Orientierungen im Vorfeld des organisierten Rechtsextremismus untersuchen. Zweifelhaft ist jedoch, ob ihm das mit seiner Konzeption des Rechtsextremismus, nämlich als „Ideologie der Ungleichheit“⁵ in Verbindung mit „Gewaltakzeptanz“, gelingen kann. Fuchs kommt bei der Untersuchung verschiedener theoretischer Konzepte zum Rechtsextremismus bei Jugendlichen zu dem Ergebnis, dass eine Konzeption des Rechtsextremismus, die neben der Einstellungsdimension auch die Gewaltaffinität einschließt, kaum zur Erfassung rechtsextremer Attitüden bei Jugendlichen geeignet ist (Fuchs 2003b, S. 665). Konzeptionen, die rechtsextreme Einstellungen und Gewalt als konstitutiv für Rechtsextremismus ansehen, wären vor allem für die Erfassung der relativ kleinen Gruppe von potenziell rechtsextremen Gewalttätern geeignet. Dagegen ließen sich die bei einer größeren Zahl von Jugendlichen wenig oder nur partiell vorfindbaren rechtsextremen Erscheinungen besser feststellen und erklären, wenn man sich auf die Einstellungsdimension konzentrierte. Für die Gewalt sollten separate Erklärungsansätze genutzt werden (ebd., S. 668).

5 Butterwegge zeigt, wie unscharf das Definitionselement „Ideologie der Ungleichheit“ ist. So vertreten nicht nur Rechtsextreme eine Ideologie der Ungleichheit. Auch Neoliberaler propagieren den Grundsatz, dass die staatliche Bekämpfung sozialer Ungleichheit strikt abzulehnen sei (Butterwegge 2001, S. 25 f.). Rommelspacher kritisiert, dass Ungleichheit nur als Ideologie, und nicht als gesellschaftliche Realität thematisiert wird. Die Analyse der Realität von Ungleichheit würde die „Ideologie der Ungleichheit“ verständlich machen können. Die Funktion der Ideologie in der Verteidigung von Privilegien werde so übersehen: „Wird die Analyse von der Interessensphäre abgekoppelt, führt sie allein zum Individuum selbst zurück. Und so kann ein Bild des Rechtsextremen konstruiert werden, der aufgrund schwerer Spannungen, Ängste und Konflikte Halt und Orientierung sucht.“ (Rommelspacher 1991, S. 76)

Desintegration und Rechtsextremismus

Notwendig ist eine Kritik des Desintegrationstheorems. Rommelspacher weist darauf hin, dass Heitmeyer an diesem Konzept, trotz widersprechender Ergebnisse seiner eigenen Untersuchungen, festhält. So stelle Heitmeyer fest, dass Mädchen im Vergleich zu Jungen orientierungsloser sind, ein geringeres Selbstwertgefühl haben und sehr viel mehr Schwierigkeiten haben einen sicheren Standort zu finden. Die Mädchen zeigten jedoch weniger rechtsextreme Einstellungen als die Jungen (Rommelspacher 1991, S. 82).

Heitmeyer konnte seine Ausgangshypothese, nach der ein geringes Selbstwertgefühl in Verbindung mit einer schlechten schulischen beziehungsweise beruflichen Position, mangelnder Gruppenzugehörigkeit und schlechter Zukunftsperspektive zu rechtsextremen Orientierungen führt, in seiner Untersuchung von 1987 nicht bestätigen. Er kam dort zu dem Ergebnis, dass ein positives Selbstkonzept und ein starkes Selbstwertgefühl eine starke Korrelation mit autoritär-nationalistischen Sichtweisen aufweisen, ein negatives Selbstkonzept und ein schwaches Selbstwertgefühl hingegen mit einer Ablehnung entsprechender Sichtweisen korrelieren (Heitmeyer 1987, S. 156 f).

Im Anschluss an die Veröffentlichung seiner Untersuchung räumte er ein, dass man nicht länger annehmen könne, dass Jugendliche in sozialen Problemlagen, die von Vereinzelungstendenzen besonders betroffen sind und ein geringes Selbstwertgefühl haben, besonders anfällig für rechtsextreme Einstellungen und Handlungen seien. In den folgenden Veröffentlichungen benutzte er jedoch wieder dieses Erklärungsmodell.

Diesen Widerspruch versucht Heitmeyer aufzulösen, indem er beispielsweise durch die ausschnittshafte Präsentation von Passagen aus qualitativen Interviews weiterhin die Funktionalität rechtsextremer Orientierungsmuster für die Bearbeitung individueller Vereinzelungs-, Unsicherheits- und Ohnmachtserfahrungen zu belegen versucht (vgl. Bommes et al. 1994, S. 217).⁶

6 Wasmuth problematisiert die Rezeption von Heitmeyers zentralem Werk, der „Bielefelder Rechtsextremismus-Studie – Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher.“ Heitmeyer versucht in der Untersuchung auf der Basis von Interviews die rechtsextremen Einstellungen von 31

Auch Held, Horn, Leiprecht und Marvakis kommen in der Untersuchung „Jugend 90“ zu Ergebnissen, die das Bild des desintegrierten, orientierungslosen rechten Jugendlichen in Frage stellen. Sie gingen der Frage nach, ob Jugendliche, „die aufgrund ihrer persönlichen Voraussetzungen am sozialen Rande stehen“ eher rechtsorientierte Meinungen vertreten als Jugendliche, „die in zukunftssträchtigen Berufen eine perspektivenreiche Ausbildung relativ problemlos durchführen“ (Held et al. 1992, S. 9). Die beiden zu untersuchenden Gruppen wurden hinsichtlich ihrer sozialstatistischen Merkmale parallelisiert, so dass ausgeschlossen werden konnte, dass unterschiedliche Zusammensetzungen der Versuchsgruppen hinsichtlich Geschlecht, Alter, Ausländeranteil und Stadt-Land-Verhältnis die Ergebnisse verzerren. Die Gruppe der benachteiligten Jugendlichen war stärker von Wohnungsnot betroffen und hatte niedrigere Schulabschlüsse. Die benachteiligten Jugendlichen waren häufiger bei nur einem Elternteil, bei Verwandten oder im Heim aufgewachsen als die nichtbenachteiligten Jugendlichen. Ihr soziales Milieu wäre als dementsprechend stärker destabilisiert anzusehen. Auch hatten bereits 58 Prozent der benachteiligten Jugendlichen eine Ausbildung abgebrochen (ebd., S. 9 f.).

Entgegen weit verbreiteter Annahmen fanden weit mehr privilegierte Jugendliche (28 Prozent) als benachteiligte Jugendliche (11 Prozent) Stimmengewinne der „Republikaner“ bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg „prima“. Weiter waren 60 Prozent der privilegierten Jugendlichen der Meinung, dass von den Asylbewerbern „die meisten nur von unserem Wohlstand leben“ wollen. 31 Prozent der benachteiligten Jugendlichen vertraten diese Meinung. Lediglich 22 Prozent der Jugendliche in den zukunftssträchtigen Ausbildungsberufen glaubten, dass Asylbewerber in ihrer Heimat politisch verfolgt werden. In der Gruppe der benachteiligten Jugendlichen waren es 48 Prozent. 18 Prozent der privilegierten Jugendlichen stimmten für das Ausländerwahlrecht. Bei den benachteiligten Jugendlichen waren es 50 Prozent. Die Jugendlichen wiesen insgesamt ein konsistentes Antwortverhalten auf. Diejenigen, die sich für eine Gleichbehandlung

männlichen Jugendlichen zu erklären. Mit dieser Studie lassen sich keine repräsentativen Aussagen über Jugendliche in Deutschland machen. In der Öffentlichkeit würden diese Ergebnisse jedoch als allgemein gültig perzipiert und dargestellt (Wasmuth 1997, S. 113).

von Nicht-Deutschen aussprachen, waren auch eher über das Wahlergebnis der Republikaner besorgt. Diejenigen, die gegen eine Gleichbehandlung von Nicht-Deutschen waren, fanden auch das Wahlergebnis der „Republikaner“ überwiegend gut (ebd., S. 11 f.).

Insgesamt kommt die Forschergruppe zu dem Ergebnis, dass Jugendliche mit einer ungesicherten Lebenssituation geprägt von „Ohnmachtserfahrungen“, „Handlungsunsicherheit“ und „Vereinzelung“ (Heitmeyer 1994, S. 47) nicht anfälliger für politisch rechte Orientierungen sind als Jugendliche in gesicherter Position. Die Bedeutung von Individualisierungsprozessen für die Ausbildung rechter Orientierungen konnten sie in ihrer Untersuchung somit nicht bestätigen. Tendenzen der Individualisierung wirkten sich eher für die Gruppe der benachteiligten Jugendlichen in problematischer Weise aus. Diese Gruppe war jedoch, entgegen der Annahme Heitmeyers, weniger rechts orientiert (Held et al. 1992, S. 12 f.).

Held, Horn, Marvakis untersuchten, ob die Verschlechterung der Lebenslage im Zuge der wirtschaftlichen Krise für die Zunahme des Rechtsextremismus verantwortlich sei. Geprüft wurde, ob eine bestimmte Lebenssituation in einem Zusammenhang mit politischen Orientierungen stehe. Es konnten keine Zusammenhänge festgestellt werden: „Weder die aktuelle Familien- und Wohnsituation, noch die Arbeitssituation oder die Freizeitsituation stehen in einem erkennbaren Zusammenhang zu den politischen Orientierungen. Dies gilt auch für ostdeutsche Jugendliche. Auch die subjektive Unzufriedenheit mit Aspekten der eigenen Lebenssituation zeigt keine Zusammenhänge zu den politischen Orientierungen.“ (Held et al. 1995, S. 121 f.)

Leiprecht weist darauf hin, dass in der niederländischen Jugendforschung ebenfalls Prozesse der Individualisierung als Resultat von Modernisierungsprozessen diskutiert werden. Dort diskutiere man mit dieser Perspektive jedoch allgemeine Entwicklungen von Lebensumständen Jugendlicher. Als Erklärung für die Entstehung von Rechtsextremismus werden Modernisierungstheorien jedoch nicht herangezogen (Leiprecht 2001, S. 198 f.).

Die Untersuchung von Leiprecht geht dem behaupteten Zusammenhang von Desintegrationsprozessen im Zuge gesellschaftlicher Modernisierung und Rechtsextremismus mittels eines Vergleichs der Lebenssituation und der politischen Orientierungen Jugendlicher in

den Niederlanden und Deutschland nach. Neben den Veränderungen in der Familie sei auch der in der Diskussion um Desintegrationsfolgen gebräuchliche Faktor der Arbeitslosigkeit, respektive der Angst vor Arbeitslosigkeit, angesichts sozialstruktureller Ähnlichkeiten beider Länder vergleichbar. Die üblichen Indikatoren für den Bedeutungsverlust der traditionellen Familie, wie etwa Quantität der Eheschließung und Ehescheidungen oder die Anzahl von Alleinerziehenden, war in beiden Ländern relativ zur Einwohnerzahl ähnlich hoch. Im Untersuchungszeitraum 1992 und 1993 war in den Niederlanden eine höhere durchschnittliche Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen im Vergleich zur Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland festzustellen. Dem von Heitmeyer postulierten Zusammenhang von problematischen ökonomisch-sozialen Lebenslagen und Rechtsextremismus folgend müssten mehr rechtsextreme Orientierungen sowie entsprechende Gewalttaten in den Niederlanden festzustellen sein. Die Ergebnisse Leiprechts zur Verbreitung entsprechender Orientierungen widersprechen dem Erklärungsmodell Heitmeyers. Die niederländische Jugendlichen zeigten in der Untersuchung weniger politisch rechte Orientierungsmuster. Das Ausmaß rechtsextremer Straf- und Gewalttaten in den Niederlanden und Deutschland ist ebenfalls nicht geeignet, Heitmeyers Erklärungsansatz zu stützen (ebd., S. 199 f.).

Heitmeyer nimmt an, dass gerade in Ostdeutschland nach dem Zusammenbruch von „sozial-integrativen“ Strukturen viel abruptere „Desorganisationsprozesse“ mit entsprechenden Folgen für die politische Sozialisation angenommen werden müssten (Heitmeyer 1994, S. 46 ff.). Anett Schreiber kam in einer Längsschnittuntersuchung in Sachsen zu dem Ergebnis, dass fremdenfeindliche Orientierungen vor allem von jungen Menschen geäußert werden, die weniger Angst zeigen, ein höheres Selbstwertgefühl besitzen und mehr soziale Unterstützung erleben (Schreiber 1994, S. 96).

Willems, Eckert, Würtz und Steinmetz gingen mittels Meinungsumfragen, Polizei- und Gerichtsakten, Presseberichten und Experteninterviews der Frage nach, welchen sozialen Hintergrund die meist männlichen Jugendlichen haben, die durch fremdenfeindliche Gewalt auffällig wurden (Willems et al. 1993, S. 110 f.). Demnach gibt es keinen Hinweis darauf, dass die Jugendlichen einen besonders problematischen sozialen Hintergrund haben: „Vielmehr rekrutieren sich frem-

denfeindliche Straf- und Gewalttäter über alle sozialen Schichten und alle Berufsgruppen hinweg (...).“ (ebd., S. 125) Die Hinwendung zu rechtsextremen jugendlichen Subkulturen, folgern Willems et al., könne somit nicht als Desintegrationsphänomen beschrieben werden. So „sind etwa auch nur für einen kleinen Teil der fremdenfeindlichen Gewalttäter persönliche Desintegrationserfahrungen festzustellen: also etwa Schulabbruch, Arbeitslosigkeit, defizitäre Familienstrukturen, Beziehungslosigkeit. Es gibt auch keine Hinweise darauf, daß sie vornehmlich aus sich auflösenden Milieus stammen, die früher durch Gewerkschaften und Kirchen stabilisiert waren.“ (ebd., S. 250) Willems et al. zeigen, dass rechtsextreme Einstellungen und ein entsprechendes Gewaltpotenzial durchaus auch mit festen Arbeitsplätzen und guten, privaten und beruflichen Zukunftsaussichten vereinbar sind (ebd., S. 250 f.).

In diesem Zusammenhang weisen Willems et al. auf die Kritik Mertons (vgl. Merton 1979) an sozialstrukturellen Erklärungsansätzen hin. Menschen reagieren demnach auf konflikthafte, widersprüchliche oder anomische Strukturen nicht uniform. Abhängig von Handlungsmöglichkeiten, Kompetenzen und Gelegenheitsstrukturen sind unterschiedliche Verhaltensweisen möglich. Wilfried Breyvogel schreibt in diesem Zusammenhang: „Polemisch formuliert, könnten Desintegration und ‘Paralyse’ genausogut zur Erklärung jugendlicher Suizide, des Fahrverhaltens auf deutschen Autobahnen oder des vermehrten Wunsches nach Fernreisen im Urlaub herangezogen werden.“ (zit. n. Butterwegge 2001, S. 26)

Willems et al. gehen im Gegensatz zu Heitmeyer davon aus, dass „fremdenfeindliche Gewalt und ethnische Konflikte oft gerade in hochintegrierten Gesellschaften vorkommen, dort nämlich, wo partikularistische Orientierungen auf die Verwandtschaft, Sippe, ethnische Gruppe zentrale Integrationsmechanismen darstellen.“ (Willems et al. 1993, S. 250)

Weiter ist die von Heitmeyer behauptete „Immunsierungsfunktion“ von traditioneller Familie und sozialkulturellen Milieus als sicheren Schutz vor Ausbreitung rechtsextremer Tendenzen wenig plausibel. Butterwegge beschreibt, wie seit Anfang der 1980er Jahre die pronatalistische Familien- und Bevölkerungspolitik der Neuen Rechten verstärkt Eingang in die offizielle Regierungspolitik gefunden hat (Butterwegge

2002, S. 189 f.). Er stellt die besondere Rolle der Familie im rechts-extremen Weltbild dar. Als „Keimzelle des Volkes“ gelte die Familie als „Urform sozialer Existenz“ (ebd., S. 199).

Leiprecht macht darauf aufmerksam, dass wissenschaftliche Arbeiten zur repressiven Funktion der Familie, zu Gewalt und sexuellem Missbrauch in der Familie von Heitmeyer nicht zur Kenntnis genommen würden (Leiprecht 1990, S. 201 f.). Auch müsse die Konzeptualisierung traditioneller Milieus als besonders resistent gegen die Übernahme rechtsextremer Einstellungen bezweifelt werden. Beispielsweise sei die Annahme einer besonders starken Resistenz des sozialkulturellen Milieus der ArbeiterInnenschaft gegen den Faschismus nicht haltbar. Er empfiehlt: „Heitmeyer und Co. täten gut daran, gegen solche Mythen von Familie, Nachbarschaft und ArbeiterInnenmilieu in ihren Analysen die positiven Möglichkeiten zu erörtern, die sich (...) aus weniger Familienzentriertheit, aus weniger Befangenheit in sozial kontrollierenden Nachbarschaften und Milieus, aus weniger 'traditionsvermittelten Selbstverständlichkeiten' ergeben könnten.“ (ebd., S. 203 f.)

Widersprüchlich erscheint mir die Trauer um den Verfall sozialer Milieus, bei gleichzeitiger Propagierung von individueller Autonomie. Beides sind nach Heitmeyer Faktoren, die einer Ausbreitung von Rechtsextremismus entgegenstehen. Heitmeyer beklagt die Auflösung traditioneller sozialer Beziehungen und propagiert eine „autonome Handlungsfähigkeit.“ Er wird nicht müde, die „Schattenseiten der Individualisierung“ zu kritisieren und fordert mehr „Unabhängigkeit“ und „Selbstständigkeit“⁷ (Heitmeyer 1987, S. 85).

Gewalt bei Heitmeyer

Kritisch zu hinterfragen ist auch Heitmeyers Verständnis von Gewalt. Heitmeyer thematisiert Gewalt unter der Perspektive des Desintegra-

7 Leiprecht beschreibt die inhaltliche Leere und eventuell problematischen Konsequenzen dieser Forderung folgendermaßen: „Orientierungen, die vom Unternehmerverband über die Zigaretten-Werbung bis zum herrschenden Jugendbild reichen und so unschädlich harmlos zur durchkapitalisierten (jugendlichen) Freizeit- und Jeanskultur im 'Geschmack von Freiheit und Abenteuer' passen wie den herrschenden Interessen dienlich und profitabel sind. Und was bedeuten solche Orientierungen, wenn in der konkreten Situation womöglich Solidarität und gemeinsames Handeln zur Durchsetzung eigener Interessen gefordert ist (...)?“ (Leiprecht 1990, S. 199 f.)

tionsansatzes.⁸ „Frühe Anerkennungsverletzungen“ würden zur „Suche nach Sicherheit und Überlegenheit“ führen, die wiederum Gewaltakzeptanz zur Folge hätten (Heitmeyer 2002, S. 541). „Da Ohnmachtserfahrungen die Handlungsalternativen zur Realisierung eigener Lebensplanungen einengen, kann Gewalt in ihren vielfältigen Variationen zu einem subjektiv sinnhaften Mittel oder auch Selbstzweck werden.(...) Da Gewalt als Mittel besonders ‘starke’ Begründungen benötigt, besteht die Gefahr, daß nach solchen politischen Konzepten gesucht wird, die einsichtig die Gewalt legitimieren. Dazu bieten sich rechtsextremistische Konzepte an.“ (Heitmeyer 1991, S. 214)

Huisken fragt bezüglich dieser Gewaltkonzeption: „Warum sollten eigentlich Menschen, bei denen wegen fehlender sozialer Verankerung die ‘Gewaltschwelle’ sinkt, ein politisches Legitimationsproblem besitzen?“ (Huisken 1993, S. 501) Wenn Jugendliche bei der Ausübung von Gewalt, trotz der Annahme sie sei „Selbstweck“, ein Begründungsbedürfnis haben, wieso legitimieren sie sich mit offiziell diskreditierten bis hin zu verbotenen rechtsextremen Argumenten.

Plausiblere Erklärungen lassen sich indirekt aus dem Selbstverständnis rechtsextremer Jugendlicher folgern. Viele rechtsextreme Jugendliche sehen sich als Teil einer „Bewegung“. Die Auswahl ihrer Opfer erfolgt nicht willkürlich. Wenn es typische Opfergruppen gibt, beispielsweise Migranten, Obdachlose, politisch Andersdenkende oder Homosexuelle, muss die Motivation eine spezifische sein. Es ist in diesem Fall davon auszugehen, dass es sich nicht primär um eine Kompensation von Ohnmachts- und Deklassierungsgefühlen handelt

8 Heitmeyer betont die Notwendigkeit, auch sozialpsychologische, subkulturtheoretische, bewegungstheoretische und kriminologische Ansätze zur Kenntnis zu nehmen. Für weitere Forschung plädiert er, den Desintegrationsansatz zu einer „Rahmentheorie“ auszubauen, der dann „Anschlussmöglichkeiten für die Einzeltheorien bereithält“ (Heitmeyer 2002, S. 540). Schon 1994 plädiert Heitmeyer dafür, dass „ein interdisziplinäres Kerntheorem formuliert wird, in das dann die Erklärungsleistungen der einzelnen Blickwinkel einmünden. (...) Vor diesem Hintergrund möchte ich als Kerntheorem zur Erklärung des Zuwachses von fremdenfeindlichen, gewaltakzeptierenden und rechtsextremistischen Orientierungen bzw. Handlungsweisen das Desintegrations-Theorem in den Mittelpunkt stellen.“ (Heitmeyer 1994, S. 45) Warum gerade das Desintegrationstheorem eine mehrere Ansätze integrierende Leistung habe, erklärt er nicht. Mir scheint es, als wolle er die inhaltlichen Aspekte anderer Erklärungsansätze auf ein ergänzendes Anhängsel des Desintegrationstheorems reduzieren.

(vgl. Willems et al. 1993, S. 250; vgl. Müller 1997, S. 37). Man hat es eher mit im angloamerikanischen Raum als „Hate-Crimes“ bezeichneten Aktionen mit dem Ziel der Durchsetzung bestimmter Vorstellungen von Gesellschaft zu tun. Die Täter zeigen, dass sie eine weiße, heterosexuelle Gemeinschaft mit leistungsfähigen und angepassten Menschen haben wollen. Mit ihren Taten zeigen sie, wer dazugehört und wer ein Feind ist. Sie setzen ihre Regeln konsequent durch. Schulze weist auf einen wichtigen Unterschied von rechtsextremen im Vergleich zu anderen subkulturellen, gewalttätigen Gruppierungen hin: „Die männerbündische Brechung des ‘Tötungstabus’ – wie es sich im letzten Jahrzehnt in der BRD wieder deutlich gezeigt hat – ist tatsächlich ein wesentliches Charakteristikum nazistischer Formierungen.“ (Schulze 2004, S. 40) Rechtsextreme Jugendliche handeln oft in dem Gefühl, dominante gesellschaftliche Werte zu verteidigen. An diesem Punkt müsste man fragen, welche Diskurse und Handlungen der gesellschaftlichen „Mitte“ ihnen dieses Gefühl vermitteln.

Heitmeyer diskutiert jedoch ausschließlich die Gewalt rechtsextremer Jugendlicher. Würde er seiner eigenen Rechtsextremismusdefinition folgen, müsste er Aspekte der etablierten Politik untersuchen. Denn die Verfassung der Bundesrepublik begründet Ungleichheit, insofern Migranten als Personen mit vermindertem Rechtstatus gefasst werden und Gewalt, etwa in Form von Abschiebungen, der „Grenzsicherung“ oder „Beweissicherung“⁹, akzeptiert wird. Davon kann jedoch keine Rede sein. Institutionalisierte Rassismus wird von Heitmeyer in staatsdienlicher Weise nicht thematisiert.

Heitmeyers Engagement in der „Interdisziplinären Forschungsgruppe für multiethnische Konflikte“ kann die Perspektive seiner Gewaltforschung verdeutlichen. Heitmeyer stützt sich hier auf die Überlegungen von Samuel P. Huntington. Gesellschaftlich sieht Heitmeyer zwei zent-

9 Die bei Verdacht des Drogenbesitzes praktizierte Brechmittelvergabe und ähnliche Verfahren finden fast ausschließlich bei Nichtdeutschen Anwendung. Vor drei Jahren starb der 19-jährige Nigerianer Achidi John nach gewaltsamer polizeilicher Brechmittelvergabe in Hamburg. Am 27. Dezember 2004 starb der 35-jährige Laye Kode im Bremer Polizeipräsidium, nachdem ihm ein Arzt des Beweissicherungsdienstes mittels einer Nasensonde gewaltsam so viel Wasser eingefößt hatte, bis die Lungen volliefen. Infolge Sauerstoffmangels führte dies zum Hirntod, am 7. Januar verstarb Laye Kode. (<http://www.antirassismus-buero.de>; Stand: 14. Januar 2005)

rale Konfliktlinien: „Die eine Konfliktlinie besteht im binären politischen Ideologiemuster von 'links' und 'rechts', die andere in ethnisch kultureller Zugehörigkeit. (...) Folgt man der Ausgangsthese von Huntington, dann müssten sich letztere durchsetzen. (...) Damit aber die einleitend referierten Perspektiven von Huntington nicht zum Tragen kommen, also, die mit militärischen Optionen versehene Durchsetzung kultureller Überlegenheit nach 'außen', müssen die Probleme im 'Innern' geregelt werden.“ (Heitmeyer 1994, S. 401)

Bezüglich Heitmeyers Gewaltkonzeption kann festgehalten werden, dass Heitmeyer den Zusammenhang von politischer Motivation und gewaltsamen Aktionen rechtsextremer Jugendlicher ausblendet und die staatliche Gewalt für nicht weiter erklärungsbedürftig hält: „Es bleibt der zwar volkstümliche, aber trotzdem wenig stimmige Gedanke übrig, daß Menschen, die nichts zu verlieren haben, eher zu Gewalt neigen würden.“ (Huiskens 1993, S. 501)

Fazit

Insgesamt fällt bei der Betrachtung des Ansatzes der Bielefelder Schule um Heitmeyer auf, dass ihr „Blick auf das, was als gesellschaftliche Normalität erscheint, gewissermaßen auf das 'Zentrum' der Gesellschaft“ (Heitmeyer 1992, S. 9), nicht viel an Erklärung bieten kann.

Heitmeyers Perspektive ist, von Elementen seiner Instrumentalisierungsthese abgesehen, eine sehr reduzierte. Sein zentrales Erklärungsmodell, das Desintegrationstheorem, kann als empirisch widerlegt angesehen werden. Den Rechtsextremismus Jugendlicher mit Handlungsunsicherheiten, Vereinzelungserfahrungen und Ohnmachtserfahrungen im Zuge von Individualisierungsprozessen zu erklären, bleibt unbefriedigend. Aus bestimmten Lebenslagen lässt sich nicht deterministisch die Hinwendung zu rechtsextremen Einstellungen ableiten. Ein direkter Zusammenhang von gelingender Lebensbewältigung und politischer Einstellung ist unwahrscheinlich. Rechtsextreme Denkangebote werden von Personen mit unterschiedlichen sozialen Hintergründen genutzt. Wenn Heitmeyer etwa eine „sachlich-inhaltliche Arbeitsorientierung“ als Schutz vor rechtsextremen Orientierungen annimmt, muss doch auf die nicht geringe Anzahl beruflich und sozial gut integrierter rechtsextremer Jugendlicher verwiesen werden.

Heitmeyer kritisiert zwar neoliberale Globalisierung und konservative politische Eliten, stellt sie aber nicht weiter in Frage. Sein Anliegen scheint ein bloßes Konfliktmanagement zu sein: „Dort, wo Normlosigkeit einzieht, verlieren Regeln und damit auch Regelungsfähigkeit ihr Fundament.“ (Heitmeyer 1994, S. 392) Er sucht die Ursachen von Rechtsextremismus primär in den einzelnen Menschen und macht sie zum Objekt pädagogischer Interventionen. Staatlich institutionelles Handeln erscheint bei Heitmeyer als neutrale Praxis und nicht als Teil des zu erörternden Problems. Dabei blendet er gesellschaftliche Machtverhältnisse und damit verbundene Ausschlusspraxen weitgehend aus.

Die pädagogischen Implikationen des Heitmeyerschen Erklärungsansatzes müssen entsprechend kritisch beurteilt werden. Wenn Heitmeyer mehr einführendes Verstehen und Unterstützung für Jugendliche mit rechter politischer Orientierung fordert und sich gleichzeitig gegen politische Bildungsarbeit wendet, die er als „verkopfte“ Aufklärung betrachtet, wird Rechtsextremismus auf ein rein sozialpädagogisches Problem reduziert (vgl. Heitmeyer 1989, S. 30 f.). Die Hinwendung zu rechtsextremistischen Denkangeboten durch alternative verlässliche soziale Gruppenbindungen und kompetenzorientierte Erlebnisse zu verhindern, kann bei vereinzelt, verunsicherten Jugendlichen durchaus erfolgversprechend sein. Bei gut integrierten, selbstbewussten Jugendlichen mit positivem Selbstkonzept machen entsprechende sozialpädagogische Interventionen keinen Sinn.

Bommes und Scherr stellen bezüglich der Attraktivität des Heitmeyerschen Erklärungsansatzes fest, dass „es institutionelle Strukturen von Handlungsfeldern sind, die der selektiven Adaption von Theoremen und Argumenten in praxisbezogenen Disziplinen zugrunde liegen“ (Bommes et al. 1994, S. 218). Heitmeyers Erklärungsangebot ist demnach in einem Kontext von Versuchen zu verorten, die Arbeit mit politisch rechten Jugendlichen zum Aufgabengebiet der Jugendarbeit zu erklären. Bommes und Scherr zeigen, wie in einer ökonomisch schwierigen Situation die Notwendigkeit von Jugendarbeit zunehmend in Frage gestellt wird. Die Phänomene eines sich öffentlich artikulierenden Rechtsextremismus eignen sich demnach gut für die Begründung der Notwendigkeit einer Aufrechterhaltung institutioneller pädagogischer Strukturen. Gleichzeitig bekommt die Politik die Möglichkeit,

sich durch Finanzierung von Jugendarbeit als engagierter Gegner des Rechtsextremismus zu präsentieren, ohne institutionelle Diskriminierung und eigene Politikkonzepte zu problematisieren. Sie schreiben: „In diesem Zusammenhang wäre es kontraproduktiv darauf zu verweisen, daß sozial randständige Jugendliche nur eine relevante Teilgruppe des Problems Rechtsextremismus sind. Der sachlich notwendige Verweis auf die gesellschaftlich allgemeine Verbreitung des Rechtsextremismus ist weder von politischen Entscheidungsträgern im Sinne von Legitimationsbeschaffung verwendbar, noch können Sozialpädagogik und Jugendarbeit ausweisen, wie sie im Rahmen ihrer gängigen Arbeitsmethoden mit rechtsextremen Orientierungen beruflich gut situerter, sozial integrierter Jugendlicher und Erwachsener umgehen können (...).“ (ebd., S. 219)

3.3 Rechtsextreme Jugendliche – eine neue Protestbewegung?

Vor allem nach Wahlerfolgen rechter Parteien wird die Vermutung geäußert, die Wahlentscheidung für eine rechte Partei sei als Ausdruck einer Unzufriedenheit mit dem Politikangebot der etablierten Parteien zu verstehen. Die Stimmabgabe für eine rechte Partei bedeute nicht, dass die politische Zielrichtung selbiger unterstützt werde.

Eine ähnliche Interpretation ist seit den frühen 1990er Jahren auch in weiten Teilen der wissenschaftlichen Rechtsextremismusforschung in Bezug auf Aktionen rechter Jugendlicher und das Entstehen einer rechten Jugendkultur zu beobachten. Es wird vermutet, dass Jugendliche rechtsextreme Argumentationsmuster und Gewalttaten gezielt einsetzen, weil „diese ethisch und sittlich in der Bundesrepublik aufgrund der deutschen Geschichte in besonderem Maße widerwärtig und bössartig sind und einen hohen Provokationswert haben.“ (vgl. Oevermann 1998, S. 98)

Die kommerzielle Vereinnahmung jugendlicher Subkulturen mache es aufbegehrenden Jugendlichen schwer, ihre Unzufriedenheit zu artikulieren. Bisher gebräuchliche Symbole des Protests seien durch ihre Vermarktung für Jugendliche unattraktiv geworden. Fuchs, Lamnek und Wiederer drücken das so aus: „‘Nazis sind Sub-Pop’ – der Rechtsextremismus ist vielleicht die letzte wirkliche Protestkultur.“

(Fuchs et al. 2003a, S. 14) Leggewie nennt die rechten Jugendlichen „konforme Rebellen“, die sich gegen „die sozialen Anomien einer kraftlos gewordenen Konsumgesellschaft“ zur Wehr setzen (Leggewie 1993, S. 35).

Auch diskutiert man die Zusammenschlüsse rechter Jugendlicher als Widerstandsformen gegen zunehmende Armut und Perspektivlosigkeit. Man glaubt eine Bewegung von ausgeschlossenen Jugendlichen erkennen zu können. Martin König, Vertreter des Bündnis 90/Die Grünen und Mitarbeiter in der evangelischen Schülerarbeit in Berlin-Brandenburg, formuliert das folgendermaßen: „Die 68er Bewegung war eine Studenten- und Mittelstandsbewegung, die ihre Vorstellungen unter einigermaßen gesicherten ökonomischen Verhältnissen verwirklichen konnte. Heute haben wir eine andere Bewegung, die gespeist wird durch soziale Probleme oder durch die Angst, ins Abseits abzurutschen. (...) Die Jugendlichen haben keine Option auf die Zukunft.“ (zit. n. Kühnel 1994, S. 152)

Kritik

Die Erklärung rechtsextremen Verhaltens Jugendlicher als Ausdruck einer jugendlichen Protestattitüde erscheint mir angesichts verschiedener Untersuchungen über rechte Jugendliche nicht plausibel. Ich denke nicht, dass sich Gesellungsformen von rechtsextremen Jugendlichen durch eine „subversive Frechheit der Nichtprivilegierten“ (Morshäuser 1993, S. 41) auszeichnen.

Benno Hafener und Mechtild Jansen untersuchten das Selbstbild verschiedener „Cliques“¹⁰ rechter Jugendlicher. Als Gemeinsamkeit dieser „Gruppen“ stellen sie heraus, dass die rechten Jugendlichen für sich und ihre politische Einstellung einen Status der „Normalität“ beanspruchen. Demnach denken viele Jugendliche und Erwachsene wie sie, trauen sich aber nicht, dies öffentlich zu zeigen. Trotz ihres teil-

10 Lena Inowlocki gibt zu bedenken, dass die Analyse von Zusammenschlüssen rechter Jugendlicher als Formen allgemeiner „Cliques“ oder „Gruppen“ der Gefahr unterliegt, deren spezifischen ideologischen Kontext und Wirkungszusammenhang auszublenden. In der Folge gehe es in vielen sozialwissenschaftlichen Studien nur noch um potenzielle Risikofaktoren für den Anschluss an „gewalttätige Cliques“. Die Diskussion reduziere sich dann häufig auf eine allgemeine Thematisierung von Jugendgewalt (Inowlocki 2000, S. 368 f.).

weise auffälligen Verhaltens und ihres Outfits fühlen sich die rechten Jugendlichen von anderen Jugendlichen und Erwachsenen verstanden und erfahren wiederholt Zustimmung. Hafener und Jansen resümieren: „Mit den Cliques, den Kameradschaften, den Skinheads und weiteren Gesellungs- und Organisationsformen sowie zugehörigen Vernetzungen gibt es in der Bundesrepublik unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen seit Mitte der 90er Jahre eine neue und vielschichtige Entwicklung, die als 'rechte Jugendkultur' nicht mehr (nur) am Rande der Gesellschaft isoliert ist, sondern in die junge Generation und Gesellschaft hinein 'diffundiert' bzw. aus deren 'Mitte' kommt. Dieser Prozess wird als doppelte Normalisierung von den Jugendlichen wahrgenommen und reklamiert, sie fühlen sich in ihrem Denken nicht als Außenseiter, sondern zugehörig.“ (Hafener et al. 2001, S. 224)

Ute Schad weist darauf hin, dass sich viele rechte Jugendliche als „Avantgarde“ sehen, die den Mehrheitswillen der Bevölkerung artikuliert (Schad 1996, S. 36). Dieses Selbstverständnis deutet nicht auf eine rebellische Protestattitüde hin.

Auch die in diesem Zusammenhang angeführte Armut, beziehungsweise die Angst vor Verarmung oder Perspektivlosigkeit, kann kaum als zentrales Motiv für die Übernahme rechter Deutungsmuster gelten. Müller kommt nach der Analyse repräsentativer Jugenduntersuchungen zu dem Ergebnis, dass sich das Potenzial problematischer rechter Orientierungen nicht auf eine Minderheit am Rande der Gesellschaft beschränkt. Entsprechende Orientierungen sind demnach in verschiedenen sozialen Milieus nachzuweisen. Besonders im „kleinbürgerlich-materialistischen Milieu“, dem „status- und karriereorientierten Milieu“ und dem „hedonistischen Arbeitermilieu“ wurde ein hohes Maß an „autoritaristischen Einstellungen“ und „gewaltbereiter Fremdenfeindlichkeit“ festgestellt (Müller 1997, S. 38 f.).

Held, Horn und Marvakis untersuchten, ob Jugendliche, die sich nationalistisch äußerten, in besonderer Weise desintegriert wären. Bei ihnen konnte keine stärkere Desintegration im Vergleich zu einer Kontrollgruppe festgestellt werden: „Die rechtsnationalistischen Jugendlichen waren eher besser in Arbeit und Beruf integriert.“ (Held et al. 1995, S. 124) Sie interpretieren ihre Untersuchungsergebnisse folgendermaßen: Es ist nicht ein Integrationsdefizit, welches rechte Orientie-

rungen fördert. Vielmehr führe ein starkes Integrationsbedürfnis, ein „positiver Integrationswille“, zu ausgrenzenden Orientierungen. Bei diesen Jugendlichen sei eine unkritische Orientierung an gesellschaftlich dominierenden Maßstäben festzustellen. Diese Haltung nennen sie „Konventionalismus“. Rechte, ausgrenzende Orientierungen sehen Held et al. in dem Bedürfnis nach sozialer Integration in Verbindung mit „Konventionalismus“ begründet (ebd., S. 124 f.).

Fazit

Rechtsextreme Jugendliche orientieren sich nicht nur an dominanten gesellschaftlichen Werten. Sie setzen sie zum Teil auch gewaltsam durch. Bei den pogromartigen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen oder Hoyerswerda applaudierte das lokale Umfeld und solidarierte sich mit den gewalttätigen rechten Jugendlichen. Die „Provokationen“ rechter Jugendlicher richten sich gegen Menschen, die auch von der Gesamtgesellschaft ausgegrenzt werden. Worin besteht das rebellische Moment, wenn Flüchtlinge, Obdachlose oder Behinderte angegriffen werden? Wie kann man in einer gesellschaftlichen Situation, in der etablierte politische Parteien, Medien und große Teile der Bevölkerung eine „deutsche Leitkultur“ fordern oder Wahlkämpfe mit der Parole „Kinder statt Inder“ geführt werden¹¹, rechtsextreme Äußerungen Jugendlicher als Ausdruck des Wunschs „anders zu sein“ (Fuchs et al. 2003b, S. 14) qualifizieren? Butterwegge beschreibt diesen Zusammenhang folgendermaßen: „Es geht nicht um die Negation, sondern gerade um die – bis zur letzten Konsequenz getriebene – Realisation gültiger Normen (...)“ (Butterwegge 2001, S. 31) Insgesamt betrachtet handelt es sich bei den Aktivitäten rechter Jugendlicher weder um ein jugendtypisches Protestverhalten, noch um einen Aufstand perspektivloser Jugendlicher.

11 Der CDU-Politiker Jürgen Rüttgers benutzte diesen Slogan bei einer Landtagswahl.

3.4 Rechtsextremismus als Resultat fehlender oder falscher Erziehung

Recht weit verbreitet ist die Annahme, rechtsextreme Orientierungen Jugendlicher seien auf eine antiautoritäre oder emanzipative Pädagogik zurückzuführen. Die Erziehungsideale und Praktiken der Pädagogengeneration, die aus der studentischen Protestbewegung der 60er und 70er Jahre hervorging, sind demzufolge verantwortlich für die zu beobachtende Rechtsentwicklung großer Teile der heutigen Jugend. Den „68ern“ wird vorgeworfen, sie hätten jegliche Form von Autorität zerstört. Die Konzepte antiautoritärer Erziehung hätten in der pädagogischen Praxis ein unreflektiertes Laisser-faire zur Folge gehabt. Auch als Elterngeneration habe man sich der Verantwortung gegenüber den Kindern entzogen. Die den Kindern und Schülern angeblich vorenthaltene Autorität führe zu rechtsextremen Einstellungen und Verhalten. Claus Leggewie, ein ehemaliger „Antiautoritärer“, stellt fest: „Oft rutschte das gutgemeinte Prinzip der ‘repressionsfreien’ Erziehung ab, in ein prinzipien- und gestaltloses Leben-und-leben-lassen.“ (Leggewie 1993)

Leggewie und andere Vertreter dieses Erklärungsmodells sehen einen Zusammenhang zwischen dem Engagement der reformorientierten PädagogInnen und einem Verlust von Erziehungsfähigkeit in der Bevölkerung. Sie beklagen, dass die Überlegungen und Bemühungen der Emanzipationsbewegung jegliche Autorität untergraben habe, in der Folge sei keine Erziehung mehr möglich. Die fehlende Erziehung sei die Ursache für den jugendlichen Rechtsextremismus. Er schreibt: „Die in verdächtiger Eile als ‘Nazi-Kids’ gebrandmarkten Gewalttäter sind Erziehungswaisen, Angehörige einer neuen vaterlosen und fatal auf die (hilflosen) Mütter fixierten Generation. Aber nicht die Schläge der Väter und die Strenge der Mütter, sondern die Abwesenheit und Gleichgültigkeit der Älteren bleuten ihnen das ‘autoritäre’ Denken ein.“ (ebd.)

Joachim Müller untersuchte die familiären Hintergründe rechter Gewalttäter. Seine Ergebnisse widersprechen der These, nach der ein Mangel an Autorität zu rechtsextremer Gewalt führe. Viele der rechtsextremen Jugendlichen, die wegen Gewalttätigkeiten auffällig wurden, berichteten von einer gewalttätig-autoritären Erziehung (Müller 1997, S. 242).

Rechtsextremismus – ein Produkt des „Generationenkonflikts“?

Einer anderen These zufolge ist der heutige Rechtsextremismus als eine Gegenbewegung zur Protestbewegung der 68er Generation im Rahmen des „Generationenkonflikts“ zu verstehen. Wolfgang Kühnel etwa beschreibt die Entwicklung einer rechten Jugendkultur als „Gegenreaktion auf die neuen sozialen Bewegungen“ (Kühnel 1994, S. 142). Er führt die politische Rechtsentwicklung von Jugendlichen auf eine „links-liberale Kultur“ zurück. Links-liberale Lehrer und Erwachsene „wuchern mit dem Pfund der Argumentation und Aufklärung. Wie problematisch damit – und dies nicht nur in politischer Hinsicht – die konflikthafte Reibung zwischen den Generationen wird, läßt sich nur ahnen.“ (ebd., S. 146) Er vermutet, dass Jugendliche rechtsextreme Einstellungen entwickeln, weil nur so bei links-liberalen Eltern der „Generationenkonflikt“ bearbeitbar sei. Bei Konflikten mit linken Eltern wären rechte Diskurse ein effektives Streitmittel (ebd., S. 152).

Abgesehen von der unplausiblen Annahme einer quasi mechanisch reaktiven Entwicklung politischer Einstellungen kann die geringe Anzahl „linker“ Lehrer wohl kaum das Ausmaß rechter Einstellungen bei Schülern erklären. Auch dürfte es Vertretern dieses Ansatzes schwer fallen, die Zunahme rechtsextremer Aktivitäten in den 1990er Jahren zu erklären.

Gegen den konstatierten Zusammenhang von linken Eltern und rechten Kindern sprechen die Ergebnisse verschiedener Untersuchungen. Held, Horn und Marvakis fanden im Rahmen einer Untersuchung politischer Orientierungen Jugendlicher nur wenige Unterschiede bei der politischen Meinung von Jugendlichen und ihren Eltern (Held et al. 1995, S. 125). Hafenerger und Jansen berichten über eine weitgehende Übereinstimmung zwischen der politischen Meinung von rechten Jugendlichen und ihrer Eltern (Hafenerger et al. 2001, S. 205). Wahl fand bei einer Untersuchung von Jugendlichen, die wegen rechtsextremer Straftaten verurteilt waren, eine signifikante Korrelation zwischen den politischen Orientierungen der Jugendlichen und ihren Eltern. Beispielsweise stand die von den Jugendlichen vermutete Parteiorientierung ihrer Eltern in direktem Zusammenhang mit der Parteiorientierung der Jugendlichen. Vor allem die Väter wurden überdurchschnittlich häufig rechts und nationalistisch eingeschätzt (Wahl 2003, S. 139). Die Jugendlichen scheinen kein ausgeprägtes Bedürfnis nach

Abgrenzung von der politischen Meinung ihrer Eltern zu haben. Kühnells These des Generationenkonflikts scheint somit wenig stichhaltig zu sein.

Rechtsextremismus als Folge eines „Wertewandels“?

Neben der These eines „Generationenkonflikts“ und einer fehlenden Erziehung wird auch eine falsche Erziehung als Grund für rechts-extreme Orientierungen Jugendlicher ausgemacht. Vornehmlich konservative Wissenschaftler vermuten, dass der Rechtsextremismus bei Jugendlichen auf einen durch die Reformbemühungen hervorgerufenen „Wertewandel“ zurückzuführen sei. Vertreter dieses Ansatzes nehmen an, dass eine Erziehung zu Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung den Nährboden für Gewaltbereitschaft und Rechtsextremismus geschaffen habe. Wolfgang Brezinka formuliert das folgendermaßen: „Alle höheren Ideale wurden herabgesetzt; Ehrfurcht, Treue, Unterordnung, Gehorsam und selbstlose Dienstbereitschaft sind verspottet worden. Die folgenreichste Veränderung für die normative Kultur aber war das Absterben des christlichen Glaubens, der ‘Tod Gottes’ im Bewußtsein der meisten Menschen. Damit ist die stärkste Quelle für Geborgenheit und Grundvertrauen, für moralische Anstrengungsbereitschaft und für sicheres Rechts- und Unrechtsbewußtsein versiegt.“ (Brezinka 1995, S. 10f.)

Tobias Krettau untersucht, ob bei rechtsextremen, gewalttätigen Jugendlichen die moralische Sozialisation nicht mehr funktioniert. Methodisch orientierte er sich dabei an der Theorie der moralischen Entwicklung von Lawrence Kohlberg. Er konnte bei den rechten, gewalttätigen Jugendlichen im Vergleich zu unauffälligen, „normalen“ Jugendlichen keine defizitäre moralische Entwicklung feststellen (Krettau 1997, S. 245). Auch waren die rechten Jugendlichen durchaus empathiefähig (ebd., S. 230). Krettau weist darauf hin, dass gewalttätiges Handeln entgegen moralisch begründeten Erwartungen nicht zwangsläufig bedeute, dass man nicht über internale, handlungswirksame Standards verfügt, die dieses Handeln als unangemessen, ungerechtfertigt etc. ausweisen. Entsprechende Standards könnten auf verschiedene Weise ausgeschaltet werden. Beispielsweise können „Strategien der Neutralisierung“ zur Anwendung kommen, die verwerfliches Handeln als Ausnahme von der Regel interpretieren.

Gewalthandlungen können als „Notwehr“, „verdiente Vergeltung“ oder als „Hilfeleistung für Angegriffene“ definiert werden, um sie so für sich und andere zu rechtfertigen. Auch könne eine „Segmentierung“ im moralischen Bewußtsein vorliegen. In diesem Fall können Menschen prinzipiell der Meinung sein, daß die körperliche Verletzung anderer als moralisch verwerflich zu betrachten ist. Trotzdem könnte Gewalt ausgeübt werden, wenn beispielsweise ein zweckrationales Motiv für Gewalt vorliegt. Dies impliziere jedoch keine über das konkrete Gewalthandeln hinausgehende Einschränkung ihrer moralischen Kompetenz. (ebd., S. 214)¹²

Krettau kritisiert mit Bezug auf unterschiedliche entwicklungspsychologische Theorien Erklärungsansätze, die den Erwerb moralischen

12 Die historischen Studien von Zygmunt Bauman, Wolfgang Sofsky oder Christopher Browning können als Bestätigung der These gelesen werden, dass keine abnorme Charakterstruktur oder ein moralisches Defizit vorliegen müssen, um Gewalt auszuüben.

Bauman beschreibt die Kontinuität der Normalität, die zum Faschismus geführt hat. Er zeigt beispielsweise, wie respektable Persönlichkeiten in Wissenschaft und Politik an der Planung und Durchführung des Holocaust beteiligt waren. Es waren die gesellschaftliche Normalität, die traditionellen Denkformen, die schließlich zu mörderischer Praxis wurden (vgl. Bauman 1992).

Sofsky versucht zu zeigen, dass die Episode des Nationalsozialismus nicht als Überrest eines dumpfen Irrationalismus verstanden werden kann. Er weist auf die lange Geschichte von Repression und Gewalt in der Moderne hin. Die Interpretation der NS-Zeit als singulärer „Rückfall in die Barbarei“ bewahre vor dem beunruhigenden Gedanken, dass organisierter Terror von Tendenzen herrühren könnte, die in der Struktur der modernen Gesellschaft angelegt sind. Von einem „Rückfall in die Barbarei“ zu sprechen, verharmlose den Tatbestand und missachte dessen Voraussetzungen. Sofsky schreibt: „Die allermeisten Täter waren so durchschnittlich, daß sie sofern sie zur Rechenschaft gezogen wurden, anstandslos von der zivilen Gesellschaft aufgenommen wurden und ein normales Leben neben ihren Nachbarn führten, ohne weiter aufzufallen. Die Opfer wurden einzig deswegen zu Opfern, weil sie dazu gemacht wurden, weil man Menschen zu Außenseitern, Feinden, Überzähligen abstempelte (...)“ (Sofsky 1993, S. 316)

Browning macht deutlich, wie Menschen fähig werden, massenhaft andere Menschen zu töten. Exemplarisch für die vielen Fälle der am Holocaust beteiligten Männer untersucht Browning die Geschichte eines Reservepolizeibataillons in Polen. „Ganz normale Männer“ wurden mit der Aufgabe betraut, Juden bei den Eisenbahnwaggons zusammenzutreiben, um sie in die Vernichtungslager zu schicken. Er beschreibt, wie die Männer von Auftrag zu Auftrag immer kaltblütiger wurden. Browning zeigt, dass die Männer die Wahl hatten, ob sie an Erschießungskommandos teilnehmen wollten. Fast alle Männer beteiligten sich an Erschießungen. Auffällig in seinen Schilderungen ist die deutliche Polarisierung in „wir“ pflichtbewusste deutsche Soldaten und „die“ Juden, für die kaum Mitgefühl empfunden wurde (vgl. Browning 1993).

Wissens und moralischer Motivation als bloßes „Hineinwachsen“ in kollektive Lebensgewohnheiten darstellen. Er gibt zu bedenken, „daß es im Verlauf der moralischen Entwicklung zu qualitativen Veränderungen und Reorganisationen moralischer Denk- und Handlungsstrukturen kommt und daß moralisches Handlungswissen nicht nur passiv angeeignet, sondern aktiv (re)konstruiert wird (...). Damit ist keineswegs eine bloß marginale Schwäche solcher Deutungen angesprochen, sondern ein kardinales Problem. Denn: der oftmals zur Erklärung von Jugendgewalt bemühte zweckrationale, selbstbezogen-egoistische Individualismus unter Jugendlichen ist nicht unbedingt Ausdruck eines strukturellen Defizits der moralischen Sozialisation unter heutigen Bedingungen des Aufwachsens, sondern ein reguläres Durchgangsstadium in der moralischen Entwicklung eines jeden Jugendlichen und deshalb ein ganz normales Phänomen.“ (ebd., S. 212)

Fazit

Die Annahme, dass die Reformen der 1960er und 1970er Jahre eine egozentrische, nihilistische und amoralische Jugend hervorgebracht hätten, die bar jeden Unrechtsbewusstseins einen gewalttätigen Rechtsextremismus praktiziert, kann nicht überzeugen. Ich denke, Brezinka überschätzt den Einfluss der „68er“ Generation. Die Reformbemühungen der „68er“ haben die Sozialisationsbedingungen der Kinder und Jugendlichen nicht in der von konservativer Seite beklagten Weise verändert. Beispielsweise wurde nicht einmal das deutsche Schulsystem in entscheidender Weise reformiert, in dem doch ein besonders starker Einfluss der „68er“ vermutet wird. So ist etwa eine Mitbestimmung der Unterrichtsinhalte durch die Schüler nach wie vor kaum möglich. Gerade heute reduziert sich Bildung auf ökonomische Verwertbarkeit. Selektion nach Leistungsfähigkeit bereits im frühen Alter und Einführung von Disziplinierungsinstrumenten, wie sie zum Beispiel „Kopfnoten“ darstellen, müssten deutlich machen, dass sich nicht die „68er“ durchgesetzt haben.

Butterwegge macht darauf aufmerksam, dass die rechten Jugendlichen wohl mehr von der „geistig-moralischen Erneuerung“ der konservativen Parteien beeinflusst worden sein dürften, als von der Protestbewegung der 1960er und 1970er Jahre. Die von 1982 bis 1998

regierende CDU/CSU/FDP-Koalition forcierte Elitedenken, Leistungs-ideologie und „Vaterlandsliebe“ (Butterwegge 2001, S. 36).

Die Annahme, der Rechtsextremismus sei die Folge eines Kulturverfalls und einer damit einhergehenden verdorbenen oder verwöhnten Jugend, die keine „moralische Anstrengungsbereitschaft“ besitze, scheint mir mehr Ausdruck konservativer gesellschaftlicher Hegemoniebestrebung zu sein, als Versuch ernsthafter Auseinandersetzung mit dem Phänomen. Butterwegge formuliert sehr treffend: „Manneszucht und (soldatische) Disziplin, Ehrbewusstsein, Treue, Pflichterfüllung, Ordnungsliebe, Gehorsam und Opferbereitschaft sind ‘typisch deutsche’ bzw. sog. Sekundärtugenden, die ideale Anknüpfungspunkte für Rechtsextremisten/Neofaschisten bieten. Gleiches gilt für die Glorifizierung der Marktwirtschaft, die sozialdarwinistische Philosophie des Neoliberalismus und den hieraus erwachsenden Standortnationalismus.“ (ebd.)

Rechtsextremismus mit einem Mehr an Autorität bekämpfen zu wollen, erscheint mir kontraproduktiv. Bezüglich der Schuldzuschreibungen an die Vertreter einer emanzipativen Erziehung im Speziellen oder der Protestbewegung der 1960er und 1970er Jahre im Allgemeinen, erscheint mir Butterwegges Einschätzung wesentlich plausibler: „Wenn die ‘Alt-68er’ überhaupt eine Mitverantwortung für Rechtsentwicklung und Gewalt in der Bundesrepublik tragen, dann deshalb, weil sie als Personen beim ‘Marsch durch die Institutionen’ erheblich mehr verändert wurden als diese, also wegen mangelnder Konsequenz, tiefgreifende Gesellschaftsveränderungen auch gegen mächtige Interessenvertretungen durchzusetzen, nicht aber wegen ihrer teilweise illusionären Forderungen und idealistischen Reformvorstellungen selbst.“ (ebd., S. 35 f.)

3.5 Rechtsextremismus als Reaktion auf Einwanderung

In Wissenschaft und Politik wird ein Erklärungsmodell herangezogen, das einen direkten Zusammenhang zwischen Einwanderung und Fremdenfeindlichkeit beziehungsweise Rechtsextremismus annimmt. Seit Beginn der 1990er Jahre beschreiben unter anderen Helmut Willems, Roland Eckert, Stefanie Würtz und Linda Steinmetz die Zunahme von Fremdenfeindlichkeit als „Reaktion auf den unerwartet

starken Zustrom von Asylbewerbern nach 1990 und die dadurch ausgelösten Ängste, Konkurrenzerfahrungen und Konflikte und deren mangelnde Bewältigung“ (Willems et al. 1993, S. 254). Willems schreibt: „Durch Einwanderung werden kulturelle Standards relativiert, Fremdheitserlebnisse erzeugt, Lebensgewohnheiten verändert und Konkurrenzsituationen (z.B. auf dem Wohnungsmarkt) verschärft. Dies kann einerseits zu neuen Konflikten auf Grund ethnisch-kultureller Divergenzen führen, andererseits zur Ethnisierung tradierter Konfliktlinien (z.B. der Verteilungskonflikte). Es führt in jedem Fall jedoch zu einem Konflikt um die Frage, in welchem Maße und in welcher Form eine Einwanderung (welcher Gruppen) ermöglicht werden sollte.“ (Willems 1997, S. 428 f.)

Willems et al. kritisieren in diesem Zusammenhang die Asylverfahrenspraxis Anfang der 1990er Jahre, die zu einer „Massierung“ von Asylbewerbern an vielen Orten Deutschlands geführt habe. Sie schreiben: „Wenn wir überfüllte und unbetreute ‘Heime’ in Wohngebiete drücken, erzeugen wir vielfach die Fremdenfeindlichkeit, die wir den Anwohnern und Nachbarn oft vorwerfen.“ (Willems et al. 1993, S. 266)

Willems charakterisiert den Fokus dieses Erklärungsansatzes folgendermaßen: „Eine solche Konfliktperspektive macht deutlich, daß es sich bei den fremdenfeindlichen und rechtsextremistischen Mobilisierungen der letzten Jahre weder um ein gesellschaftliches oder politisches Randproblem handelt, noch um ein reines Jugendproblem. Die fremdenfeindlichen Aktionen haben als Hintergrund vielmehr jenen neuen gesellschaftlichen Konflikt um die Einwanderung und ihre Folgen, und der als strukturelle Spannung den Kristallisations- und Ausgangspunkt auch für weitere spezifische Mobilisierungen dienen kann.“ (Willems 1997, S. 428)

Es sind demnach „Interaktionsprozesse und Erfahrungen zwischen Asylbewerbern und der einheimischen Bevölkerung (...), die von vielen als Konflikte und Belastungen wahrgenommen wurden und die Kristallisationspunkte für die Entwicklung von entsprechenden Einstellungen und Gewaltbereitschaften waren. Die Beziehungen zwischen Asylbewerbern und einheimischer Bevölkerung waren daher oft von vorneherein durch Ablehnung, Mißtrauen und Argwohn bestimmt, ohne daß man für diese Ablehnung schon fremdenfeindliche Motive oder Xenophobie annehmen müßte.“ (ebd., S. 416)

Konkurrenz und Rechtsextremismus

Gerade angesichts einer problematischen wirtschaftlichen Lage komme es verstärkt zu Abwehrreaktionen der einheimischen Bevölkerung gegenüber Eingewanderten. Willems et al. gehen davon aus, dass die Aufnahme von Asylbewerbern und Aussiedlern und „die wohlfahrtsstaatliche Alimentierung dieser Gruppen von vielen als unmittelbare Konkurrenz und Bedrohung um einen erhofften und angestrebten sozialen Status wahrgenommen, aber auch jenseits eigener und unmittelbarer Konkurrenzängste als ungerechtfertigt interpretiert wird. Nicht eigene Deklassierungs- und Desintegrationserfahrungen, sondern eher Vorstellungen von Verteilungsungerechtigkeiten und einer als illegitim wahrgenommenen ‚Privilegierung‘ ausländischer Bevölkerungsgruppen spielen gerade bei diesem Phänomen relativer Deprivation eine Rolle.“ (Willems et al. 1993, S. 251 f.)

Trotz der Betonung relativer Deprivation schreiben Willems, Eckert und Würzt: „Xenophobie und die aus ihr resultierende Gewalt (kann) als parochiale Abwehrreaktion gegenüber kosmopolitischen ‚Zumutungen‘ verstanden werden. Sie kumuliert bei Bevölkerungsgruppen, die aufgrund ihrer niedrigen Qualifikationen mit Einwanderern um Arbeitsplätze, Wohnungen und potenziell auch um Sozialhilfe konkurrieren.“ (Eckert et al. 1996, S. 165) Willems nimmt an, es habe sich außerhalb des organisierten Rechtsextremismus „ein neues Konflikt- und Gewaltpotential gebildet, (...) es wird getragen von Jugendlichen aus eher bildungsfernen Teilen der Bevölkerung, die auch generell (d.h. nicht nur in bezug auf politische Ziele) eine höhere Gewaltbereitschaft haben“ (Willems 1997, S. 429). Diese Jugendlichen sind nach Willems leicht für rechtsextreme Aktionen mobilisierbar (ebd.).

Die Eskalation von Konflikten

Willems et al. versuchen die Plausibilität ihres Erklärungsansatzes mit konkreten Beispielen von Konfliktsituationen zu verdeutlichen. Ich werde versuchen, ihre Schilderung von Konflikteskalationen nachzuvollziehen.

Ihr zentrales Beispiel ist die saarländische Stadt Saarlouis, „die keineswegs als Synonym für Fremdenfeindlichkeit und Gewalt steht, die aber – wie viele andere deutsche Klein- und Mittelstädte – dennoch mit fremdenfeindlicher Gewalt konfrontiert ist“ (Willems et al. 1993,

S. 214). Demnach waren 1989 etwas mehr als 300 Asylsuchende in Saarlouis untergebracht. Bis 1992 kam es zu einer Erhöhung der Asylbewerberzahlen auf ca. 600 Personen in der 38.500 Einwohner zählenden Stadt. Willems et al. berichten von der Diskussion über die Einrichtung von Sammelunterkünften in der Kommune. In der lokalen Zeitung wird ein Szenario wachsender Kriminalität aufgrund der Einrichtung von Sammelunterkünften beschworen. Die kommunalen Verwaltungsstellen beschwerten sich bei der Landesregierung über steigende Zuweisungen von Asylsuchenden. Die kommunale Opposition wirft dem Bürgermeister Untätigkeit vor. Willems et al. beschreiben die Situation folgendermaßen: „In Saarlouis zeigte der anhaltende Zustrom von Asylbewerbern schon bald seine Wirkung in der Bevölkerung. Bedenken und Ängste wurden nicht nur hinter vorgehaltener Hand geäußert, sondern offen bekundet. Zwar konnte die Unterbringung von asylsuchenden Familien und Einzelpersonen in Wohnungen und Häusern noch relativ problemlos durchgeführt werden; doch im Vorfeld der Planung von Sammelunterkünften entwickelte sich nicht nur in der Opposition, sondern vor allem in der Bevölkerung Widerstand. Um dem Einzug der Fremden Einhalt zu gebieten, wurden Unterschriftensammlungen veranstaltet, Proteste organisiert und Bürgerinitiativen gegründet.“ (ebd., S. 216)

Als Gründe für ihren Widerstand gegen die Asylbewerber führt die einheimische Bevölkerung nach Auskunft des dortigen Bürgermeisters an, dass das „vielbewunderte Flair der Stadt“ gefährdet werde. Soziale Probleme seien zu befürchten, der Wohnwert der eigenen Immobilien werde reduziert (Willems 1997, S. 411).

Willems et al. schildern die Situation folgendermaßen: „Neben den Schwierigkeiten der Kommune, was die Unterbringung und Versorgung der Asylbewerber angeht, und den damit entstandenen (neuen) Konkurrenzen und Konfliktlinien zwischen Asylbewerbern und einheimischen Bevölkerungsgruppen (Wohnungssuchenden, Sozialhilfeempfänger, Anwohner von Asylbewerberheimen etc.) spielten jedoch bald vermehrt auch die Verhaltensweisen und Probleme, die von den Asylbewerbern ausgehen, eine zentrale Rolle in der öffentlichen Diskussion.“ (Willems et al. 1993, S. 217) Die Asylbewerber fallen demnach durch übermäßigen Alkoholkonsum und Schlägereien untereinander auf. Die Polizei wird folgendermaßen zitiert: „Wir haben

hier in Saarlouis ein sehr hohes Straftatenpotential von Ausländern, das muß man ganz ehrlich sagen. (...) Wir haben fast nur noch mit Ausländern zu tun.“ (ebd., S. 218)

Die Analyse der Lokalpresse während der Eskalation der Situation nimmt in den Ausführungen von Willems und Mitarbeitern einen relativ großen Raum ein. Sie berichten von Schlagzeilen wie: „Bungalow für Asylanten – Stadt Saarlouis schlägt alle Rekorde“. Willems et al. Beurteilen die Medienwirkung so: „Die Medienberichterstattung zu diesem Thema schürte zudem die Ängste und Vorurteile in der Bevölkerung, die sich teilweise aufgrund negativer eigener Erfahrungen im Alltag bestätigten und insgesamt eine ablehnende feindliche Atmosphäre zwischen Asylbewerbern und ansässiger Bevölkerung schufen.“ (ebd., S. 218)

Auch in Städten wie Hoyerswerda, Rostock, Greifswald und Hünxe sei eine ähnliche „Entwicklung ausländerfeindlicher Stimmungen“ zu beobachten gewesen. Wenn der Protest und legale Widerstand gegen die Asylbewerberunterkünfte nicht die erhoffte Wirkung hatte, folgten vielfach „kollektive Krawalle und ausländerfeindliche Taten meist jugendlicher Banden“ (ebd., S. 219). In Bezug auf die pogromartigen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen schreibt Willems: „Folglich fühlten sich die Menschen (...) mit ihren Sorgen und Ängsten nicht ernst genommen, sie fühlten sich im Stich gelassen. Dies erklärt wohl die breite Toleranz und Unterstützung der Anwohner, die den Randalierern Beifall klatschten oder teilweise selbst Steine warfen.“ (Willems 1997, S. 415)

Maßnahmen gegen Rechtsextremismus

Die von Willems, Eckert und Mitarbeitern vorgeschlagenen Präventions- und Interventionsmaßnahmen folgen dem skizzierten Erklärungsansatz. Willems und Mitforscher sehen Präventionsmaßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, die sich der Behebung erzieherischer Defizite oder der Arbeit mit rechten Gruppen widmet, als nicht hinreichend an. Zwar seien etwa „konkrete Angebote zur Integration in festen Gruppen für die heute 10 bis 14Jährigen“ sinnvoll, um ihnen „Lösungen für ihre Probleme aufzuzeigen und Alternativen zur Gewalt plausibel zu machen“ (ebd., S. 271). Auch müsse sozialpädagogische Jugendarbeit Kontakt zu den „gewaltaffi-

nen Gruppen und Subkulturen“ aufnehmen und versuchen, die „Isolation dieser Gruppen zu durchbrechen“ (ebd.). Weiter werden Interventionsmaßnahmen für bereits straffällig gewordene Jugendliche gefordert. Insbesondere der Erlebnispädagogik komme eine zentrale Bedeutung zu, „da sie in der Lage ist, für Jugendliche mit aggressionsaffinen Bedürfnislagen entsprechende Angebote zu machen“ (ebd., S. 271 f.). Des Weiteren wäre ein „verbesserter Schutz von ausländischen Mitbürgern und Asylbewerbern notwendig. Hier ist an eine Reihe einfacher sicherheitstechnischer Maßnahmen zu denken, die bisher nur vereinzelt eingesetzt wurden. Zudem wäre zu erwägen, ob nicht der Bundesverband für den Selbstschutz, der in den vergangenen Jahren die Ausrüstung von Häusern und Schutzräumen u. ä. gefördert hat (...) als Träger für diese dringend notwendige Maßnahme des Selbstschutzes geeignet wäre.“ (ebd., S. 270)

Eine langfristige Prävention von Rechtsextremismus müsse sich aber auf die herausgearbeiteten Konfliktursachen beziehen. Notwendig sei somit eine „vernünftige Einwanderungspolitik“. Sie formulieren folgenden Grundsatz: „Die Integration von und das Zusammenleben mit neuen ethnischen und kulturellen Gruppen wird aber (...) nur dann erfolgreich gelingen können, wenn eine vorsichtige (und familienfreundliche) Begrenzung und Kontrolle der Einwanderung dafür sorgt, daß die Integrations- und Lernfähigkeit der Gesellschaft der Bundesrepublik nicht überfordert wird.“ (ebd., S. 270) Willems schreibt: „Mit der Entscheidung über die Änderung des Asylgesetzes (‘Asylkompromiß’) hat sich zum einen die offizielle Politik in der ‘Ausländerfrage’ wieder als handlungs- und entscheidungsfähig dargestellt und ist zum anderen die Zahl der Asylbewerber deutlich zurückgegangen. Dies reduziert Ängste, Spannungen und Konflikte in den Kommunen und nimmt dem zentralen Agitationsthema der rechten und fremdenfeindlichen Szenen, dem ‘Ausländerproblem’, seine unmittelbare radikalisierende, polarisierende und gewaltlegitimierende Wirkung. Von daher finden fremdenfeindliche und rechtsradikale Einstellungen und politische Parolen nicht mehr im gleichen Maße Resonanz in der Bevölkerung (also jenseits der rechtsradikalen und/oder gewalttätigen Cliquen und Banden), wie dies in den vorausgegangenen Jahren z.T. der Fall war.“ (Willems 1997, S. 430)

Kritik

Die Grundannahme des konflikttheoretischen Ansatzes, nach dem Einwanderung an sich problematisch ist und eine quasi automatische Gegenreaktion in Form von Rassismus und Rechtsextremismus nach sich zieht, scheint mir nicht haltbar zu sein.

Willems et al. nennen als Grund für die Unzufriedenheit in der einheimischen Bevölkerung die Wahrnehmung einer illegitimen Privilegierung „ausländischer Bevölkerungsgruppen“ durch den Staat. Angesichts der realen Lebenssituation von Flüchtlingen in der Bundesrepublik drängt sich doch die Frage nach der politischen Grundorientierung derjenigen auf, die sich entsprechend äußern. Willems et al. vermuten jedoch nicht fremdenfeindliche Motive als Grund für Aktivitäten gegen Asylsuchende, sondern verweisen auf die ökonomische und kulturelle Überforderung der einheimischen Bevölkerung, durch die Aufnahme von Fremden. Wenn Willems et al. die feindliche Haltung vieler Einheimischer als Resultat von Erfahrungen mit Asylsuchenden beschreiben, reduzieren sie deren ausgrenzende Haltung als bloße Folge einer zur Kenntnisnahme von „Verhaltensweisen und Probleme(n), die von den Asylbewerbern ausgehen“ (Willems et al. 1993, S. 217).

Leiprecht weist in diesem Zusammenhang darauf hin, „dass Erfahrungen nicht einfach nur ‘gemacht’, sondern stets auf der Folie vorhandener Muster eingeordnet und in bestimmter Weise interpretiert und bewertet werden“ (Leiprecht 2001, S. 196).

Natürlich kann nicht bestritten werden, dass beispielsweise Wohnungsnot für viele Menschen ein Problem darstellt. Wie aber 600 Asylsuchende das Wohnungsangebot einer Stadt mit 38.500 Einwohnern derart negativ beeinflussen können, dass sie als Schuldige für den Zustand des Wohnungsmarktes zum Objekt kollektiver Aggressionen werden, ist wohl kaum mit diesbezüglichen negativen Erfahrungen der Einheimischen zu erklären. Wenn man erfährt, dass sich die ansässige Bevölkerung Sorgen um das „Flair der Stadt“ macht oder aufgrund einer erwarteten Wertminderung von Immobilien wegen der Unterbringung von Asylsuchenden in der Nachbarschaft Bürgerinitiativen bildet, dann wird die Beschreibung einer in Notwehr handelnden Bevölkerung unglauwbüdig.

Zwar hinterfragen Willems et al. die Rolle von Medien bei der Entstehung von rechten Deutungsmustern während der Eskalation von „Konflikten“. Ohne eine Thematisierung der schon vor der Ankunft von Asylsuchenden feststellbaren ablehnenden Haltung gegenüber „Fremden“ entsteht jedoch das Bild einer per se konflikträchtigen Interaktion von Einheimischen und „Fremden“. Die Gewalt gegen „Fremde“ erscheint dann letztlich als verständliche Folge negativer Erfahrungen mit Flüchtlingen. Es sind jedoch weniger die Einwanderung an sich und die dabei gemachten Erfahrungen, die zu rassistischen und rechtsextremen Einstellungen führen, sondern eher die in weiten Teilen der Bevölkerung gängigen Bilder von Asylsuchenden als „Absahner“, „Schmarotzer“ und „Kriminelle“, die sich „auf Kosten von uns Deutschen ein schönes Leben machen“, die als Interpretationsrahmen für Erlebnisse mit Asylsuchenden ihre Wirkung zeitigen. Eine dementsprechende Einstellung könnte erklären, warum soviel Ärger und Wut zum Vorschein kommt und wieso mehrere Tage dauernde pogromartige Übergriffe in Rostock-Lichtenhagen beinahe den Charakter eines Volksfestes mit 1000 bis 2000 begeisterten Zuschauern annehmen konnten.

Butterwegge kritisiert Erklärungskonzepte, die Migration als Ursache von rassistischen Übergriffen fassen. Einwanderung könne als Auslöser entsprechender Handlungspotenziale fungieren, sei aber nicht die Ursache (Butterwegge et al. 2002, S. 232).

Leiprecht gibt zu bedenken, dass dieses „Modell in der Bevölkerung bereits weit verbreitet ist und durch ihre Studie im Grunde ‘wissenschaftlich verdoppelt’ wird. Es muss befürchtet werden, dass dieses Modell auch der Rechtfertigung abweisender und diffamierender Haltungen dient, (...)“ (Leiprecht 2001, S. 197)

Willems befürchtet, dass es „angesichts der vorhandenen Konflikte und Probleme, der Unzufriedenheits- und Protestpotentiale in der Bevölkerung (...) längerfristig zur Ausbildung und Stabilisierung einer rechten sozialen Bewegung kommen kann“ (Willems 1997, S. 429). Damit übernimmt er nicht nur das Selbstbild der extremen Rechten, die sich als Bewegung versteht, sondern qualifiziert diese auch noch als sozial. Zumindest indirekt stützen die Autoren mit der Formel „Einwanderung ist problematisch und führt zu Widerstand in der Bevölkerung“ auch eine andere rechte Maxime. Es sind demnach zu viele

Ausländer in Deutschland und die Deutschen müssen sich wehren. Voreingenommene Täter erscheinen auch in den Ausführungen von Willems et al. als besorgte und ängstliche Opfer.

Viele Fremde = viel Rassismus?

Andere VertreterInnen dieses „konflikttheoretischen“ Ansatzes gehen noch ein Stück weiter. Irene Runge beispielsweise glaubt den Rechts-extremismus von Jugendlichen in Ostdeutschland folgendermaßen erklären zu können: „Überall in Deutschland finden sich Brandstifter ein, die Arbeitslosigkeit wird kein Ende nehmen (...). Das geht genauso wenig gut wie der bürokratische Entscheid, Tausende von Asylanten in den in mancher Hinsicht unterentwickelten Osten abzuschieben. (...) Da liegt es nahe, daß die Fremden Sündenbock werden, wenn sie plötzlich in Gruppen die grauen Ortschaften bewohnen. In der Ausländerfrage prägten Politiker schnell den Begriff vom 'Sammel-lager', in denen Asylanten auf Zeit und Flüchtlinge auf Dauer zu konzentrieren sind. Manchem wird übel, wenn er solche Pläne zurück- und weiterdenkt. (...) Der ostdeutsche Frust steckt im Bauch. Aber Döner Kebab allein wird nicht beweisen können, daß andere Kulturen auf ihre Art schmackhaft sind. In Deutschland bleibt man lange Ausländer oder läßt sich auf Identitätswechsel ein (...). Beides sind die Seiten jeder Medaille, die Fremdenhaß und Zwang zur Assimilation heißen.“ (Runge 1992, S. 135 f.) In diesen Ausführungen wird das Ressentiment der Autorin gegen „Asylanten“ mehr als deutlich. Ein Interesse an möglicher Erklärung des Phänomens ist kaum zu erkennen.

Aber auch Politiker bedienen sich dieses Erklärungsansatzes. Herbert Schnoor, ehemaliger Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, versucht rechtsextreme Übergriffe folgendermaßen zu rechtfertigen: „Nie war die Zahl der Arbeitslosen in der Erfahrungsspanne der heutigen Generation höher. (...) Verzweifelten Menschen läßt sich nur schwer Geduld predigen.“ (Schnoor 1994, S. 453) Und weiter: „Wir hätten rechtzeitig einsehen müssen, daß auf Dauer der deutsche Sonderweg nicht zu halten war. Wir hätten rechtzeitig (...) Vorschläge zur Änderung des Grundgesetzes machen müssen. (...) Ich habe einer Änderung des Asylverfahrensgesetzes zugestimmt, obwohl mir manche Regelung nicht gefällt. Ich glaubte es nicht länger verantworten zu

können, die Belastbarkeit unserer freiheitlichen Demokratie weiter testen zu können. (...) Und wenn es um die Verteidigung der Demokratie gegen den Rechtsextremismus geht, möchte ich lieber auf der richtigen Seite stehen.“ (ebd., S. 460)

Fraglich ist nur ob die von Willems et al., Runge und Schnoor empfohlene Strategie gegen Rechtsextremismus in Form von drastischer Reduktion der Einwanderung, beziehungsweise der Einschränkung des Rechts auf Asyl zum Erfolg führt.

Heitmeyer versuchte den behaupteten Zusammenhang empirisch zu belegen. Das Ergebnis seiner Untersuchung lautet entgegen seiner Ausgangsannahme: „Der konflikttheoretische Ansatz betrachtet die Gewaltentwicklung als Ausdruck von Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit Zuwanderung und vor allem dem Anstieg von Asylbewerberzahlen, die zu Problemen in Städten, Stadtteilen und Gemeinden geführt haben. Diese Annahme liegt nahe; sie trifft aber nur für einen kurzen Zeitraum zu, denn mit der Abnahme der Asylbewerberzahlen und der Einführung einer restriktiven Gesetzgebung nahm zunächst die Gewalt ab, weil die vermeintliche Ursache, die Höhe der Asylbewerberzahlen, nicht mehr vorlag. Ab 1996 nahm die Gewalt wieder zu, und zwar auf weit höheren Niveau als vor der Phase mit erhöhter Asylnachfrage.“ (Heitmeyer 2002, S. 533)

Die von Willems et al. empfohlene Maßnahme, durch die die Politik sich wieder als „handlungs- und entscheidungsfähig“ präsentiert, indem sie die Zahl der Asylsuchenden reduziert und so den Rechtsextremismus schwächt, muss als ungeeignet bezeichnet werden. Unwahrscheinlich ist, dass die etablierte Politik, die sich die Themen der extremen Rechten auf ihre Fahnen schreibt, das proklamierte Ziel einer Reduktion des Rechtsextremismus überhaupt erreichen kann. Die Untersuchung von Heitmeyer spricht eher für die Annahme, dass die Parteien der sogenannten „Mitte“ durch Besetzung rechter Themen den politischen Diskurs insgesamt nach rechts verschieben, beziehungsweise rechten Positionen einen Normalitätsgewinn verschaffen und entsprechenden rechtsextremen Handlungsmustern noch zusätzliche Legitimität verleihen.

Auch theoretische Überlegungen lassen den angenommenen Zusammenhang von Einwanderung und Rechtsextremismus unwahrscheinlich erscheinen. Wenn beispielsweise in den östlichen Bundesländern,

trotz des sehr geringen Anteils nichtdeutscher Bevölkerung, ebenfalls eine massive Ablehnung von „Ausländern“¹³ und viel rechtsextreme Gewalt festgestellt werden muss, sollte man andere Ursachen als Migration in Erwägung ziehen.

Leiprecht macht die Kurzschlüssigkeit einer Erklärung, nach der viel Einwanderung auch viel Rassismus hervorruft, deutlich, indem er die implizierte Formel „keine ‘Ausländer’ = kein Rassismus“ konsequent zu Ende denkt: „Man stelle sich vor, dass eine offen rassistisch agierende Partei sich gesellschaftlich durchgesetzt hat, das Land durch Maßnahmen, die mit dem Unwort ‘ethnische Säuberungen’ bezeichnet werden würden, ‘ausländerfrei’ gemacht wurde. Durch scharf bewachte Grenzen, den Bau hoher Elektrozäune, die Installation von Selbstschussanlagen und Minenfeldern soll jetzt eine neuerliche Einwanderung verhindert werden. Wäre diese Gesellschaft frei von Rassismus? Wenn rassistische Konzeptionen ihr Ziel erreicht haben und ihre Intensionen total und umfassend innerhalb nationaler Grenzwälle zur Wirklichkeit geworden wären, gäbe es dann keinen Rassismus mehr?“ (Leiprecht 2001, S. 169)

Der Grund für die Beliebtheit der Formel „viele Ausländer = viel Rassismus“ könnte darin liegen, dass man nicht gerne über das eigene Verhalten beziehungsweise den eigenen Rassismus spricht. Statt dessen spricht man über das „unangemessene“ Verhalten der Einwanderer: „Die Lebensweise, die Kultur, die Fremdheit der ‘Anderen’, schließlich ihre ‘untragbare Zahl’ wird so unter der Hand für den Rassismus in der Gesellschaft verantwortlich gemacht.“ (Leiprecht 1992, S. 24)

13 Die Anführungszeichen bei dem Wort Ausländerfeindlichkeit stehen für eine Distanzierung von den Implikationen dieses Begriffs. Er reduziert bestimmte, zu unterscheidende Rassismen auf eine allgemeine Ablehnung aller „Ausländer“. Des Weiteren handelt es sich nicht immer um eine explizit feindliche Haltung gegenüber bestimmten Gruppen, die zur rassistischen Ausgrenzung führt, sondern ebenso kann es sich um nüchtern kalkulierte Ausgrenzungsforderungen, die der Staat durchsetzen soll, handeln. Auch liegt der Gegenbegriff „ausländerfreundlich“ nahe. Dieser Begriff kann davon ablenken, dass sich in paternalistisch gönnerhaften Haltungen bestimmte Formen der Missachtung verbergen. Schließlich ist der Begriff „Ausländer“ insofern irreführend, da es sich bei Einwanderern und ihren Kindern oftmals um Menschen handelt, die seit vielen Jahren in Deutschland leben beziehungsweise hier geboren wurden (vgl. Leiprecht 1990, S. 102 ff.).

Rechtsextremismus – ein Problem „bildungsferner Schichten“?

Auch ist fraglich, ob es vor allem die von Willems et al. vermuteten „bildungsfernen“ Jugendlichen und niedrig qualifizierten Teile der Bevölkerung sind, die verstärkt zu rechten beziehungsweise rechtsextremen Meinungen tendieren. Alex Demirovic und Gerd Paul untersuchten politische Orientierungen bei Studierenden. In ihrer Studie über rechte Einstellungen bei Studierenden an hessischen Hochschulen berichten sie von „fremdenfeindlich-rassistischen“ Orientierungen bei 15 Prozent der Befragten. 16 Prozent der Studierenden vertraten eine nationalistische Einstellung. Als „undemokratisch orientiert“ wurden 24 Prozent identifiziert (Demirovic et al. 1996, S. 147). Interessant ist auch die Verortung des äußerst rechten Einstellungsspektrums, dem insgesamt fünf Prozent der Studierenden zugerechnet wurden. Überdurchschnittlich viele Studierende der Fächer Wirtschaftswissenschaften und Jura finden sich in dieser Gruppe. Diese Studierenden zeichnen sich nach Demirovic und Paul durch eine starke Leistungsorientierung und Karriereaspiration aus. Das Studium empfinden sie als weitgehend unproblematisch, ihre Zukunft sehen sie fast ausschließlich positiv. Diese extrem rechte Gruppe von Studierenden besteht zu zwei Dritteln aus Männern. Das Elternhaus ist überdurchschnittlich durch einen akademischen Hintergrund mit entsprechenden Berufen im höheren öffentlichen Dienst, in der Industrie und im Dienstleistungssektor geprägt. Sie beklagen vor allem einen „Werteverfall“ und wachsende Kriminalität. Als Gegenmaßnahmen werden überdurchschnittlich oft die Bildung von Selbstschutzgruppen der Bürger und die Wiedereinführung der Todesstrafe befürwortet (ebd., S. 148 f.).

Die Studie zu politisch rechten Orientierungen jugendlicher Arbeitnehmer von Held et al. spricht ebenfalls gegen die These einer Bildungsferne von politisch rechten Jugendlichen. Die untersuchten benachteiligten Jugendlichen, die einen niedrigeren Schulabschluss besaßen als die Vergleichsgruppe, die eine relativ sichere Ausbildung in prosperierenden Unternehmen absolvierte, wiesen deutlich weniger rechte Orientierungen auf, als die Jugendlichen mit besserer schulischer Ausbildung (Held et al. 1992, S. 10 ff.).

Problematisch erscheint mir die Konzeption eines neuen „Konflikt- und Gewaltpotential(s)“, getragen von „bildungsfernen“ Jugendlichen mit „aggressionsaffinen Bedürfnislagen“, die eine rechte Jugendkultur bil-

deten. In diesen Formulierungen wird die explizit politische Dimension einer sich konstituierenden „völkischen Alltagskultur“ (Hajo Funke) ausgeblendet. Stattdessen wird auf eine „generell (d.h. nicht nur in bezug auf politische Ziele)“ höhere Gewaltbereitschaft benachteiligter Jugendlicher verwiesen (Willems 1997, S. 428).¹⁴

Gegenmaßnahmen

Die von Willem et al. empfohlenen pädagogischen Präventions- und Interventionsstrategien zielen in eine ähnlich entpolitisierende Richtung. Bezüglich des vorgeschlagenen Präventionskonzepts von Willems scheinen mir mehrere Aspekte problematisch zu sein.

Bei der Empfehlung von „konkrete(n) Angebote(n) zur Integration in feste Gruppen für die heute 10 bis 14jährigen“, um den Jugendlichen „Lösungen für ihre Probleme aufzuzeigen und Alternativen zur Gewalt plausibel zu machen“ (Willems et al. 1993, S. 271) erscheinen mir mehrere zugrunde liegende Prämissen fragwürdig. Wollen Kinder und Jugendliche in feste Gruppen integriert werden und wenden sich aufgrund eines Mangels selbiger rechten Organisationsformen zu? Sind es hauptsächlich Probleme, die für rechte Einstellungen disponieren? Ist Gewalt die übliche Reaktion von Kindern und Jugendlichen auf Probleme?

Ich denke die Sozialisation Jugendlicher geschieht zu einem großen Teil in Gruppen Gleichaltriger. Jugendliche sind heute mehr denn je in ihre „Clique“ eingebunden. Ob die Einbindung in feste Gruppen für Jugendliche von besonderer Attraktivität ist, bezweifle ich. Die Hinwendung zu rechten Gruppen kann viele Gründe haben, eine Hinwendung aufgrund von nicht befriedigten Bedürfnissen nach Zugehörigkeit und Verbundenheit erscheint mir nicht zwingend. Die zentrale Frage müsste doch lauten, warum engagieren sich Jugendliche in rechten

14 Die Annahme einer besonders gewalttätigen Unterschicht ist wohl kaum haltbar. Müller kommt in seiner Studie nach der Auswertung einer repräsentativen Jugenduntersuchung zu folgendem Ergebnis: „Es wird vor allem deutlich, dass die gern beschworene simple Unterteilung in 'Unterprivilegierte', 'Randgruppen', 'underdogs' etc. mit einer hohen Affinität zur Gewalt auf der einen Seite und einer 'gewaltresistenten' 'Mitte' der Gesellschaft auf der anderen Seite keine Tragfähigkeit (mehr) besitzt.“ (Müller 1997, S. 37)

Zusammenschlüssen. Sie könnten sich ebenso in Sportvereinen oder kirchlichen Organisationen eine „soziale Heimat“ schaffen.

Die Annahme, eine Hinwendung zu rechten Gruppen erfolge ausschließlich aufgrund von Problemen, erscheint mir in dieser Pauschalität nicht überzeugend. Rechte Denkangebote werden nicht nur zur Kompensation von Defiziten aufgegriffen. Wenn beispielsweise Jugendliche in sozial gut abgesicherten Verhältnissen einen „nationalistisch nutznießerischen Standpunkt“ (Held et al. 1992, S. 21) vertreten, muss als Motiv nicht die Bearbeitung von Problemen angenommen werden. Die eigene privilegierte Position etwa kann mit rechten Argumentationsmustern legitimiert werden. Wenn beispielsweise der Reichtum in der Bundesrepublik mit einer besonderen Leistungsfähigkeit oder Erfindungsgabe der Deutschen erklärt wird, erscheint es legitim, hilfeschuchenden Menschen gewaltsam die Einreise zu verweigern. Gründe für die Flucht eines Menschen müssen nicht diskutiert werden, wenn man den eigenen Reichtum als legitim, die Armut der anderen als in ihrer Kultur oder Mentalität begründet ansieht.

Die von Willems unterstellte Zwangsläufigkeit gewaltsamer (politisch rechter) Reaktionen auf individuelle Probleme ist ebenfalls unplausibel. Sie erinnert an eine längst überwunden geglaubte Logik simplifizierender Frustrations-Aggressionstheorien.¹⁵

Eine sozialpädagogische Intervention zu fordern mit der Zielsetzung, die „Isolation“ von Gruppen rechter Jugendlicher zu durchbrechen, scheint mir angesichts der Verbreitung und Dominanzbestrebungen dieser Gruppen gefährlich. Wenn sogenannte „national befreite Zonen“ entstehen, dürften andere Interventionsformen angebracht sein.¹⁶

Die von Willems et al. vorgeschlagenen „sicherheitstechnische(n) Maßnahmen“ bei Asylbewerberunterkünften und Wohnungen von „ausländischen Mitbürgern“ durch den „Bundesverband für Selbstschutz“ stellen eventuell einen Schutz vor Anschlägen dar. Nach der Empfehlung von Willems et al., die Wohnungen von Nichtdeutschen in

15 An dieser Stelle sei auf die Kritik am Heitmeyerschen Desintegrationstheorem verwiesen, das einen ähnlichen quasi deterministischen Zusammenhang annimmt.

16 Die hier angedeutete Problematik werde ich im Zusammenhang mit der Akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen weiter ausführen.

angriffssichere Festungen zu verwandeln, müsste man jedoch erwarten, dass sie auf die gesellschaftlichen Verhältnisse zu sprechen kommen, die solche Maßnahmen notwendig erscheinen lassen. Wenn Willems, Eckert und Mitforscher die alltäglichen rassistischen Verhältnissen aber nicht thematisieren und stattdessen Einwanderung als Ursache von Rechtsextremismus präsentieren, tragen sie letztendlich zu einem Klima bei, in dem rassistische Übergriffe möglich werden.

3.5.1 *Exkurs: „Fremde“ als Objekt der Rechtsextremismusforschung*

Friedhelm Neidhardt geht im Rahmen einer Kritik der Rechtsextremismusforschung davon aus, dass alle Konflikte „Beziehungsprodukte“ seien, die nicht begriffen werden könnten, „wenn man nur auf eine Seite schaut.“ (Neidhardt 2002, S. 784) Er schreibt: „Die Anderen, nämlich die ‘Ausländer’, die Fremden, erscheinen nur als passives Opfer und bleiben insofern ein interaktives Nullum.“ (ebd.) Er verweist auf eine Studie, in der rechtsextreme Jugendliche nach den Auslösern der von ihnen verübten gewalttätigen Übergriffe gefragt werden. 45 Prozent der rechtsextremen Jugendlichen berichteten demnach, dass Auslöser ihrer gewalttätigen Aktionen eine „wahrgenommene Attacke des Opfers“ gewesen sei (ebd.). Neidhardt verweist in diesem Zusammenhang auf Klaus Wahl, der Folgendes berichtet: „Offenbar gibt es in vielen Städten und Gemeinden nicht nur fremdenfeindliche und rechtsextreme Gruppierungen von deutschen Jugendlichen, sondern auch Gruppen wenig integrierter Jugendlicher anderer ethnischer Herkunft, die sich einen Spaß daraus machen deutsche Skinheads und rechtsextreme Jugendliche zu provozieren (...) Allerdings berichteten auch etliche der keineswegs fremdenfeindlich eingestellten Jugendlichen der Kontrollgruppe, dass sie von Jugendlichen ethnisch fremder Herkunft in Discos, Gaststätten oder auf der Straße angepöbelt worden waren.“ (ebd.)

Neidhardt kritisiert „die Fiktion von ‘Ein-Parteien-Konflikten’“, die er auf eine „enge Problembindung der Rechtsextremismusforschung“ zurückführt (ebd.). Dagegen plädiert er dafür, nach dem Beitrag der „Fremden“ zur „Fremdenfeindlichkeit“ zu fragen: „Welche von ihnen sind betroffen – und nach welchen Auswahlkriterien? Nehmen sie den Deutschen tatsächlich etwas weg, was nach Gesichtspunkten von

‘distributive justice’ (Georg Caspar Homanns) und ‘fair exchange’ (Peter Blau) skandalisierbar erscheinen kann?¹⁷ Sind das Arbeitsplätze, Steuergelder, Frauen – oder was sonst? Mit welchem ‘Anderssein’ stören sie im Sinne von Alfred Schütz welche Art von ‘common sense’ derer, die sich durch sie gestört fühlen? Sind deren Vorurteile reine Erfindungen?“ (ebd., S. 785) Die Rechtsextremismusforschung müsse ihre „eigenen Befangenheiten“ erkennen und sich ihrer „gesellschaftlichen Verantwortung“ stellen und sich nicht von „den Kriterien einer ‘political correctness’ einschränken lassen“. ¹⁸ (ebd., S. 785)

17 Klaus Zimmermann geht davon aus, dass die einzig wirksame Maßnahme gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus darin bestehe, der Bevölkerung, „den erheblichen Beitrag von Ausländern zu unserem Wohlstand nachhaltig zu verdeutlichen“ (Zimmermann 2002, S. 121). Er hält deshalb die „Greencard“-Initiative der Bundesregierung für eine wichtige Maßnahme gegen Rechtsextremismus, da in ihr der ökonomische Nutzen von Zuwanderung thematisiert werde (ebd., S. 119). In der Zuwanderungspolitik sei darauf zu achten, dass „Deutschland im weltweiten Wettbewerb um das qualifizierte Humankapital seine Hände nicht untätig in den Schoß legt, sondern nach der Strategie verfährt, die Besten anzuwerben“ (ebd., S. 127). Gleichzeitig „muss eine verantwortliche Zuwanderungspolitik (...) Sorge dafür tragen, dass das gravierende Problem der Unterbeschäftigung von geringer Qualifizierten durch Zuwanderung nicht noch verschärft wird.“ (ebd., S. 128) Um das „Ziel einer Steigerung der gesamtgesellschaftlichen Wohlfahrt nicht zu gefährden“ müsse auch darauf geachtet werden, dass illegale Zuwanderung unterbunden werde (ebd.). Ein solches Zuwanderungskonzept gegen Fremdenfeindlichkeit „muss Berechenbarkeit vermitteln, es muss auch klare Vorgaben für die Integration machen und darf die Bürger damit nicht allein lassen.“ (ebd. S. 127) Die Integrationsfähigkeit von Zuwanderern hänge vor allem auch von ihren Sprachkenntnissen ab. Zimmermann empfiehlt deshalb: „Sprachkenntnisse sollten in jedem Fall im Rahmen eines Punktesystems bei der Auswahl von Zuwanderern berücksichtigt werden.“ (ebd., S. 135)

Ich halte diese Präventionsstrategie für denkbar ungeeignet, um dem Rechtsextremismus etwas entgegenzusetzen. Diese Vorgehensweise trägt nicht zu einer Auseinandersetzung über ausgrenzende Einstellungen und Handlungen bei. Die Vorschläge Zimmermanns reproduzieren vielmehr eine Logik, die Menschen auf ihre Nützlichkeit reduziert und den Ausschluss von „unproduktiven“ Menschen organisiert. Er fordert die Institutionalisierung einer Ausschluss-Praxis, die das Ziel verfolgt „unseren Wohlstand“ zu sichern. Ein derartiges Präventionskonzept unterscheidet sich in seinem Prinzip nur graduell von rechtsextremen Programmatiken, die ihre Attraktivität aus der entschiedenen Parteinahme für „deutsche Interessen“ gewinnen. Zwar spricht Zimmermann nicht von „Schmarotzern“, „Absahnern“ etc., begrenzt die Legitimität des Anspruchs auf Wohlstand aber ebenso auf ein nationales Kollektiv.

18 Er illustriert das angenommene Ausmaß an „‘political correctness’“ folgendermaßen: „Es erscheint als moralisch unerträglich, nach der mitwirkenden Rolle der Opfer zu fragen – dies umso mehr, je mehr ihnen angetan worden ist. Das merken wir anhaltend an den deutschen Diskussionen über Antisemitismus.“ (ebd., S. 784 f.)

Die Wissenschaftler der „Bielefelder Schule“ um Wilhelm Heitmeyer sehen ebenfalls diesbezüglichen Forschungsbedarf. So stellt Kurt Möller in seiner Studie „Rechte Kids – Eine Langzeitstudie zum Auf- und Abbau rechtsextremistischer Orientierungen bei 13-15jährigen“ fest, dass man sich bei der Erforschung des Rechtsextremismus den „ausländischen Jugendlichen“ selten „mehr als beiläufig“ widme (Möller 2000, S. 56). Möller schreibt: „Dabei stellt sich auch aufgrund theoretischer Überlegungen zu differentiellen Kulturen¹⁹ die Frage, ob ein spezifischer Zuschnitt der Gewaltakzeptanz – speziell auch der politischen – von Migranten besteht. Zur Zeit häufen sich zudem auch Berichte aus der pädagogischen Praxis über Ausgrenzungsverhalten nichtdeutscher Jugendlicher und gewinnen bei ihnen islamisch-fundamentalistische Positionen absehbar an Zulauf. (...) Ein Ignorieren der an dieser Stelle auflaufenden multiethnischen Konflikte führt allerdings letztlich zu nichts anderem als ihrem Auftürmen im Verborgenen. Demgegenüber käme es im Interesse einer lebbareren multikulturellen Gesellschaft und der Absicherung liberaler Errungenschaften des demokratischen Staates darauf an, die hinter diesen Konflikten steckenden Krisen und Problemlagen ausländischer beziehungsweise immigrierter MitbürgerInnen offen zu legen, um sie überhaupt zum Gegenstand gezielter pädagogischer (und vor allem politischer) Überlegungen zu machen.“ (ebd.) Dabei erscheint es Möller wichtig, neben der „Beachtung von objektiven sozialen Bezügen wie zum Beispiel Nationalität und ethnische Herkunft auch gerade mit Bezug auf Migrantenjugendliche die subjektive Bedeutung ihrer Gewaltverständnisse vor dem Hintergrund ihrer spezifischen Lebenslage zu eruieren (...)“ (ebd.) Eine „rechtsextreme Gefährdung von Migrantenjugendlichen“ sieht er vor allem in „Prozesse(n) der Selbstethnisierung“ und im „Zusammenhang von Gewaltakzeptanz mit Männlichkeitsvorstellungen in unterschiedlichen Kulturen“ begründet (ebd., S. 366 f.).

Zur Illustration des als sehr konfliktträchtig konzipierten Verhältnisses der verschiedenen „Ethnien“ sei auf Möllers Ausführungen zum Aufbau rechtsextremer Orientierungen bei deutschen Jugendlichen ver-

19 Wilhelm Heitmeyer bezieht sich in seinen Veröffentlichungen über „multiethnische Konflikte“ auf Samuel P. Huntingtons These vom Kampf der Kulturen (vgl. Heitmeyer 1994, S. 401). Eine kritische Auseinandersetzung mit den Thesen Huntingtons findet sich bei Gazi Caglar (2002).

wiesen. Er nimmt an, dass „tragfähige soziale Integrationserfahrungen in Schule, Elternhaus und Freizeit“ nicht immer vor rechtsextremen Haltungen und Einstellungen schützen könnten: „Vielmehr scheinen solche Dämme brechen zu können, wenn durch eine als unverhältnismäßig wahrgenommene ethnische Durchmischung des alltäglichen Lebensumfelds die Schwelle von einem Sich-befremdet-Fühlen zu Verfremdungsgefühlen überschritten wird.“ (Möller 2000, S. 200) Als Beleg für diese Vermutung führt er exemplarisch die Fälle „Heinz“ und „Theo“ an.²⁰ Möller schreibt: „Dass der Zuzug Nicht-Deutscher ins Viertel von Heinz (und vermutlich auch von seiner Familie insgesamt, die ja abzuwandern gedenkt) überhaupt als Bedrohung wahrgenommen wird, hängt sicher zum einen damit zusammen, dass er die Ausweitung von negativen Erfahrungen, die er bisher mit einzelnen ausländischen Jugendlichen auf der Straße gemacht hat (‘Stunk machen’, ‘gleich anfangen Schlägerei und so’) und die er nicht pauschalisierend ethnisiert, befürchtet und ihn Ressourcenkonkurrenz (z.B. das ‘Asylantenheim’ auf der Spielwiese) bedrängt.“ Auch „Theo“, der bestens integriert sei, zeige deutliche rechtsextreme Einstellungen: „Im wesentlichen die Anspruchshaltung unbotmäßiger oder kulturell unangepaßter Ausländer und die finanziellen Belastungen durch Asylbewerber gelten ihm unter Hinweisen, wie sie ähnlich auch Heinz vorbringt, als Gründe für seine diesbezüglichen Vorbehalte und Vorurteile. Er allerdings nimmt im Gegensatz zu Heinz, der eine Verfremdung Deutschlands durch Ausländer generell kritisiert, deutsch assimilierte Ausländer explizit aus seinen Ungleichheitsvorstellungen heraus.“ (ebd., S. 200 f.)

Bei dem Versuch, die Entwicklung rechtsextremer Orientierungen bei Jugendlichen zu erklären, hat man den Eindruck, Möller verfare nach der Devise, dass nicht sein kann, was nicht sein darf. Möller will zeigen, dass rechtsextreme Einstellungen Jugendlicher eigentlich nicht politisch motiviert sind, sondern primär als Reaktion auf den Zuzug Nichtdeutscher zu verstehen seien. Die von den Jugendlichen für ihre politische Haltung angeführten Gründe werden von Möller übernommen und als Erklärung für Rechtsextremismus bei Jugendlichen ange-

20 Möller entwickelt die Ergebnisse seiner Studie aus einer weitläufigen Beschreibung von vier 12- bis 14-Jährigen. Die anderen 30 Jugendlichen seiner Studie spielen kaum eine Rolle bei der Formulierung seiner Ergebnisse.

boten. Dem Leser wird der Eindruck vermittelt, dass bei einem derart „unbotmäßigen“ Verhalten von „Ausländern“ eigentlich gar keine rechtsextreme Orientierung als Interpretationsrahmen für entsprechende Äußerungen zugrunde liegen müsse. Jugendliche wehrten sich halt einfach gegen die „ethnische Durchmischung des alltäglichen Lebensumfelds“.

Die von Möller ins Zentrum der Analyse gerückten „multiethnischen Konflikte“ und die angeblich „hinter diesen Konflikten steckenden Krisen und Problemlagen ausländischer beziehungsweise immigrierter MitbürgerInnen“ führen zu einer problematischen Interpretation des Phänomens Rechtsextremismus. Die Spezifika des Rechtsextremismus werden aus dem Zentrum der Auseinandersetzung gerückt und stattdessen wird dafür plädiert, die Anfälligkeit nichtdeutscher Jugendlicher für rechtsextreme Deutungsmuster zu untersuchen, die im Zusammenhang mit sich ausbreitenden islamisch fundamentalistischen Positionen stehe.

Die Voraussetzungen dieser Argumentation scheinen mir wenig überzeugend zu sein. Es wäre zu fragen, inwiefern Krisen und Probleme von Migranten die Ursache von „multiethnischen Konflikten“ sind. Welche Rolle spielt die einheimische Bevölkerung bei der Genese von Konflikten? Sind tatsächlich islamisch fundamentalistische Positionen für Jugendliche mit Migrationshintergrund besonders attraktiv? Welcher Zusammenhang besteht zwischen einer politisch rechtsextremen Einstellung bei nichtdeutschen Jugendlichen und islamischem Fundamentalismus? Besitzen nichtdeutsche Jugendliche eine spezifische Gewaltakzeptanz? Führt ihre „unterschiedliche Kultur“ zu einem besonderen Gewaltverständnis?

Lena Inowlocki setzte sich mit entsprechenden Annahmen und der damit einhergehenden „De-Thematisierung“ des Rechtsextremismus intensiver auseinander. Sie weist darauf hin, dass Wilhelm Heitmeyer und Mitarbeiter der Frage eines „verlockenden Fundamentalismus“²¹ und einer besonderen Gewaltbereitschaft bei türkischen Jugendlichen nachgegangen seien, aber entsprechende Vorannahmen nicht hätten bestätigen können (vgl. Inowlocki 2000, S. 370). Auf der Grundlage

21 Heitmeyer, Wilhelm/ Müller, Joachim/ Schröder, Helmut: Verlockender Fundamentalismus. Türkische Jugendliche in Deutschland. Frankfurt a. M. 1997.

allgemeiner Überlegungen zu gesellschaftlichen und sozialen Konflikten im Zuge von Migration und Globalisierung hielten sie jedoch an ihren Vorannahmen zu „ethnisch motivierter Gewalt“ fest (ebd.).

Inowlocki hinterfragt insbesondere die von Heitmeyer und Mitarbeitern angenommene „kulturell-kollektive Verankerung“ von Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen aus Migrantenfamilien. Eine besondere Bedeutung spiele bei der Argumentation von Heitmeyer und Mitarbeitern ihr Verständnis des „Ethnischen“: „Wie in einem verbreiteten Alltagsverständnis gelten auch in dieser sozialwissenschaftlichen Perspektive nur die ‘Anderen’ als ‘ethnisch’ und damit als herkunftsgebunden. Wie selbstverständlich wird unterstellt, dass eine andere Herkunft als die der Mehrheit, insbesondere eine islamische, die als fundamental uneuropäisch und antiwestlich angesehen wird, bedingungslose Loyalität einfordert. Jugendliche gelten insofern als Opfer der Migration ihrer Eltern, als sie sich zum einen wegen der schwierigen Ausbildungs- und Arbeitssituation in der Bundesrepublik nicht integrieren könnten. Auf ihre Herkunftskultur zurückgeworfen, durch einen islamischen Fundamentalismus indoktriniert und ideologisiert, träten sie nun als Rächer auf. In dieser Sichtweise besitzt die Mehrheitsgesellschaft Kultur, Minderheiten sind jedoch von ihrer Herkunftskultur besessen. ‘Ethnisch’ und damit rückwärts gewandt sind wiederum nur die Anderen.“ (ebd.)

Gleichzeitig verstünden viele sozialwissenschaftliche Untersuchungen rechtsextremer Jugendlicher deren (deutsche) Herkunftsgeschichte als irrelevant. Der von den deutschen Jugendlichen vorgenommene ideologische Bezug auf diese werde nicht im Zusammenhang mit ihrem Aktivismus und ihrer Gewalttätigkeit gesehen. Auch würden gewaltaffine Männlichkeitsbilder bei den deutschen Jugendlichen nicht „ethnisch“ verortet. Inowlocki nimmt an, dass mit der naturalisierenden Zuschreibung einer derartigen Minderheitengewalt eine „neutralisierende De-Thematisierung“ von Mehrheitsgewalt und Rechtsextremismus einhergehe (ebd., S. 370 ff.).

Diese neue Situationsdefinition, nach der Gewalt von Jugendlichen aus Migrantenfamilien ausgehe und die rechtsextreme Gewalt in den Hintergrund rücke, erklärt Inowlocki so: „Die Dethematisierung des Rechtsextremismus verstehe ich nicht als Versuch, das Thema zu ‘entsorgen’. Die neue Situationsdefinition ist sehr wahrscheinlich ohne

Absicht entstanden, als Nebenprodukt sozialwissenschaftlicher Erklärungsansätze, die sich zwar zunächst auf den Rechtsextremismus als ein soziales Problem richteten, die damit zusammenhängenden Phänomene jedoch unter gesamtgesellschaftliche Defizit-Erklärungen wie Desintegration, Verunsicherung und Desorientierung vergeblich zu fassen suchten. Die Erklärungsansätze haben sich seither verselbstständigt und produzieren ihre eigenen Definitionen dessen, was das Problem ist.“ (ebd., S. 372 f.)

Ich denke die Thesen von Neidhardt, Möller und anderen führen in eine falsche Richtung. Statt sich mit denjenigen zu beschäftigen, die rechtsextreme Positionen vertreten, wird eine Auseinandersetzung über Eigenschaften und Verhaltensweisen der „Fremden“ angestoßen. An die Stelle einer Befragung und Veränderung der Lebenspraxis derjenigen, die rechtsextreme Positionen attraktiv finden, sucht Neidhardt die Gründe für rechtsextreme Orientierungen der Einheimischen bei den „Fremden“. Die Frage, was die „Fremden“ denn falsch machen, dass die Einheimischen sich rechtsextrem orientieren und verhalten, stellt sich für mich nicht als das Schließen einer Forschungslücke dar, sondern eher als Sackgasse für ein tieferes Verständnis des Rechtsextremismus. Wenn die Studie Möllers vom eigentlichen Untersuchungsgegenstand Rechtsextremismus direkt zu „multiethnischen Konflikten“ führt und diese auf Probleme und Krisen der Eingewanderten zurückgeführt werden, ist wohl nicht von einer weiterführenden Perspektive auszugehen.

3.6 Rechtsextremismus und autoritärer Charakter

Das Konzept des Autoritarismus kann als Klassiker der Rechtsextremismusforschung betrachtet werden. Oesterreich beziffert Anfang der 1990er Jahre die Anzahl der Publikationen, die mit dem Autoritarismuskonzept arbeiteten, auf weit über 2000 (vgl. Oesterreich 1993, S. 15). Als Begründer dieser Forschungstradition können Wilhelm Reich und die Theoretiker der Frankfurter Schule angesehen werden. Wilhelm Reich beschrieb schon 1933 einen Persönlichkeitstypus, dessen Charakterstruktur ihn zum Faschismus neigen lasse (vgl. Reich 1933). Diese erste Generation von Autoritarismusforschern betonte in den 1930er Jahren aus einer marxistischen Perspektive den Einfluss der Gesellschaft auf die Entwicklung der autoritären Persönlichkeit

(vgl. Horkheimer, Fromm, Marcuse et al. 1936). Die autoritäre Persönlichkeit wurde als der Menschentyp gedacht, der optimal an die kapitalistischen Verhältnisse angepasst sei (vgl. Funke 1999, S. 121).

In der Nachkriegszeit fand eine Perspektivenverschiebung statt. Von da an dominierte eine individuumszentrierte Sichtweise, was sich auch im Titel der vielzitierten Veröffentlichung „Der autoritäre Charakter“ von Theodor W. Adorno und Mitarbeitern niederschlug (vgl. Adorno et al. 1950). Zu Beginn der 1950er Jahre veröffentlichten Adorno et al. ihr Konzept der autoritären Persönlichkeit, das auf einer Verbindung von Ergebnissen der Vorurteilsforschung, der Freudschen Psychoanalyse und der Sozialpsychologie aufbaute und beanspruchte, die Entwicklung des Faschismus in Deutschland, aber auch die des Antisemitismus und Rassismus in den USA zu erklären (vgl. Funke 1999, S. 124).

Die autoritäre Persönlichkeit zeichnet sich nach diesem Konzept durch eine rigide Orientierung an Normen und Autoritäten aus. Sie trete für „Recht und Ordnung“ ein und suche Führerfiguren, denen sie sich unterwerfen könne. Gleichzeitig fordere sie die Unterwerfung anderer Menschen im Sinne einer „autoritären Aggression“. Weitere Komponenten der autoritären Persönlichkeit seien Konventionalismus, Destruktivität und eine Weltsicht, die die Umgebung insgesamt als bedrohlich wahrnehme (vgl. Rommelspacher 1997, S. 159).

Friedrich Funke charakterisiert diesen Persönlichkeitstypus mithilfe der Metapher eines Radfahrers, der nach oben buckelt (autoritäre Unterordnung), nach unten tritt (autoritäre Aggressivität) und dabei in Schienen, beziehungsweise mit Stützrädern fährt (Konventionalismus) (vgl. Funke 1999, S. 123).

Adorno et al. sahen die Ursachen der autoritären Persönlichkeitsstruktur in einer autoritären Erziehung, in der der Vater Unterordnung allein aufgrund seiner Position einfordere und konventionelle und rigide Anpassungsforderungen an die Kinder stelle. Der Erziehungsstil sei streng und bestrafend sowie emotional distanziert. Das Kind lerne dadurch, sich in der Unterwerfung sicher zu fühlen und die Macht zu lieben. Gleichzeitig beneide es die Mächtigen um ihre Position, ohne ihnen gegenüber Aggressionen zeigen zu können. Diese richte sich gegen Schwache und Hilflose. Das Kind würde feindselig und misstrauisch gegenüber der Umwelt (vgl. Rommelspacher 1997, S. 159).

Einwände gegen die klassische Autoritarismustheorie

Adorno et al. konnten nicht den Nachweis erbringen, dass Personen mit autoritärer Charakterstruktur zu Anhängern des Faschismus werden müssen. Wolfgang Wippermann kommt bei der Diskussion der Faschismustheorie von Adorno und Mitarbeitern zu dem Ergebnis, dass sie die Frage, ob und wenn ja wann und warum autoritäre Charaktere zu Faschisten werden, nicht beantworten können. Er resümiert: „Generell ist festzustellen, dass es bisher noch nicht gelungen ist, die meist auf Freud zurückgehenden individualpsychologisch orientierten Fragestellungen und Methoden für die Erklärung des gesellschaftlichen Phänomens nützlich zu machen.“ (Wippermann 1997, S. 80)

Detlef Oesterreich gibt einen Überblick über die bisherige Autoritarismusforschung und kommt zu einer ähnlich skeptischen Einschätzung: „Es ist bisher nicht gelungen, Untersuchungsergebnisse langfristig abzusichern, vielmehr existieren zu den meisten Befunden Gegenbefunde. Diese unbefriedigende Forschungslage hat zu vielfältigen Revisionen der Autoritarismusskala und letztlich auch des Konzepts selbst geführt, ohne dass die revidierten Skalen und Konzepte zu deutlich konsistenteren Forschungsergebnissen geführt hätten.“ (Oesterreich 1993, S. 15)

Rommelspacher interpretiert die enttäuschenden Forschungsergebnisse als Zeichen für die Unmöglichkeit, rassistische Strukturen mit dem Vorherrschen eines bestimmten Persönlichkeitstypus zu erklären (Rommelspacher 1997, S. 159). Das generelle Problem der Theorie der autoritären Persönlichkeit liege in einem allgemein gedachten Strukturzusammenhang, der aber nur zeitbedingt und in bestimmten Ländern nachgewiesen werden könne. So zeige sich nur in bestimmten Zeiten ein Zusammenhang zwischen Autoritarismus und Dogmatismus. Zusammenhänge zwischen Autoritarismus und Ethnozentrismus, die in den USA festgestellt wurden, habe man beispielsweise in der Türkei nicht nachweisen können (vgl. ebd., S. 160).

Gegen den behaupteten generellen Zusammenhang von autoritärer Charakterstruktur und rechter politischer Einstellung spreche das Faktum, dass auch bei Menschen, die sich als politisch links verstünden, autoritäre Züge zu beobachten seien. Weiter zeige die aktuelle Forschung zu rechtsextremem Gewalt, dass es sich bei den Tätern kei-

neswegs nur um autoritär neonazistische Schlägertypen, sondern vielfach um hedonistisch konsumorientierte junge Männer handle, denen ihre Clique über alles gehe, die aber ein autoritäres Führerprinzip ablehnten (vgl. ebd., S. 160 f.).

Auch müsse überlegt werden, ob dieses Erklärungsmodell nicht anachronistisch sei, da die autoritäre Erziehung stark zurückgegangen sei. Sie gibt zu bedenken, ob angesichts der Tatsache, dass der Rassismus nicht rückläufig sei, sich mit verändernden Erziehungsstilen auch die Ausdrucksformen von Rassismus verändert haben könnten (ebd.).

Funke kritisiert am Konzept des autoritären Charakters die nicht berücksichtigte Situationsspezifität autoritären Verhaltens. Oftmals würde autoritäres Verhalten mit einer autoritären Einstellung gleichgesetzt. Autoritäres Handeln könne jedoch auch durch situative Bedingungen hervorgerufen werden, wie unter anderem die Gehorsamkeitsstudien von Stanley Milgram (1963) zeigten. Nicht nur Persönlichkeitseigenschaften, auch situative Faktoren seien also bei der Erklärung autoritären Verhaltens zu berücksichtigen. Die üblichen Skalen zur Erfassung von Autoritarismus hätten jedoch einen personenzentrierten Fokus (Funke 1999, S. 141).

3.6.1 *Der Autoritarismus-Ansatz von Detlef Oesterreich*

Gegen einen personenbezogenen Reduktionismus wendet sich auch Detlef Oesterreich. Sein Erklärungsmodell werde ich näher erläutern, da er als einer der wichtigsten Vertreter eines modifizierten Autoritarismuskonzepts in Deutschland gelten kann.

Die autoritäre Reaktion

Oesterreich nimmt an, dass sich grundsätzlich alle Menschen bei einem entsprechend großem situativem Druck, der starke Angst und Verunsicherung erzeuge, an Machthabern orientierten, sich ihnen unterwerfen würden, deren Ideologien übernähmen und gehorsam deren Befehle ausführten (Oesterreich 1993, S. 24 f.). Oesterreich spricht von einer „Basisreaktion menschlichen Verhaltens“ (Oesterreich 1998, S. 9).

Er schreibt: „Autorität entsteht im Individuum (...) als Ergebnis innerpsychischer Prozesse. Sie ist ein Attributionsphänomen, dessen motivationale Grundlage Angst und Verunsicherung sind. In verunsicherten Situationen orientieren sich Menschen an Instanzen, von denen sie meinen, dass sie ihnen Schutz und Sicherheit bieten können. Dies sind in der Regel andere Menschen, die zum einen über mehr Macht und mehr Handlungsspielräume zu verfügen scheinen, die sich aber auch anbieten, das Individuum zu vertreten und zu verteidigen. Das Individuum hofft, diese Menschen könnten aufgrund ihrer größeren Macht seine Probleme lösen und damit seine Angst und Verunsicherung abbauen.“ (ebd., S. 26).

Auf der Grundlage dieses Mechanismus, den er als autoritäre Reaktion bezeichnet, versucht er das Konzept der autoritären Persönlichkeit neu zu begründen. Die autoritäre Reaktion fasst er als anthropologische Konstante. So stelle für Kinder die Flucht in den Schutz elterlicher Sicherheit bei Situationen der Verunsicherung eine „zwangsläufige Reaktion“ dar (ebd., S. 26). Ebenso könne bei Erwachsenen die Anlehnung an oder Flucht in die Sicherheit von Schutz gewährenden Instanzen durchaus vernünftiges Verhalten darstellen (ebd.). Wenn Menschen jedoch im Laufe ihrer Sozialisation kaum die Fähigkeit zur individuellen Konfliktbewältigung erworben hätten und fortgesetzt autoritär reagierten, müsse von einer autoritären Persönlichkeit gesprochen werden. Er formuliert folgenden Zusammenhang: „Es hängt vom Ausmaß der psychischen Belastung durch Krisen ab, ob die Sozialisation des Individuums zu Selbstständigkeit führt oder eine Bindung an Sicherheit bietende Instanzen bestehen bleibt. Überfordern Angst und Verunsicherung erzeugende Situationen beständig die sozialen und kognitiven Kompetenzen des heranwachsenden Kindes, dann erfolgt immer wieder eine Flucht in die Sicherheit, dann wird Schutz bei den Eltern und später bei anderen Erwachsenen, die Schutz zu geben in der Lage sind, gesucht.“ (ebd., S. 29) Aber auch im Erwachsenenalter könnten autoritäre Persönlichkeiten entstehen, wenn häufig Situationen aufträten, die vom Individuum nur mit Hilfe autoritärer Reaktionen bewältigt werden könnten (ebd., S. 30). Die Neigung, Bedürfnisse nach Schutz und Sicherheit über die autoritäre Reaktion zu befriedigen, wäre besonders in allgemeinen Krisensituationen zu beobachten. Wenn in diesen Situationen die gesellschaftliche Macht repräsentierenden Autoritäten nicht die in sie gesetzten

Erwartungen erfüllten, könne es zu einer politischen Radikalisierung der enttäuschten Menschen kommen (Oesterreich 1998, S. 9 ff.).

Bei fortgesetztem autoritärem Reagieren übernehme das Individuum auch die Deutungsmuster und Werte der Sicherheit bietenden Instanz. Entsprechende Deutungsmuster der sozialen Realität und Wertssysteme übernahmen dann sekundär die Rolle der ursprünglich von der Autorität gegebenen Schutzfunktion (Oesterreich 1993, S. 32 f.). Die „anhaltende Unselbstständigkeit“ habe eine „herabgesetzte Flexibilität der Kognitionen und des Sozialverhaltens“ zur Folge. Des Weiteren zeichne sich die autoritäre Persönlichkeit durch eine „allgemeine Feindseligkeit“ aus (ebd.).

Gesellschaftliche Kontexte der Entstehung autoritärer Persönlichkeiten

Mit Bezug auf Ulrich Becks Konzept der „Risikogesellschaft“ geht Oesterreich davon aus, dass moderne Gesellschaften zunehmend höhere Freiheitsgrade für das Handeln der Menschen hervorbrächten. Individuen würden aus traditionellen Bindungen entlassen. Damit entstünden für die einzelnen Menschen aber auch zunehmend größere Entscheidungsschwierigkeiten. In demokratischen Staaten mit marktwirtschaftlicher Grundlage könnte es nach Oesterreich leicht zu einer Überforderung kommen, da hohe Anforderungen an die Menschen gestellt würden. Der dort verbreitete Glaube an individuelle Freiheit und Selbstbestimmung des eigenen Lebens erzeuge eine große Verantwortung für das eigene Schicksal. Gleichzeitig böten „freie Gesellschaften“ jedoch auch gute Voraussetzungen für eine Überwindung der autoritären Reaktion, da sie die Entwicklung selbstständiger Problembewältigungsstrategien nahelegten. In totalitär verfassten Gesellschaften gäbe es wenig verunsichernde Situationen. Das Leben in der sozialen Gemeinschaft würde als kollektives Schicksal empfunden. Entscheidungen müssten kaum selber getroffen werden. Dementsprechend gering seien Gefühle der Angst und Verunsicherung und in der Folge autoritäre Reaktionen (ebd., S. 39 ff.).

Autoritäre Persönlichkeiten seien somit nicht zwingend das Produkt totalitärer Gesellschaften. In demokratischen Gesellschaften wären auch entsprechende Persönlichkeiten festzustellen (ebd., S. 42).

Autoritarismus und Rechtsextremismus

Oesterreich kommt in seiner Studie über den „Stellenwert psychischer Faktoren für politische Einstellungen“, bei der Jugendliche aus Ost- und Westberlin befragt wurden, zu dem Ergebnis, dass es einen engen Zusammenhang zwischen autoritären Persönlichkeitsmerkmalen und rechtsextremen politischen Orientierungen gebe (ebd., S. 219). Autoritäre Persönlichkeitsmerkmale besäßen einen höheren Stellenwert für die Erklärung rechtsextremer Einstellungen als das Geschlecht, das Bildungsniveau des Elternhauses oder des besuchten Schultyps der befragten Jugendlichen (ebd.).

Bei den weiblichen Jugendlichen in Ost- und Westberlin stellte er geringere Autoritarismuswerte fest als bei den männlichen (ebd., S. 209). Die höheren Autoritarismuswerte der männlichen Jugendlichen führt er darauf zurück, dass an die männlichen Jugendlichen „höhere und daher leichter zu überfordernde Erwartungen“ gerichtet würden (ebd., S. 211).

Weiter habe er festgestellt, dass Berufsschüler und Befragte aus weniger gebildeten Elternhäusern deutlich autoritärer seien als Gymnasiasten (ebd.).

Bezüglich der autoritären Persönlichkeitsmerkmale konnte Oesterreich keine Unterschiede zwischen den Jugendlichen aus Ost- und Westberlin feststellen (ebd., S. 208 f.). Dieses Ergebnis interpretiert Oesterreich als Beleg für die Erklärungskraft seines Autoritarismusansatzes: „Die Gesellschaft der DDR war zwar eine obrigkeitsstaatliche Gesellschaft mit vielen Restriktionen, aber sie war eine für den einzelnen überschaubare Gesellschaft. Sie war damit keine bei den Menschen überdurchschnittlich Angst erzeugende Gesellschaft, die eine verstärkte Orientierung an Autoritäten erforderlich gemacht hätte.“ (ebd., S. 229)

Auch seien Differenzen bei den Jugendlichen aus Ost- und Westberlin bezüglich rechtsextremistischen und rassistischen Orientierungen nicht nachweisbar (ebd., S. 230). Fragen zur Stellung von Nichtdeutschen würden zwar von den Ostberliner Jugendlichen deutlich „ausländerfeindlicher“ beantwortet. Dieses Ergebnis könne „jedoch nicht als Gegenbefund verstanden werden, weil zwischen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit zu unterscheiden ist. Rassismus ist eine per-

sönlichkeitsnahe Grundhaltung, Fremdes aus Angst und Verunsicherung abzulehnen. Ausländerfeindlichkeit ist demgegenüber eine politische Einstellung, die nicht zwangsläufig eine rassistische Diskriminierung beinhaltet. In Lebenssituationen, in denen Ausländer zu Konkurrenten um den Arbeitsplatz oder um Wohnraum werden, kann es eine Ablehnung von Ausländern auch ohne rassistischen Hintergrund geben.“ (ebd., S. 230 f.)

Ähnlich erklärt er die starke Zunahme rechtsextremer Gewalt seit Anfang der 90er Jahre auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Es habe sich um eine „situationsspezifische Folgeerscheinung der Wende“ gehandelt: „Über die jetzt schon bestehenden materiellen und psychischen Probleme der Umbruchsituation hinaus werden sie mit einer bislang unbekanntem Konkurrenz von Ausländern konfrontiert. Früher gab es in der DDR kaum Ausländer, und wegen der allgemeinen Vollbeschäftigung und Arbeitsplatzgarantie wurden die wenigen auch nicht zu Konkurrenten. (...) Viele Bürger der ehemaligen DDR und insbesondere Jugendliche machen zur Zeit eine schwierige Orientierungsphase durch, in der sie ihre alte Identität aufgegeben haben, eine neue aber noch nicht gesichert aufbauen konnten. (...) Auf der materiellen Seite haben sich die Erwartungen an die ‘Wende’ nicht erfüllt und schließlich auch die Versprechungen der Autoritäten der deutschen Einheit nicht. Eine solche Kombination von unsicherer materieller Zukunftsperspektive mit Identitätsproblemen und einem Versagen leitender Autoritäten ist nun der Nährboden für rechts-extreme Entwicklungen.“ (ebd., S. 231 f.)

Oesterreich kommt zu der Einschätzung: „Wenn sich nicht zumindest die Arbeitsmarktsituation bald verbessert, könnte dies erst der Anfang einer Entwicklung zur Radikalisierung sein. (...) Übergriffe gegen Ausländer und die Wiederbelebung nationalsozialistischer Ideen müssen auch als ein Versuch von Jugendlichen, sich gegen zunehmende Hoffnungslosigkeit zu wehren, verstanden werden.“ (ebd., S. 232 f.)

Fremdenfeindlichkeit als eine Folge mangelnder „nationaler Identifikation“?

Oesterreich interpretiert die Ergebnisse einer Studie der International Association for the Evaluation of Educational Achievement (IEA), bei der von 1998 bis 1999 14-Jährige befragt wurden und eine höhere

„Ausländerfeindlichkeit“ ostdeutscher gegenüber westdeutschen Jugendlichen festgestellt wurde, ebenfalls als Resultat der „Krisensituation nach der Wende“ und bezieht sich auf seinen Erklärungsansatz von 1993 (vgl. Oesterreich 2002, S. 148). Er schreibt: „Ihre dominierenden Erfahrungen sind die der Arbeitslosigkeit, Dequalifizierung und Abwertung der Leistungen der älteren Generationen sowie geringe eigene Perspektiven.“ (ebd.) Die höhere „Ausländerfeindlichkeit“ resultiere vor allem aus ihrer Angst, die „Ausländer“ könnten den Deutschen Arbeitsplätze und Bildungschancen wegnehmen. Diese Angst sei „im Osten Deutschlands sehr viel größer als im Westen, weil im Osten die Arbeitslosenquote und die Quote Jugendlicher ohne Ausbildungsplatz sehr viel größer sind als im Westen.“ (ebd., S. 157)

Für die in der Studie der IEA festgestellten zum Teil deutlich positiveren Einstellungen der Mädchen im Vergleich zu den Jungen aus Ost- und Westdeutschland gegenüber „Ausländern“ bietet Oesterreich keine Erklärung an (ebd., S. 156).

In der IEA-Studie wurden 94.000 Jugendliche in 28 Ländern bezüglich ihrer Einstellung zu „ethnic minorities“ in der jeweiligen Gesellschaft befragt. Nach dieser Untersuchung wären deutsche, dicht gefolgt von schweizer Jugendlichen, am wenigsten bereit, „Ausländern“ formale gleiche Rechte und Chancen einzuräumen. Insgesamt würden die deutschen Jugendlichen als deutlich „ausländerfeindlicher“ als Jugendliche aus den anderen untersuchten Ländern beurteilt (ebd., S. 159 f.). Oesterreich sieht vor allem zwei Gründe für die verbreitete ablehnende Haltung gegenüber Nichtdeutschen: „In Deutschland ist die nationale Identifikation aufgrund der Ereignisse zur Zeit des Nationalsozialismus erschwert. Da es den Deutschen an nationalem Selbstverständnis und Selbstbewusstsein mangelt, fühlen sie sich durch Ausländer bedroht. Sicherlich sind solche psychologischen Theorieansätze zur Erklärung von Ausländerfeindlichkeit nicht hinreichend. Sie müssen in ökonomische Erklärungsansätze eingebettet sein. So ist es gerade in Deutschland – wenn man die Entwicklung seit der deutschen Vereinigung betrachtet – offensichtlich, dass die schweren ökonomischen Probleme, insbesondere im Osten, Ausländerfeindlichkeit verstärkt haben.“ (ebd., S. 163).

Kritik

Ich denke, die Kritik von Wippermann (1997) und Rommelspacher (1997), nach der Rechtsextremismus nicht ausschließlich individual-psychologisch erklärbar ist, beziehungsweise rassistische Strukturen nicht auf das Vorherrschen eines bestimmten Persönlichkeitstyps zurückgeführt werden können, ist gut nachvollziehbar. Funkes (1999) Hinweis auf die mangelnde Berücksichtigung der Situationspezifika autoritären Verhaltens ist ein wichtiger Hinweis auf ein zentrales Defizit gängiger Autoritarismuskonzepte. Oesterreichs Versuch, den personenzentrierten Fokus traditioneller Autoritarismusansätze zu vermeiden, führt jedoch zu einem anders gelagerten Reduktionismus.

Rechtsextremismus und autoritäre Reaktion

Rechtsextremismus erscheint in seinem Konzept vor allem als ein situationsspezifisches Phänomen. Wenn Oesterreich die autoritäre Reaktion als Folge einer in Krisensituationen aufkommenden Angst und Verunsicherung darstellt und Gewalt gegen Migranten als direkte Konsequenz eines durch die Mächtigen enttäuschten Bedürfnisses nach Sicherheit präsentiert, konstruiert er einen Automatismus der Entwicklung von „Ausländerfeindlichkeit“, der von den politischen Orientierungen der Täter und den gesellschaftlichen Hintergründen abstrahiert. Wie selbstverständlich nimmt er an, dass Angst und Verunsicherung, bei fehlenden adäquaten Bewältigungskompetenzen, zwangsläufig zu einer Unterwerfung gegenüber mächtigen Personen führt. Sicherlich sind auch andere Reaktionen denkbar. Selbst wenn denn eine Unterordnung gegenüber den gesellschaftlich Mächtigen in einer Krisensituation angenommen wird, warum sollten enttäuschte Erwartungen an diese automatisch zu „politischer Radikalisierung“ und „Ausländerfeindlichkeit“ führen? Das eigentlich zu Erklärende scheint Oesterreich fraglos vorauszusetzen. Er liefert keine Erklärung, warum „Ausländer“ zum Ziel von Aggressionen werden. In der konkreten Situation ist doch wohl kaum die Notwendigkeit begründet, Nicht-deutsche zu attackieren. Oesterreich müsste vielmehr die politischen Grundorientierungen thematisieren, die den Bezugsrahmen für die subjektive Konstruktion einer gesellschaftlichen Wirklichkeit bildet, die entsprechende Aktionen nahelegt.

Rechtsextreme Jugendliche – verunsichert, ängstlich, hoffnungslos?

Oesterreich argumentiert zum Teil sehr widersprüchlich, indem er eine Interpretation anbietet, nach der Übergriffe gegen „Ausländer“ und die Wiederbelebung nationalsozialistischer Ideen durch Jugendliche als Versuch sich „gegen zunehmende Hoffnungslosigkeit zu wehren“ (Oesterreich 1993, S. 233) zu verstehen seien, nachdem er kurz zuvor darauf hingewiesen hat, dass Hoffnungslosigkeit nicht das Problem der untersuchten Jugendlichen sei. Er schreibt: „Im Rahmen dieser Studie gibt es dafür noch kaum Anzeichen. Der Optimismus überwiegt. Die Studie befasst sich allerdings mit jungen Menschen, die einerseits bisher wenig mit den realen Problemen in den neuen Bundesländern konfrontiert wurden, andererseits auch in schwierigen Lebenslagen zu mehr Optimismus neigen als ältere.“ (ebd.) Er untersuchte Jugendliche im Alter zwischen 16 und 21 Jahren (ebd., S. 209).²²

Dass weder eine aktuell schlechte ökonomische Lage noch schlechte Zukunftsaussichten zu einer politisch rechten Orientierung führen müssen, ist in mehreren empirischen Arbeiten gezeigt worden (vgl. Heitmeyer 1987; vgl. Held et al. 1992, vgl. Held et al. 1995, vgl. Leiprecht 2001). Auch ist der von Oesterreich behauptete Zusammenhang von Angst beziehungsweise Verunsicherung und „Ausländerfeindlichkeit“ in dieser Form nicht haltbar (vgl. Schreiber 1994, S. 96).

Männliche Jugendliche – besonders ängstlich und verunsichert?

Seine Erklärung bezüglich der festgestellten höheren Autoritarismuskwerte der männlichen gegenüber den weiblichen Jugendlichen ist ebenfalls nicht überzeugend. Worauf stützt er sich bei der Annahme, dass an männliche Jugendliche „höhere und damit leichter zu überfordernde Erwartungen“ gestellt würden und diese deshalb ängstlicher und verunsicherter seien und in der Folge höhere Autoritarismuskwerte aufwiesen? Sind die männlichen Jugendlichen stärker von einer schlechten ökonomischen Lage betroffen als die weiblichen? Horn beschreibt eine eher gegenteilige Situation. Demnach sind weibliche

22 Die im Rahmen der IEA-Studie festgestellte höhere Ausländerfeindlichkeit von erst 14-jährigen ostdeutschen im Vergleich zu westdeutschen Jugendlichen versucht er jedoch mit deren „dominierenden Erfahrungen (...) der Arbeitslosigkeit, Dequalifizierung“ zu erklären (vgl. Oesterreich 2002, S. 148).

Jugendliche im Gegensatz zu ihren männlichen Altersgenossen von einem überproportionalen Verlust von Arbeitsplätzen betroffen (Horn 1995, S. 174). Weiter seien die weiblichen Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen, im Verhältnis zu männlichen Jugendlichen härter von einem ungenügenden Stellenangebot betroffen. So würde ein Großteil der vorhandenen Stellen auf Wunsch der Arbeitgeber ausschließlich für männliche Jugendliche ausgeschrieben (ebd.).

Mit „nationaler Identifikation“ gegen die extreme Rechte?

Auch die „für den deutschen Blickwinkel ungewohnte Sicht auf die Verbindung von nationaler Identität und Ausländerfeindlichkeit“ (Oesterreich 2002, S. 163) kann kaum überzeugen. Der von Oesterreich angenommene Zusammenhang eines Mangel an „nationalem Selbstbewusstsein“, der zu Bedrohtheitsgefühlen durch „Ausländer“ und anschließender „Ausländerfeindlichkeit“ führe, ist wohl mehr als fraglich. „Nationale Identifikation“ als Rezept gegen „Ausländerfeindlichkeit“ zu präsentieren (vgl. Oesterreich 2002, S. 165), zeugt von Ignoranz gegenüber historischen wie aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen.²³ Dass diejenigen, die sich an Aktionen gegen Nichtdeutsche beteiligen, unter einem Mangel an nationalem Selbstbewusstsein leiden, erscheint doch eher unwahrscheinlich.

Held et al. stellen in einer Studie, die politische Orientierungen Jugendlicher in Deutschland untersucht, fest, dass „nationale Orientierungen“ in einem engen Zusammenhang mit rassistischen und autoritären Orientierungen stehen (Held et al. 1995, S. 121). Jugendliche, die dem Slogan „Ich bin stolz ein Deutscher zu sein“ zustimmten, tendierten politisch nach rechts (ebd.). Held et al. zeigen, wie „staatstragende Kräfte“ versuchen „nationale Identität“ herzustellen, um sich die Loyalität der Bürger zu sichern. Durch Rückbesinnung auf die gemein-

23 Andere Autoren sehen in der „nationalen Identifikation“ eine wirksame Strategie gegen Nationalismus. Felicia Rüger plädiert für mehr „Wir-Gefühl“: „Mit dem Begriff 'national-Wir' möchte ich das Gefühl nationaler Identität beschreiben, das weder mit der Mißachtung fremder Nationen oder mit der Idealisierung der eigenen Nation zu tun hat, noch die Herausbildung autonomer Individualität des Einzelnen behindert, wie es im Kollektivzwang der Fall wäre.“ (Rüger 2001, S. 39) Dieses „national-Wir“ wirke „für die Menschen sinngebend, wertvoll und persönlichkeitsfördernd. In dem Maße wie es persönlichkeitsfördernd ist und zudem kein Vakuum an dieser Stelle hinterläßt, an der Menschen ein Bedürfnis nach Wir-Gefühl haben, sorgt es auch für die Verhinderung von Nationalismus.“ (ebd., S. 42)

same Geschichte versuche man „nationales Bewußtsein“ zu schaffen.²⁴ Ein positiver Rückgriff auf die deutsche Geschichte sei jedoch auch ein Bezug auf die Zeit des Faschismus und deshalb entsprechend problematisch (ebd., S. 113). Auch produziere man „nationale Identität“ mittels „innerstaatliche(r) Feinderklärungen“. Die „nationale Identität“ werde in diesem Fall über die Abgrenzung gegen andere geschaffen. In diesem Zusammenhang wird auf die Asyldebatte Anfang der neunziger Jahre verwiesen (ebd., S. 114). Die Forderung nach „nationaler Identifikation“ muss als kontraproduktives Mittel bezeichnet werden.

Problematische Aspekte der Oesterreichischen Autoritarismus-Studie

Albert Scherr kritisiert das Vorgehen Oesterreichs beim Nachweis des Zusammenhangs von autoritären Persönlichkeitseigenschaften und Rechtsextremismus. So wiesen seine Antwortvorgaben, die das Ausmaß der autoritären Persönlichkeitszüge feststellen sollten, deutliche Affinitäten zu einem rechten beziehungsweise rechtsextremen Weltbild auf. Bei der Erfassung der rechtsextremen Orientierungen verwende Oesterreich Indikatoren, die der geltenden Rechtsprechung beziehungsweise den Überzeugungen etablierter Politiker entsprechen. Wenn er beispielsweise folgende Antwortvorgaben verwende: „Deutschland sollte wieder eine führende Rolle in der Welt übernehmen“, „Deutschland darf nicht zum Einwanderungsland für Asylanten

24 Henryk M. Broder beschreibt dieses Phänomen folgendermaßen: „Das 'Dritte Reich' ist ein Steinbruch, in dem rund um die Uhr gearbeitet wird; fast täglich kommen neue Dokumentationen, Bücher und Filme auf den Markt, die entweder alte Erkenntnisse recyceln oder neue versprechen – und weil es gerade schick ist, beschäftigt man sich nach den Opfern nun gerne mit den Tätern. Spätestens seit dem Erfolg von 'Schindlers Liste' interessiert man sich für Menschen mit brüchigen Biographien; für SS-Leute, die zu Widerstandskämpfern mutierten; für Juden, die als SS-Männer getarnt überlebten; für Trittbrettfahrer, die in tragische Verwicklungen gerieten; für unschuldige Täter, schuldige Opfer.“ (Broder 2004, S. 132) Aber nicht nur pseudo-wissenschaftliche Produktionen wie die von Guido Knopp und anderen kümmern sich um eine „nationale Identität“. Auch Mainstream-Popkünstler tragen zu einem „unverkraffteten Verhältnis“ zu Komplexen wie Heimat und Nation bei. Sich unpolitisch gebende Musiker wie Peter van Dyk und der „Wolfsheim“-Sänger Peter Heppner feiern mit Songs wie „Wir sind wir“ Charterfolge. Rockgruppen wie „Rammstein“ arbeiten erfolgreich mit propagandistischem Filmmaterial von Leni Riefenstahl oder die Popband „Mia“ singt in den Veröffentlichungen ihres Labels „Schwarzrotgold“ vom „neuen Deutschland“, auf das man selbstverständlich stolz seien müsse (Der Rechte Rand, Nr. 91/ Nov.-Dez. 2004, S. 17).

aus dem Osten oder der Dritten Welt werden“ oder „Bei der Einstellung von Arbeitskräften sollten Deutsche grundsätzlich Ausländern vorgezogen werden“, seien dies keineswegs eindeutig Rechtsextremismus indizierende Items. Gerade diese Antwortvorgaben hätten jedoch die höchsten Zustimmungsquoten aufgewiesen. Somit sei der Erklärungswert der nachgewiesenen Zusammenhänge von autoritärer Persönlichkeit und Rechtsextremismus skeptisch zu betrachten (Scherr 1996, S. 112).

Wenig aussagekräftig seien auch die von Oesterreich festgestellten höheren Autoritarismuswerte bei den Berufsschülern und wenig Gebildeten gegenüber den Gymnasiasten. So habe er mögliche intervenierende Variablen, insbesondere hinsichtlich Schichtspezifika, nicht geprüft. Unterschiede in der politischen Bildung in Berufs- und Hauptschulklassen im Vergleich zu Gymnasien und ein möglicher Bildungsbias der verwendeten Autoritarismus-, Rechtsextremismus- und Rassismusskalen seien nicht berücksichtigt worden (ebd., S. 113).

Autoritarismus und Verunsicherung – ein eindimensionales Autoritarismusverständnis

Scherr berichtet, dass der von Oesterreich identifizierte „harte Kern“ von Jugendlichen, die rechtsextreme Organisationen durchgängig „gut“ beziehungsweise „sehr gut“ fanden und faschistische Politiker als historisch und politisch bedeutsame Persönlichkeiten benannten, in ihren Aussagen zum Autoritarismus nicht die von Oesterreich vermutete Unterwürfigkeit unter Autoritäten zeigten. Zwar ordneten sie sich der Seite der Stärkeren zu, sähen sich aber nicht als brave und angepasste Schüler, sondern eher als diejenigen, die häufiger Auseinandersetzungen mit den LehrerInnen hätten (ebd., S. 112). Ängstlichkeit beziehungsweise Verunsicherung schien für sie gerade nicht kennzeichnend zu sein. Dies deutet nach Scherr darauf hin, dass das Konstrukt „Autoritarismus“ intern differenzierungsbedürftig sei (ebd.).

Andere Autoren wenden sich explizit gegen eine ausschließliche Betonung von autoritärer Ohnmacht und Ich-Schwäche. Lars Rensmann verweist in diesem Zusammenhang auf den Ansatz von Birgit Rommelspacher. Sie konzipiere eine autoritäre Dynamik „expansiver Bemächtigung.“ Sie habe nicht den Fokus einer kognitiv-moralischen Schwächung der Subjekte etwa durch ein begrenztes Konfliktpoten-

zial, mangelnde kommunikative Fähigkeiten, Erfahrungen von Missachtung etc., sondern betone vor allem die Identifikation der Subjekte mit den herrschenden Normen und Werten einer Gesellschaft, die von Machterwerb, Dominanzverhalten, Ausgrenzung und sozialdarwinistischer Durchsetzung geprägt sei (vgl. Rensmann 2004, S. 194).

Man kann sich sehr gut vorstellen, dass Jugendliche dominantes Verhalten lernen, ohne dass eine besondere Ängstlichkeit oder Verunsicherung vorausgesetzt werden muss. Dietmar Loch macht darauf aufmerksam, dass es „auch Anhänger des modernen Rechtsradikalismus in den oberen Schichten, das heißt in den an einem dezidierten Neoliberalismus interessierten Teilen der ‘neuen’ Mittelschichten“ gebe. „Bei diesen nationalistischen Eliten manifestiere sich (...) der transnationale Autoritarismus der ‘Modernisierungsgewinner’.“ (Loch 2001, S. 473) Dass sich diese durch eine „herabgesetzte Flexibilität der Kognitionen“ und durch eine „allgemeine Feindseligkeit“ (vgl. Oesterreich 1993, S. 33) charakterisieren ließen, erscheint unwahrscheinlich.

Fazit

Es kann festgehalten werden, dass es keiner ökonomisch prekären Lage und bestimmter psychischer Konstellationen bedarf, um autoritäre Dispositionen zu entwickeln.

Der von Oesterreich angenommene Zusammenhang von Angst, Verunsicherung und Unterwürfigkeit unter Autoritäten mit der Tendenz zu rechtsextremistischen Einstellungen ist wohl kaum in dieser Form aufrechtzuerhalten. Psychische Dispositionen bestimmen nicht direkt politisches Verhalten.

3.7 Rechtsextremismus – ein Resultat der Sozialisation in der DDR?

In der Rechtsextremismusforschung nimmt seit den 1990er Jahren die Untersuchung von Ost-West-Unterschieden einen großen Raum ein. Dabei gehen viele Autoren von einer allgemein stärkeren Affinität ostdeutscher Jugendlicher zu rechten Denkmustern aus. Unterschiedliche Erklärungen werden hierfür angeboten. Unter anderem vermutet man, dass es in Ostdeutschland aufgrund der schwierigeren ökonomischen Lage zu einer politischen Radikalisierung gekommen sei (vgl. Oesterreich 2002, S. 148).

Sebastian Schröder interpretiert den heutigen Rechtsextremismus in dem Gebiet der ehemaligen DDR als Nachwirkung des Nationalsozialismus: „Als Ergebnis einer mentalen Kontinuität wurden Denkstrukturen und Verhaltensmuster vergangener Tage in der DDR konserviert und vielleicht auch verfestigt, auch heute noch können diese über Sozialisationsprozesse an nachfolgende Generationen weitergegeben werden.“²⁵ (Schröder 2003, S. 101)

Claus Offe glaubt, die rassistischen Übergriffe in Ostdeutschland richteten sich „nur dem Anschein nach, aber nicht primär und nicht ausschließlich“ gegen Migranten. Die Menschen in Ostdeutschland fühlten sich enttäuscht und verraten von den Eliten der alten Bundesrepublik. Wenn Migranten angegriffen würden, dann auch, um diese Eliten für ihre Vertrauensbrüche und Versäumnisse zu bestrafen (Offe 1994, S. 164).²⁶

25 Dass sich die politischen Orientierungen der Bevölkerung des nationalsozialistischen Deutschlands über einen derart langen Zeitraum über Sozialisationsprozesse reproduzieren und aktuelle politische Einstellungen Jugendlicher bestimmen, erscheint mir unwahrscheinlich. Politisch rechte Einstellungen Jugendlicher scheinen sich heute weniger auf den Nationalsozialismus als auf aktuelle Diskurse und Ausgrenzungspraktiken zu beziehen. Müller zeigt, dass rechtsextreme Orientierungen Jugendlicher „nicht auf ein anderes System gerichtet sind, sondern innerhalb dieses Systems eine ‚demokratieakzeptierende‘ Menschenfeindlichkeit entfalten.“ (Müller 1997, S. 243)

26 Wenn das Motiv der Übergriffe eine Bestrafung der Eliten des „Westens“ wäre, muss man sich doch trotzdem fragen, warum eine Form der Bestrafung gewählt wird, bei der Migranten verletzt und getötet werden. Offe scheint die politischen Orientierungen derjenigen, die sich an Übergriffen gegen Migranten beteiligen, vollkommen auszublenden.

Eine weitergehende Auseinandersetzung mit diesen und anderen Erklärungsversuchen würde den Rahmen der Arbeit sprengen. Im Folgenden werde ich exemplarisch einen Ansatz, der in der öffentlichen Diskussion des Öfteren zur Erklärung des Rechtsextremismus in Ostdeutschland angeboten wurde, vorstellen.

DDR-Sozialisation und Rechtsextremismus

Vertreter dieses Ansatzes vermuten einen direkten Zusammenhang zwischen der Sozialisation in der DDR und Rechtsextremismus nach der sogenannten Wiedervereinigung. So schreibt Wolfgang Brück: „Der ‘sozialistische’ Überwachungsstaat und die Spezifika der Machthandhabung durch die Nomenklatura brachten treibhausmäßig rechtsextremistische Denk- und Handlungsmuster hervor.“ (Brück 1992, S. 37 f.)

Karl-Heinz Heinemann und Wilfried Schubarth sehen die Ursachen für rechtsextremistische Tendenzen bei Jugendlichen in den neuen Bundesländern ebenfalls „in den Bedingungen des Aufwachsens in einem autoritären, stalinistisch geprägten System“ und der Konfrontation der so Sozialisierten mit der Unübersichtlichkeit einer „Risikogesellschaft“ (Heinemann et al. 1992, S. 9).

Wilfried Schubarth und Thomas Schmidt kommen zu folgender Einschätzung: „Das Ende dieses Systems (=DDR; S. F.) ist jedoch ebenfalls wie 1945 nicht gleichbedeutend mit einer ‘Stunde Null’. Vielmehr wirken die durch die Sozialisationsbedingungen in einem autoritären, administrativ-bürokratischen System entscheidend geprägten Einstellungs- und Verhaltensmuster der ehemaligen DDR-Bürger unter den neuen Bedingungen weiter. Der Preis von Anpassung bzw. Loyalität diesem System gegenüber bestand vor allem in mangelnder Selbstständigkeit, Scheu vor Verantwortung und ihrer Delegation auf Funktionsträger, in hohen Erwartungen gegenüber Leistungen des Staates bei zum Teil geringer Leistungsbereitschaft. Da die jeweilige Denkrichtung ‘von oben’ vorgegeben wurde und selbstständiges Handeln nur im Rahmen festgelegter Richtlinien gefragt war, wurden Fähigkeiten wie die zur differenzierten Wahrnehmung und Bewertung von Erscheinungen, zum Bilden und Vertreten einer eigenen Meinung auch dann, wenn sie von der Mehrheitsmeinung abweicht, zu Toleranz und Selbstkritik – kurz, die Ausprägung der kritischen Vernunft – ihrer Aus-

bildung und Anwendung massiv behindert. Die Folge war – in der Tendenz – dogmatisches, antipluralistisches Denken, das Verharren in schematischen, dualen Rastern, Konformismus, Autoritätsgläubigkeit, Intoleranz und Anfälligkeit für undemokratische Ideologiemuster – Eigenschaften, die noch lange Zeit nachwirken werden.“ (Heinemann et al. 1992, S. 26)

Der Kriminologe Christian Pfeiffer kann als bekannterer Vertreter dieses Ansatzes gelten. Er geht davon aus, dass der Ursprung des Rechtsextremismus in den fünf neuen Bundesländern vor allem im Erziehungssystem der DDR zu verorten sei. Seine These lautet: „Hauptursache ist die autoritäre Erziehung in der DDR.“ (Pfeiffer 1999, S. 60) Viel zu früh und für viel zu lange Zeit wären die Kinder von ihren Eltern getrennt worden und in Krippen, Kindergärten, Schulen und Jugendorganisationen ständig einem hohen Anpassungsdruck an die Gruppe ausgesetzt gewesen. Er schreibt: „Der Tagesablauf folgte relativ starren Regeln. Die Erzieherinnen dominierten, bestimmten Zeitpunkt und Art kindlicher Spiele. Sie gingen nicht vom individuellen Erleben des Kindes, von seinem Entwicklungsstand aus, sondern von ideologisch vorgegebenen Erziehungszielen.“ (ebd., S. 61) Es existierte nach Pfeiffer ein „Leitbild der Erziehung junger Menschen zu Untertanen und nicht zu mündigen Bürgern.“ (ebd.)

Indem die SED „für die offenkundigen Mängel des Systems immer wieder den Klassenfeind verantwortlich gemacht“ habe, lernten die Kinder und Jugendlichen zu hassen: „Bereits von den Kindergärtnerinnen verlangte das Regime die Erziehung zum Feindbild. (...) Wer die Schülerinnen und Schüler zum Haß auf den politischen Gegner aufruft, darf sich nicht wundern, wenn solche Feindbilder auf alles Fremde übertragen werden.“ (ebd.) Pfeiffer illustriert seine Annahme mit einem Zitat aus dem Lehrbuch „Pädagogik“, das für damalige Studierende ein Standardwerk für die Lehramtsprüfungen gewesen sei: „Die Schüler müssen den Feind durchschauen und ihn überall entlarven können. Auf diese Weise entstehen politisch-ideologische Wertorientierungen, die Haß gegen die imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung einschließen. Die Heranwachsenden müssen lernen, feindliche Auffassungen zu erkennen und zu bekämpfen.“ (ebd.)

Pfeiffer fragt sich: „Welcher Zusammenhang besteht zwischen einem derartigen Erziehungsstil und der Entstehung von fremdenfeindlichen

Einstellungen und Verhaltensweisen? Antworten darauf haben viele gegeben: Theodor W. Adorno ebenso wie Maaz²⁷ und zuletzt die Hildesheimerin Christel Hopf. Ihr gemeinsames Fazit: Wer in Kindheit und Jugend einer autoritären Gruppenerziehung ausgesetzt ist und zu wenig an individueller Zuwendung und Förderung erfährt, ist in der Entwicklung eines gelassenen Selbstvertrauens behindert. Im Vergleich zu einem jungen Menschen, dem in seiner Sozialisation bessere Chancen zur freien Entfaltung geboten wurden, wird er Fremde viel eher als bedrohlich erleben und als Feinde definieren.“ (ebd.)

Zusätzlich wirke in der bundesrepublikanischen Gegenwart eine schlechte ökonomische Situation auf die so disponierten Jugendlichen: „Auch wenn die ostdeutschen Täter fremdenfeindlicher Delikte ganz überwiegend nicht unmittelbar im sozialen Abseits stehen, haben sie doch häufiger Anlass zur Sorge, dorthin zu geraten.“ (ebd., S. 66)

Auf die Tatsache, dass nicht die Mehrheit der ostdeutschen Jugendlichen „fremdenfeindlich“ ist, reagiert Pfeiffer folgendermaßen: „Natürlich sind nicht alle Kinder und Jugendlichen von der Erziehungsideologie der SED geprägt worden. Es gab soziale Nischen und intakte Familien, die auszugleichen versuchten, was die staatliche Pädagogik angerichtet hatte.“ (ebd., S. 63)

Pfeiffer versucht seiner Argumentation mehr Gewicht zu verleihen, indem er darauf hinweist, dass 1990 in einer Befragung 42 Prozent der ostdeutschen Jugendlichen der Aussage zustimmten: „Mich stören die vielen Ausländer bei uns.“ Im Westen hingegen wären es „nur 26

27 Der Psychotherapeut Hans-Joachim Maaz geht davon aus, dass Rassismus und Nationalismus „psychische Folgen der autoritär-repressiven Verhältnisse in der DDR“ seien, die wegen des „Polizei- und Stasistaats“ jedoch nicht durchbrechen konnten (Maaz 1994, S. 213). Er schreibt: „Die rechtsextreme Szene in Ostdeutschland zeigt im Moment sehr deutlich, wie im gewalttätigen Ausagieren die innerseelischen Defizite und Konflikte sowie die ungestillten Wünsche stellvertretend bewältigt und gelöst werden wollen.“ (Maaz 1992, S. 123) Maaz warnt davor, „Rechtsradikalismus unter den Jugendlichen in der ehemaligen DDR als den Ausbund des Bösen zu dämonisieren; wir sind besser beraten, darin vor allem ein Zeichen seelischer Not zu erkennen. Wer seinen inneren Zorn und seinen Schmerz über erfahrene Demütigung, Kränkung und Unterdrückung nicht fühlen kann (weil es zu schlimm war) und nicht fühlen darf (weil die Gefühle verboten sind), der wird krank werden oder muß fast zwangsläufig aggressiv reagieren und sehnt sich nach einer straffen Führung und Ordnung um die innere Führungslosigkeit und Unordnung auszugleichen.“ (ebd., S. 125)

Prozent“, die als „ausländerfeindlich“ zu betrachten seien (ebd., S. 63).

Des Weiteren zeige die polizeiliche Kriminalstatistik, dass Jugendliche im Osten Delikte wie Raub und Körperverletzung weit häufiger als im Westen aus Gruppen heraus begingen. Diesen Zusammenhang interpretiert Pfeiffer als ein Zeichen für die in der DDR geforderte „hohe Anpassungsbereitschaft an Gruppen“ (ebd., S. 63). Diese erkläre auch die Attraktivität politisch rechter Gruppierungen für Jugendliche in Ostdeutschland: „Es überrascht deshalb nicht, dass rechte Gruppen mit ihrem starken Zusammenhalt und ihren klaren Feindbildern besonders für ostdeutsche Jugendliche hohe Anziehungskraft entfalten.“ (ebd., S. 63 f.)

Kritik

Rechtsextremismus bei Jugendlichen – vor allem ein Problem Ostdeutschlands?

Zunächst wäre eine Ausgangsannahme dieses Erklärungsmodells zu hinterfragen. Ist bei ostdeutschen Jugendlichen von einer allgemein stärkeren Ausprägung autoritärer, rassistischer und rechtsextremer Einstellungen im Vergleich zu westdeutschen Jugendlichen auszugehen?

Susanne Bisson und Detlef Landua verglichen verschiedene Studien von Anfang der 1990er Jahre bis 2002, die der Verbreitung entsprechender Einstellungen bei Jugendlichen in Ost- und Westdeutschland nachgingen. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass nicht von einer generell stärkeren Verbreitung bei ostdeutschen Jugendlichen gesprochen werden könne: „Die Befunde zu Fremdenfeindlichkeit, Jugendgewalt und Rechtsextremismus bei ost- und westdeutschen Jugendlichen sind über die Studien hinweg (...) keineswegs konsistent. Differenzen zeigen sich beim Ausmaß der Problembelastung ebenso, wie bei Entwicklungstrends (...), aber auch beim Vergleich von Studien, in denen die gleiche Methodik verwendet wird, in denen ähnliche Items verwendet werden oder die in vergleichbaren Untersuchungszeiträumen stattfinden.“ (Bisson et al. 2003, S. 236)

Leiprecht gibt einen zusammenfassenden Überblick über den diesbezüglichen Forschungsstand: „Der Ost-West-Vergleich (...) liefert ein

Bild, das von konträren Ergebnissen bestimmt ist: Während die eine Untersuchung eine ausgeprägtere Zustimmung zu 'Autoritarismus' bei ostdeutschen Jugendlichen zu erkennen gibt, heben andere Untersuchungen eine verblüffende Ähnlichkeit der 'Autoritarismuskwerte' hervor. Während die eine Untersuchung eine höhere Zustimmung zu 'negativen Nationalitätsstereotypen' bei ostdeutschen Jugendlichen konstatiert, zeigt die andere Untersuchung hier eine höhere Zustimmung bei westdeutschen Jugendlichen. Gleichzeitig zeigen unterschiedliche Teilbereiche im Themenzusammenhang (autoritärer Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus usw.), operationalisiert in der Form unterschiedlicher Messskalen, auch innerhalb der jeweiligen Untersuchungen Ergebnisse, die in gegensätzliche Richtung weisen.“ (Leiprecht 2001, S. 80) Eine stärkere Ausprägung der „Ausländerfeindlichkeit“ bei ostdeutschen Jugendlichen sei jedoch in den verschiedenen Untersuchungen übereinstimmend festgestellt worden. Die Entwicklung in Ostdeutschland sei gleichzeitig durch schneller wechselnde Zustimmungen zu entsprechenden Auffassungen bei den Jugendlichen gekennzeichnet (ebd.).

Bisson und Landua kommen ebenfalls bei einer Untersuchung von „Ausländerfeindlichkeit“ im persönlichen Entwicklungsverlauf von Jugendlichen in Brandenburg zu dem Ergebnis, dass diese ein sehr instabiles Merkmal darstelle. Im Zeitraum von 1999 bis 2001 hätten sich nur bei etwa der Hälfte der Befragten ihre diesbezügliche Einstellung nicht oder nur unwesentlich verändert. Sie beschreiben folgende Veränderungen: „Immerhin 18 Prozent der im Jahre 1999 'ausländerfreundlichen' Jugendlichen ersetzten bis 2001 ihre toleranten Denkweisen durch ausländerfeindliche Positionen. Dagegen änderten 44 Prozent der Jugendlichen mit tendenzieller Ausländerfeindlichkeit und sogar 62 Prozent der hochgradig ausländerfeindlichen Jugendlichen bis 2001 ihre Meinung sichtbar in Richtung einer 'ausländerfreundlicheren' Grundeinstellung.“ (Bisson et al. 2003, S. 238)

Skepsis gegenüber der pauschalen Annahme, Rechtsextremismus sei vor allem ein Problem Ostdeutschlands, scheint auch noch aufgrund weiterer Anhaltspunkte angebracht zu sein. Hafenegers Ergebnisse einer Regionalstudie in Hessen 1999 zeigen, dass auch in westlichen Bundesländern eine Entwicklung rechter Cliques zu beobachten sei, die zu einem „rechten Jugendalltag“ geführt habe (Hafenegers et al.

2001, S. 31 ff.). Er beschreibt Organisationsformen und Aktivitäten einer rechtsextremen Jugendkultur, die die Durchsetzung einer rechten Hegemonie zum Ziel haben. Seine Schilderungen erinnern an Berichte über sogenannte „national befreite Zonen“²⁸ im Osten Deutschlands, in denen Migranten, Obdachlose oder politisch anders orientierte Jugendliche in einem Klima der Bedrohung und Einschüchterung leben müssen und nicht selten zum Ziel von physischen Übergriffen werden.

Hajo Funke zeigt, dass es auch im Westen in bestimmten Regionen en vogue ist „rechts zu sein“. Er spricht von einer „Lifestyleströmung“ (Funke 2002, S. 10 f.). Er weist darauf hin, dass im Westen ebenfalls eine „rechtsorientierte Alltagskultur“ entstanden sei (ebd., S. 21 f.).²⁹

Reinders berichtet, dass bei den polizeilich registrierten Übergriffen zwischen den einzelnen Bundesländern neben einem Ost-West Unterschied auch ein Nord-Süd-Gefälle bestehe (Reinders 2002, S. 289).

Der Einfluss der DDR-Sozialisation auf politische Orientierungen Jugendlicher

Peter Förster ging in einer „systemübergreifenden“ Längsschnittstudie der Frage nach, ob die heute zu beobachtende „Ausländerfeindlich-

28 Funke hält eine räumliche Eingrenzung im Sinne von „Zonen“ für unzutreffend, da dieser Begriff suggeriere, dass sich das Problem auf bestimmte Orte, Straßenzüge, Jugendzentren etc. begrenzen ließe, die es zurück zu gewinnen gelte. Die rechten Gruppen bewegten sich jedoch längst nicht mehr in ihren subkulturellen Nischen. Vielmehr könne überall dort, wo sich rechtsextreme Jugendliche mit Handys und Autos aufzuhalten wünschten, eine solche Zone hergestellt werden (Funke 2002, S. 25 f.).

29 Funke beschreibt diesen „Rechtsextremismus neuen Typs“ wie folgt: „Organisatorisch hat sich der Rechtsextremismus flexibel gezeigt. Neue, informelle und unabhängige Organisationsformen sind seit den 1980er Jahren entstanden, so dass der heutige Rechtsextremismus seinen Hauptschwerpunkt nicht mehr in Parteien hat. Gebildet hat sich, u. a. aus einer vielfach tolerierten lokalen Jugend- und Gewaltkultur, ein Rechtsextremismus neuen Typs. Rechtsextremismus hat spätestens seit Hoyerswerda/Sachsen (1991) vielerorts den Charakter einer 'völkischen Bewegung' angenommen, die teils in Pogromversuchen mündete (...). Solcher Rechtsextremismus einer sich teils apolitisch gerierenden Jugend- und Dominanzkultur ist in seiner Ausbreitung oft bedrohlicher als der parteilich verfasste und organisierte, auch, weil jener diesen in der Anzahl der Beteiligten und im Grad der Gewalt(bereitschaft) um ein Vielfaches überschreitet. Der Grad der Verfestigung, Verhärtung und Ausweitung dieser Bewegung ist selbst wieder Teil der neuen Qualität.“ (ebd., S. 20 f.)

keit“ als Folge der Sozialisation in der DDR zu verstehen sei. Er kommt zu dem Ergebnis, dass weder die praktizierte Gruppenerziehung (Kollektiverziehung), noch das Ausmaß der früheren Systembindung oder die damalige politische Identifikation mit der DDR in einem Zusammenhang mit „Ausländerfeindlichkeit“ stünden (Förster 2002, S. 285). Demnach wiesen Jugendliche, die sehr stark dem Einfluss von Kollektiven ausgesetzt waren (vom Kindergarten bis zu Pionier-, FDJ- und Sportkollektiven), keine stärkere Ablehnung von „Ausländern“ auf, als Jugendliche, die viel weniger in Kollektiven sozialisiert wurden (ebd.). Auch bezüglich der Merkmale „DDR-Identifikation“ und „Systembindung“ sei kein Einfluss auf die Einstellung zu „Ausländern“ nachweisbar (ebd.). Er schreibt: „Die heutige Einstellung der Panelmitglieder zu Ausländern hat sich unseren Ergebnissen zufolge in erster Linie unter dem Einfluss der gesellschaftlichen Bedingungen nach der Wende entwickelt.“ (ebd., S. 288)

Förster weist auf einen festgestellten Zusammenhang der Note im Fach Staatsbürgerkunde mit der Einstellung zu „Ausländern“ hin. Jugendliche die in diesem Fach mit der Note 1 bewertet wurden, wären „Ausländern“ gegenüber signifikant positiver eingestellt als diejenigen mit Note 3 oder schlechter. Förster schreibt: „Auf keinen Fall besteht Anlass zur Annahme, dass im damaligen gesellschaftswissenschaftlichen Unterricht als zentralem Bestandteil der Sozialisationsinstanz Schule Grundlagen für heutige Feindschaft gegenüber Ausländern gelegt wurden.“ (ebd., S. 285)

Förster untersuchte auch die These, nach der die kollektivistische Erziehung in der DDR zu einer besonderen Mentalität geführt habe, die sich heute als politisch rechte Orientierung artikuliere. Er fand einen Zusammenhang, der jedoch diese These widerlegt: „Je stärker die Kollektivorientierung (als Ergebnis damaliger Kollektiverziehung) vor der Wende war, desto seltener ist das Selbstverständnis als Rechter im Jahr 2000.“ (ebd., S. 286) Des Weiteren habe sich gezeigt, je stärker die Kollektivorientierung der Jugendlichen vor der Wende war, desto seltener sei heute die Bejahung von Gewalt sowie die Zustimmung zu nationalistischen Positionen und desto häufiger sei die Zustimmung zu politischer Toleranz und zu solidarischem Verhalten (ebd., S. 288).

Autoritarismus in Ost- und Westdeutschland

Jost Stellmacher, Thomas Petzel und Gert Sommer widersprechen ebenfalls dem Erklärungsversuch Pfeiffers. Sie bezweifeln, dass die Sozialisation in der DDR vermehrt autoritäre Persönlichkeiten hervorgerufen hätte. Befürworter dieser These gingen stets davon aus, dass das Gesellschaftssystem der DDR autoritärer strukturiert und stärker auf Disziplin und Gehorsam bedacht gewesen sei als das System der alten BRD und deshalb auch in einem stärkerem Maße autoritäre Persönlichkeitsstrukturen erzeugt habe. Sie halten dem entgegen, dass man bisher einen autoritäreren Erziehungsstil in der DDR nicht belegen könne (Petzel 2002, S. 94).

Eine von ihnen durchgeführte Literaturrecherche ergab 19 Untersuchungen, die Autoritarismus in Ost- und Westdeutschland zum Thema hatten. Drei dieser Studien könnten als repräsentativ betrachtet werden. Diese zwischen 1999 und 2000 durchgeführten Untersuchungen hätten keine generellen Unterschiede zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen feststellen können (ebd., S. 98).

Sie führten selber eine Studie zur Autoritarismusneigung in Ost- und Westdeutschland durch (ebd., S. 110). Dabei stellten sie kurz nach der „Wende“ kaum Unterschiede in der Autoritarismusneigung bei Ost- und Westdeutschen fest (ebd.).

Auch fanden sie bei den untersuchten ostdeutschen Studierenden eine negative Beziehung zwischen Autoritarismus und Alter. Je älter die Befragten waren, desto niedrigere Autoritarismuswerte erzielten sie. Ein entsprechender Zusammenhang sei bei den westdeutschen Studierenden nicht nachweisbar gewesen. Dieses Ergebnis scheint der Prägungsthese zu widersprechen. Bei der Annahme, dass eine Prägung um so stärker und wirksamer ist, je länger eine Person entsprechenden Einflüssen unterworfen war, müssten bei Zutreffen der These gerade die älteren Ostdeutschen eine höhere Autoritarismusneigung aufweisen als die Jüngeren (ebd., S. 110).

Weiter stellen sie fest, dass die Befragten, je stärker sie sich als „ostdeutsch“ in Abgrenzung zur „gesamtdeutschen Identifikation“ einordneten, desto geringere Autoritarismuswerte erzielten. Sie interpretieren die stärkere Identifikation als Ostdeutsche als Indikator für ein stärkeres „Verhaften“ in DDR-Strukturen und Verhaltensweisen. Die

sich als „ostdeutsch“ verstehenden Befragten wiesen jedoch keine stärkeren Autoritarismuskwerte auf (ebd.). Ihr Resümee lautet: „Unter Berücksichtigung der Ergebnisse dieser und bisheriger Studien ergeben sich nur wenige Anhaltspunkte für das Zutreffen der Prägungshypothese, die von einer Etablierung autoritärer Persönlichkeitsstrukturen durch das autoritäre DDR-System ausgeht.“ (ebd., S. 112)

Fazit

Die Erklärung von Rassismus und Rechtsextremismus als Folge einer die Individuen deformierenden autoritären Erziehung und Resultat eines als alle menschlichen Wahrnehmungen bestimmend gedachten Freund-Feind-Denkens in der DDR hält einer empirischen Prüfung nicht stand. Seit langem versucht man (recht erfolglos) das Konzept des „autoritären Charakters“ weiterzuentwickeln. Die deterministische These eines unmittelbaren Zusammenhangs von autoritärem Gesellschaftssystem und autoritärer Persönlichkeit wurde jedoch schon lange vor dem Versuch, Rassismus und Rechtsextremismus als Folge des „real existierenden Sozialismus“ zu erklären, kritisch hinterfragt (vgl. Kapitel 3.6).

Ich denke Friedrich Funke beschreibt die Qualität dieser Prägungstheorie und einen wichtigen Grund für ihre Verbreitung recht treffend: „Der Zusammenbruch des politischen Systems der DDR ‘reanimierte’ Modelle, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Rechnung tragen, häufig allerdings in einer vulgarisierten, mechanistischen Form: Autoritäre oder totalitäre Gesellschaften bringen autoritäre Persönlichkeiten hervor, und diese wiederum neigen in besonderem Maße zu Vorurteilen, z.B. zu Vorurteilen gegenüber Ausländern. Durch diese scheinbar glasklare Argumentation, die mit dem logischen Schluß der Transitivität operiert, ließ sich das Anwachsen der Fremdenfeindlichkeit besonders im Osten Deutschlands ‘erklären’. Gleichzeitig barg diese logische Argumentation die Chance, im Umkehr(trug)schluß den Westen zu entlasten: nicht autoritärer Staat macht nicht autoritär (...).“ (Funke 1999, S. 124)

Pfeiffer beschreibt die Reaktionen von Menschen aus der DDR auf sein Erklärungsangebot wie folgt: „Ich habe kürzlich versucht, diese Botschaft in der Pauluskirche von Magdeburg 1200 ostdeutschen Besuchern zu vermitteln. Bei der überwiegenden Mehrheit bin ich

damit auf massive emotionale Ablehnung gestoßen. (...) Auffallend war, dass meine Gedanken den meisten völlig fremd schienen. Der breite Diskurs, der zu diesem Thema seit Jahren im Westen geführt wird, ist offenbar an der Bevölkerung der neuen Bundesländer fast spurlos vorbeigegangen – als hätten westdeutsche Anthropologen über ein fremdes Volk geforscht und darüber intern diskutiert.“ (Pfeiffer 1999, S. 66)

In der Tat. Die Schilderungen von Pfeiffer und anderen Vertretern dieses Erklärungsansatzes wirken so, als würden sie die Menschen kaum kennen, die sie zum Objekt ihrer Analysen machen. Wenn sie behaupten, dass „Fähigkeiten wie die zur differenzierten Wahrnehmung und Bewertung von Erscheinungen, zum Bilden und Vertreten einer eigenen Meinung (...) zu Toleranz und Selbstkritik – kurz, die Ausprägung der kritischen Vernunft“ in Ostdeutschland kaum möglich gewesen sei und den Menschen pauschal „mangelnde Selbstständigkeit, Scheu vor Verantwortung“ und „geringe Leistungsbereitschaft“ (Heinemann et al. 1992, S. 26) attestieren, sind Parallelen hinsichtlich problematischer Aspekte ethnographischer Forschung kaum zu bestreiten.

Das entworfene Bild einer Bevölkerung, die nach der „Erziehung zum Feindbild“ jetzt hassgeschult auf „alles Fremde“ losgeht (Pfeiffer 1999, S. 60 f.), beziehungsweise die Interpretation von Rassismus und Nationalismus als „psychische Folgen der autoritär-repressiven Verhältnisse in der DDR“ (Maaz 1994, S. 113) kann nicht überzeugen.

Die Annahme einer durch die politischen Verhältnisse in dieser Form determinierten „DDR-Persönlichkeit“ scheint mir wenig plausibel zu sein. Dass ein Staat dem „Leitbild der Erziehung junger Menschen zu Untertanen und nicht zu mündigen Bürgern“ (Pfeiffer 1999, S. 60 f.) folgt, heißt noch lange nicht, dass alle Menschen automatisch zu autoritären Befehlsempfängern werden müssen. Das Leben in der DDR erscheint in diesen Analysen primär als umfassende „Demütigung, Kränkung und Unterdrückung“ (Maaz 1992, S. 125). Es gab aber auch in der DDR die Möglichkeit, ein relativ selbstbestimmtes Leben zu führen. Man konnte der DDR „entkommen“, ohne auszureisen.

Einen Beitrag zur Erklärung von Rechtsextremismus leisten die Vertreter dieses Ansatzes mit der Konstruktion einer für „Ausländerfeind-

lichkeit“ und Rechtsextremismus disponierenden „DDR-Mentalität“ nicht.

3.8 Rechtsextremismus als Ausdruck einer Dominanzkultur

Birgit Rommelspacher stellt die These auf, dass rechte jugendliche Gewalttäter als „Projektionsfiguren“ für ein gesellschaftlich viel weiter verbreitetes Potenzial ausgrenzender Einstellungen fungieren. Die Diskussion über Rechtsextremismus sei vor allem eine Diskussion über rechte Jugendliche. Dadurch entlaste sich die Mehrheitsgesellschaft von ihrer Verantwortung für Rassismus und Rechtsextremismus (Rommelspacher 1993a, S. 173).

Sie wendet sich gegen Erklärungen, die rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen auf ein gesellschaftliches Krisenphänomen, auf ein Problem von Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot oder individuellen Defiziten reduzieren. Wenn derartige Probleme im Mittelpunkt der Diskussion stünden, werde der Blick auf die Dominanz und den Gewinn, den die Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft aus rassistischer Diskriminierung ziehen, verstellt. Die gesellschaftlichen Machtverhältnisse und politischen Traditionen bilden in ihrem Konzept die Grundlage für Rassismus und Rechtsextremismus (vgl. Rommelspacher 1995, S. 80).

Ich werde bei der Darstellung dieses Erklärungsansatzes mit einer kurzen Schilderung von geschlechtsspezifischen Aspekten des Rechtsextremismus in der Analyse Rommelspachers beginnen. Anschließend werde ich näher auf ihr Rassismus- und Rechtsextremismuskonzept eingehen und erläutern, was der Begriff „Dominanzkultur“ bedeutet. Dann werde ich die von ihr vorgeschlagenen Interventions- und Präventionsvorschläge skizzieren und abschließend die Erklärungskraft ihres Ansatzes diskutieren.

Frauen und Rechtsextremismus

Rommelspacher moniert, dass viele Analysen des Rechtsextremismus die Bedeutung des Geschlechterverhältnisses nicht genügend berücksichtigen. Zwar seien Frauen im rechten Spektrum, insbesondere in der militanten rechten Jugendszene weniger sichtbar, viele Einstellungsuntersuchungen zeigten gleichwohl, dass Frauen ähnlich stark

rechts orientiert seien wie Männer (vgl. Rommelspacher 2000, S. 199).

Rommelspacher erklärt die dennoch in einigen Einstellungsstudien zu beobachtenden geschlechtsspezifischen Unterschiede mit der Verwendung von unterschiedlichen Rechtsextremismusdefinitionen in den einzelnen Untersuchungen. Frauen stimmten vor allem solchen Konzepten weniger zu, die den Rechtsextremismus mit Gewaltbereitschaft verknüpfen (ebd.).

Rommelspacher nimmt an, dass Frauen und Männer unterschiedliche Motive für die Hinwendung zu rechten Denkangeboten hätten. Frauen seien ebenfalls ausgrenzend und diskriminierend, bezögen sich aber auf unterschiedliche Themen und versuchten ihre Vorstellungen unterschiedlich durchzusetzen (ebd., S. 200 f.). Autoritär rechtes Denken und ausgrenzendes Verhalten sei besonders in den Bereichen ausgeprägt, für das sich die Einzelnen aufgrund einer immer noch existenten geschlechtsspezifischen Rollenverteilung zuständig fühlten. Während Jungen und Männer den Rechtsextremismus in seiner gewalttätigen Form auf der Straße dominierten und stärker ein Politikverständnis verträten, das auf Großmachtpolitik und Expansionismus ausgerichtet sei, wären Mädchen und Frauen dort besonders ausgrenzend, wo es um Fragen der Anpassung im Alltag gehe (ebd., S. 206). Rechte Frauen stellten beispielsweise stärker als Männer die Forderung, dass nur diejenigen einen Anspruch auf Kindergartenplätze, Lehrstellen oder Sozialhilfe haben sollten, die sich „wie Deutsche“ verhielten (ebd., S. 203).

Auch im Wahlverhalten gibt es nach Rommelspacher wichtige Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Frauen wählten deutlich weniger rechte Parteien als Männer. Als „Faustregel“ könne man konstatieren, dass sich die Wählerschaft rechter Parteien etwa zu einem Drittel aus Frauen und zu zwei Dritteln aus Männern zusammensetze (ebd., S. 206).³⁰ Als Grund für die geringere Wahl rechtsextremer Parteien nennt Rommelspacher eine allgemein geringere

30 Rommelspacher weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass das Potenzial rechtsextremer Einstellungen deutlich größer sei, als es sich im Wahlverhalten ausdrücke. Die meisten Menschen mit rechtsextremen Einstellungen wählten nicht rechte, sondern etablierte bürgerliche Parteien, wie vor allem die CDU, aber auch die SPD (ebd., S. 207).

Bereitschaft von Frauen, extreme Parteien zu wählen. So sei auch die NSDAP erst nach ihrer Machtübernahme ähnlich häufig von Frauen wie von Männern gewählt worden (ebd.). Die Wahlzurückhaltung von Frauen sei auch in der Programmatik rechter Parteien begründet. Deren Frauenbild werde von vielen Frauen nicht geteilt. Wenn Frauen trotzdem rechte Parteien wählten, dann täten sie dies vor allem wegen deren Forderung nach verstärkter Privilegierung von Deutschen, sowie ihren Sicherheits- und Ordnungsvorstellungen (ebd., S. 210 f.).

Des Weiteren wären Frauen weniger stark in der Mitgliedschaft rechts-extremer Parteien vertreten als Männer. Lediglich 20 Prozent der Mitglieder rechtsextremer Parteien seien Frauen. Je extremer die Parteien wären, desto geringer sei auch der Anteil von Frauen bei ihren Mitgliedern (ebd., S. 207).

Die Distanz zu den rechten Parteien führe dazu, dass sich junge rechte Frauen vor allem in subkulturellen Cliquen organisierten. Rommelspacher nennt drei Rollen von Frauen im Kontext der rechten Jugendszene und rechtsextremer Organisationen. Zum einen die ideologisch überhöhte Rolle der Kämpferin mit eigener Macht über das Leben, als „Gebärerin“. Daneben sei die Rolle der Zuarbeiterin, Anstifterin und Mitläuferin im Hintergrund feststellbar. Auch sei eine „maskuline“ Rolle zu beobachten. Die Frau habe in diesem Fall eine ähnliche Funktion wie die männlichen Szenemitglieder als Gewaltausübende oder aber als Funktionsträgerin in der politischen Außenwelt (ebd., S. 212).

Rommelspacher versucht zu zeigen, dass Frauen nicht mehr oder weniger rechtsextrem seien als Männer, sondern auf ihre Art teilhätten an einer dominanten Kultur, die den Ausschluss bestimmter Gruppen von Menschen organisiere, um eigene Privilegien zu sichern.

Gegen eine Defizitperspektive

Ausgrenzendes Verhalten wird von Rommelspacher als in der Normalität der gesellschaftlichen Verhältnisse angelegt beschrieben. Sie versucht die Plausibilität ihrer These mit dem Verweis auf Ergebnisse verschiedener empirischer Untersuchungen zu belegen.

So werde in der Untersuchung „Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen“ von Heitmeyer³¹ ein Zusammenhang von einem starken Interesse an Geld, Aufstieg und Status sowie rechtsextremen Einstellungen festgestellt. Die Untersuchung von Held et al.³² mit dem Titel: „Du mußt so handeln, daß du Gewinn machst“ weise bei benachteiligten Jugendlichen weniger rechte Orientierungen nach als bei nicht-benachteiligten Jugendlichen. Die Studie von Hoffmeister und Sill³³ habe bei relativ vielen Jugendlichen, die aus gut situierten Verhältnissen stammen und ein recht stabiles Selbstbild besitzen, rechte und rassistische Orientierungen nachgewiesen (Rommelspacher 1995, S. 81 ff.).

Anhand dieser Untersuchungen kommt Rommelspacher zu dem Schluss, dass ökonomische Notlagen kein erhöhtes Risiko für eine Affinität zu rechtsextremen Denkmustern darstellen. Auch schütze die soziale Integration in bezug auf Arbeitsplatz, Familie und Freundeskreis nicht vor der Übernahme entsprechender Haltungen. Orientierungslosigkeit oder Instabilität könnten nicht als für autoritär-nationalistische Einstellungen disponierend angesehen werden (ebd.).

Der von den verschiedenen Studien umschriebene Komplex widerspreche Erklärungsversuchen, die den Rechtsextremismus vor allem als Mittel zur Kompensation von Defiziten verstünden. Zwar gebe es auch instabile rechte Jugendliche mit schwieriger Familiengeschichte und anderen negativen sozialen Erfahrungen. Mit einer Konzentration auf entsprechende Problemlagen werde man dem viel umfassenderen Phänomen des Rechtsextremismus jedoch nicht gerecht (ebd., S. 83).

Rommelspacher weist auf die Bedeutung „normaler“ gesellschaftlicher Arrangements beziehungsweise Prinzipien für die Erklärung von Rassismus und Rechtsextremismus hin. So werden die von Heitmeyer als „instrumentalistische Arbeitsorientierung“, von Held et al. als „Wohlstandschauvinismus“ und von Hoffmeister und Sill als „Leis-

31 Heitmeyer, Wilhelm: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. München 1989.

32 Held, Josef/ Horn, Hans/ Leiprecht, Rudolf/ Marvakis, Athanasios: „Du mußt so handeln, dass du Gewinn machst...“ Empirische Untersuchungen zu politisch rechten Orientierungen jugendlicher Arbeitnehmer. Duisburg 1992.

33 Hoffmeister, Dieter/ Sill, Oliver: Zwischen Aufstieg und Ausstieg. Autoritäre Einstellungsmuster bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Opladen 1993.

tungsvergötterung“ und „Kriegspfadmentalität“ beschriebenen Orientierungen von ihr folgendermaßen interpretiert: Die privilegierten rechten Jugendlichen hätten einen hohen Leistungsdruck unkritisch von ihren Eltern übernommen: „Sie bewundern und idealisieren ihre Eltern ob ihres beruflichen und ökonomischen Erfolgs, und für sie ist selbstverständlich, daß sie selbst auch einmal zu den Erfolgreichen gehören werden. Allerdings stimmt das oft nicht mit ihren Erfahrungen überein, etwa wenn schlechte Noten in der Schule nicht den Erfahrungen entsprechen. Dennoch halten sie an ihrem Ideal fest und projizieren ihre Versagensängste auf alle anderen: auf unfähige Lehrer, korrupte Politiker und ‘arbeitsscheue’ Ausländer. Sie alle müssen abgewertet werden, damit sie sich selbst und die Prinzipien von Leistung und Disziplin hochhalten können. Sie haben sich selbst noch nicht bewährt, gehören aber nach eigener Einschätzung selbstverständlich zur Elite. Diese Diskrepanz mündet in das diffuse Gefühl, die anderen könnten ihnen ihren angestrebten Platz streitig machen. Sie fühlen sich bedroht und werden mißtrauisch. Sie sehen das Leben als einen einzigen Kampf aller gegen alle, in dem der Stärkste sich durchsetzt.“ (Rommelspacher 1995, S. 83) Diese in den Familien vermittelten Anspruchshaltungen, die ein Gefühl der Zurücksetzung hervorriefen, könnten in Verbindung mit einem Selbst- und Fremdbild, das die Welt als eine feindselige verstehe, der man mit Misstrauen begegnen müsse, zu extremen ausgrenzenden Orientierungen führen.

Wichtig bezüglich der persönlichen Faktoren für die Entwicklung einer rechten politischen Orientierung wäre weiter, ob gelernt worden sei, mit Konflikten umzugehen. Die politischen Einstellungen stünden somit auch in einem Zusammenhang mit dem Zugang zu persönlichen Ressourcen (Rommelspacher 2000, S. 205).

Sie weist darauf hin, dass man den Rechtsextremismus Jugendlicher jedoch nicht auf den beschriebenen Prozess der Projektion eigenen Unvermögens aufgrund von Versagensängsten reduzieren dürfe. Neben der psychologischen müsse die gesellschaftliche und historische Dimension von Rassismus und Rechtsextremismus beachtet werden.

Rechtsextremismus als sozialer Schließungsprozess

Rommelspacher nimmt an, dass die Ziele einer Gesellschaft und die zu ihrer Durchsetzung angewandten Mittel gerade auch auf Jugendli-

che einen wesentlichen Einfluss hätten. Auch werde die politische Sozialisation Jugendlicher stark vom politischen Klima eines Landes beeinflusst. Dieses sei geprägt von einer deutschen Mehrheitsbevölkerung, die den Ausschluss anderer Bevölkerungsgruppen organisiere beziehungsweise akzeptiere.

Konkret verweist sie auf das Ausbleiben einer effektiven Integrationspolitik gegenüber Migranten. Stattdessen werde ein „System sozialer Ungleichheit“ aufrechterhalten (Rommelspacher 2005, S. 22). So gehöre Deutschland zusammen mit der Schweiz und Österreich zu den Ländern in Europa mit den höchsten Barrieren für die politische Integration von Einwanderern und Flüchtlingen. Die Erlangung der Staatsbürgerschaft sei an scharfe Auflagen gebunden. Das deutsche Bildungssystem ignoriere den Migrationshintergrund von Schülern. Die Folge sei, dass eine wachsende Zahl von Migranten schlecht qualifiziert die Schule verließen. Dementsprechend hoch sei auch die Arbeitslosigkeit unter Migranten. In Deutschland gäbe es somit ein hohes Maß an sozialer Ungleichheit bei Einkommen und Lebensqualität, das auf ethnischen Zuordnungen basiere. Gleichzeitig werde mit Debatten wie die um die „deutsche Leitkultur“ eine Wahrnehmung von Migranten gestützt, die auf „völkisch-ethnisch-kulturalistischen Kategorien“ beruhe (ebd., S. 23). Die Mehrheit teile die „Anderen“ anhand unterschiedlicher Merkmale wie der kulturellen Herkunft, Religion oder Hautfarbe in unterschiedliche Gruppen ein und entscheide über deren Zugangschancen zum ökonomischen, sozialen, kulturellen Kapital (vgl. Rommelspacher 2000, S. 203). Wenn die Einheimischen argumentierten, die „Ausländer“ nähmen ihnen Arbeit und Wohnungen weg, dann kämpften sie in erster Linie um den Erhalt ihres privilegierten Zugangs zu diesen Ressourcen. Rechtsextremismus versteht Rommelspacher deshalb als sozialen Schließungsprozess auf der Basis „ethnischer Privilegierungssysteme“ (ebd.).

In einer Situation, wo bestimmte Gruppen von Menschen als allgemein unerwünscht wahrgenommen und entsprechend behandelt würden, erscheine Jugendlichen unter Umständen auch gewalttätiges Vorgehen gegen bereits marginalisierte Gruppen legitim (vgl. Rommelspacher 2000, S. 205).

Hintergründe von Ausgrenzungsprozessen: Bilder des Fremden

Gängige Konstruktionen von Fremden spielen nach Rommelspacher ebenfalls eine große Bedeutung für die politische Orientierung Jugendlicher. Insbesondere in der Rolle der sogenannten Ersten gegenüber der Dritten Welt vermutet Rommelspacher Hintergründe für weit verbreitete Bilder des Fremden.

Jahrhunderte des Eurozentrismus, der Ausbeutung und der zwangsweisen Christianisierung hätten eine problematische Sichtweise auf die Bevölkerungen der ehemals unterworfenen Gebiete nach sich gezogen. Kolonial-rassistische Bilder vom „unterentwickelten“, „unzivilisierten“ Schwarzen wären bis heute in Liedern, Märchen, Geschichtsunterricht, in Kunst und Wissenschaft zu finden und würden großenteils auf Menschen der sogenannten Dritten Welt übertragen.

Aufgrund einer Berichterstattung in Nachrichtensendungen, die diesen Bildern neue Nahrung gäbe, und der realen Ungleichheit zwischen „Erster“ und „Dritter“ Welt sei der Glaube an eine Überlegenheit der westlichen Welt gegenüber anderen Bevölkerungen zu einem wichtigen Bestandteil des Selbstverständnisses des westlichen Menschen geworden. Diese Mentalität der Überlegenheit habe oftmals einen rassistischen Charakter (Rommelspacher 1995, S. 40 f.).

Ein heute zu beobachtender Antiislamismus verweist nach Rommelspacher auf eine andere Beziehungsgeschichte. Jahrhunderte des Kampfes um Vorherrschaft des christlichen Europas mit dem islamisch-arabischen Reich hätten im mittelalterlichen Europa ein Bild des Fremden geschaffen, das stark von Vorstellungen über den Orient geprägt worden sei. Vom siebten bis dreizehnten Jahrhundert hätten die Europäer von der Kunst, Kultur und Wissenschaft des arabischen Reiches profitiert. Aufgrund des Feindbildes seien diese kulturellen Einflüsse, im Unterschied zu den Einflüssen des antiken Griechenlands oder Roms, jedoch weitgehend vergessen und verdrängt worden. Im heutigen Europa, das sich zunehmend vereinige und sich auf seine Grenzen besinne, sei daher Antiislamismus leicht zu reaktivieren (ebd., S. 42 f.).

Weiter fragt Rommelspacher nach Zusammenhängen zwischen der Entwicklung des Christentums und der Ausbreitung von Antisemitismus. Sie beschreibt den Übergang des christlichen Antijudaismus zu

einem rassistischen Antisemitismus im Zuge von Aufklärung und Säkularisierung (ebd., S. 41 f.).

Im kolonialen Rassismus, Antiislamismus und Antisemitismus zeige sich eine gemeinsame Tradition des christlichen Westeuropas. Rommelspacher unterscheidet verschiedene Funktionen dieser Rassismen. Insbesondere der Antisemitismus verweise auf die Bedeutung der kulturellen Dominanz für das Selbstverständnis der herrschenden Gesellschaft. Beim Antiislamismus stehe die Konkurrenz um die politische Vormachtstellung im Vordergrund. Im kolonialen Rassismus habe man versucht, die ökonomische Ausbeutung zu legitimieren (ebd., S. 51).

Rommelspacher sieht die Behindertenfeindlichkeit als weitere Dimension des Rechtsextremismus in der westlichen Kultur verwurzelt. Demnach hätten sich in der abendländischen Kultur Schönheit und Gesundheit als Metaphern für das Gute herausgebildet. Die Annahme, dass das Gute schön und das Schöne gut ist, sei in der Neuzeit um die Normen der Autonomie und der Leistungsfähigkeit ergänzt worden. Das an die Macht gekommene Bürgertum habe sich im Bild des autonomen Menschen, der sich aus der Unmündigkeit befreie, sich durch eigene Hände Arbeit sein Brot verdiene und der Schmied seines Glücks sei, idealisiert. Menschen mit Behinderung seien unter dem Einfluss dieser Maximen zu „Nicht-BürgerInnen“ erklärt worden. Man sei dem Grundsatz gefolgt, nach der diejenigen, die nicht für sich selbst sorgen könnten, auch nicht mündig wären. Rommelspacher zeichnet die Entwicklung verschiedener Ausgrenzungspraxen von Behinderten bis in die heutige Zeit nach. Sie versucht zu zeigen, dass die historisch sich verändernden Formen der Ausgrenzung von Behinderten jeweils eng mit den jeweiligen Vorstellungen von Normalität zusammenhängen (ebd., S. 56 ff.).

Deutsche Geschichte und aktuelle Politik

Neben diesen Gemeinsamkeiten in der europäischen Geschichte und den aktuellen politischen und ökonomischen Interessen der reichen Industrieländer, die eine Grundlage für heutige Rassismen und Rechtsextremismus bildeten, hält Rommelspacher es für unverzichtbar, die Geschichte der einzelnen Länder beziehungsweise deren

politische Traditionen zu untersuchen. In Deutschland wäre vor allem der Nationalsozialismus zu berücksichtigen.

Sie macht auf die Entwicklung einer neuen Form des Antisemitismus aufmerksam. Der heute zu beobachtende sekundäre Antisemitismus habe sich nicht trotz, sondern wegen Auschwitz entwickelt. Die für die „Tätergesellschaft“ belastenden Folgen würden jetzt den Opfern angelastet. Diejenigen, die an die Schuld und Verantwortung erinnerten, würden zum Ärgernis. Man versuche sie zu diskreditieren. Es werde beispielsweise versucht, deren Integrität mit dem Verweis auf die Politik Israels in Frage zu stellen. Auch fänden alte antisemitische Stereotype Verwendung (ebd., S. 46 ff.).

Sie beschreibt einen seit langem existierenden Antislawismus. Seit dem frühen Mittelalter habe es Siedlungsbewegungen in den „Osten“ gegeben, dessen Bevölkerung als „unzivilisiert“ empfunden worden sei. Teilweise militant sei eine Christianisierung und Germanisierung erfolgt. Im Zuge der Industrialisierung habe der „Westen“ dann polnische und russische Arbeitskräfte herangezogen. Es habe sich ein regelrechter Menschenhandel entwickelt, dessen gewalttätige Formen mit den Sklavenjagden in Afrika vergleichbar seien. Im Nationalsozialismus sei die Ausbeutung der ArbeiterInnen aus Osteuropa bis ins Extrem der Vernichtung durch Zwangsarbeit gesteigert worden. Sie gibt zu bedenken, welche Rolle dieser historische Antislawismus bei heute zu beobachtenden feindlichen Haltungen gegenüber Polen und Russen spielen könnte (ebd., S. 44 f.).

Des Weiteren habe der Nationalsozialismus mit dem System der Zwangsarbeit eine Mentalität verankert, die davon ausgehe, dass Menschen bestimmter Herkunft für die eigene Ökonomie ausgebeutet werden könnten. Die Rekrutierungspolitik der „GastarbeiterInnen“ in der Nachkriegszeit, die Einwanderungspolitik nur als Wirtschaftspolitik verstanden habe, knüpfte daran an. Im heutigen Ausländergesetz schlage sich dieselbe Mentalität nieder. Sobald Ansprüche an den Staat gestellt werden, könne dies die Ausweisung zur Folge haben (ebd., S. 46).

Der Wunsch nach Verdrängung des Nationalsozialismus betreffe neben dem Antisemitismus auch den Rassismus. Im Alltagsverständnis zeige sich dies in der Tabuisierung des Rassismus-Begriffs. Dieser Begriff werde gemieden, weil mit ihm auch Diskurse und Praktiken

des Nationalsozialismus assoziiert würden. Stattdessen spreche man lieber von der „Ausländerfeindlichkeit“, die den strukturellen Charakter von Diskriminierung und Ausgrenzung auszublenken helfe. Auch in der Wissenschaft versuche man den Begriff Rassismus zu vermeiden. Bisher habe sich in Deutschland im Gegensatz zu den USA, Großbritannien und Frankreich keine eigenständige Rassismusforschung entwickelt (ebd., S. 49).

Der Nationalsozialismus habe jedoch nicht nur die Thematisierung von Rassismus erschwert, sondern auch die Zusammensetzung der Bevölkerung verändert. In Deutschland lebten kaum noch Juden, sehr viel weniger Sinti und Roma und weniger Deutsche unterschiedlicher Hautfarbe. Mit dem Zuzug von dreizehn Millionen „deutschstämmigen“ Flüchtlinge nach dem Kriegsende sei das „hegemoniale Deutschtum“ noch einmal verstärkt worden (ebd., S. 49). Wenn heutige Politiker an dem Diktum festhielten, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei und immer noch anhand von Listen der Wehrmacht und SS entschieden werde, wer deutsch sei und als Aussiedler mehr Rechte habe als andere Einwanderer, würden gewisse Kontinuitäten hinsichtlich des Konzeptes eines „ethnisch homogenen“ Staates deutlich (ebd., S. 48 ff.).

Dominanzkultur

Rommerspachers Überlegungen zusammenfassend kann man sagen, dass nicht nur die Expansion nach außen, sondern auch die Machtpolitik im Inneren der westlichen Gesellschaften als durch verschiedene Traditionen von Herrschaft bestimmt gedacht werden müsste. Rommerspacher beschreibt, wie unsere „Lebensweise, unsere Selbstinterpretationen sowie die Bilder, die wir vom Anderen entwerfen, in Kategorien der Über- und Unterordnung gefaßt sind. Eben das ist mit dem Begriff der Dominanzkultur gemeint. Wobei Kultur hier in einem umfassenden Sinn verstanden wird, und zwar als das Ensemble gesellschaftlicher Praxen und gemeinsam geteilter Bedeutungen, in denen die aktuelle Verfasstheit der Gesellschaft, insbesondere ihre ökonomischen und politischen Strukturen, und ihre Geschichte zum Ausdruck kommen. Sie bestimmt das Verhalten, die Einstellungen und Gefühle aller, die in dieser Gesellschaft leben, und vermittelt so zwi-

schen den gesellschaftlichen und individuellen Strukturen.“ (Rommelspacher 1995, S. 22)

Der Begriff Dominanzkultur bezieht sich nach Rommelspacher auch auf die Modernisierungsprozesse von Herrschaft. Mit Bezug auf Michel Foucault beschreibt sie die heutigen Machtverhältnisse nicht mehr als bloße Repression (all-)mächtiger Herrschender gegen ohnmächtige Unterdrückte. Macht habe sich vielmehr in die gesellschaftlichen Instanzen und die normativen Orientierungen der Individuen selbst hineinverlagert. Im Gegensatz zu dem Begriff Herrschaft, der sich primär auf Repression, Verbot und Gebot beziehe, verdeutliche der Begriff Dominanz, dass sich Machtausübung auf weitgehende Zustimmung stützen könne. Eine Macht, die sich über die sozialen Strukturen und internalisierten Normen vermittele, agiere viel ökonomischer. Diese Form von Herrschaft reproduziere weniger offensichtlich und somit weniger angreifbar gesellschaftliche Hierarchien (Rommelspacher 1995, S. 23 ff.).

Sie erklärt die Praxis einer dominanzausübenden, mit einem egalitären Selbstverständnis ausgestatteten Mehrheitsgesellschaft anhand des Umgangs der Weißen mit den Schwarzen in den USA. Weiße Kinder lernten demnach, weiße Menschen als vertrauenswürdiger und vertrauter einzuschätzen als Schwarze. Anhand einer Untersuchung aus den USA zeigt sie einen „Prozess des Sich-Fremd-Machens“ auf. Weiße Kinder lernten demnach nicht nur, Schwarzen mit Angst und Misstrauen zu begegnen, sondern auch sie nicht wahrzunehmen. Diese Unsichtbarkeit der Schwarzen werde vor allem hergestellt durch eine Trennung der Lebenswelten von Schwarzen und Weißen. Indem Weiße in einer weißen Welt lebten, nähmen sie sich selbst gar nicht als Weiße wahr. Zwar sei den meisten Weißen bewusst, dass Schwarze in der US-Gesellschaft diskriminiert würden. Eine eigene Beteiligung an diskriminierenden Verhältnissen werde jedoch in der Regel abgestritten. Dominanz werde in diesem Fall durch die Aufrechterhaltung der Normalität reproduziert und nicht durch bewusst gewollte rassistische Unterdrückung. Als Beispiel für die große Bedeutung von „Normalismus“ und Segregation führt sie die Zahl der Eheschließungen zwischen Angehörigen unterschiedlicher „ethnischer Herkunft“ an. So seien 1990 in den USA lediglich 0,4 Prozent aller

Ehen zwischen Angehörigen unterschiedlicher „ethnischer Herkunft“ geschlossen worden (Rommelpacher 1995, S. 31 f.).

Rommelpacher unterscheidet in ihrem theoretischen Konzept verschiedene Herrschaftsformen, die als ein Geflecht verschiedener Machtdimensionen zu begreifen seien. So werde im Wirtschaftssystem der „Wert“ des Menschen an seiner Verwertbarkeit gemessen. Die gesellschaftliche Macht der Männer gegenüber den Frauen als weitere Dimension der Dominanz werde von der ökonomischen und kulturellen Dominanz gestützt, stehe aber auch partiell im Widerspruch zu diesen, beispielsweise dann, wenn ein ökonomisches Interesse an der Arbeitskraft der Frauen bestehe.

Rommelpacher kritisiert Argumentationsmuster, die eine bestimmte Dominanzdimension zum Hauptproblem machen und andere Dominanzdimensionen als sekundär beurteilen. Wenn beispielsweise ein weißer Arbeiter einen schwarzen Arbeiter angreift, sollte das nicht in erster Linie als Reaktion auf eigene Unterdrückung verstanden werden: „Das heißt, die innerhalb der dominanten Gesellschaft Diskriminierten sind nicht nur qua falschem Bewußtsein an der Aufrechterhaltung von Rassismus interessiert, sondern eben auch um der Stärkung ihrer eigenen Position und Bewahrung ihrer Privilegien willen.“ (Rommelpacher 1995, S. 53)

Sie kritisiert Analysen, die eine Herrschaftsform zum „eigentlichen“ Problem erklären, mit folgendem Beispiel: Wenn man den Widerspruch zwischen „Schwarzen“ und „Weißen“ als Hauptproblem annehme, erscheine der Kampf der ArbeiterInnen um höhere Löhne als eine weitere Privilegierung gegenüber der ausgeschlossenen Bevölkerung der sogenannten Dritten Welt. Aus dieser Perspektive werde aus dem Widerstand von Frauen gegen sexistische Diskriminierung der Kampf um Teilhabe an der Macht einer rassistischen Gesellschaft. Rommelpacher betont: „Je nach Perspektive treten demnach wie in einem Vexierbild bestimmte Dimensionen als Hauptwidersprüche hervor und entwerfen andere zu Nebenwidersprüchen. Das heißt, daß keine Perspektive auf die andere reduziert und Diskriminierung nicht gegen Dominanz aufgerechnet werden kann. Diese Mehrdimensionalität der Perspektiven bzw. der Machtverhältnisse spiegelt sich nicht zuletzt in den Individuen selbst wider, in denen durchaus widersprüchliche Anteile zu finden sind.“ (ebd., S. 54)

Maßnahmen gegen Rassismus und Rechtsextremismus

Rommelspacher steht gängigen Präventions- und Interventionskonzepten, die primär auf die Bearbeitung von psycho-sozialen Problemlagen bei Jugendlichen abzielen, skeptisch gegenüber. Bei instabilen Jugendlichen, die autoritär seien und in ihrem Leben mit vielen Widrigkeiten zu kämpfen hätten, erscheinen ihr entsprechende Maßnahmen angebracht zu sein. Deren Misstrauen hätte viel mit der Realität zu tun. Diese Jugendlichen neigten zu einer starken „Situationsabhängigkeit“ und schwankten zwischen widersprüchlichen Einschätzungen und seien leicht zu beeinflussen (Rommelspacher 1995, S. 83).

Rommelspacher beschreibt jedoch vor allem diejenigen Jugendlichen als anfällig für autoritär-nationalistische und rassistische Einstellungen, die sich mit den Werten Geld, Karriere und Erfolg identifizierten, unkritisch die Anforderungen ihrer Eltern übernahmen, das Leistungsprinzip verabsolutierten und die zwischenmenschlichen Beziehungen auf ihre Funktionalität für das Eigeninteresse reduzierten (vgl. Rommelspacher 1995, S. 86). Deren Feindbilder seien stabiler. Bei diesen Jugendlichen hätten sich Misstrauen und „Kriegermentalität“ zu einem allgemeinen Weltbild verfestigt. Sie fordert deshalb: „Angesichts dieser Gewaltträchtigkeit muss die Gesellschaft sich fragen, wie hoch sie eigentlich die Latte hängen möchte, um ein Entree zu gewähren, wie stark die Lebensentwürfe sich auf Leistungsstreben und Erfolg reduzieren müssen, damit jemand in die vorgegebenen Raster hineinpasst, und warum selbstverständlich überall in unserer westlichen Dominanzkultur ökonomischer Erfolg mit kultureller, politischer und menschlicher Überlegenheit gleichgesetzt wird.“ (ebd.)

Rommelspacher kritisiert Interventionskonzepte, die den Schwerpunkt auf die Bearbeitung spezifischer Probleme einzelner Tätergruppen legen, aus einem weiteren Grund. Wenn sich die Intervention auf die Finanzierung von pädagogischen Maßnahmen für gewalttätige deutsche Jugendliche beschränke und die Einwanderer und Flüchtlinge, die Opfer von Übergriffen würden, ausgespart blieben, müsse von strukturellem Rassismus gesprochen werden. Die Machtverhältnisse, die zum Ausschluss bestimmter Gruppen führten, würden so erneut reproduziert (Rommelspacher 1993a, S. 176).

Die politische Haltung von rechten Jugendlichen begreift Rommelspacher als Ausdruck der Normalität dieser Gesellschaft. Die Jugendlichen agierten aus, was gesamtgesellschaftlich vorhanden sei. Sie plädiert deshalb für eine kritische Auseinandersetzung mit der Normalität dieser gesellschaftlichen Verhältnisse (Rommelspacher 1995, S. 80). Dabei stellt sie fest: „Je weniger vom Rassismus gesprochen wird, desto mehr von den kulturellen Unterschieden.“ (Rommelspacher 2005, S. 24) Mit dem Verweis auf als stabil gedachte kulturelle Unterschiede würden Ressentiments geschürt und soziale Ungleichheit begründet. Sie fordert deshalb eine kritische Überprüfung von gängigen „Kategorisierungssystemen“, dies bedeute „die Position der Mehrheit nicht als das Allgemeine zu verstehen, als den unsichtbaren Ort, von dem aus die Anderen definiert und kulturalisiert werden, sondern als einen Ort, der selbst ein kulturell begrenzter ist und in den die historischen und aktuellen Erfahrungen von Dominanz eingeschrieben sind.“ (ebd., S. 25)

Sie plädiert dafür, (kulturelle) Identität nicht als etwas Festgelegtes zu begreifen. Identität sei Resultat verschiedener und teilweise auch „widersprüchlicher Narrationen“. Sie konstatiert eine „situative ethnische Zugehörigkeit“. Demnach hätten kulturelle Bezüge nur in bestimmten Situationen Bedeutung und in anderen würden sie irrelevant. Letztendlich müsse es jedem Einzelnen überlassen bleiben, „ob und inwiefern er/sie sich einer Kultur zugehörig fühlen will oder nicht.“ (ebd.)

Rommelspachers Vorschläge für die pädagogische Arbeit resümierend kann festgehalten werden, dass sie die Bearbeitung vorhandener Defizite bei einigen rechten Jugendlichen als sinnvoll ansieht. Grundsätzlich geht es ihr jedoch um die Offenlegung und Hinterfragung von Strategien der Dominanzverteidigung. Durch die Infragestellung des gesellschaftlichen Prinzips der Unterwerfung der jeweils „Anderen“ sei ausgrenzendem Verhalten Jugendlicher wirkungsvoll zu begegnen.

Diskussion des Erklärungsansatzes

Im Folgenden werde ich nach der Erklärungskraft dieses Ansatzes und der Wirksamkeit der empfohlenen Interventionen fragen. Rommelspacher verortet den Rechtsextremismus in einer Kultur der Dominanz. Sie beschreibt aus historischer, machttheoretischer und sozial-

psychologischer Perspektive, wie diese Dominanzkultur die Menschen prägt. Sie geht von einer großen Wirkung dieser Form des gesellschaftlichen Zusammenlebens auf die einzelnen Menschen aus.

Dominanzkultur und politische Einstellungen der einzelnen Gesellschaftsmitglieder

Zu fragen wäre, wie Rommelspacher die interindividuelle Variationsbreite von politischen Orientierungen erklärt. Nicht alle Mitglieder dieser Gesellschaft sind politisch rechts orientiert. Sie nennt zwar persönliche Faktoren, wie die Fähigkeit mit Konflikten umzugehen, die von Bedeutung bezüglich der Ausbildung politischer Einstellungen seien, thematisiert aber nicht weiter die Problematik der Entwicklung unterschiedlicher politischer Haltungen. Interessant wäre es zu erfahren, wie sie die konkrete Vermittlung von Gesellschaft und individueller politischer Orientierung erklärt. Wie kommt es, dass in einer Kultur der Dominanz nicht alle Gesellschaftsmitglieder ausgrenzende politische Positionen vertreten?

Die Eskalation von Konflikten

Auch geht Rommelspacher kaum auf die eskalierende Wirkung konkreter ausgrenzender Diskurse ein. Die Bedeutung der Asyldiskussion, die zur weitgehenden Abschaffung des Rechts auf Asyl, einer weit verbreiteten Stimmung gegen Asylsuchende und einem starken Anstieg von rassistischer Gewalt führte, fasst sie primär als Ausdruck einer Kontinuität von Ausgrenzungsverhältnissen.³⁴ Sie beschreibt vor allem Dominanzverhältnisse, die den allgemeinen Hintergrund für rassistische und rechtsextreme Orientierungen bilden. Konkrete Dyna-

34 Nach Hajo Funke war das Thema Asyl für die Agitation der extremen Rechte im August 1991 noch relativ unwichtig. Die Wirkung der von etablierter Politik und Medien betriebenen Kampagne gegen das Asylrecht sei enorm gewesen. Das Recht auf Asyl stellte demnach im Juni 1991 für 1,6 Prozent der Bevölkerung ein wichtiges Problem dar. Im Zuge der Diskussion um Abschaffung beziehungsweise Einschränkung des Asylrechts wären es im Oktober 1991 schon 42 Prozent der Bevölkerung, die das Recht auf Asyl ablehnten. Eine weitverbreitete feindliche Stimmung gegen Asylsuchende und andere Nichtdeutsche sei in der Folge zu beobachten gewesen. Rechtsextreme Mobilisierungsversuche in diesem gesellschaftlichen Klima hätten die starke Zunahme rassistischer Gewalt zur Folge gehabt (Funke 2002, S. 59 f.).

miken beziehungsweise Eskalationen von rassistischen Konflikten lassen sich mit ihrem Konzept nur sehr bedingt erklären.

Ein geschlechtsspezifischer Blick auf den Rechtsextremismus

Rommelspachers Analyse geschlechtsspezifischer Motive der Hinwendung zu rechten Deutungsmustern sowie ihre Schilderung unterschiedlicher Ausdrucksformen selbiger scheint mir eine wertvolle Bereicherung einer Forschungslandschaft zu sein, die sich vornehmlich mit dem männlichen Rechtsextremismus auseinandersetzt. Insbesondere ihre Untersuchung zur unterschiedlichen Bedeutung von Gewalt bei männlichen und weiblichen Jugendlichen scheint mir hilfreich zu sein, um unterschiedliche Einstellungen von Frauen und Männern besser bewerten zu können. Die Darstellung der Programmatik rechter Parteien gibt wichtige Hinweise bezüglich der Zurückhaltung von Frauen bei der Wahl rechter Parteien.

Die „kulturelle Gelegenheitsstruktur“ des Rechtsextremismus

Jürgen Winkler weist im Rahmen einer Bilanzierung der Rechtsextremismusforschung darauf hin, dass viele Erklärungsansätze des Rechtsextremismus die Bedeutung der politischen Kultur eines Landes unterschätzten. Die von den Mitgliedern einer Gesellschaft geteilten Werte, Glaubensüberzeugungen, die stark über Traditionen beeinflusst und über politische Symbole erworben und weitergegeben würden, bestimmten in mehrfacher Hinsicht auch die Formen von Rechtsextremismus in der Gesellschaft. Die politische Kultur biete demnach „atmosphärische“ Bedingungen, die einerseits auf die politische Sozialisation und damit auf die Herausbildung persönlicher Merkmale einwirken, andererseits die Schwelle heben oder senken, bei der sich persönliche Dispositionen in rechtsextremen Verhaltensformen äußerten. Rechtsextreme Bewegungen seien erst dann zur Mobilisierung von Menschen in der Lage, wenn in der Gesellschaft eine Ideologie vorhanden sei, die wenigstens einige ihrer Symbole und Ideologiefragmente als legitim erachte. Die Entwicklung rechtsextremer Einstellungen setze somit eine entsprechende „kulturelle Gelegenheitsstruktur“ voraus (Winkler 1996, S. 41 f.). Je stärker und je länger rechte Themen die politische Agenda dominierten und je näher sie an die Individuen heranträten, desto größer werde die Wahr-

scheinlichkeit der Übernahme dieser Denkangebote. Je verbreiteter autoritäre, ethnisch-nationalistische und kollektivistische Wertvorstellungen und je kohärenter diese Einstellungen in einer Gesellschaft seien, desto wahrscheinlicher sei die Herausbildung rechtsextremer Orientierungen bei den einzelnen Menschen und desto günstiger seien die Entwicklungschancen rechtsextremer Bewegungen (ebd., S. 42 f.).

Rommelspacher arbeitet in überzeugender Weise „kulturelle Gelegenheitsstrukturen“ für unterschiedliche Rassismen und Rechtsextremismus heraus. Ihre Hinweise bezüglich der Nachwirkungen des Nationalsozialismus auf die heutige politische Mentalität in Deutschland und damit auch auf die politische Sozialisation Jugendlicher sind sehr aufschlussreich. Tatsächlich spricht man überwiegend von „Ausländerfeindlichkeit“ oder „Fremdenfeindlichkeit“ und tabuisiert den Begriff Rassismus, der an die mörderische Vergangenheit erinnern würde und den strukturellen Charakter von Ausgrenzung benennt. Das Entstehen einer „völkischen Alltagskultur“ (Funke 2002, S. 5) als Facette des jugendlichen Rechtsextremismus hängt wohl auch mit einem politischen Klima zusammen, in dem etablierte Politiker sich vehement gegen die Anerkennung der Tatsache wehren, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und von der Idee eines „ethnisch homogenen Staates“ auszugehen scheinen.

Auch macht sie deutlich, dass aktuelle Ausgrenzungspraxen erst dann zu verstehen sind, wenn man ihre geschichtlichen Vorläufer beziehungsweise ihre historische Genese berücksichtigt. Heutige Bilder des „unzivilisierten“, „unterentwickelten“ Schwarzen sind ohne den Hintergrund eines kolonialen Rassismus wohl kaum denkbar. Aktuelle Szenarien eines Konflikts zwischen „westlicher Welt“ und „islamischem Kulturkreis“ würden kaum eine entsprechende Verbreitung finden, könnten sie nicht auf einen historischen Antisemitismus rekurrieren. Antisemitismus hat ebenfalls eine lange Geschichte. Das verächtliche Herabschauen auf Polen und Russen wird ohne den historischen Antislawismus nur schwer zu verstehen sein.

Die Kritik an der Defizitperspektive

Rommelspacher zeigt mit den herangezogenen Studien von Heitmeier, Held et al. und Hoffmeister/Sill, dass eine defizitorientierte

Erklärung des Rechtsextremismus bei Jugendlichen als unzureichend betrachtet werden muss. Für Rommelspachers These, nach der die Mehrheitsgesellschaft in einem direkten Zusammenhang mit den extremen Formen des Rassismus beziehungsweise Rechtsextremismus bei Jugendlichen stehe, sprechen die Ergebnisse verschiedener Untersuchungen.

Eine Untersuchung von Joachim Müller über rechtsextreme Jugendliche beginnt mit einem Vergleich der „normalen“ Jugend mit einer Gruppe von Jugendlichen, die wegen rechtsextremer Gewalttaten verurteilt wurden. Dieser der eigentlichen Untersuchung vorangestellte Vergleich zeigt, dass die für typisch erachteten Sichtweisen und Orientierungen rechtsextremer Jugendlicher auch in weiten Teilen der „normalen“ Jugend festzustellen sind. Demnach befürwortet jeder dritte „normale“ Jugendliche tendenziell eine machiavellistische Haltung, die als besonders rücksichtslos, primär instrumentalistisch orientiert, soziale Einstellungen ablehnend und egozentrisch beschrieben wurde. Bei der Gruppe der an rechtsextremen Gewalttaten beteiligten Jugendlichen betrug die Zustimmung zu dieser Haltung nur einige Prozentpunkte mehr. Eine wirkliche Kluft zwischen den beiden Gruppen sei nicht feststellbar (Müller 1997, S. 31 ff.). Auch konnte keine wesentlich stärkere Verbreitung autoritärer Persönlichkeitsstrukturen bei den rechtsextremen Jugendlichen im Vergleich zu der „normalen“ Jugend festgestellt werden (ebd., S. 33 ff.). Müller resümiert: „Die – keineswegs beruhigende – Relevanz der Daten liegt somit auf zwei Ebenen: Zum einen ist das Potential an problematischen Einstellungen und gewaltaffinen Haltungen nicht auf eine Minderheit am Rand der Gesellschaft begrenzt, sondern streut vielmehr quer durch die verschiedenen gesellschaftlichen Milieus, zum zweiten sind es gerade die Milieus mit den alarmierendsten Werten, die gleichzeitig innerhalb der Gesellschaft für immer mehr Menschen zum Orientierungsmaßstab werden.“ (ebd., S. 39) Müllers Ergebnisse bezüglich der politischen Einstellung der Jugendlichen, die wegen rechtsextremistischer Gewalttaten verurteilt wurden, weisen weiter auf einen positiven Bezug dieser Jugendlichen zum etablierten politischen System der Bundesrepublik hin: „Brisant ist dabei der Umstand, dass rechtsextremistische Orientierungen und Handlungsweisen nicht auf ein anderes System gerichtet sind, sondern innerhalb des Systems eine ‘demo-

kratieakzeptierende' Menschenfeindlichkeit entfalten.“ (Müller 1997, S. 243)

Die Untersuchung von Müller kann als Bestätigung für die These Rommelspachers betrachtet werden, nach der rechtsextreme Jugendliche als Projektionsfiguren für problematische Einstellungen in der Gesamtgesellschaft fungieren. Der jugendliche Rechtsextremismus scheint innerhalb eines Kontinuums weit verbreiteter ausgrenzender Haltungen zu verorten zu sein.

Klaus Dörre untersuchte Motive Jugendlicher für betrieblich-gewerkschaftliches Engagement. Dabei stellte sich für ihn überraschend heraus, dass ein Teil der befragten Jugendlichen offen Sympathie für die „Ausländerpolitik“ der extremen Rechten äußerte. Die Einstellungen der Jugendlichen, die keineswegs passive Gewerkschaftsmitglieder seien – es habe sich um JugendvertreterInnen und/oder um Mitglieder gewerkschaftlicher Gremien und Arbeitskreise gehandelt, und somit um Jugendliche, die als nicht besonders anfällig für rechte Deutungsmuster gelten – interpretiert Dörre als Zeichen für den Grad der Ausprägung autoritär-rechter und rassistischer Deutungsmuster im gesellschaftlichen Alltagsbewusstsein (Dörre 1994, S. 174).

In der 40 biographische Fallstudien umfassenden Untersuchung beschreibt Dörre ausgrenzende Einstellungen von Jugendlichen. Die Jugendlichen gingen demnach von einem legitimen Anspruch auf Wohlstand der deutschen Bevölkerung aus. Die Anspruchsberechtigung verschiedener Gruppen Nichtdeutscher werde hingegen bezweifelt. Keiner der befragten Jugendlichen habe sich als „Ausländerfeind“ bezeichnet. Nach dem Verweis auf die „guten Ausnahmen“ und persönliche Kontakte zu „Ausländern“ werde jedoch umso nachdrücklicher ein Stopp des Zuzugs von Nichtdeutschen gefordert. Dörre betont, dass es den Jugendlichen nicht um „die“ Ausländer gehe. Ihre Argumentationsmuster seien flexibler. Migranten würden anhand von Zuordnungskriterien wie „vertraut – fremd“, „integrierbar – nicht anpassungsfähig“, „produktiv – unproduktiv“, „leistungsbereit – parasitär“, „nützlich – unnützlich“ verschiedenen Gruppen zugeordnet (ebd. S. 173 f.). Die als unproduktiv, nicht anpassungsfähig etc. beschriebenen Gruppen würden abgelehnt. Dörre beschreibt Argumentationen Jugendlicher, in denen mit Bezug auf mentale und kulturelle Eigenarten bestimmter Gruppen Nichtdeutscher deren Ausschluss gefordert wird.

Er formuliert diesen Zusammenhang folgendermaßen: „Als Anspruchsberechtigung oder -verweigerung erhält das Ressentiment politisches Gewicht. Das Vorurteil verwandelt sich in ein Bedeutungssystem, das auf eine ‚Naturalisierung‘ sozialer Ungleichheit hinausläuft.“ (ebd., S. 176). Die jungen Gewerkschaftsmitglieder konstruieren demnach ihren Staat als „Wohlstandsinsel“, an deren Reichtum sie teilhaben wollten: „Aus der Perspektive des Einwohners der ‚Wohlstandsinsel‘ wird aus dem Verteilungskampf zwischen ‚oben‘ und ‚unten‘ ein Kampf zwischen Nationen und Kulturen. (...) Angesichts knapper werdender Spielräume im Inneren der Wohlstandsinsel fürchten die jungen Arbeiter, eigene Ansprüche zugunsten ‚unproduktiver‘ Einwanderer zurückschrauben zu müssen. Ein sich daraus speisendes Ungerechtigkeitsgefühl motiviert zum Appell an die ‚nationale Solidarität‘.“ (ebd., S. 177)

Rommelspachers Hinweis auf die zunehmende Bedeutung von kulturalistischen Kategorien gegenüber offen rassistischen Zuschreibungen sowie ihre Forderung nach einer kritischen Überprüfung unserer Kategorisierungssysteme scheint den sich verändernden Formen ausgrenzender Diskurse gerecht zu werden.

Nach Dörre argumentierte keiner der Jugendlichen unter dem Druck einer unmittelbaren persönlichen Krisensituation. Vielmehr gehe es ihnen um die Verteidigung ihres Lebensstandards, den sie von außen gefährdet sähen (ebd.). Die Jugendlichen lehnten persönliche Gewalt gegen Nichtdeutsche ab, forderten aber eine höhere Effizienz des staatlichen Machtapparates, um unerwünschte Migration zu verhindern (ebd., S. 181). Die Studie Dörres zeigt sehr eindrücklich, wie Jugendliche den Vorrang der Interessen der Deutschen gegenüber Nichtdeutschen formulieren. Wer uns nützt, der kann kommen, wer bedürftig ist, dem sollte der Zugang nach Deutschland verwehrt bleiben. Die Argumentationen der Jugendlichen scheinen sich an zentralen gesellschaftlichen Diskursen zu orientieren. Wenn etwa in großen Kampagnen, wie der „Greencard“-Initiative der Bundesregierung, Menschen als benötigte Arbeitskräfte angeworben werden und gleichzeitig eine militärische Sicherung der Grenzen gegen „unnütze“ Menschen forciert wird oder in einem Arbeitsförderungsgesetz die Bevorzugung von Deutschen und EU-Bürgern gegenüber anderen Arbeitssuchenden festgeschrieben wird, muss die Rede Rommelspa-

chers von „sozialen Schließungsprozessen auf der Basis ethnischer Privilegierungssysteme“ als doch recht treffend bezeichnet werden.

Diese an sich richtige Feststellung bekommt jedoch problematische Züge, wenn sie von einer „Interessengemeinschaft von Wohlstandsbürgern“ spricht (vgl. Rommelspacher 1993b, S. 203). Mit entsprechenden Formulierungen ignoriert sie die gesellschaftliche Spaltung in eine wachsende Anzahl von Menschen, die gezwungen werden in Armut zu (über)leben, und eine Schicht, die eine zunehmende Vermehrung ihres Reichtums durchsetzt. Ihrer Forderung, die unterschiedlichen Dimensionen von Unterdrückungsverhältnissen in ihren jeweiligen Ausprägungen und Verbindungen zur Kenntnis zu nehmen, wird sie so nicht gerecht.

Maßnahmen gegen Rassismus und Rechtsextremismus

Rommelspachers Interventionsempfehlungen sind orientiert an ihrer Kritik der Dominanzkultur. Die Forderung nach Offenlegung und Hinterfragung der Strategien der Dominanzverteidigung, um so generelle Mechanismen der Feindbildproduktion anzugehen, scheint mir eine notwendige Maßnahme zu sein, wenn es darum gehen soll an Entstehungsbedingungen des Rechtsextremismus präventiv anzusetzen. Die Bearbeitung von psychosozialen Problemlagen bei instabilen Jugendlichen könnte ebenso eine effektive Interventionsform darstellen. Ihre grundsätzliche Skepsis gegenüber einer generellen „Pädagogisierung“ von rechten Jugendlichen berücksichtigt die Tatsache, dass Rechtsextremismus ein „Denkangebot für ganz normale Jugendliche“ (Bommes et al. 1994) darstellt. Rechte Jugendliche, die ihre politische Orientierung mit Überzeugung vertreten, sind wohl kaum durch pädagogische Interventionen umzustimmen.

Alexander Häusler sieht das Selbstbild vieler rechter Jugendlicher als „wahre“ und „konsequente Vollstrecker“ gesellschaftlicher Forderungen in sich häufenden argumentativen Überschneidungen von Diskursen der extremen Rechten und der bürgerlichen Mitte begründet. Er geht davon aus, dass Rassismus und Nationalismus weniger als das Resultat eines wachsenden Einflusses des organisierten Rechtsextremismus zu verstehen sind. Er nimmt an, dass zunehmend Elemente autoritärer und den Sozialstaat ablehnender sowie rassistischer und nationalistischer Politikansätze Eingang in die vorherrschenden sozio-

ökonomischen Regulationsformen und alltagspolitischen Debatten gefunden hätten. Er macht auf Wandlungsprozesse des Modells der parlamentarischen Demokratie aufmerksam, die in verschiedenen Analysen als „autoritärer Kapitalismus“, „(Neo-) Populismus“, „nationaler Wettbewerbsstaat“ oder „konservative Revolution“ bezeichnet werden (Häusler 2002, S. 67 f.). Es scheint somit durchaus Anhaltspunkte zu geben, die für die These Rommelspachers sprechen, nach der die allgemeinen Organisationsformen dieser Gesellschaft ausgrenzende Orientierungen nahelegen beziehungsweise begünstigen.

Ute Osterkamp geht ähnlich wie Birgit Rommelspacher davon aus, dass ausgrenzende Orientierungen durch gesellschaftliche Angebote angeleitet werden. Osterkamp weist auf Zusammenhänge von herrschenden Prinzipien und individuellen Praxen hin. So bezeichnet sie die Auffassung, dass die Existenzberechtigung der Fremden von ihrer Nützlichkeit abhängt, als „Herr-im-Hause-Standpunkt“. Dieser Standpunkt bilde den Kern rassistischer Ideologien. Dieses Denken sei nicht nur für rechtsextreme Gruppierungen, sondern generell für die offizielle Politik und das herrschende Denken bestimmend. Es müsse daher von institutionellem oder strukturellem Rassismus gesprochen werden (Osterkamp 1995, S. 129). Mit der offiziellen Behandlung von Menschen als zweitklassig würden rassistische Ausschreitungen überhaupt erst möglich gemacht. Ausgrenzendes Verhalten könne somit nicht als Merkmal Einzelner erklärt werden, sondern bestehe im Verbund aller Faktoren, die auf das Leben von Migranten einwirken und in der die allgemeine Gleichgültigkeit ihrer subjektiven Situation gegenüber bestimmend sei (ebd., S. 135). Sie zeigt, dass ein allgemeiner Konsens über die Vorrangigkeit der Interessen der Einheimischen dazu führt, dass Rassismus auf seine extremen, diesen allgemeinen Konsens überschreitenden Formen reduziert wird und Rassismus erst dann zur Kenntnis genommen wird, wenn er sich zu verselbstständigenden droht, die allgemeine Ruhe und Ordnung sowie das eigene Ansehen beeinträchtigt (ebd., S. 131).

Fazit

Ich denke, dass die unter dem Begriff des „jugendlichen Rechtsextremismus“ diskutierten Phänomene mit strukturellen Ausgrenzungsprozessen und weit verbreiteten, medial reproduzierten Bildern der

jeweils „Anderen“ zusammenhängen. Rommelspachers Insistieren auf die große Bedeutung gesellschaftlicher Arrangements als Grundlage für ausgrenzendes Verhalten bei Jugendlichen erscheint mir sehr plausibel. Wenn eine Gesellschaft kaum die „Möglichkeit der selbstbewussten, an der Verbesserung der Lebensbedingungen aller orientierten Einflussnahme auf die gesellschaftliche Entwicklung und der Verantwortung für diese“ bietet und stattdessen „das ‘Recht’ auf den Schutz durch die ‘Gesellschaft’ gegenüber ‘Fremden’, das man sich durch die fraglose Unterordnung unter die herrschenden Interessen und Entscheidungen“ (ebd., S. 130 f.) erwirbt, nahelegt, sind genau diese Verhältnisse zu kritisieren und zu verändern. Ich denke Rommelspacher ist zuzustimmen, wenn sie schreibt: „Dazu gehört in erster Linie ein gleichberechtigter Umgang mit allen Menschen, die hier leben, gleich welcher ethnischer Herkunft sie sind, sowie die aktive Unterstützung ihrer politischen und gesellschaftlichen Partizipation. Hier ist nicht nur die Politik im engeren Sinne gefragt, sondern in gleicher Weise sind Gewerkschaften, Arbeitgeber und andere gesellschaftliche Institutionen gefordert, um die faktische Diskriminierung ethnischer Minderheiten am Arbeitsplatz, an Schulen, im Wohnbereich, in den Medien etc. abzubauen. Denn eines der wichtigsten Ergebnisse der sozialwissenschaftlichen Forschung in Bezug auf ein produktives interkulturelles Zusammenleben ist, dass eine ungleiche Repräsentanz der ethnischen Gruppen auf verschiedenen Statuspositionen die Ungleichheit und damit ein entsprechendes Über- und Unterlegenheitsgefühl tagtäglich reproduziert und so alle wohlmeinenden Bemühungen um Antirassismus und Interkulturalität letztlich unterläuft.“ (Rommelspacher 1994, S. 25)

3.9 Zusammenfassung

Abschließend sollen zentrale Aspekte der verschiedenen Erklärungsansätze noch einmal zusammenfassend dargestellt werden .

Klaus Wahl beschreibt Fremdenfeindlichkeit als Potenzial aus der menschlichen Evolutionsgeschichte. Die Ablehnung von und die Gewalt gegen Fremde werden als natürliche, „biopsychologische“ Reaktion dargestellt. Dem muss jedoch entgegengehalten werden, dass menschliches Verhalten weniger das Resultat genetischer Festlegung ist, sondern weit mehr auf spezifischen Lernprozessen beruht,

beziehungsweise in der konkreten Organisation des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu verorten ist. Warum beispielsweise ganz bestimmte Gruppen von Fremden zum Objekt von Aggressionen werden, lässt sich nicht biologisch erklären. Wer Fremdenfeindlichkeit zu einem Produkt der menschlichen Evolution erklärt, der naturalisiert soziales Verhalten. Kritisch zu betrachten sind dann auch die Interventionsempfehlungen „biopsychologischer“ Erklärungsansätze. Die Verabreichung von Psychopharmaka als erfolgversprechendes Mittel gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus vorzuschlagen macht deutlich, wie problematisch Erklärungen sind, die nicht den politischen Charakter bestimmter Einstellungen und Handlungen zur Kenntnis nehmen, sondern diese als „Regression“ zu fassen versuchen.

Der individualisierungstheoretische Ansatz der „Bielfelder Schule“ um Wilhelm Heitmeyer erklärt den Rechtsextremismus als Folge von Modernisierungsprozessen, insbesondere aus Erfahrungen von Desintegration und Verunsicherung. Der Rechtsextremismus biete demnach Gewissheit und Zugehörigkeitsmöglichkeiten und werde deshalb vor allem von desintegrierten Jugendlichen als attraktive Problemlösung empfunden. Verschiedene Untersuchungen zeigen jedoch, dass Jugendliche in einer unsicheren Lebenslage, die geprägt ist von Ohnmachtserfahrungen und Vereinzelung, nicht anfälliger für rechtsextreme Politikangebote sind als Jugendliche in gesicherter Position (vgl. Held 1995, S. 121 f.). Aus schwierigen Lebensumständen lässt sich nicht automatisch die Hinwendung zu extrem rechten Politikkonzepten ableiten. Menschen reagieren nicht uniform auf konflikthafte, widersprüchliche oder anomische Situationen. Je nach individuellen Handlungsmöglichkeiten, Kompetenzen und Gelegenheitsstrukturen sind unterschiedliche Verhaltensweisen möglich.

Die Erklärung rechtsextremer Aktivitäten Jugendlicher als jugendtypisches Protestverhalten kann nicht überzeugen. Rechtsextreme Jugendliche verstehen sich weniger als rebellische Outsider, sondern reproduzieren und forcieren vielmehr gesellschaftliche Normalitätsvorstellungen. Sie kritisieren nicht gesellschaftlich dominante Maßstäbe, sondern orientieren sich an diesen und versuchen, sie für alle verbindlich zu machen.

Die These, dass extrem rechte Einstellungen bei Jugendlichen eine Folge des durch die „68er“ hervorgerufenen „Wertewandels“ und einer damit zusammenhängenden zu liberalen Erziehung sind, ist deshalb nicht nachvollziehbar, weil diese Jugendlichen nicht in der Reform- und Protestbewegung der 1960er und 1970er Jahre sozialisiert wurden, sondern in einem gesellschaftlichen Klima aufwuchsen, das weit mehr von Leistungsideologie und Standortnationalismus geprägt ist als von einer alle Regeln außer Kraft setzenden Freiheit und Selbstbestimmung.

Der konflikttheoretische Erklärungsansatz versteht Rechtsextremismus als Reaktion auf Einwanderung. Angesichts einer schwierigen wirtschaftlichen Lage wehrt sich demzufolge die einheimische Bevölkerung gegen den Zuzug von Fremden. Diese Erklärung ist vor allem deshalb problematisch, weil sie einen direkten Zusammenhang von Einwanderung und Rechtsextremismus behauptet. Eine derartige Annahme ist jedoch nicht zutreffend. So stellen empirische Untersuchungen eine starke Zunahme rechtsextremer Gewalttaten trotz restriktiver Einwanderungspolitik in den 1990er Jahren fest (vgl. Heitmeyer 2002, S. 533). Ein Blick in die östlichen Bundesländer, in denen trotz eines sehr geringen Anteils nichtdeutscher Bevölkerung Rechtsextremismus nicht weniger verbreitet ist, müsste die Kurzschlüssigkeit der Formel „viel Einwanderung = viel Rechtsextremismus“ deutlich machen.

Theodor W. Adorno und Mitarbeiter erklärten den Faschismus mit dem Konzept der autoritären Persönlichkeit. Sie konnten aber nicht die Frage beantworten, ob und wenn ja, warum autoritäre Charaktere zu Faschisten werden. Allgemein ist festzustellen, dass sich rechtsextreme Strukturen nicht auf das Vorherrschen eines bestimmten Persönlichkeitstyps zurückführen lassen. Heute machen Autoren in der Tradition der Autoritarismusforschung darauf aufmerksam, dass autoritäres Verhalten auch durch situative Bedingungen hervorgerufen werden kann, ohne dass eine autoritäre Charakterstruktur vorhanden sein muss. Der Versuch, den personenzentrierten Fokus herkömmlicher Autoritarismusansätze zu vermeiden, führt jedoch bei Autoritarismusforschern wie Oesterreich zu einem situativen Reduktionismus. Rechtsextremismus als Folge enttäuschter Erwartungen gegenüber den gesellschaftlich Mächtigen in Situationen der Angst und Verunsicherung.

cherung darzustellen, bedeutet auch, rechtsextreme Gewalt durch unglückliche situative Faktoren zu entschuldigen. Die politischen Orientierungen und Zielsetzungen der Täter werden nicht benannt.

Es gibt verschiedene Erklärungsansätze, die sich mit dem Rechtsextremismus in Ostdeutschland auseinandersetzen. Mehrere Autoren vermuten, dass heute zu beobachtender Rechtsextremismus das Ergebnis einer repressiven Sozialisation in der DDR sei. Diesbezügliche Untersuchungen sprechen aber gegen die Annahme einer für Rechtsextremismus disponierenden „DDR-Mentalität“ (vgl. Förster 2002, S. 285). Der Einfluss der gesellschaftlichen Bedingungen nach der Wende dürfte von wesentlich größerer Bedeutung für die politischen Einstellungen von Jugendlichen in Ostdeutschland sein als die Nachwirkungen einer DDR, die die Jugendlichen nur noch aus Erzählungen kennen.

Birgit Rommelspacher weist mit ihrem Erklärungsangebot „Dominanzkultur“ auf gesellschaftliche Machtverhältnisse und politische Traditionen hin, die als Grundlage für Rassismus und Rechtsextremismus verstanden werden. Sie zeigt anhand verschiedener Untersuchungen, dass Erklärungen, die Rechtsextremismus auf ein Problem von Arbeitslosigkeit oder individuellen Defiziten reduzieren, das Phänomen nur sehr selektiv erfassen. Zwar gebe es extrem rechte Jugendliche mit schwieriger Familiengeschichte und anderen negativen sozialen Erfahrungen, die grundlegenden Ursachen des Rechtsextremismus seien aber in den normalen gesellschaftlichen Arrangements zu sehen. Ein gesellschaftliches Klima, das beispielsweise geprägt sei von einer deutschen Mehrheitsbevölkerung, die den Ausschluss anderer Bevölkerungsgruppen organisiere beziehungsweise akzeptiere, bilde die Grundlage für noch extremere Ausgrenzungspraxen. Rommelspacher beschreibt mit dem Konzept „Dominanzkultur“ den gesellschaftlichen Möglichkeitsraum des Rechtsextremismus. Sie kann jedoch nicht erklären, wie sich unterschiedliche politische Haltungen bei den einzelnen Gesellschaftsmitgliedern entwickeln.

4 Interventionsmuster in pädagogischen Handlungsfeldern

Da rechtsextreme Einstellungen und Aktivitäten keine von der Gesellschaft losgelösten, zufälligen Erscheinungen sind, sondern ein immanent gesellschaftliches Phänomen darstellen, ist ihnen allein mit Ausgrenzung durch Polizei und Justiz nicht beizukommen. Der Ruf nach repressivem Vorgehen und einem dazu ermächtigten „starken Staat“ erscheint mir in letzter Konsequenz als Ausdruck einer Haltung, die letztlich das fördert, was sie zu bekämpfen vorgibt. Rechtsextremismus ist keine fremde Macht, die über eine von ihr unabhängige Gesellschaft plötzlich hereinbricht. Rechtsextreme Bewegungen können erst dann Menschen mobilisieren, wenn in einer Gesellschaft Ideologiefragmente vorhanden sind, die Teile der rechtsextremen Ideologie legitim erscheinen lassen (vgl. Winkler 1996, S. 41 f.).³⁵

Im Folgenden werde ich der Frage nachgehen, was pädagogische Strategien gegen Rechtsextremismus leisten können. Rechtsextremismus hat verschiedene Ursachen. Deshalb kann es auch kein (pädagogisches) Patentrezept gegen Rechtsextremismus geben. Unterschiedliche pädagogische Konzepte setzen an verschiedenen Ebenen des komplexen Phänomens an und haben unterschiedliche Zielgruppen im Blick.

Es fällt schwer, einen umfassenden Überblick über die bestehende Pädagogik gegen Rechtsextremismus zu gewinnen. Eine Gesamtdar-

35 Der Staatsanwalt Klaus Breymann wendet sich gegen Forderungen nach geschlossener Heimunterbringung, die Herabsetzung des Strafmündigenalters und härteren Sanktionsformen als Strategie gegen Rechtsextremismus (vgl. Breymann 2001, S. 117). Die Justiz habe weder die Möglichkeit und vor allem nicht die demokratische Legitimation gesellschaftliche Prozesse zu steuern (ebd.). Freiheitsstrafen sollten erst dann durchgesetzt werden, wenn potenzielle Opfer nicht anders zu schützen seien (ebd., S. 122). Vorzuziehen seien Instrumentarien wie der Täter-Opfer-Ausgleich, da strafrechtliche Interventionen oftmals kontraproduktiv wären. So würden bei Gruppendelikten in der gemeinsamen Gerichtsverhandlung und Verurteilung Helden, Vorbilder und Märtyrer geschaffen. Während des gemeinsamen Vollzugs der Strafe würden „Freundschaften fürs Leben geschlossen“ (ebd., S. 127).

stellung von durchgeführten Projekten scheint kaum möglich zu sein. Verschiedene Träger der Jugendarbeit favorisieren unterschiedliche pädagogische Konzepte und machen entsprechende Angebote. Benno Hafener kommt bei dem Versuch einer bilanzierenden Einschätzung der Pädagogik gegen Rechtsextremismus zu folgendem Ergebnis: „Es gibt eine kaum überschaubare Förderungspolitik und eine äußerst komplexe Programmlandschaft mit vielfältigen Konzepten, Maßnahmen und Praxisansätzen in der Pädagogik und sozialen Arbeit, die sich mit den Phänomenen Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit auseinandersetzen; es gibt eine unübersichtliche Vielfalt von pädagogischen und bildungsorientierten Sonderprogrammen, Initiativen, Aktionsprogrammen und Kampagnen, die sich mit unterschiedlichen Etikettierungen explizit auf Fremdenfeindlichkeit und jugendlichen Rechtsextremismus beziehen, aber auch präventive Arbeit, die eine Stärkung der Zivilgesellschaft und von Integrationspotenzialen anstrebt.“ (Hafener 2002, S. 466)

Eine nachvollziehbare Auseinandersetzung mit der pädagogischen Praxis verlangt angesichts der unübersichtlichen Vielfalt von Maßnahmen nach einer Differenzierung unterschiedlicher Interventionsmuster. Anhand der bereits vorgestellten Erklärungsansätze lassen sich verschiedene ursachenbezogene Formen der Intervention unterscheiden.

Erklärungsansätze des Rechtsextremismus und ihre Interventionsvorschläge

Aus einer „biopsychologischen“ Perspektive wie der von Klaus Wahl, die Rechtsextremismus als Resultat von evolutionär bedingten Verhaltensweisen in Verbindung mit bestimmten emotionalen Dispositionen versteht, ergeben sich folgende Interventionsempfehlungen. Bereits in der frühen Kindheit ist demnach „emotionalen Auffälligkeiten“ zu begegnen. Entsprechende Präventionsmaßnahmen stellen „eine Art Breitbandantibiotikum gegen verschiedene spätere Auffälligkeiten und Delinquenztypen dar: gegen Gewalttätigkeit im allgemeinen wie gegen fremdenfeindliche und rechtsextreme Gewalt im besonderen.“ (Wahl 2003, S. 260f.) Bei „gefährdeten“ Jugendlichen müssten emotionale und soziale Defizite behoben werden. Psychopharmaka werden in diesem Zusammenhang als effektivere Intervention im Ver-

gleich zu geschäftstherapeutischen und sozialpädagogischen Maßnahmen diskutiert (vgl. Wahl 2001, S. 333). Bei „Mehrfach- und Intensivtätern“ wird die Unterbringung in geschlossenen Einrichtungen empfohlen (vgl. Wahl 2003, S. 274).

Individualisierungstheoretische Ansätze, wie der von Wilhelm Heitmeyer, kommen ihrer Ursachendiagnose folgend zu der Empfehlung, an den negativen Auswirkungen der Individualisierung anzusetzen. Ebenso wie beim „biopsychologischen“ Ansatz werden der politischen Aufklärung und der historischen Bildung kaum Einflussmöglichkeiten zugestanden. Im Unterschied zu Ansätzen „biopsychologischer“ Provenienz, die eher repressiv dem Rechtsextremismus bei Jugendlichen begegnen wollen, wird hier Beratung und Hilfe gefordert. Nicht Ausgrenzung sondern Partizipation sei zu fördern. Den als desintegriert, verunsichert und ohnmächtig charakterisierten Jugendlichen müssten solidarische Erfahrung und Integration ermöglicht werden. Dieser Erklärungsansatz wird als Begründung für die Notwendigkeit „Akzeptierender Jugendarbeit“ herangezogen.

Der konflikttheoretische Erklärungsansatz stellt den Rechtsextremismus als Reaktion vornehmlich unterprivilegierter Jugendlicher auf sich ausweitende Konkurrenzsituationen infolge von Migration dar. Die Präventions- und Interventionsempfehlungen bewegen sich bei diesem Erklärungsansatz vor allem auf zwei Ebenen. Einerseits soll eine restriktive Einwanderungspolitik Konkurrenzserlebnisse mit Eingewanderten reduzieren. Andererseits wird zu Interventionen geraten, die darauf abzielen, die als vornehmliche Träger des Rechtsextremismus beschriebenen benachteiligten Jugendlichen zu integrieren. Beispielsweise sollen erlebnispädagogische Maßnahmen diese Jugendlichen davon abhalten Eingewanderte anzugreifen (vgl. Willems 1993, S. 271 f.).

Bei den Autoritarismusansätzen wird das als für Rechtsextremismus disponierend angenommene autoritäre Einstellungssyndrom als Folge defizitärer frühkindlicher beziehungsweise familiärer Sozialisation verstanden. Das Ausagieren eigener Aggressionen und Frustrationen gegenüber Schwächeren ist demnach vor allem Ausdruck eines autoritären Charakters. Besondere Bedeutung kommt nach diesem Ansatz der Einzelfallhilfe zu. Verhaltenstraining wird als Interventionsmaßnahme für sinnvoll erachtet. Verborgene Ängste sollen erkannt wer-

den und pädagogisch beziehungsweise therapeutisch bearbeitet werden. Es geht bei den Präventionsempfehlungen in der Tradition dieses Ansatzes darum, Selbstwertverletzungen zu vermeiden und Anerkennung zu fördern.

Birgit Rommelspacher warnt in ihrem Erklärungsansatz „Dominanzkultur“ vor einer „Pädagogisierung“ des Problems Rechtsextremismus. Die Bearbeitung von psychosozialen Problemlagen bei instabilen Jugendlichen könne eine wirksame Interventionsform darstellen, grundsätzlich müsse es jedoch darum gehen, die Strategien der Dominanzverteidigung in der Gesellschaft offenzulegen, um so generelle Mechanismen der Feindbildproduktion zu problematisieren. Rechtsextremismus, verstanden als „sozialer Schließungsprozess auf der Basis ethnischer Privilegierungssysteme“ (Rommelspacher 2000, S. 203), lässt sich demnach nicht allein durch pädagogische Interventionen bei einzelnen Jugendlichen zurückdrängen. Es gehe vor allem darum, die normalen Prozesse der Ausgrenzung und Diskriminierung bestimmter Menschengruppen zu beenden.

Andreas Buderus untersuchte verschiedene Projekte gegen Rechtsextremismus (vgl. Buderus 1998). Er betrachtet das Feld pädagogischen Handelns gegen Rechtsextremismus als durch zwei konkurrierende Strategien gekennzeichnet: „Inhaltlich hat sich im Bereich der (sozial-)pädagogischen Projekte (...) eine Polarisierung zwischen den beiden Extrempositionen einer affektiv orientierten ‘akzeptierenden Jugendarbeit mit (rechten) Cliques/Szenen’ und der auf die Entfaltung und Bildung kognitiver Potentiale und Fähigkeiten gerichteten politischen Jugend-Bildung stattgefunden.“ (ebd., S. 84)

Angesichts des zur Verfügung stehenden beschränkten Raums erscheint es mir sinnvoll, eine Darstellung der pädagogischen Interventionen gegen Rechtsextremismus auf diese zwei Interventionsmuster zu konzentrieren. Zuerst werde ich „akzeptierende Ansätze“ diskutieren. Anschließend werde ich näher auf die politische Bildung eingehen.

4.1 Akzeptierende Jugendarbeit (AJA)

An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass in den Sozialarbeitswissenschaften kein gemeinsames Verständnis über Struktur und Inhalt von Projekten mit „akzeptierendem“ Ansatz existiert. Es lassen sich unterschiedliche „Schulen“ der AJA unterscheiden. Umstritten ist beispielsweise, seit wann man von einer „Akzeptierenden Jugendarbeit“ sprechen kann oder wie viele Projekte der AJA heute existieren. Gemeinsam ist den unterschiedlichen Ansätzen der „akzeptierenden“ Zugang zu rechtsextremen Szenen (vgl. Schulze 2004, S. 110 f.).

Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der AJA gestaltet sich insofern schwierig, da es bislang sehr wenige unabhängige empirische Untersuchungen von Projekten auf „akzeptierender“ Grundlage gibt.³⁶ Der überwiegende Teil von Untersuchungen im Bereich der AJA sind unmittelbar in die Projekte eingebundene wissenschaftliche Begleitforschungen, vorwiegend mit praxisanleitender Perspektive (vgl. Schulze 2004, S. 81).

Im Folgenden werde ich anhand der Darstellung von Theorie und Praxis des – maßgeblich an der Entwicklung des Konzeptes der AJA beteiligten – Bremer Hochschullehrers Franz Josef Krafeld die AJA diskutieren. Krafeld ist einer der wenigen Vertreter der AJA, der viel über Konzepte einer AJA geschrieben hat und als Mitinitiator und wissenschaftlicher Begleiter mehrerer Projekte³⁷ in Bremen und Umge-

36 Lediglich für Projekte in Leipzig und Wurzen liegen unabhängige Untersuchungen vor (vgl. Schulze 2004, S. 80).

37 Krafeld wendet sich gegen eine „Außenkontrolle“ der Projekte. „Von außen“ werde die Jugendarbeit nach Kriterien der „Effektivität“ und der „Wirksamkeit“ beurteilt. Diese Kriterien würden der pädagogischen Praxis jedoch nicht gerecht. Er plädiert stattdessen für „Selbstkontrolle“: „Eine solche Selbstkontrolle zielt primär auf die Effektivierung und Qualifizierung der eigenen Arbeit, nicht auf Effektivitätsnachweise nach außen. Die Unterscheidung dieser beiden Kontrollebenen wird um so wichtiger, je tiefgreifender Kriterien der Außen- und der Innenkontrolle auseinanderklaffen. In der Arbeit mit gewaltauffälligen rechten Cliquen ist dieser Gegensatz immer wieder besonders krass zu erleben. Denn in den Augen der Öffentlichkeit ist die Arbeit dann effektiv, wenn rechtsextremistisch und minderheitenfeindlich motivierte Gewalttaten rückläufig sind, wenn Randaleauffälligkeiten abnehmen, wenn sich politische Orientierungen wandeln (...)“ (Krafeld 1996, S. 152) Dagegen müsse Kriterium pädagogischer Praxis sein, inwiefern dazu beigetragen wird, die „Möglichkeiten Jugendlicher zu selbstbestimmter Lebensführung“ zu unterstützen und dazu beizutragen, dass Jugendliche „bei ihren Versuchen, erwachsen zu wer-

bung sich auch intensiv mit praktischen Aspekten der AJA auseinandergesetzt hat.

Die Situation für die Implementierung akzeptierender Projekte in Ostdeutschland unterscheidet sich von der in Westdeutschland vor allem hinsichtlich der weiter vorangeschrittenen Dominanzbemühungen der rechtsextremen Szene (vgl. Funke 2002, S. 9). Am Beispiel von Leipzig werde ich problematische Aspekte ostdeutscher AJA-Projekte aufzeigen.

4.1.1 *Akzeptierenden Jugendarbeit nach F.-J. Krafeld*

Krafeld wendet sich gegen „gängige Belehrungs-, Bekämpfungs- oder Ausgrenzvorstellungen“ im pädagogischen Umgang mit rechtsextremen Jugendlichen (vgl. Krafeld 1993, S. 178). Diese hätten den „orientierungsunsicheren Jugendlichen gegenüber (...) fatale Folgen. Denn Ausgrenzung verbaut jeden kommunikativen Zugang und damit entscheidende Veränderungsmöglichkeiten.“ (Krafeld 1996, S. 15)

Krafeld nimmt an, dass „extreme Auffassungen, Provokationen und Gewalt (...) Jugendlichen immer wieder ein wesentliches Mittel (sind; S. F.), auch dort wahrgenommen und für wichtig genommen zu werden, wo sie es eigentlich nicht (oder nicht mehr) erwarten.“ (Krafeld 1996, S. 16) Rechtsextreme Jugendliche seien „fast alles Menschen, die erschreckend selten gelernt haben, dass sich andere für sie interessieren, sie ernst nehmen, sich auf sie einlassen.“ (Krafeld 2002, S. 208) Er formuliert folgenden Zusammenhang: „Je stärker also bestehende gesellschaftliche Verhältnisse Menschen subjektiv in Ohnmachtserfahrungen bringen und dort festhalten, um so mehr finden Tendenzen Raum, solche Ohnmachtsgefühle mit brutalem Herrschaftswillen überwinden zu wollen.“ (ebd., S. 202) Er schreibt: „Wer rechtsextremistische Deutungsangebote aufgreift und attraktiv findet, (...) der verspricht sich davon zunächst einmal eine produktive Ohnmachtsbewältigung. Und das hieße dann umgekehrt: Erst in dem Maße, wie sich solche Erwartungen als unrealistisch erweisen – oder in dem Maße, wie sich andere Wege und Strategien der Ohnmachts-

den, sich selbst und andere nicht mehr als unvermeidbar gefährden oder in ihren Rechten beeinträchtigen.“ (ebd.)

bewältigung als erfolgversprechender zeigen – verlieren jene rechts-extremistischen Deutungsmuster an subjektiver Relevanz.“ (ebd.)

Notwendig sei deshalb eine pädagogische Arbeit, „die diejenigen Probleme in den Mittelpunkt stellt, die die Jugendlichen haben, nicht die Probleme, die sie machen“ (Krafeld 1996, S. 16). Er schreibt: „Wer sich nicht für die jeweiligen Personen interessiert, sondern nur für deren Auffälligkeiten, (...) wer Zuhören einfordert aber selbst 'solchen Typen einfach nicht zuhören kann', wer belehren will, ohne sich zu interessieren für die oft verquerten Prozesse der Erfahrungsproduktion der jeweiligen Jugendlichen (...), der wird vielleicht noch als Jugendarbeiter in einer Konfirmandengruppe, bei den Pfadfindern oder der Jugendfeuerwehr, im kirchlichen Jugendhaus oder in manchem Jugendzentrum einigermaßen klarkommen, vielleicht sogar als erfolgreich gelten. So jemand würde aber in der Jugendarbeit mit Extremgruppen sehr schnell und massiv Schiffbruch erleiden.“ (Krafeld 1998, S. 42)

Krafeld folgt der Perspektive des Heitmeyerschen Erklärungsansatzes, nach der vor allem Prozesse der Desintegration als Grund für Rechtsextremismus anzunehmen seien: „Sich auf diese Jugendlichen einzulassen, bedeutet, sich zunächst einmal einzulassen darauf, dass ihre Orientierungsmuster politische Umformungen von ökonomisch-sozialen Alltagserfahrungen sind, keine politischen Programmatiken, dass in rechtsextremistischen Äußerungen fast durchweg real empfundene Ängste und Unsicherheiten zum Ausdruck gebracht werden (...). Ein Kampf gegen Rechtsextremismus, der auf Aufklärung und Belehrung, auf Erzeugen von Betroffenheit oder persönliche Begegnungen von 'Tätergruppen' und 'Opfergruppen' setzt, nimmt diese Erfahrungsprozesse nicht ernst. Solch in der Wirkung seit Jahren 'hilfloser Antifaschismus' mag vielleicht das eigene pädagogische Gewissen beruhigen, erreicht aber ansonsten nichts!“ (Krafeld 1996, S. 42) Rechtsextreme Jugendliche müsse man stattdessen entsprechend allgemeiner sozialarbeiterischer Grundsätze „dort abholen, wo sie stehen“ und sie mit ihren Erfahrungen und Problemen ernst nehmen (Krafeld 1998, S. 41).

Krafeld hält es für unverzichtbar, die „bis heute so gepflegte Kultur der Besserwisser, die sich darauf stützt, dass die Besserwissenden den weniger Wissenden zu vermitteln haben, was letzteren für deren

Leben nützen soll“ durch „dialogische Kommunikation“ zu ersetzen (Krafeld 2002, S. 209). Mit Bezug auf den Befreiungspädagogen Paulo Freire fordert Krafeld die „Entfaltung dialogischen Denkens“ im Umgang mit rechtsextremen Jugendlichen. Dies wäre vor allem ein Denken, „das immer wieder dazu anregt und anhält, sein Reflexionsvermögen weiter zu entwickeln, Differenzierungen und Relativierungen vorzunehmen, sich in den anderen hineinzudenken oder hineinzufühlen und entsprechende kommunikative und interaktive Kompetenzen zu entfalten. Wer sich ernstgenommen fühlt von einem Andersdenkenden und sich darauf einlässt, fängt unweigerlich (wenn auch vielleicht anfangs kaum bemerkbar) an abzurücken von bislang scheinbar selbstverständlichen Mustern der Polarisierung in richtig und falsch, gut oder schlecht, Freund oder Feind usw.“ (Krafeld 2002, S. 204) Die Wirkung „dialogischer Kommunikation“ bei „Unterschieden und Gegensätzen“ illustriert Krafeld folgendermaßen: „Symptomatisch dafür steht folgende Aussage eines rechtsextremistischen Jugendlichen zu einem (linken) Sozialarbeiter: ‘Mich interessiert dazu deine Meinung, obwohl sie ganz anders ist als meine. Aber mich interessiert sie weil es Deine ist.’“ (ebd.)

Es komme darauf an, „die Begegnung mit Unterschiedlichkeiten als zentrales Medium der Selbstdefinition und Selbstverortung nicht (nur) als Verunsicherung zu fürchten, sondern schätzen zu lernen. Und je mehr dies geschieht, um so mehr fördert das das Gefühl, sich selbst entwickeln und verändern zu können – und letztlich das eigene Selbstbewusstsein zu erproben und zu entfalten.“ (ebd., S. 204 f.)

Krafeld fordert gegen eine in diesem Handlungsfeld als weit verbreitet angenommene Kultur der „Besserwisser“ und „Mächtigen“ eine „neue Kultur sozialberuflichen Handelns, die die ‘Spurensuche nach Stärken’, die Akzeptanz des Eigen-Sinns und den Respekt vor unkonventionellen Lebensentwürfen, eigenen Wegen und eigener Zeit zum zentralen Ausgangspunkt nimmt.“ (Krafeld 2002, S. 205)

Krafeld schreibt: „Weil also im Umgang mit Extremgruppierungen das ansonsten scheinbar Selbstverständliche leicht als unverantwortlich und gefährlich erscheint, andererseits die praktischen Erfahrungen erweisen, dass derartige Ansprüche gerade solchen Zielgruppen gegenüber eher zu 150% ernstgenommen werden müssen, haben wir unsere, Ende der 80er Jahre begonnene Jugendarbeit mit rechten

Cliquen bewußt pointiert – und auch provozierend – als Akzeptierende Jugendarbeit bezeichnet.“³⁸ (Krafeld 1998, S. 42) Dabei gehe es jedoch nicht um „das Akzeptieren von verurteilenswerten Auffälligkeiten, sondern um das Akzeptieren von Menschen mit kritikwürdigen oder verurteilenswerten Auffälligkeiten.“ (Krafeld 1996, S. 16)

Das Konzept der AJA nach Krafeld wird im Folgenden entlang der verschiedenen Handlungsebenen dargestellt.

4.1.1.1 Handlungsebenen der AJA

Beziehungsarbeit

Im Rückblick auf seine Projekterfahrungen schreibt Krafeld: „Wie durchgängig und wie tiefgreifend diese Vereinzelterfahrungen sind, das hat uns in der Anfangsphase immer wieder erschreckt. Um so wichtiger ist es, zunächst einmal Interesse an den Jugendlichen zu entwickeln und entsprechende Beziehungen aufzubauen. Und das heißt – so die treffende Aussage eines Mitarbeiters – ‘Zuhören war für mich Anfangs das wichtigste!’ Und ‘Da-Sein, einfach da-Sein!’ Dieses Zuhörenkönnen – nicht selbst reden wollen – und dieses ‘einfach selbstverständlich Da-sein’ nicht selbst das Geschehen anleiten wollen, das ist erstmal zentral im Umgang mit diesen Jugendlichen.“ (Krafeld 1998, S. 49)

Grundsätzlich gehe es darum, die rechten Jugendlichen bei ihrer Suche nach Wegen der Lebensbewältigung“ zu begleiten und zu unterstützen, denn „gelingendere und befriedigendere Wege der Lebensbewältigung sind in aller Regel letztlich auch sozial verträglichere Wege.“ (Krafeld 1996, S. 16) Im Mittelpunkt müsse „die Förderung der Lebensentfaltung und Lebensbewältigung der Adressaten stehen (und nicht primär die Bekämpfung problematischer Muster dafür).“ (Krafeld 2002, S. 194) Er schreibt: „Letztlich muss eine solche ‘Förderung der eigenen Entwicklung’ eine so hohe Qualität und Attraktivität haben (...), dass damit der Attraktivität rechtsextremistischer Ori-

38 Krafeld änderte die Benennung des Konzepts mehrfach. Aus der „Akzeptierenden Arbeit mit rechten/gewaltbereiten Jugendlichen“ wurde die „Akzeptierende Arbeit mit rechten Jugendcliquen“. Danach benutzte er die Bezeichnung „Aufsuchende Arbeit in Cliquen“ (vgl. Buderus 1998). Die aktuelle Bezeichnung lautet „Der gerechtigkeitsorientierte Ansatz“ (vgl. Krafeld 2002).

entierungsmuster 'das Wasser abgegraben' wird – weil jene für die eigene subjektgeleitete Alltagsentfaltung und Lebensbewältigung nicht entsprechendes zu leisten vermögen.“ (ebd., S. 192) „Unverzichtbar“ für die bei den Jugendlichen angestrebten „Ressourcen- und Selbstwertzuwächse“ seien dabei erlebnispädagogische Angebote wie Kanutouren, Kletterpartien, Segeltörns etc. (Krafeld et al. 1993, S. 46).

Vor allem müsse den Jugendlichen aber viel Freiraum gelassen werden. Wichtig sei es, „damit umgehen zu können, dass die Jugendlichen gerade am Anfang vor allem unter sich was machen, ohne uns aktive Handlungsmöglichkeiten zuzugestehen (...), die Jugendlichen nicht zu Aktivitäten 'hinleiten' oder mit Anregungen 'animieren' zu wollen, sondern auf deren Ideen und Vorstellungen zu reagieren, bei Aktivitäten davon auszugehen, dass die Jugendlichen darin ihre eigene Dramaturgie entfalten, statt eine pädagogisch inszenierte vorgeben oder gar verbindlich machen zu wollen, die emotionalen Erlebnis- und Actionwünsche der Jugendlichen ernstzunehmen, in denen Regelverletzungen oft unverzichtbare Bestandteile darstellen (...).“ (Krafeld 1996, S. 27)

Cliquenorientierung

Krafeld stellt fest, dass Cliquen zur zentralen Sozialisationsinstanz von Jugendlichen geworden sind. Vor allem in informellen Cliquenzusammenhängen fänden zunehmend wichtige Prozesse der Persönlichkeitsentwicklung und Identitätsbildung statt. Dies müssten pädagogische Interventionen berücksichtigen (vgl. Krafeld 2002, S. 210).

Er fordert insbesondere die Akzeptanz rechtextremer Cliquen, weil gerade für diese Jugendlichen ihre Clique unverzichtbar für die Bewältigung ihres Alltags sei: „In einer Zeit zunehmend gefährdender Vereinzelung wäre es also immens problematisch solche Cliquen auseinanderzubringen oder zerschlagen zu wollen, weil sie sich in negativer Weise auffällig zeigen. Vielmehr sind auch solche Cliquen aus dem Erfahrungsalltag der Jugendlichen heraus ein Versuch, (...) sich in einer Welt, in der sie sich ungeheuer vereinzelt fühlen, selbst soziale Zusammenhänge zu schaffen, sich in einer Welt, in der sie sich immer wieder unbeachtet fühlen, selbstbestimmt mit anderen zu organisieren, um sich besser bemerkbar zu machen, sich aktiver einmischen und leichter etwas bewirken zu können.“ (Krafeld 1998, S. 47)

Krafeld charakterisiert rechtsextreme Cliques folgendermaßen: „Die Wege freilich, die sie dazu beschreiten, und die Mittel und Handlungsmuster, die sie dazu einsetzen, haben sie weithin der bestehenden Erwachsenengesellschaft abgesehen. Wir finden dort weithin die gleichen Muster von Misstrauen, Konkurrenz, Imponiergehabe, Machtausübung, Diskriminierung, Unterdrückung und Gewalt. Meist sind lediglich die Stile, Rituale und Symbole, mit denen sie all das zum Ausdruck bringen und ausleben, jugendkulturell ausgeformt. Und das heißt vor allem: sie sind in der Regel rigider, extremer pointierend, expressiver, actionbetonter und körperbetonter.“ (Krafeld 2002, S. 210)

Bei der cliquenorientierten Arbeit gehe es vor allem darum, die Jugendlichen in den für sie relevanten sozialen Zusammenhängen ernst zu nehmen, die Bedeutung und Funktion der Clique zu beachten, statt die Jugendlichen als Ansammlung von Einzelpersonen zu behandeln. Die in den Cliques stattfindenden „Selbstorganisations-, Alltags- und Lebensbewältigungskompetenzen“ sollten als „zentrale Elemente individueller Entfaltung“ betrachtet werden. Hier solle man anknüpfen und diese Kompetenzen ausbauen (ebd., S. 211).

Die Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen könne jedoch nicht ausschließlich in Cliques erfolgen. Weil gerade in rechten Cliques Probleme und Ängste nicht offen gezeigt werden könnten, komme auch dem Einzelgespräch und der Einzelfallhilfe eine große Bedeutung zu (ebd.).

Krafeld wehrt sich gegen eine Skandalisierung rechter Cliques, denn in ihnen fänden sich „bevorzugt“ solche Jugendliche zusammen, die sich Kompetenzen wie „Reflexivität, Fähigkeit zu Perspektivenwechsel und Empathie, der Fähigkeit zwischen Verschiedenartigkeit und Verschiedenwertigkeit zu unterscheiden, der Fähigkeit in uneindeutigen Situationen Handlungsfähigkeit zu entfalten, sowie einer entsprechenden Konflikt- und Kompromissfähigkeit“ in ihrer bisherigen Sozialisation nicht hätten aneignen können (ebd., S. 211). Da bei rechtsextremen Jugendlichen neben ihren Cliques kaum weitere bedeutsame soziale Einbindungen bestünden und die Clique der einzig relevante Ort gesellschaftlicher Teilhabe wäre, seien sie besonders auf ihre Clique angewiesen (ebd., S. 212).

Das Angebot sozialer Räume

Krafeld kritisiert, dass in dieser Gesellschaft Jugendliche an immer mehr Orten als störend empfunden würden. Jugendeinrichtungen kämen im Zuge dieser Entwicklung verstärkt die Aufgabe zu, als Auffangbecken für Jugendliche zu fungieren. Diese „Staubsaugerpädagogik“, die verlange, dass alle Jugendlichen des Einzugsbereichs der jeweiligen Einrichtung „gefälligst ihre freie Zeit tagtäglich auf Tuchfühlung mit den verschiedensten Menschen verbringen sollen, die zufällig ähnlich alt sind und in der Nähe wohnen – egal ob sie sie ‘abkönnen’ oder nicht“, ließe sich aber praktisch nirgendwo umsetzen (Krafeld 2002, S. 214).

Insbesondere rechte Jugendliche seien – nicht nur in Jugendeinrichtungen – vielfach Anfeindungen ausgesetzt. Krafeld berichtet: „Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter stoßen bei der Kontaktaufnahme zu rechten Jugendcliquen denn auch fast durchweg sehr schnell darauf, wie sehr diese Jugendlichen es vermissen, sich irgendwo mal in Ruhe, ohne dauernden Stress und dauernde Konflikte mit der Umwelt aufhalten zu können. Zwar gehören sie zu denjenigen Jugendlichen, die sich nicht gerade leicht von dort vertreiben lassen, wo sie als störend gelten. Aber als sehr belastend erleben sie diesen Druck allemal.“ (Krafeld 1998, S. 48)

Eine der zentralen Handlungsebenen der AJA sei daher das Angebot sozialer Räume für die jeweilige Clique oder Szene. Das Zurverfügungstellen von exklusiven Räumen, die nicht pädagogisch betreut sein müssen, sei unverzichtbar, denn „Entwicklungs- und Entfaltungsprozesse, zumal soziale Lernprozesse, brauchen Raum, Raum im sozialen wie im territorialen Sinne, und brauchen ein gehöriges Maß an Ruhe und Gelassenheit, um sich in Ruhe auf andere einlassen, um sich ausprobieren und um experimentieren zu können. Wer dagegen ständig mit Stress von außen rechnen muss, wer vielleicht dauernd mit Versuchen der Vertreibung konfrontiert wird, der hat vielleicht gar keinen Raum, differenzierte Konfliktbewältigungsmuster zu entwickeln: Für den ist vielleicht das ‘Hau drauf und weg’ genau passend.“ (Krafeld 2002, S. 214)

Lebensweltorientierung

Um dem Anspruch gerecht zu werden, die Probleme in den Mittelpunkt zu stellen, die die Jugendlichen haben, statt diejenigen, die sie machen, hält Krafeld „die im Interesse der Jugendlichen parteiiche Entwicklung einer lebensweltorientierten infrastrukturellen Arbeit“ für unverzichtbar (vgl. Krafeld 1998, S. 49).³⁹ Zum einen gehe es darum, sich als Pädagoge „einzumischen in die akuten Probleme, die die Jugendlichen haben: mit Wohnungs- oder Arbeitssuche, mit Schule, Ämtern und Behörden, mit den Eltern, mit konkurrierenden Szenen u.v.ä.“ (ebd.)

Neben diesen Aufgaben verlange eine AJA auch gesellschaftspolitisches Engagement von den JugendarbeiterInnen. Eine AJA müsse auch die „Einmischungsprozesse“ der rechten Jugendlichen selbst „interessiert und auch einmischend begleiten“ (Krafeld 2002, S. 216). Er schreibt: „Mit ihren Einmischungen signalisieren die Jugendlichen fast immer legitime, ja nicht selten wichtige oder in ihrem Lebenskontext gar zentrale Interessen und Bedürfnisse – auch wenn die ‘Sprache’, in der sie diese Interessen artikulieren, oft nicht unmittelbar und direkt zu entschlüsseln ist, (und damit auch die Wirkung der Einmischungen oft ganz anders als erwünscht ausfällt).“ (Krafeld 1996, S. 21)

Krafeld bestimmt die Zielsetzungen einer AJA folgendermaßen: „Eine solche Einmischung in die Einmischung hat immer gleichermaßen – und zeitlich parallel – zwei Dimensionen zu verfolgen: den Abbau sozial anstößiger, insbesondere andere Menschen diskriminierender Einmischungen“ sowie „das Bemühen um weiterreichende Möglichkeiten eigener Entfaltung und Teilhabe“ (Krafeld 2002, S. 216).

Er nimmt an: „Die Öffentlichkeit freilich ist fast durchweg an der ersten Dimension interessiert und sperrt sich gegen die Wahrnehmung der

39 Krafeld wendet sich gegen eine uneingeschränkte Parteilichkeit: „Zentraler Grundsatz (...) ist die Parteilichkeit und das Streben nach einem entsprechenden Zeugnisverweigerungsrecht. Dies kann aber (abgesehen vielleicht vom Anwaltsberuf) nicht bedeuten, sich von der gesellschaftlichen Mitverantwortung dafür frei zu machen, ob Verbrechen aufgeklärt werden, vor allem Verbrechen gegen Leib und Leben anderer Menschen. Da drängen gesellschaftliche Mitverantwortung und ethische Grundhaltung vielmehr eine konkurrierende Parteilichkeit für die Opfer auf.“ (Krafeld 2002, S. 224)

meist fast untrennbar damit verbundenen zweiten Dimension (selbst um den Preis häufiger Ineffektivität ausschließlich ordnungs- und sicherheitspolitischer Maßnahmen).“ (ebd., S. 217) Dem hält er entgegen: „Gerade da, wo eine gerechtigkeitsorientierte Jugendarbeit es mit rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen zu tun hat, hat eine produktive Verbindung von jugendbezogenen Aktivitäten und von lebensweltorientierten (...) Aktivitäten eine zusätzliche Bedeutung. Denn ihre rechtsextremistischen Orientierungen haben ihren Nährboden in der Mitte der Gesellschaft. Sie haben sie durchweg bereits in ihre Cliques mitgebracht, nicht dort erst erworben. Und die Überwindung solcher momentan als attraktiv empfundener Orientierungen bei jungen Menschen hängt sehr davon ab, auf welche Resonanz jene rechtsextremistischen Orientierungs- und Deutungsangebote ansonsten in der Umwelt jener Jugendlichen stoßen – und zweitens, wie attraktiv oder aber, wie riskant es erscheint, auch nur daran zu denken, sich von ihnen zu lösen.“ (ebd.)

Dabei sei jedoch ein „scheinbares Paradox“ zu berücksichtigen: „Je mehr im Umfeld der Jugendlichen Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremistische Orientierungen längst als normal gelten, je mehr sich längst (...) eine völkische Alltagskultur breit gemacht hat, um so entscheidender ist es nicht die Bekämpfung solcher Entwicklungen in den Mittelpunkt zu stellen oder gar zum erst einmal einzigen Anliegen zu machen, sondern – auch oder gerade unter solchen Bedingungen! – das zu entfalten, das zum Blühen zu bringen, was man selbst als die bessere, die menschlichere Alternative ansieht: Eine lebensweltbereichernde Entfaltung der Zivilgesellschaft!“ (Krafeld 2002, S. 217) Dies könne geschehen durch die „Förderung gemeinwesenorientierter Konfliktmediation, Aktivierung sozialer Kompetenzen in den jeweiligen sozialen Milieus, Förderung möglichst niedrigschwelliger Partizipationskulturen, Förderung gesellschaftlicher Teilhabe, insbesondere für altersbedingt (als Kinder und Jugendliche) oder zuwanderungsbedingt (noch) nicht voll integrierter Menschen.“ (ebd.)

Statt nur „vorwurfszentriert“ gegenüber den rechten Jugendlichen etwas ändern zu wollen, sollte man sich bemühen „in eigenen Zusammenhängen Zivilgesellschaft lebendiger und attraktiver werden zu lassen“ (Krafeld 2002, S. 217f.). Krafeld stellt diesbezüglich fest: „Ungemein verbreitet sind dagegen z.B. jene Muster, die unter dem

Banner der 'Gemeinsamkeit aller Demokraten' ausdrücklich ausblenden, gleichzeitig danach zu fragen, welche Defizite an Zivilgesellschaft innerhalb des eigenen Einflussbereiches eigentlich Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus begünstigen oder fördern (...) sei es nun gewollt oder ungewollt.“ (ebd.) Er vermisst Analyse und Reflexion, typischer seien dagegen „reflexionsabweisende Minimalkonsense, unlebendige Formelkompromisse und oberflächlich-demonstrative Aktionsmuster“. (ebd.) Er fordert: „Ziel sollte es beispielsweise sein, dass es weniger Mut, weniger Zivilcourage braucht, nicht fremdenfeindlich zu sein (...).“⁴⁰ (ebd.)

Grenzziehungen

Krafeld nennt folgende Grenzen für eine akzeptierende Arbeit mit rechtsextremen, gewalttätigen Jugendlichen:

- Dort „wo man selbst das Gefühl hat, etwas nicht auszuhalten, mit machen, mit ansehen zu können,
 - wo konkret eine deutliche körperliche oder eine tiefgreifende psychische Verletzung ansteht,
 - wo ein deutliches Risiko besteht, dass man selbst als Deckung oder zur Unterstützung bei rechtswidrigen Aktivitäten instrumentalisiert wird
 - wo Akzeptanz zur Einbahnstraße verkommt, wo also einem selbst, den eigenen Vorstellungen und Maßstäben gegenüber, keine ausreichende Akzeptanz entgegengebracht wird,
 - wo einem eine Kumpelrolle abverlangt wird, die nicht die nötige Rollendistanz zulässt,
 - wo problematische Handlungsweisen zu Wiederholungsritualen verkümmert sind und dadurch auf ein Senken der Akzeptanzgrenze drängen,
 - wo gezielt rechtsextremistische politische oder politisch-propagandistische Wirkungen beabsichtigt sind.“
- (Krafeld 1996, S. 28)

40 Krafeld formuliert diese Einschätzung mit Wilhelm Reich an anderer Stelle so: 'Nicht, dass der Hungernde stiehlt (...) ist zu erklären, sondern warum die Mehrheit der Hungernden nicht stiehlt.'" (ebd., S. 202)

Allerdings dürften Grenzziehungen nicht „gängige, wesentliche oder gar zentrale Lebensäußerungen, Verhaltensstile, Symbole oder Rituale der jeweiligen Jugendszene abschneiden“ oder „durch Cliques hindurch verlaufen“. (ebd.) Auch müsse Folgendes bedacht werden: „Eine Entscheidung, als Jugendarbeiterin oder Jugendarbeiter etwas nicht mehr aushalten oder etwas nicht mehr akzeptieren, hinnehmen, mit ansehen oder dulden zu können, beinhaltet zumeist gleichzeitig die Entscheidung, dieses Problem allein Polizei und Justiz zu überlassen!“ (ebd.)

Krafeld hält eine pädagogische Arbeit im Sinne der AJA auch dort für vertretbar, „wo es zwischen unterschiedlichen Jugendszenen territoriale Konflikte gibt, wo entsprechende Verdrängungsprozesse stattfinden oder wo bestimmte Szenen eine territoriale hegemoniale Macht durchsetzen wollen“ (Krafeld 2002, S. 216). Wenn eine rechte Clique sich in ihrem Wohnort durchgesetzt habe, könne man durchaus mit ihr akzeptierend arbeiten. Dann müsse man jedoch auch versuchen „dahin zu streben, dass sich andere Jugendliche, die nicht zur rechten Szene gehören oder die zu jener Szene künftig auf Distanz gehen wollen, ebenfalls in diesem Ort ungefährdet bewegen und entfalten dürfen“ (ebd.).

4.1.1.2 Kritik des Konzepts

Die AJA war und ist Gegenstand ausgiebiger Kontroversen nicht nur in der pädagogischen Fachöffentlichkeit. Krafeld beurteilt den Versuch, mit rechtsextremen Jugendlichen „akzeptierend“ zu arbeiten, uneingeschränkt als „Erfolg“: „Längst hat sich bestätigt, wie richtig und wie wichtig dieser Ansatz war und ist.“ (Krafeld 1996, S. 7) Die in den Bremer AJA-Projekten beschäftigten SozialarbeiterInnen kommen zu einer differenzierteren Einschätzung. Sie machen darauf aufmerksam, dass die Beziehungen zu den rechtsextremen Cliques so tragfähig gestaltet werden konnten, dass sie das Gefühl hätten, ihre persönlichen Meinungen im Kontakt mit den Jugendlichen offen äußern zu können. In der Gesamtschau ihrer Erfahrungen kommen sie jedoch zu folgendem Fazit: „Gleichwohl haben sie ihre hohe Gewaltbereitschaft nicht abgelegt, sind ihre rechten Orientierungsmuster nicht weg, haben wir sie nicht ‘bekehrt’, sie aus ‘der Szene herausgebrochen’ oder ‘umgekrempelt’. Das könnten allenfalls veränderte und verbes-

serte Lebensverhältnisse und Lebensaussichten bewirken, also sozialpolitische und jugendpolitische Leistungen.“ (vgl. Krafeld et al. 1993, S. 50)

Andreas Buderus, der eine kritische Analyse verschiedener sozialpädagogischer Projekte mit rechtsextremen Jugendlichen durchgeführt hat, kommt bezüglich der Projekte unter der wissenschaftlichen Leitung Krafelds zu dem Schluss, dass „die proportional ausgeweitete akzeptierende Arbeit mit problematischen und rechtsextremen Cliques in Bremen mittlerweile zu einer gesamtgesellschaftlich gestiegenen Akzeptanz von deren subkulturellen Inhalten, Stilen und Verhaltensweisen geführt hat. Insofern stellt sich unter feldtheoretischer Sicht die Frage, wie das zirkulär sich zwischen Sozialraum (Stadtquartier) und Cliques ausweitende Raumgreifen rassistischer und rechtsextremer Positionen im Schatten des akzeptierenden Ansatzes verhindert werden kann.“ (Buderus 1998, S. 124)

Im Folgenden werde ich anhand von Erfahrungen mit den Bremer AJA-Projekten den AJA-Ansatz diskutieren. Ich werde mich auf Projekte unter Anleitung von Krafeld in Bremen beschränken, um eine theoretische Konzeption der AJA vor dem Hintergrund ihrer Praxis bewerten zu können. Die Darstellung der Erfahrungen wird sich an den verschiedenen Handlungsebenen der AJA orientieren. Die Diskussion des Bremer AJA-Konzepts kann insofern als repräsentativ für AJA-Konzepte allgemein angesehen werden, als die „Bremer Schule“ um Krafeld innerhalb der AJA eine führende Stellung einnimmt.

Auf Unterschiede zu den neuen Bundesländern im Vergleich zu entsprechenden westdeutschen Projekten werde ich beispielhaft anhand von Erfahrungen in Leipzig zu sprechen kommen.

AJA-Projekte in Bremen

1988 wurden in Bremen drei Projekte akzeptierender Jugendarbeit gegründet.⁴¹ Ziel dieser drei Projekte war die Integration rechtsextremer Cliques in das Bürger- und Sozialzentrum Huchting, mit eigenem Jugendclub und einem Band-Übungsraum, in das Bürgerhaus Mahndorf und in das Jugendfreizeitheim Horn-Lehe. 1991 kam aufsuchen-

41 Im Folgenden stütze ich mich vor allem auf die Arbeit von Rudolf Schulze (2004), der sich ausführlich mit den Bremer Projekten auseinandergesetzt hat.

de Jugendarbeit in Kattenturm dazu. 1992 wurde der „Verein zur Förderung Akzeptierender Jugendarbeit e.V.“ unter maßgeblicher Beteiligung von Krafeld gegründet. 1993 begannen neue Projekte in Findorff⁴² und Schwachhausen⁴³ (vgl. Schulze 2004, S. 116 f.).

Rechtsextreme Formierungen in Bremen und AJA-Projekte

Unverzichtbar für eine Bewertung der AJA-Projekte scheint mir die Kenntnisnahme des gesellschaftlichen Hintergrunds ihrer Implementierung. Schulze beschreibt die Situation in Bremen hinsichtlich rechtsextremer Formierungen folgendermaßen: „Ab Ende der siebziger Jahre kam es in Bremen vermehrt zu ‚rechtsextremen‘ Übergriffen. Den Hintergrund bildeten bundesweite nazistische Organisationsbe-

42 In Findorff wandte sich eine Clique von 15-20 rechtsextrem orientierten Jugendlichen (die „Torfsturm“-Clique) an die Polizei. Sie forderten sozialpädagogische Betreuung und einen akzeptierten Treffpunkt. Vorausgegangen waren Auseinandersetzungen mit türkischen Jugendlichen. Die deutschen Jugendlichen stellten sich als Opfer der türkischen Jugendlichen dar (vgl. Schulze 2004, S. 117). Schulze macht darauf aufmerksam, dass Krafeld in der Begründung für die Arbeit mit dieser Clique eine Täter-Opfer-Verkehrung vornehme, die zudem als Begründung für die rechtsextremen Einstellungen der deutschen Jugendlichen angeführt werde. Krafeld schreibt bezüglich der Auseinandersetzungen: „Der hiermit angesprochene ganz typische Verdrängungskonflikt rivalisierender Jugendcliquen wurde von diesen Jugendlichen so sehr in rechtsextremistische Gesinnungen umgeformt, dass sie auch für entsprechende politische Organisationsformen anfällig erschienen.“ (Krafeld 1996, S. 74) Über die „Torfsturm“-Clique wurde 1994 ein unkommentierter Film gedreht. Der Regisseurin wurde eine verharmlosende und entpolitisierende Darstellung der Clique, insbesondere ihres „Kameradschaftsführers“ Martin Priveau vorgeworfen. Schulze schreibt: „Erstmals wurde durch diesen Film jedoch einer breiteren Öffentlichkeit ein – wenn auch indirekter – Einblick in die Praxis der AJA in Bremen gewährt und führte zu einer Zunahme der öffentlichen Kritik.“ (Schulze 2004, S. 118)

43 Das Projekt in Schwachhausen wurde initiiert, nachdem ein schwerer Brandanschlag auf eine dortige Flüchtlingsunterkunft verübt worden war. Schwachhausen gilt als einer der Nobel-Stadtteile in Bremen. Zwei der drei Täter entstammten den gehobenen Kreisen dieses Stadtteils. Nach Krafeld zählten „alle drei zu einer größeren Clique, deren rechte Orientierungen zwar seit langem bekannt waren, aber bis dahin wenig Beachtung gefunden hätten“ (vgl. Krafeld 1996, S. 75). Schulze widerspricht der Einschätzung dieser Gruppierung als Clique mit „rechten Orientierungen“. Krafeld nehme mit dieser Formulierung eine „drastische Relativierung des nazistischen Organisationsgrades der Clique vor.“ (vgl. Schulze 2004, S. 117) Der nach dem Brandsanschlag stattgefundenen Strafprozess habe dazu geführt, dass die Clique zerschlagen wurde und die Jugendlichen sich in andere Stadtteile orientierten. Aktuell sei in Verbindung mit der Vorbereitung eines Sprengstoffanschlags eines (Ex-)Mitgliedes einer „Kameradschaft-Nord“ auch die Rede von einer neuen „Kameradschaft-Schwachhausen“ (ebd.).

strebungen, in denen mittels neuer Strategien versucht wurde, schwerpunktmäßig in verschiedenen Jugendszenen Fuß zu fassen. So kam es in Bremen zur Herausbildung einer nazistisch orientierten Szene, in der einzelne Personen Kontakt bis in die aus der Illegalität operierende nazistische Terrorszene hatten. In der 'rechten Jugendszene' gab es eine intensive Organisierungstätigkeit der FAP durch Michael Kühnen und Christian Worch, beide aus Hamburg, und Markus Privenau aus Bremen. Markus Privenau erlangte bundesweite Bekanntheit durch den Versuch, in Bremen eine Wehrsportgruppe aufzubauen, sowie durch 'Anschläge auf Schwule, Punks und Ausländer'. 1986 erschoss er bei Schießübungen einen Jagdpächter. (...) In mehreren Stadtteilen hatten sich organisierte Cliques mit vorwiegend 'rechten Skinheads' gebildet. Diese Cliques wiesen sich aus durch stabile und hierarchische Strukturen, sowie einer Namensbildung (z.B. Torfsturm)." (Schulze 2004, S. 112)

Schulzes Beschreibung der Entwicklung rechtsextremer Entwicklungen bis zur Einführung der genannten AJA-Projekte lässt sich wie folgt zusammenfassen: Nach mehreren rassistisch motivierten Morden durch rechtsextreme Skinheads gingen türkische Jugendliche gewaltsam gegen Skinheads und andere Jugendliche mit öffentlich dargebotenen rechtsextremen Erkennungszeichen, wie bestimmte Kleidung, Haarschnitt etc. vor. Rechtsextreme Jugendliche traten in der Folge kaum noch mit einschlägiger rechtsextremer Symbolik in der Öffentlichkeit auf. Die bis dahin erfolgreichen rechtsextremen Organisierungsbemühungen kamen ins Stocken. Die Attraktivität und die Aktivitäten der rechtsextremen Szene in Bremen und Umgebung seien daraufhin spürbar zurückgegangen (ebd., S. 112 f.).

In dieser Situation strittig gewordener öffentlicher Präsenz begann dann die akzeptierende Jugendarbeit den rechtsextremen Jugendlichen „Raum im sozialen wie territorialen Sinne“ (Krafeld 2002, S. 214) anzubieten.

Kritik der verschiedenen AJA-Handlungsebenen und ihrer praktischen Umsetzung

Krafeld nimmt an, dass „gelingendere und befriedigendere Wege der Lebensbewältigung (...) in aller Regel auch sozial verträglichere

Wege“ wären (vgl. Krafeld 1996, S. 16).⁴⁴ Bei der angestrebten „Förderung der Lebensentfaltung und Lebensbewältigung“ spiele die Einzelfallhilfe eine wichtige Rolle. In der Literatur zum Bremer Modell sind leider keine konkreten Beispiele für Einzelfallhilfe zu finden. Unwahrscheinlich ist, dass dieser Teil der Arbeit so selbstverständlich ist, dass er nicht besonders erwähnenswert erscheint. Angesichts der umstrittenen Wirksamkeit der AJA wäre eine nachweislich verbesserte soziale Situation der Klienten sicherlich als Argument für das AJA-Konzept angeführt worden. Schulze vermutet, dass die AJA keine Wege gefunden habe, eine Verbesserung der konkreten materiellen Lebenslagen ihrer Klienten zu erreichen (vgl. Schulze 2004, S. 126).⁴⁵ In der Praxis der AJA gehe es vor allem um „ideelle Kompetenzerweiterungen“. (ebd., S. 149) Er schätzt die Qualität und Wirkung der praktizierten Einzelfallhilfe so ein: „Stattdessen scheint sich die Arbeit wesentlich auf die subjektiv empfundene Stabilisierung der ‚rechtsextrem orientierten‘ Clique zu beschränken. Einzelfallhilfe wird so wesentlich reduziert auf Beziehungsarbeit nach dem Motto ‚Ich bin o.k. – du bist o.k.‘.“ (ebd., S. 126/127)

Beziehungsarbeit

Besonders wichtig ist für Krafeld, erst einmal eine tragfähige Beziehung zu den rechtsextremen Jugendlichen aufzubauen und etwas gegen die bei diesen Jugendlichen als besonders ausgeprägt angenommenen „Vereinzelterfahrungen“ (Krafeld 1998, S. 49) zu unternehmen. Krafeld illustriert anhand von Erfahrungsberichten von

44 In dieser Pauschalität ist diese Annahme nicht haltbar. Es sind gerade auch Jugendliche in stabilen Verhältnissen, ohne erkennbare Desintegration, die eine Affinität zu rechten Orientierungen und ausgrenzenden Praxen aufweisen (vgl. Schad 1996, S. 36).

45 Es ist wohl eine Täuschung zu glauben, wenn alle Wohnungen und Arbeitsplätze hätten, gäbe es keinen Rechtsextremismus mehr. Armut und Ausgrenzung führen nicht zwangsläufig zu einer rechtsextremen Haltung. Rommelspacher zeigt, dass Besitz und Besitzstandswahrung mindestens ebenso unerbittlich sein können wie das Abreagieren erlebter Zurücksetzung an Schwächeren (vgl. Rommelspacher 1995). Insofern ist Leiprecht zuzustimmen, wenn er schreibt: „Gegen die Beseitigung von sozialen Mißständen, von Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit, gegen die allgemeine Durchsetzung ökonomischen Wohlstandes und die Herstellung sozialer Sicherheit ist selbstverständlich nichts einzuwenden. Im Gegenteil. Allerdings haben die Veränderungen auf dieser Seite noch nichts mit einem Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus zu tun.“ (vgl. Leiprecht 1992, S. 26)

Projektmitarbeitern, worauf es ankommt bei der Beziehungsarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen. Ein Mitarbeiter berichtet: „Die Tatsache, dass wir uns ebenfalls am Treffpunkt aufhalten und diesen auch als solchen begreifen, zeigt den Jugendlichen, dass wir ihre Gruppe und deren Muster als für sie wichtig nehmen. (...) Werden z.B. Juden-, Behinderten- oder Ausländerwitze erzählt oder ‘Führerpersönlichkeiten’ wie Hitler, Strauß, oder Schönhuber bewundert, ist es durchaus sinnvoll, ‘nach Tagesstimmung’ und nicht nach einheitlichem Muster zu reagieren. Entscheidend ist den Jugendlichen ihren Raum für ihre Selbstdarstellung zu lassen und ihnen den nicht streitig zu machen, sich andererseits aber selbst dort auch einzubringen.“ (vgl. Krafeld 1996, S. 53) Das im Rahmen dieser Art von Beziehungsarbeit empfohlene „Ignorieren“ (ebd.) entsprechender Äußerungen erscheint mir problematisch. Es besteht die Gefahr, dass eine Tolerierung als Akzeptanz der entsprechenden politischen Position und nicht nur der Person interpretiert werden könnte.

Jörg Fischer hat sich intensiv mit Ablösungsprozessen aus der rechtsextremen Szene auseinandergesetzt. Er kommt zu der Einschätzung, dass das im Rahmen der AJA vermittelte „Höchstmaß an Verständnis“ wenig geeignet sei, Distanzierungen von der rechtsextremen Szene zu ermöglichen. Es sei im Rahmen der AJA bisher kaum gelungen, den rechtsextremistischen Jugendlichen zu vermitteln, wie inakzeptabel ihre Überzeugungen seien (vgl. Fischer 2001, S. 106).

Auf der Grundlage von Erfahrungsdokumentationen von in der AJA Beschäftigten weist Schulze auf den hohen Anpassungsdruck hin, dem die AJA-MitarbeiterInnen in den Cliques ausgesetzt seien, wenn sie versuchten, das Vertrauen dieser Jugendlichen zu gewinnen. Insbesondere wenn die AJA-MitarbeiterInnen keine materiellen Angebote wie Räume oder Erlebnisfahrten anbieten könnten, erzwingen die Cliques „eine Teilhabe an der Akzeptanz von rassistischen Äußerungen, Tragen von Hakenkreuzen, gemeinsam – allerdings mit Ekelgefühlen – aus der Wermuthflasche trinken, Waffen tolerieren und sich heraushalten, wenn die Clique irgendwelche gewalttätigen Aktionen plant.“ (vgl. Schulze 2004, S. 133) Schulze kritisiert, dass so ein gegenseitiges Vertrauens- und Abhängigkeitsverhältnis geschaffen werde, das nur schwer zu durchbrechen sei (ebd.).

Er gibt zu bedenken, ob Krafeld nicht die „Beziehung“ zwischen „Professionellen“ und „Kunden“ idealisiere. So sei in den AJA-Projekten unter seiner wissenschaftlichen Leitung das Nähe-Distanz-Problem „zugunsten der Kontaktaufnahme um fast jeden Preis relativiert“ worden (ebd., S. 134). Bei der täglichen Arbeit habe sich eine einseitige Parteinahme für die rechtsextremen Jugendlichen entwickelt: „Dieser ging nicht selten mit einer Täterentlastung, so z.B. durch Relativierung oder in Abrede stellen der Taten, oder gar einer Diskreditierung von Betroffenen einher.“ (ebd., S. 134) Er vermutet, dass die rechtsextremen Jugendlichen in den AJA-Projekten „vor allem an der Dienstleistung, Raumaneignung, Raumsicherung, Dominanzsicherung und Täterschutz interessiert“ seien und weniger an Auseinandersetzung über ihre politischen Orientierungen und Aktivitäten (ebd., S. 136). So seien bis auf Wochenendfahrten, die für die Jugendlichen sehr attraktiv wären, fast alle anderen Angebote gescheitert (ebd.).

Akzeptanz

Die von Krafeld für eine akzeptierende pädagogische Arbeit genannte Grenze, dort „wo Akzeptanz zur Einbahnstraße verkommt, wo also einem selbst den eigenen Vorstellungen und Maßstäben gegenüber, keine ausreichende Akzeptanz entgegengebracht wird“ (Krafeld 1996, S. 28), scheint kaum von praktischer Bedeutung zu sein. Als Beispiel für den Umgang mit Akzeptanz beziehungsweise Dominanz sowie den unterschiedlichen Vorstellungen von „Beziehungsarbeit“ auf Seiten der in AJA-Projekten professionell Beschäftigten und ihren Klienten kann folgende Interaktion und anschließende Interpretation selbiger durch Krafeld gelten. Eine AJA-Mitarbeiterin berichtet von einem geplanten Grillabend mit der von ihr betreuten Clique und einer Auseinandersetzung mit „M.“: „Wir wollten damals um 7 Uhr da sein und ich war als erste um 3 Minuten nach 7 Uhr da. Und er gleich: ‘Wo bleibt ihr denn?’ Und schrie mich gleich an: ‘Um 7 Uhr sollte es losgehen! Da sollte hier gegrillt werden! Und keiner kommt!’ Und da hab ich gesagt: ‘Ja ich weiß gar nicht, wo hier ein Grill ist. Da hättet ihr ja vielleicht das Feuer schon mal anmachen können, wenn das so wichtig ist.’ Und da hat er mich unheimlich angebrüllt: ‘Was fällt dir ein zu sagen, wir sollen das machen? Wozu seid ihr da, ihr Scheiß-Sozis. Und wenn dir das nicht paßt, kannst du gleich wieder gehen. Verpiss dich! Verpiss dich!’ So ging das weiter und er kriegte sich überhaupt

nicht wieder ein: 'Verpiss dich!' Und stand dabei ganz hautnah vor mir. Das war ein ganz fieses Gefühl für mich. Und dann habe ich mich ins Büro geflüchtet (...). Immer wieder hat er uns immens beansprucht und vor allem auch immer wieder große Angst gemacht." (zit. n. Schulze 2004, S. 142 f.)

Diese Interaktion interpretiert Krafeld im Kontext von „Annäherungs- und Kommunikationsversuchen“ auf einem Seminar der IFFJ⁴⁶ zum Thema „Jugendarbeit mit Skinheads“ folgendermaßen: „Es gab Signale, die rüberkamen und die es wahrzunehmen und aufzugreifen galt. Und darauf beschränkte es sich beim ersten mal weitgehend. Dass es sich um einen offensichtlich sehr wichtigen Prozess handelte, wurde beim dritten Mal deutlich. Da kam eine Mitarbeiterin fünf Minuten zu spät. Und gleich tickte einer aus: 'Was ist denn mit dir los? Um sieben wolltest du hier sein! Sieben Uhr habt ihr gesagt! Und wir haben uns darauf verlassen! Und wir warten jetzt schon endlos! Was fällt dir ein uns einfach hängen zu lassen!' Dieses Aufbrausen wegen der fünf Minuten macht deutlich: Es ist etwas passiert in den vorsichtigen Anfangskontakten, auch wenn man eigentlich das Gefühl hat: 'Ich hab da nur rumgestanden, und es ist eigentlich nichts passiert.'" (Krafeld in IFFJ 1993, S. 50; zit. n. Schulze 2004, S. 143) Die Interpretation dieser Interaktion durch Krafeld legt den Verdacht der Verharmlosung nahe. Man gewinnt den Eindruck, Akzeptanz scheint sehr wohl eine Einbahnstraße zu sein.

Der Umgang mit Sexismus in den Projekten

Insbesondere von den AJA-Mitarbeiterinnen werden große Anpassungsleistungen erwartet. Eine Projekt-Mitarbeiterin beschreibt ihre Erfahrungen mit sexistischem Verhalten wie folgt: „Die üblichen Tests in der Anfangsphase waren bei mir immer so Anspielungen auf Sexualität und so: 'Ja komm, wir machen's gleich noch!' Dann meinen'se auch manchmal, sie müßten mir ihren Schwanz zeigen oder ich weiß nicht was. Sie treiben's halt manchmal auf die Spitze. Das ist dann so der Test: Ist das so'ne zimperliche Zicke, so'ne Emanze vielleicht auch.“ (zit. n. Krafeld et al. 1993, S. 89) Krafeld beklagt die Praxis „vieler Frauen“ in den Projekten, „gerade beim Sexismus immer wie-

46 Informations-, Forschungs- und Fortbildungsdienst Jugendgewaltprävention (IFFJ), dreitägiges Seminar im Oktober 1992.

der die eigene Aushaltgrenze vorzuverlegen“ und kritisiert, dass „beim Sexismus die sonst vorhandene Bereitschaft, verstehen zu wollen, zurückgenommen wird, oder das Interesse erlischt, herauszubekommen wollen, was dahinter steckt, ob und inwieweit solche Sprüche Provokationen darstellen oder möglicherweise auch Hilferufe sind, es sich ‘einfach’ mehr oder weniger nur um typische, gängige, ‘völlig normale’ alltägliche Rituale der Jugendlichen handelt, die ihnen über diese Ebene hinaus eigentlich nichts oder kaum etwas bedeuten, oder ob das Verhalten eine wichtige Eigenbedeutung hat.“ (Krafeld 1996, S. 108) Er verweist in diesem Zusammenhang auf den AJA-Grundsatz: „‘Nur derjenige kann mit solchen Jugendszenen arbeiten, der dasjenige, was in solchen Szenen normal und gängig ist, auch aushalten kann.’“ (ebd.)

Wenn Krafeld die Bereitschaft fordert, das sexistische Verhalten „verstehen zu wollen“ und entsprechende Äußerungen und Handlungen als „‘völlig normale’ alltägliche Rituale der Jugendlichen“ darstellt, die „eigentlich nichts oder kaum etwas bedeuten“, scheint auch hier der Vorwurf der Verharmlosung angebracht zu sein. Statt einer Konfrontation der Jugendlichen mit ihrem Verhalten wird dem akzeptierenden Kontaktaufbau Vorrang eingeräumt.

Erlebnispädagogische Angebote

Krafeld und Mitarbeiter halten erlebnispädagogische Angebote für „unverzichtbar“ um den rechtsextremen Jugendlichen „Ressourcen und Selbstwertzuwächse“ zu ermöglichen (vgl. Krafeld et al. 1993, S. 46). Die Einschätzung, dass der Erlebnispädagogik eine zentrale Bedeutung für die Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen zukomme, ist für mich nicht nachvollziehbar. Hartmut Griese zeigt, dass gerade die Erlebnispädagogik denkbar ungeeignet für die Arbeit mit rechten Jugendlichen sein dürfte. Erlebnispädagogische Wirkungen oder Erfolge seien bisher nicht nachgewiesen worden. Es fehle bei erlebnispädagogischen Angeboten vor allem an einer Vermittlung von angestrebtem emotionalen Erleben und kognitiv-intellektueller Verarbeitung. Erlebnispädagogik zielle auf eine „Gegenwelt zum Alltag“ ab. Intensivere und häufigere Erlebnisse ermöglichten jedoch keine Reflektion der eigenen politischen Orientierung. Für den Alltag in der

Gesellschaft könne somit kaum gelernt werden (vgl. Griese 1998, S. 105).

Griese gibt zu bedenken, dass erlebnisorientierte Jugendarbeit vor allem Jungenarbeit sei. Es handele sich sehr oft um eine „Pädagogik ohne Mädchen“. Das Männlichkeitsideal der Erlebnispädagogik sei gerade bei der Arbeit mit rechten Jugendlichen problematisch: „Die Erlebnispädagogik ist männlich geprägt, verfolgt und reproduziert maskuline Werte wie Härte, Leistung, Kampf, Ausdauer, Abenteuer und Thrill. Sie hat einen heimlichen männlichen Lehrplan.“ (ebd., S. 104) Diese Werte werden von rechtsextremen Jugendlichen auch ohne pädagogische Unterstützung hochgehalten und dürften kaum geeignet sein ihre zukünftige Entwicklung positiv zu beeinflussen.

Weiter weist Griese auf die historische Semantik der in der Erlebnispädagogik praktizierten Methodik hin. Demnach habe aufgrund der Propagierung „natursportlicher Bewegung“ mit dem „Wert jeder körperlichen Ertüchtigung an frischer Luft“ im nationalsozialistischen Deutschland auch die Erlebnispädagogik eine ideologische Dimension (ebd.).

Angebot von Räumlichkeiten

Eines der zentralen Anliegen der AJA ist das Angebot von Räumlichkeiten für die betreute Clique beziehungsweise Szene. In diesen Räumlichkeiten soll den Jugendlichen Freiraum gegeben werden um sich „auszuprobieren und experimentieren“ zu können (Krafeld 2002, S. 214). Dabei wird eine pädagogische Betreuung der angemieteten Räume als nicht zwingend notwendig erachtet. Prozesse der Selbstorganisation und Selbstverwaltung werden hingegen für unabdingbar gehalten, um „Entwicklungs- und Entfaltungsprozesse“ zu ermöglichen (ebd.).

Insbesondere die in AJA-Projekten zur Verfügung gestellten Musik-Proberäume für rechtsextreme Cliques sind in die Kritik geraten, weil sie als Infrastruktur für die Formierung und Professionalisierung rechtsextremer Bands fungierten. So sei die Band „Schlachtruf“ als heute zweitwichtigste rechtsextreme Band Bremens in einem AJA-Projekt entstanden (vgl. Schulze 2004, S. 128). Buderus berichtet, dass im Rahmen des AJA-Projekts den rechtsextremen Bands Räumlichkeiten für ein Konzert zur Verfügung gestellt wurden, zu dem mehr

als 300 Jugendliche aus der Skin-Szene erschienen (vgl. Buderus 1998, S. 121). Bereits etablierte „Nazi-Bands“, wie die „Boots Brothers“ seien trotz militanter Überfälle und intensiver Kontakte zu nazistischen Organisationen unterstützt worden. Die „Boots Brothers“ erhielten, ähnlich wie die Skingirlband „Froidenspender“, einen eigenen Musikraum in dem Jugendfreizeitheim „Villa“ im Rahmen eines AJA-Projekts in Delmenhorst (vgl. Schulze 2004, S. 128).⁴⁷

Rechtsextreme Jugendliche greifen verständlicherweise gerne auf Angebote wie Proberäume und musiktechnisches Know-How oder aber Computerkurse zurück, um sich entsprechende Fähigkeiten anzueignen. Problematisch ist dies insofern, als diese Fähigkeiten von den rechtsextremen Gruppen genutzt werden, um Aktivitäten durchzuführen, die über die Straßengewalt hinausgehend zum Beispiel eine effektivere Rekrutierung ermöglichen und somit zur Stärkung der rechtsextremen Szene beitragen.

Cliquenorientierung

Krafeld fordert die Akzeptanz rechtsextremer Cliques und beschreibt sie als einen Versuch Jugendlicher, „sich in einer Welt, in der sie sich ungeheuer vereinzelt fühlen, selbst soziale Zusammenhänge zu schaffen, sich in einer Welt, in der sie sich immer wieder unbeachtet fühlen, selbstbestimmt mit anderen zu organisieren, um sich bemerkbar zu machen, sich aktiver einmischen zu können und leichter etwas bewirken zu können.“ (vgl. Krafeld 1998, S. 47). Die „Wege“, „Mittel“ und „Handlungsmuster“ dazu hätten sie sich bei der Erwachsenengesellschaft abgeschaut und wären lediglich „jugendkulturell“ ausgeformt (vgl. Krafeld 2002, S. 210).

Martina Gaßebner und Mitarbeiter formulieren konkreter: „Der starke Gruppenzusammenhalt und die damit verbundenen Solidaritätserfahrungen und -erwartungen haben eine wichtige Bedeutung. Das sogenannte ‚Wir-Gruppen-Gefühl‘ wird nicht nur durch das für Skinheads typische martialische Erscheinungsbild hergestellt und stabilisiert, durch szenetypische Musik und Fanzines, sondern auch durch ge-

47 Die Raumeignung im Jugendfreizeitheim „Villa“ durch die rechtsextrem organisierten Skins hätte die Vertreibung von dort bisher aktiven politisch anders orientierten Jugendlichen zur Folge gehabt (ebd., S. 131). Das Delmenhorster Projekt ist Teil des Regionalverbundes des „Bremer Modells“.

meinsame Unternehmungen, wie z.B. den Besuch entsprechender Konzerte, durch einen hohen Alkoholkonsum ('Koma-Saufen'), klar definierte Feindesgruppen und auch durch gemeinsam verübte Straftaten.“ (Gaßebner et al. 2001, S. 132) Sie beschreibt „emotionale und soziale Gratifikationen“ dieser Cliquenzugehörigkeit (ebd., S. 134). Diese dürften jedoch nicht zu „romantischen Verklärungen“ dieser Cliques führen: „Die hohe Anzahl fremdenfeindlicher Gruppenstraftaten erhärtet die Vermutung, dass die Gruppe eine wichtige Schutzfunktion hat. In der Gruppe ist es leichter, andere zu provozieren, da massive negative Sanktionen kurzfristig nicht zu erwarten sind. Ferner können Täter bei Gruppenstraftaten im Rahmen der polizeilichen Ermittlungen nicht ohne weiteres ermittelt werden, da der Täter immer noch die Möglichkeit hat, sich in der Gruppe zu verstecken.“ (ebd.)

Hafeneger weist darauf hin, dass das allgemeine Bild der Clique als „progressiv, sozial, entwicklungsfördernd, emanzipatorisch“ bei rechten Cliques nicht angemessen sei. Er beschreibt eine Entwicklungsrichtung in diesen Cliques „hin zu einem manifesten, rigiden Ethnozentrismus“, der sich radikalieren und dauerhaft verfestigen könne (vgl. Hafeneger 2001, S. 18). Pädagogische Angebote stießen deshalb schnell an ihre Grenzen, wenn sie nicht in der Lage seien, neue Gleichaltrigenbeziehungen anzubieten und so neue Orientierungen zu ermöglichen (ebd., S. 240).

Aufschlussreich ist die Untersuchung von Lena Inowlocki. Sie zeigt, dass der Rechtsextremismus Jugendlicher wesentlich ein Gruppenphänomen ist. Rechtsextremismus als Gruppenphänomen werde auch dann wirksam, „wenn die eigene Zuordnung als Gruppenmitglied nicht nach formalen Kriterien des Beitritts in einen konstanten organisatorischen Zusammenhang erfolgt. Wird rechtsextreme Ideologie auch nur schlagwortartig vertreten, so geschieht dies stets im Bezug auf auch persönliche bekannte ältere Vorbilder oder Gleichaltrige, die einander 'als Gleichgesinnte erkennen' und mehr oder weniger spontane oder konstante Gruppen bilden.“ (Inowlocki 2000, S. 367) Sie kommt zu dem Ergebnis, dass Rekrutierung, wachsende Involvierung und Radikalisierung in rechtsextreme Gruppen durch symbolische Handlungen wirksam würden. Dies geschehe insbesondere über Behauptungen über „die deutsche Geschichte“. (ebd.) Sie beschreibt, wie rechtsextreme Jugendliche sich selbst und sich gegenseitig „in

ihre Überzeugungen 'hineinreden', berechnete Vertreter eines nationalistischen Geschichtsanspruchs und damit verbundener Größenvorstellungen zu sein. Durch rechtsextreme Gruppenrhetorik eignen sie sich 'die deutsche Geschichte' an. (...) Durch die Aneignung willkürlicher, systematischer Umdeutungen erscheint Gewalttätigkeit in der Gegenwart 'begründet' und notwendig, um sich durchzusetzen." (ebd.)

Anne Claire Groffman ging der Frage nach, wie rechtsorientierte Jugendcliquen entstehen. Sie verfolgte die Entwicklung einer „Jugendclique“ hin zur „Skinheadclique“ und kommt zu der Einschätzung, dass die Gruppe oder Clique einen zentralen Faktor bei der Verfestigung rechtsextremer Einstellungen darstellt (Groffmann 2001, S. 6). Bei der Entwicklung hin zur rechtsextremen Skinhead-Gruppe spiele die Aneignung „kultspezifischer Symbole und Rituale“ (ebd., S. 171) im Kreise Gleichgesinnter eine wesentliche Rolle. Während sich die inhaltlich-ideologische Bedeutungsebene in der entwickelnden Skinheadgruppe über die gesellschaftspolitischen Diskurse formiere, ginge die emotional-affektive Bedeutungsebene aus der Übernahme der für den „Skinheadkult“ zentralen Symbole und den szenetypischen Ritualen hervor (ebd., S. 172). So spiele beim Einstieg in die rechtsextreme Skinheadszenen vor allem die rechtsextreme Musik eine wichtige Rolle: „Die Interviews zeigen (...), dass die Jugendlichen häufig Musikzitate verwenden, um persönliche Erlebnisse und Gefühle zu schildern. Offensichtlich fühlen sich die Jugendlichen nicht nur von der Musik angesprochen, sondern sie lernen durch den vermehrten Musikkonsum die Umwelt neu zu sehen. Die Realitätskonstruktionen des Skinheadkultes und die Wahrnehmung der Umwelt der Jugendlichen werden durch die Aneignung des Kultes zunehmend deckungsgleich.“ (ebd., S. 158/159) Parallel zum steigenden Musikkonsum veränderten die Jugendlichen auch ihre Körper. So seien Springerstiefel beziehungsweise Doc-Martens-Schuhe, Lonsdale- oder Fred-Perry-Shirt und Glatze sehr verbreitet in der rechtsextremen Szene. Dabei folge die Aneignung dieser typischen „Symbole“ einer spezifischen Reihenfolge und zeige dadurch den Grad der Integration der jeweiligen Person in die Szene (ebd.). Am Anfang stünde der Erwerb des entsprechenden Schuhwerks, dann folgten andere Kleidungsstücke. Anschließend legten sich die Jugendlichen eine für die rechte Szene typische Frisur zu. Später kämen einschlägige Tattoos hinzu. Um sich für den Kampf fit

zu machen, sei des Weiteren der Besuch von Fitness-Studios zu beobachten (ebd., S. 160).

Als für die Gruppenentwicklung entscheidend beurteilt Groffmann die regelmäßigen Zusammenkünfte, durch die die „emotionale Bindung an den Kult ständig reproduziert wird“ (ebd., S. 175). Ritualisierte Interaktionen wie überregionale Treffen, Konzerte und „Glatzenparties“ dienen der Reproduktion des Gemeinschaftsgefühls der Szene. Tägliche Treffen, „Rasiersessions“ und Kneipengänge stärken den Zusammenhalt der lokalen Gruppen. Die Ausübung von Gewalt, besonders kollektiver Gewalt, reproduziere den Gruppenkodex, bei dem „männliche Helden“ im Mittelpunkt stünden (ebd., S. 180). Wenn die Möglichkeiten zu regelmäßigen Treffen geringer würden, nehme die emotionale Bindung gegenüber der Gruppe ab. In der Folge verliere die Gruppe ihre Radikalität und es komme zu Auflösungsprozessen (ebd., S. 174f.).

Sie berichtet, dass die untersuchten Jugendlichen in Einzelinterviews unterschiedliche politische Meinungen verträten und Gefühle äußerten. In der Clique hingegen komme es zu extremeren rechten Positionierungen: „Trifft man die Jugendlichen hingegen in der Gruppe an, so reduziert sich diese Vielfalt auf eine extreme Ausländerfeindlichkeit und eine zumindest ambivalente Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus.“ (ebd., S. 175)

Groffmann fasst ihre Ausführungen folgendermaßen zusammen: „Die Analyse der Rituale und Symbole zeigt, wie über Rituale ein spezifisches kollektives Bewusstsein entsteht, das die Jugendlichen durch ihre Beteiligung als ‘anderes Ich’ verinnerlichen.“ (ebd., S. 190)

Abschließend lässt sich festhalten, dass diese Einschätzungen zu rechtsextremen Cliquen die Annahme Krafelds bestätigen, dass in den Cliquen „wichtige Prozesse der Persönlichkeitsentwicklung und Identitätsentwicklung“ stattfinden (Krafeld 2002, S. 210). Wenn Krafeld die in rechtsextremen Cliquen stattfindenden „Selbstorganisations-, Alltags-, und Lebensbewältigungskompetenzen“ lediglich als „zentrale Elemente individueller Entfaltung“ qualifiziert (ebd., S. 211), muss dem jedoch entgegengehalten werden, dass er entscheidende Spezifika rechtsextremer Cliquen ausblendet. Krafelds Prämisse, nach der Grenzziehungen nicht „gängige, wesentliche oder gar zentrale Lebensäußerungen, Verhaltensstile oder Symbole oder Rituale der

jeweiligen Jugendszene abschneiden“ dürfen (Krafeld 1996, S. 28), erscheint mir kontraproduktiv, wenn das Ziel der Intervention ist, den Jugendlichen neue Perspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten zu eröffnen. Wenn ungestört ein rechtsextremer „Lifestyle“ mit entsprechenden Symbolen und Musik gelebt und verbreitet werden kann, dann wird nicht nur die Akzeptanz des einzelnen Jugendlichen, sondern ebenso die Akzeptanz eines rechtsextremen Weltbildes vermittelt.

Vernachlässigt werden darf auch nicht der gesellschaftspolitische Aspekt, dass entsprechende „Jugendcliquen“ ein wesentlicher Teil rechtsextremer Formierungen sind.⁴⁸ Dementsprechend müsste überlegt werden, inwiefern es verantwortbar ist, den Erhalt dieser Gruppierungen zu fordern.

Ausstiegshilfen

Schulze weist daraufhin, dass in dem AJA-Konzept keine Ausstiegshilfen vorgesehen sind (Schulze 2004, S. 146). Gezielte Ausstiegshilfen würden als Versuch der Manipulation und Belehrung zurückgewiesen. Die AJA wende sich gegen entsprechende Bemühungen, weil sie ihr Konzept mit den Prinzipien der Cliquenakzeptanz, Beziehungsarbeit und Einzelfallhilfe als die einzig wirksame und pädagogisch vertretbare Form von Aussteigerhilfe verstehe (ebd.). Diese Einschätzung hält er für wenig plausibel, da gerade in rechtsextremen Gruppen großer Druck auf potenzielle Aussteiger ausgeübt werde. Die Veränderung der politischen Einstellung und erst recht ein Ausstieg aus der Szene werde als Verrat begriffen und sei entsprechend schwer möglich (ebd., S. 147).

Die Defizitperspektive der AJA

Die Defizitperspektive der AJA lässt sich an folgendem Beispiel illustrieren: Als eine „autonome Skingruppe“ aus dem AJA-Projekt im Bür-

48 So nahmen betreute Gruppen aus Bremer AJA-Projekten an den Aktivitäten zum „Rudolf-Heß-Gedenktag“ teil und führten wiederholt gewalttätige Aktionen gegen missliebige Personen durch (vgl. Schulze 2004, S. 144 f.). Ein starker Anstieg rechtsextremer Aktivitäten im Bremer Umland fand unter der Federführung eines Jungkaders der JN (=Jugendorganisation der NPD) statt, der in einem der Bremer AJA-Projekte rekrutiert wurde (ebd., S. 155).

ger- und Sozialzentrum Huchting einen als Band-Übungsraum genutzten Nachbarraum besetzte und nach langen Auseinandersetzungen seine Nutzung absichern konnte, äußern die pädagogisch Verantwortlichen angesichts hochproblematischer Musiktexte, einer massiven Gewaltbereitschaft und politischer Verbindungen der Clique Zweifel bezüglich der Verantwortbarkeit dieser Raumeignung. Andererseits berichten sie von einem „positiven Überraschtsein über deren entwickelten Fähigkeiten zur Selbstorganisation“ (zit. n. Schulze 2004, S. 128). Wenn rechtsextreme Jugendliche „fast alles Menschen (sind; S. F.), die erschreckend selten gelernt haben, dass sich andere für sie interessieren, sie ernst nehmen, sich auf sie einlassen“ (Krafeld 2002, S. 208), ohne Fähigkeit zu „Reflexivität, Perspektivenwechsel und Empathie, der Fähigkeit, zwischen Verschiedenartigkeit und Verschiedenwertigkeit zu unterscheiden, der Fähigkeit, in uneindeutigen Situationen Handlungsfähigkeit zu entfalten“ (ebd., S. 211), dann wird nachvollziehbar, warum „Fähigkeiten zur Selbstorganisation“ ein positives Überraschtsein hervorrufen können.

Im Zuge eines derartigen Verständnisses des Rechtsextremismus wurden naiv gefährliche Aktivitätsangebote gemacht. So wurde kostenloses Kraftsporttraining als „Stärkung selbstbestimmter Cliquenprozesse und eigener Alltags- und Lebensbewältigungskompetenzen“ angeboten (Krafeld 1996, S. 74), ohne zu berücksichtigen, dass eine derartige Kompetenzerweiterung auch problematische Seiten haben kann.⁴⁹

49 Beispielsweise wurde im Stadtteil Findorff der „Torfsturmclique“ kostenloses Kraftsporttraining angeboten (vgl. Krafeld 1996, S. 73 f.). Schulze weist darauf hin, dass bei dieser Gruppe das Kraftsporttraining dann später in Kampfsporttraining überführt worden sei (Schulze 2004, S. 132). Das Kampfsporttraining wird von Krafeld nicht erwähnt. Diese „Clique“ habe später bei einem Ausflug des Projektes in den Heidepark Soltau unter der Leitung ihres „Kameradschaftsführers“ M. Privenau Passanten mit Fäusten und CS-Gas angegriffen und habe anschließend unbehelligt in ihrem gecharterten Reisebus zurück nach Bremen fahren können. Keiner der bekannten Täter sei zur Rechenschaft gezogen worden. Die Ereignisse seien, trotz der Dokumentation des gewalttätigen Übergriffs durch die Filmemacherin D. Gellert im Film „Torfsturm“, von der AJA weder dokumentiert noch bearbeitet worden (ebd., S. 135). Buderus weist darauf hin, dass an gewalttätigen Ausschreitungen in Bremen mehrfach betreute „Cliquen“ aus den Projekten beteiligt gewesen seien (Buderus 1998, S. 122).

Die Forderung nach Räumen und anderen Ressourcen für rechts-extreme Jugendliche wirkt überzeugender, beziehungsweise ist dann als sinnvolle pädagogische Maßnahme zu vertreten, wenn man seine Klienten defizitorientiert darstellt. Als alleingelassene Jugendliche, die nicht die Gelegenheit hatten, grundlegende soziale Fähigkeiten zu erwerben (vgl. Krafeld 2002, S. 208 ff.). Es erscheint legitimer, ja geradezu sozial, bei „auffälligen, Anstoß erregenden Jugendlichen“ (Krafeld 2002, S. 216) Akzeptanz zu fordern. Die Rede von „auffälligen, Anstoß erregenden Jugendlichen“ macht konnotativ Anleihen im Feld der „Akzeptierenden Sozialarbeit“ mit gesellschaftlichen Randgruppen und legt nahe, auch diesen Jugendlichen mit Geduld und Verständnis zu begegnen. Wenn der Rechtsextremismus bei Jugendlichen als „produktive Ohnmachtsbewältigung“ (Krafeld 2002, S. 202) verstanden wird, dann scheint „Parteilichkeit“ (ebd., S. 234) für diese Gruppierungen angebracht zu sein.

AJA – eine „Pädagogik der Unterdrückten“?

Krafeld macht in seiner Argumentation Anleihen bei Konzepten von Paulo Freires „Pädagogik der Unterdrückten“ und Augusto Boals „Theater der Unterdrückten“ (vgl. Krafeld 2002, S. 202 ff.). Er nimmt an, dass Jugendliche rechtsextreme Einstellungen im Zuge ihrer Sozialisation in Milieus, wo „Empfindungen kollektiv verletzter Würde durchgreifende Bedeutung haben“, erworben hätten und fordert Maßnahmen gegen die „Würdeverletzung“ als Strategie gegen Rechtsextremismus (ebd., S. 206). Der Bezug auf Paulo Freire ist insofern kurios, als Freire die Alphabetisierung und Befreiung unterdrückter Landarbeiter im Brasilien der 1970er Jahre anstrebte (vgl. Freire 1972). Befreiungspädagogische Konzepte verlieren in der Rezeption durch Krafeld ihre sozial- und herrschaftskritische Dimension. In gewisser Weise stellt er Freire von den Füßen auf den Kopf. Schließlich implizieren rechtsextremistische Positionen und Praxen massive Unterdrückungsverhältnisse.⁵⁰ Fragwürdig erscheint mir auch der Ver-

50 Wenn Krafeld mit Bezug auf Freire „dialogische Kommunikation“ bei „Unterschieden und Gegensätzen“ fordert und darunter die Auseinandersetzung von „rechtsextremistischen Jugendlichen“ mit „linken“ Sozialarbeitern versteht (vgl. Krafeld 2002, S. 204), wird er Freire nicht gerecht. Freire sagt sehr deutlich, „dass sich diese dialogische Begegnung nicht zwischen Gegnern abspielen kann“ (Freire 1972, S. 149). Freire entwickelte sein Konzept des Dialogs auf dem Hintergrund

such, die „Theorien der Befreiung“ als Instrument gegen eine Hinterfragung seiner undifferenzierten Darstellung rechtsextremistischer Jugendlicher als passive Opfer gesellschaftlicher Verhältnisse zu nutzen. In Anlehnung an Freires Modell der „Kultur des Schweigens“⁵¹ werden in seinen Ausführungen Kritiker einer Verharmlosung des Rechtsextremismus zur „Kultur der Besserwisser“, unfähig „im Umgang mit Jugendlichen, auch abweichendes und anstößiges Verhalten als Bewältigungsverhalten in oft sozial unübersichtlichen und selbstwertgefährdend erscheinenden Situationen zu begreifen“ (Krafeld 2002, S. 209).

4.1.2 *AJA in Ostdeutschland*

Nach dem Anschluss der DDR an die BRD kam es zu einem Zusammenbruch der ostdeutschen Jugendhilfestruktur. Bei der Implementierung einer neuen Jugendhilfe orientierte man sich an der westdeutschen Jugendhilfe mit dem Konzept der Offenen Jugendarbeit (vgl. Schulze 2004, S. 123). Die für dieses Konzept charakteristischen niedrigschwelligen Angebote mit dem Prinzip, für alle offen zu sein und insbesondere die in den AJA-Projekten praktizierten Vorgehensweisen hatten bezüglich der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus Jugendlicher aufgrund der spezifischen Bedingungen in Ostdeutschland vielfach fatale Wirkungen. Oftmals führten AJA-Projekte zu einer Stärkung rechter Szenen (vgl. Jilek 1998, S. 44).

von Überlegungen über die für eine Revolution notwendige solidarische Qualität von Interaktion revolutionärer „Führer“ mit dem „Volk“ (vgl. Freire 1972, S. 148 ff.). Er beschreibt das Verhältnis von „Dialog“ und „revolutionärer Aktion“ folgendermaßen: „Ich möchte noch einmal betonen, dass es keine Spaltung zwischen Dialog und revolutionärer Aktion gibt. Es handelt sich nicht um eine Stufe des Dialogs und um eine andere der Revolution. Im Gegenteil, der Dialog ist das innerste Wesen der revolutionären Aktion. In der Theorie dieser Aktion lenken die Akteure ihre Aktion intersubjektiv auf ein Objekt (nämlich die Wirklichkeit, durch die sie vermittelt werden) mit der Humanisierung des Menschen (die durch die Veränderung dieser Wirklichkeit erreicht werden soll) als ihrem Ziel.“ (ebd., S. 156)

51 Freire betrachtet die „Kultur des Schweigens“ als ein wesentliches Hindernis für die Befreiung der Unterdrückten (vgl. Lange 1972, S. 9 ff.).

*AJA in Leipzig*⁵²

Der von Jilek untersuchte „Jugendtreff X“ hat ein Stammpublikum von ungefähr 100 Jugendlichen aus der rechtsextremen Szene, die zwischen 14 und 25 Jahre alt sind (Jilek 1998, S. 117). Das Ziel des dortigen AJA-Projekts sei es, bei den Jugendlichen die Hemmschwelle bei der Gewaltausübung zu erhöhen, tolerantes Verhalten zu fördern und den Jugendlichen bei der Integration in die Gesellschaft zu helfen. Eine Auseinandersetzung mit ihren rechtsextremen Denkmustern würde nicht als Ziel benannt. Jilek stellt eine Defizitperspektive auf die Jugendlichen in dem Projekt fest. Sie illustriert dies mit einem Zitat des Leiters der Einrichtung: „Es geht los mit Wohnungsproblemen, Lehrstellenproblemen, Arbeitsstellenproblemen, dort zu helfen kann auch dazu beitragen, die persönlichen Ursachen für Rechtssein zu beseitigen, indem die sozialen Probleme gelöst werden und wir hatten schon Fälle, wo Jugendliche weggeblieben sind, als ihre Probleme mit ein bißchen Unterstützung und Anschub gelöst waren, sie eine Lehrstelle hatten z.B., weil's ihnen dann hier zu rechts war.“ (ebd., S. 118)

Bei einer Befragung der MitarbeiterInnen der Einrichtung stellte sie fest, dass nur ein kleiner Teil der dort professionell Tätigen eine sozialpädagogische Ausbildung absolviert hatte. Die Mehrzahl der dort beschäftigten Sozialpädagogen sei nicht in der Lage, rechtsextreme Symbole und Handlungen als solche zu identifizieren oder die Politik rechtsextremer Organisationen und Parteien einzuordnen (ebd., S. 88 ff.).

52 Leipzig ist eine der wenigen Städte über die eine unabhängige empirische Untersuchung vorliegt. Grit Jilek (1998) untersuchte mehrere offene Jugendtreffs in Leipzig hinsichtlich ihrer Bedeutung für rechtsextreme Hegemoniebestrebungen. Im Folgenden werde ich mich auf den „Jugendtreffpunkt X in der Jugendeinrichtung S in Leipzig-West“ beziehen, in dem mit einem cliquenorientierten und akzeptierenden Konzept gearbeitet wird. Jilek betrachtet die Ergebnisse ihrer Studie in Leipzig nicht als „Extrembeispiel“ sondern als Ausdruck einer weit verbreiteten Praxis: „Der Anspruch des Konzepts der Offenen Jugendarbeit, generelle Ausgrenzung von Jugendlichen zu verhindern und deren Integration in die Gesellschaft zu fördern, trifft in den neuen Bundesländern beinahe ausschließlich für rechtsextrem orientierte Jugendliche zu und findet auf Kosten anderer Jugendlicher, aber vornehmlich derjenigen statt, die sich von rechtsextrem orientierten Jugendlichen distanzier(t)en.“ (Jilek 1998, S. 45) Buderus dokumentiert in seiner Studie über ein Projekt in Hoyerswerda ähnliche Ergebnisse (vgl. Buderus 1998, S. 124 ff.).

Jilek fand eine starke Hierarchie innerhalb des Publikums des Jugendtreffs. Eine kleine Gruppe von fünf der älteren Nutzern bestimme das Geschehen in der Einrichtung. Die jüngeren Jugendlichen orientierten sich an dieser Gruppe. Im Jugendtreff komme es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Altersgruppen der Besucher. Zum Publikum des Jugendtreffs gehörten auch NPD-Kader des Landesvorstandes (ebd., S. 118 f.).

Bezüglich des Hegemoniestrebens der rechten Szene berichtet Jilek von einem im selben Gebäude untergebrachten „Jugendtreff R“, dessen Publikum sich entscheidend durch den sich etablierenden rechten „Jugendtreff X“ verändert habe. Waren die Besucher des „Jugendtreffs R“ zunächst „normale“ Jugendliche, seien die Nutzer dieses Clubs nach ungefähr einem Jahr ausschließlich rechte Skinheads gewesen (ebd.).

Im akzeptierenden „Jugendtreff X“ probten die rechtsextremen Bands „Odessa“, „Sturmtrupp“, „Stahleehmer“, „Reichssturm“, „Stroifoier“ und weitere neugegründete Bands. Die dortigen Proberäume seien den Bands in Selbstverwaltung zur Verfügung gestellt worden (ebd., S. 122).

Jilek berichtet von gewalttätigen Übergriffen durch die Jugendlichen der Einrichtung (ebd., S. 121). Der Staatsschutz gehe davon aus, dass die MitarbeiterInnen in einzelnen Fällen über diesbezügliche Informationen verfügten. Die MitarbeiterInnen hielten aber weiterhin an ihrer „Schutzfunktion“ gegenüber den Jugendlichen fest (ebd., S. 126).

Schulze geht davon aus, dass es sich bei dem in Jileks Untersuchung anonymisierten „Jugendtreff X“ um das AJA-Projekt „Kirschberghaus“ in Leibzig-Grünau handle (vgl. Schulze 2004, S. 124). Seine Recherchen zu diesem Projekt liefern weitere Anhaltspunkte für ein kaum vorhandenes Problembewusstsein der dortigen AJA-MitarbeiterInnen. Er berichtet von einem für die Jugendlichen besonders attraktiven „Erlebnisangebot“. Die Mitarbeiter des Projekts hätten Anfang 1998 einen Tagesausflug nach München zu der von rechtsextremen Organisationen und Parteien getragenen Demonstration gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ für die Jugendlichen organisiert. Sie hätten dazu einen Bus gemietet und die Fahrt begleitet (ebd., S. 138). Weiter berichtet er von rechtsextremen Formierungen im

Kontext des Projekts. So würden NPD-Kader offensiv Jugendliche rekrutieren. Ein Großteil der Jugendlichen des Projekts nehme an Kameradschaftsabenden teil. Aus der Einrichtung heraus würden Aktionen wie der „Rudolf-Heß-Marsch“ vorbereitet. Mit dem überregional bekannten NPD-Haus in Wurzen bestünden enge Verbindungen. Bei der Wahlkampf-Abschluss-Demonstration der NPD in Rostock am 19. September 1998 fungierten mehrere Projektteilnehmer als Ordner (ebd., S. 145 f.).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass im Leipziger AJA-Projekt noch ausgeprägter die in den Bremer Projekten bereits geschilderten problematischen Aspekte und Entwicklungen zu beobachten sind. Dem Projekt in Leipzig ist es offensichtlich nicht gelungen, die rechtsextremen Jugendlichen positiv zu beeinflussen. Insbesondere das geringe gesellschaftspolitische Problembewusstsein der im Leipziger Projekt Tätigen erscheint mir problematisch. Ohne entsprechendes Wissen über die politischen Orientierungen und Ausdrucksformen ihres Klientels ist eine professionelle Arbeit kaum vorstellbar.

4.1.3 *Bilanzierende Einschätzung der Akzeptierenden Jugendarbeit*

Die „Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen“ (Krafeld 1996) entstand in Anlehnung an Konzepte der „Akzeptierenden Sozialarbeit“, die entwickelt wurden im Umgang mit der offenen Drogenszene⁵³ angesichts einer stärker werdenden Repression gegen diese in den 1970/1980er Jahren. Man versuchte, einen Zugang zu dieser gesellschaftlich ausgegrenzten Klientel zu finden. Dies gelang, indem deren Verhalten zunächst akzeptiert wurde, um durch eine Stabilisierung und durch eine entsprechende pädagogische Einflussnahme den Ausstieg aus der offenen Drogenszene zu ermöglichen und sie an-

53 Schulze schreibt bezüglich der begrifflichen Anlehnung an die Drogenarbeit: „Sofern das Bild von der Sucht und der Abhängigkeit in der AJA gegenüber den rechtsextrem orientierten Jugendlichen ernst gemeint ist, erklärt sich auch die chronische Entpolitisierung ihrer Einstellungen sowie die latente Beschönigung ihres Verhaltens durch die AJA-MitarbeiterInnen. Diese Struktur wäre dann erklärbar über die Psychodynamik innerhalb des Suchtkontextes zwischen Klient und AJA-MitarbeiterIn. Die AJA-MitarbeiterInnen sollten sich dann mit der Frage der Co-Abhängigkeit auseinandersetzen, um die entstandenen gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnisse erkennen und bearbeiten zu können.“ (Schulze 2004, S. 94 f.)

schließlich wieder in die gesellschaftliche Normalität zu integrieren (vgl. D-A-S-H 2004, S. 5).

Problematisch ist die Übertragung dieses Konzepts auf rechtsextreme Jugendliche insofern, weil diese nicht mit der isolierten Randgruppe einer offenen Drogenszene zu vergleichen sind. Die „Akzeptierende Drogenarbeit“ bearbeitet bei Drogenabhängigen die Problematik der Sucht. Die Sucht entzieht sich weitgehend der Kontrolle der betroffenen Person und schädigt vor allem sie selbst. Rechtsextreme Jugendliche hingegen erheben den Anspruch, ihre Vorstellungen für alle verbindlich zu machen und hoffen auf Zuspruch in Politik und Mehrheitsgesellschaft. Es sind nicht überwiegend marginalisierte Jugendliche, die rechtsextreme Einstellungen aufweisen (vgl. Kapitel 3.2.1). Wenn sie gewaltsam ihre Ordnungsvorstellungen durchsetzen, ist „Akzeptanz“ das falsche Signal.

Zentral für Konzepte und Projekte der AJA erscheint mir eine Defizitperspektive auf Jugendliche mit rechtsextremer politischer Orientierung zu sein. Benno Hafenecker beschreibt die Perspektive der AJA auf Jugendliche mit rechtsextremer Orientierung folgendermaßen: „Offensichtlich liegen jugendtypische Verfehlungen vor; unverschuldet, so scheint es, wurden diese Jugendlichen von der Gesellschaft in ihre Lage gedrängt. Zudem wird ihr Handeln als lediglich symbolisches legitimiert, als Stärkung von Selbstwertgefühlen, ohne rechtsradikalen Hintergrund und ernste Gefahr. Sie können so diese Sichtweise, die Folgen ihres Handelns nicht übersehen, begehen allenfalls Dummheiten, sind unpolitische, harmlose Krawallmacher, die lediglich umsetzen, was andere propagieren.“ (Hafenecker 1993, S. 123)

Rechtsextreme Jugendliche sind jedoch wie andere Jugendliche auch als bewusst und absichtlich handelnde Personen ernst zu nehmen. Stattdessen werden den rechtsextremen Jugendlichen jedoch mildernde Umstände zugesprochen. Die Strategie des Verstehens, die die Eigenverantwortlichkeit der Jugendlichen weitgehend ausklammert, ist nicht nur pädagogisch unangemessen. Angesichts des Ausmaßes rechtsextrem motivierter gewalttätiger Übergriffe, zeugt die Vorgehensweise der AJA-Vertreter von einer enormen Distanz zu den realen und potenziellen Opfern ihrer Klientel. In diesem Zusammenhang den pädagogischen Grundsatz hochzuhalten, die Probleme in den Mittelpunkt zu stellen, die die Jugendlichen haben und nicht die,

die sie machen, muss für die Opfer rechter Gewalt wie blanker Hohn erscheinen.

Fazit

Es ist notwendig, politisch rechts orientierte Jugendliche positiv zu beeinflussen. Wenig hilfreich ist es jedoch, wenn man die politische Dimension dabei ausblendet und ihr Täter-Sein nicht benennt und sie stattdessen als Opfer widriger Umstände darstellt.

Eine angebliche größere Wirksamkeit der AJA gegenüber anderen Modellen von Jugendarbeit konnte von ihren Vertretern nicht belegt werden. Die Berichte über AJA-Projekte scheinen eher dafür zu sprechen, dass unter dem Motto der „Akzeptanz“ rechtsextremistische Aktivitäten geduldet, zum Teil sogar unterstützt wurden. Insbesondere wird eine Stabilisierung und vergrößerte Durchsetzungskompetenz rechtsextremer Cliques in Kauf genommen. Die Grenzen für eine akzeptierende Arbeit scheinen nicht konsequent beachtet und durchgesetzt worden zu sein. Die Verweigerung einer Außenkontrolle der Projekte in Verbindung mit bekannt gewordenen Fällen der Entpolitisierung und Verharmlosung rechtsextremer Einstellungen und Handlungen in der Praxis der AJA lassen Skepsis bezüglich der Verantwortbarkeit entsprechender Projekte angebracht erscheinen. Die Implikationen des Begriffs der „Akzeptanz“ sind problematisch angesichts einer fehlenden Auseinandersetzung mit den politischen Orientierungen und dem gewalttätigen Engagement der Jugendlichen.

Die Attraktivität von zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten und anderen Ressourcen kann vielleicht zu einer gewissen Befriedung rechtsextremer Gruppen, die den Verlust dieser Zuwendungen bei massiven Gewalttaten fürchten, beitragen. Von einem „offensiven Konzept gegen Rechtsextremismus“ (Krafeld 2002, S. 187) kann aber wohl kaum gesprochen werden.

4.2 Politische Bildungsarbeit nach A. Scherr

Albert Scherr konstatiert eine Verfestigung und Ausbreitung politisch rechter Orientierungen unter Jugendlichen. Die Hoffnung, dass sich das Problem des Rechtsextremismus nach dem gesellschaftlichen Umbruch Anfang der 1990er Jahre allmählich wie von selbst erledigen

werde, habe sich nicht erfüllt. Die Interpretation rechter Tendenzen als ein jugendtypisches Protestverhalten habe sich als Irrtum erwiesen (vgl. Scherr 2001, S. 5). Rückblickend auf die 1990er Jahre stellt er fest: „Vor dem Hintergrund einer entpolitizierenden Betrachtung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus als sozialpädagogisch lösbares Problem mit einer kleinen Minderheit randständiger und orientierungsloser Jugendlicher wurde die Entwicklung wirksamer Maßnahmen gegen rechtsextreme und fremdenfeindliche Tendenzen nicht ausreichend vorangetrieben.“ (ebd., S. 5 f.) An gängigen Präventions- und Interventionskonzepten kritisiert er, dass sie vor allem kurzfristig im Sinne einer Schadensbegrenzung ausgerichtet seien. Unverzichtbar wären aber mittel- und langfristig angelegte Maßnahmen, die sich gegen eine Normalisierung und Verfestigung rechtsextremer Tendenzen richteten (ebd., S. 6).

Scherr diskutiert die Möglichkeiten und Grenzen einer Pädagogik gegen Rechtsextremismus und kommt zu folgender Einschätzung: „Zweifelloos verfügen schulische Pädagogik, Jugendarbeit und Sozialarbeit zwar nicht über Rezepte, deren Anwendung garantiert, dass Rechtsextremisten umgehend in bekennende Multikulturalisten und Demokraten verwandelt werden. Auch können Pädagogen niemand davon abhalten Straftaten zu begehen und gewalttätig zu werden. Pädagogik kann aber einen relevanten Beitrag dazu leisten, dass der für die Herausbildung einer tatsächlich- und nicht nur rhetorisch-ausländerfreundlichen Einwanderungsgesellschaft, in der Migranten als Mitbürger anerkannt werden, unverzichtbare gesellschaftliche Lernprozess vorangetrieben wird.“ (ebd., S. 8)

Der konkrete Beitrag der Pädagogik könne darin bestehen, „den ideologischen Krisendeutungen und menschenverachtenden Problemlösungsmodellen der Neuen Rechten an demokratischen und menschenrechtlichen Prinzipien ausgerichtete Sozialisations-, Lern- und Bildungsangebote entgegenzusetzen, die auch solche Jugendliche und Erwachsene erreichen, die Einwanderer als bedrohliche Fremde wahrnehmen (...)“ (ebd.) Entsprechende pädagogische Konzepte und Modelle seien verfügbar. Eine zu geringe politische und finanzielle Unterstützung verhindere aber ihre praktische Umsetzung. Es fehle des Weiteren an einer speziellen Qualifizierung von Pädagogen für die Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen (ebd.).

Klärung des pädagogischen Selbstverständnisses

Scherr hält Klärungsprozesse bezüglich des pädagogischen Selbstverständnisses im Hinblick auf eine verantwortungsbewusste Strategie gegen Rechtsextremismus für unverzichtbar. Angesichts eines politischen und medialen Diskurses, in dem die Aufgaben von Schulen und Hochschulen vorrangig von den Anforderungen des Arbeitsmarktes bestimmt würden und sich die Aufgaben der Jugendarbeit primär in Bezug auf die Betreuung sozial Benachteiligter und auffälliger Jugendlicher beschränke, gerate die Notwendigkeit aus dem Blick, Kinder und Jugendliche für das Leben in einer demokratischen Gesellschaft zu qualifizieren (ebd., S. 10).

Es gehe in der öffentlichen Diskussion vor allem um die Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sowie die Drogen-, Gewalt- und Kriminalprävention. Hintergrund sei die Beobachtung, dass Kinder und Jugendliche überdurchschnittlich von relativer Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen seien. Damit verbinde sich der Verdacht, dass benachteiligte Lebenslagen selbst- und fremdgefährdende Handlungsweisen nahelegten und auch aggressives Verhalten gegen diejenigen hervorriefen, die als vermeintlich Schuldige an der eigenen Lage ausgemacht werden. Eine weit verbreitete Defizitperspektive auf den Rechtsextremismus habe sich entwickelt mit einer pädagogischen Praxis, in der „antirassistische Erziehung“, „interkulturelles Lernen“ etc. Spezialthemen seien, mit denen sich an Schulen, Hochschulen und in der Jugendarbeit nur wenige Spezialisten und ausgewählte Projekte beschäftigten (ebd.).

Scherr fordert die Randständigkeit pädagogischer Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Rassismus in Richtung auf eine breitere Verankerung entsprechender Konzepte und Modelle im Rahmen der Erziehungs- und Bildungsinstitutionen zu überwinden (ebd., S. 10 f.). Er versteht politische Bildungsarbeit⁵⁴ nicht als einen eigenständigen Teilbereich der Pädagogik, sondern als einen „gemeinsame(n) Kernauftrag, eine Querschnittsaufgabe aller Teilbereiche der schulischen und außerschulischen Pädagogik, also des schulischen Unterrichts

54 Scherr verwendet einen weitgefassten Bildungsbegriff. Er versteht unter Bildung alle Formen, „in denen Einzelnen oder sozialen Gruppen Möglichkeiten aufgezeigt werden, ihre eigene Lebenssituation und die gesellschaftlichen Verhältnisse angemessen zu begreifen“ (ebd., S. 29).

ebenso wie der außerschulischen Jugendarbeit, Jugendkulturarbeit, Jugendbildungsarbeit und Jugendsozialarbeit“ (ebd., S. 8 f.).

Scherr hält es für notwendig, dass Pädagogen, die sich mit Rechts-Extremismus bei Jugendlichen auseinandersetzen, auf der Grundlage „reflektierter und gefestigter politischer und moralischer Orientierungen“ handeln (ebd., S. 13). Als ethischen Grundsatz für eine „Pädagogik gegen Diskriminierung“ zitiert Scherr aus dem Ethikcode der Nord-amerikanischen Assoziation der Sozialarbeiter: „Der/die SozialarbeiterIn (und der/die LehrerIn, A. S.) sollte mit seinen/ihren Handlungen jegliche Diskriminierung von Personen oder Gruppen aufgrund von Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, sexueller Orientierung, Alter, Religion, nationaler Herkunft, Familienstand, politischer Überzeugung, geistiger oder körperlicher Behinderung oder einer anderen Orientierung oder eines Merkmals seiner Person, seines Zustands oder seines Status verhindern oder beseitigen.“ (ebd., S. 14)

Vorurteile und strukturelle Benachteiligung

Scherr beschreibt, wie diejenigen zu Objekten von Vorurteilen, Feindbildern und Gewalt werden, denen die Position ökonomisch und rechtlich benachteiligter Außenseiter zugewiesen wird. Folgen von beziehungsweise Reaktionen auf Randständigkeit und Benachteiligung würden zu biologischen, kulturellen oder charakterlichen Wesensmerkmalen der diskriminierten Gruppen erklärt. Ihre Benachteiligung stelle sich wiederum als Folge der zugeschriebenen Eigenschaften dar. Vorurteile fänden somit immer wieder ihre Bestätigung in entsprechenden Beobachtungen. Zugleich befänden sich die vom Vorurteil betroffenen Gruppen in einer Position, die es ihnen kaum ermögliche, entsprechende Stigmata abzuwehren (ebd., S. 14).

Er geht davon aus, dass eine Pädagogik, die diese Zusammenhänge von struktureller Benachteiligung und manifester Diskriminierung durchschaubar macht, in ein „diskussionsbedürftiges Spannungsverhältnis“ zu einer nationalstaatlichen Politik gerate, die auf eine rechtsstaatlich legitimierte Ungleichbehandlung von Migranten nicht verzichte (ebd., S. 14 f.).

Ganz normale Jugendliche

Scherr kritisiert folgendes Konzept des Rechtsextremismus: „Von der überwiegenden Mehrheit der vermeintlich ausländerfreundlichen und demokratisch gesinnten Bürger wird eine Minderheit von ‘Neonazis’, ‘gewaltbereiten Skinheads’, oder gar ‘Horden von Skinheads’ unterschieden, deren Überzeugungen letztlich als irrational gelten und als quasi pathologischer Ausdruck ihrer Persönlichkeitsstruktur beziehungsweise als Folge ihrer benachteiligten Lebenssituation wahrgenommen werden.“ (ebd., S. 17) Zahlreiche sozialwissenschaftliche Untersuchungen belegten hingegen, dass sich rechtsextreme Orientierungen in allen Schichten der Bevölkerung nachweisen ließen. Diese Studien zeigten fließende Übergänge zwischen einer gesellschaftlich weit verbreiteten Fremdenfeindlichkeit, den Formen des subkulturellen und organisierten Rechtsextremismus sowie der Gewalt gegen Migranten und Minderheiten (ebd., S. 18 ff.). Eine Fixierung auf die extremen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus mit „kurzfristigen Wellen der Empörung“ betrachtet er als Teil des Problems: „Denn sie lenken von der Notwendigkeit einer langfristig anzulegenden Auseinandersetzung mit nationalistischen und fremdenfeindlichen Tendenzen ab, die keineswegs nur bei einer kleinen Minderheit radikalisierter Rechtsextremisten aufzufinden sind.“ (ebd., S. 20)

Themen der „Rechten“ und Themen der „Mitte“

Scherr erklärt die Attraktivität rechtspopulistischer und rechtsextremer Ideologien damit, dass sie auf komplexe Fragen wie „Globalisierung“, „Einwanderungsgesellschaft“ und „multikulturelle Gesellschaft“ mit einfachen Antworten reagierten, die mit dem Versprechen einhergingen, die Eigeninteressen der Staatsbürger entschieden in den Vordergrund zu stellen (ebd., S. 21). Er betont jedoch, dass entsprechende Fragen nicht nur zwischen der extremen Rechten und der „demokratischen Mitte“ umstritten seien. Auch zwischen den demokratischen Parteien würden diese Themen kontrovers diskutiert. Beispiele seien der Konflikt um das Asylrecht, die Regulation der Arbeitskräftemigration oder die Frage, ob Deutschland eine multikulturelle Gesellschaft sei oder dazu werden sollte (ebd.). Diese Auseinandersetzungen deuteten daraufhin, dass es unangemessen sei rechtspopulistische und rechtsextreme Positionen von vornherein als irrational anzusehen und ihre

Vertreter mit Etiketten wie „die Irren“ oder „der rechte Mob“ zu pathologisieren. Mit einer derartigen Einordnung des Phänomens entziehe man sich einer notwendigen politischen Auseinandersetzung. Scherr geht davon aus, dass auch diese Positionen ernstzunehmende politische Überzeugungen sind. Eine politische Auseinandersetzung sei somit unverzichtbar: „Strategien gegen Rechtsextremismus stellen sich so betrachtet die Aufgabe, alle Bürger vom Sinn demokratischer und menschenrechtlich verantwortbarer Problemlösungen zu überzeugen und zu einer gelassenen und differenzierten Auseinandersetzung mit Krisen und Konflikten zu befähigen.“ (ebd.) Die Bekämpfung des Rechtsextremismus könne somit nicht der Polizei und dem Strafrecht überlassen werden. Politiker, Journalisten, aber auch Pädagogen hätten zu einer „Willensbildung“ beizutragen, die nationalistischen und rassistischen Kalkülen keinen Vorrang vor menschenrechtlichen Grundsätzen einräume. Der Beitrag professioneller Pädagogik zur Bekämpfung des Rechtsextremismus sei zwar begrenzt⁵⁵, aber die vorhandenen Möglichkeiten der schulischen und außerschulischen Pädagogik seien bislang kaum genutzt worden (ebd., S. 22).

Rechtsextremismus als Lern- und Bildungsproblematik

Scherr geht davon aus, dass gesellschaftsstrukturelle Entwicklungen und soziale Lebensbedingungen nicht unmittelbar festlegen, wie Menschen auf sie reagieren. Ähnliche Erfahrungen könnten zu interindividuell unterschiedlichen Reaktionen führen. Entscheidend sei, „welche Interpretationsmöglichkeiten, welche Wahrnehmungs-, Deutungs-, Bewertungs- und Handlungsmuster“ gesellschaftlich zugänglich seien. Auf der Grundlage entsprechender „Landkarten der Bedeutung“ orientierten sich Individuen in ihrem Alltagsleben und interpretierten persönliche Erfahrungen und politische Ereignisse (ebd., S. 27).

Als Beispiel führt er folgende rechtsextreme Formel an: „Ausländer nehmen uns Deutschen die Arbeitsplätze weg!“ Darin enthalten sei ein Deutungsangebot für eigene Schwierigkeiten auf dem Lehrstellen-

55 So könnten mit den Mitteln der Pädagogik kaum rechtliche und ökonomische Benachteiligungen bestimmter Menschengruppen beseitigt werden. Pädagogen seien nicht in der Lage Politikern und Journalisten Sprachregelungen vorzuschreiben, die diskriminierende Äußerungen verhindern könnten. Auch seien biographisch verfestigte Charakterstrukturen durch Erziehung nur sehr begrenzt beeinflussbar (ebd., S. 25 f.).

und Arbeitsmarkt. Sie biete deutschen Staatsangehörigen an, sich als Mitglieder einer von Ausländern unterschiedenen Eigengruppe wahrzunehmen. Sie suggeriere, dass Deutsche bei Vergabe von Arbeitsplätzen bevorzugt beziehungsweise nicht benachteiligt werden dürften. Sie blende ökonomische Ursachen von Arbeitslosigkeit und mögliche Qualifikationsdefizite von Arbeitssuchenden aus und rücke Ausländer als vermeintliche Ursache eigener Probleme in den Blick. Diese Formel enthalte somit eine negative Bewertung von Arbeitsmigranten als bedrohliche Konkurrenten und lege ausgrenzende Handlungsmuster als scheinbare Lösung von Problemen nahe (ebd.).

Auf diesem Hintergrund formuliert Scherr: „Zentraler Bezugspunkt und Interventionsort pädagogischen Handelns sind die Prozesse, in denen Jugendliche und Erwachsene sich in Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen – in ihren sozialen Milieus und den Massenmedien zirkulierenden – Deutungsangeboten bestimmte Wahrnehmungs-, Deutungs-, Bewertungs- und Handlungsmuster als ihnen begründet und plausibel erscheinende Sichtweisen aneignen, die es ihnen erlauben, für sie bedeutsame gesellschaftliche Sachverhalte und Entwicklungen zu verstehen.“ (ebd., S. 28)

Wichtig sei es, quantitativ ausreichende und konzeptionell angemessene Gegengewichte zu den Bemühungen des organisierten und subkulturellen Rechtsextremismus zu schaffen, Einfluss auf die Sozialisations- und Bildungsprozesse von Jugendlichen zu nehmen. Dies setze voraus, dass pädagogisch verantwortete und attraktive Sozialisations- und Bildungsorte für viele Jugendliche zugänglich seien (ebd., S. 29).

Ansatzpunkte pädagogischer Interventionen

Da für diejenigen, die rechtsextreme Deutungsmuster übernommen hätten, diese höchst plausibel und auch moralisch geboten erschienen, genüge es nicht, Informationen und Argumente gegen Vorurteile und Feindbilder zugänglich zu machen. Erforderlich sei eine intensive Auseinandersetzung mit den jeweiligen Sichtweisen. Das auch bei rechten Orientierungen zugrundeliegende Bedürfnis, die Welt zu verstehen, sei ernstzunehmen und stelle einen Ansatzpunkt für die Entwicklung alternativer Verstehens- und Handlungsmöglichkeiten dar (ebd., 28).

Scherr macht verschiedene Vorschläge, wie eine solche Bildungsarbeit aussehen könnte. Grundsätzlich gehe es darum, sich mit gesellschaftlich weit verbreiteten Vorurteilen und Feindbildern auseinanderzusetzen, die die jeweiligen Adressaten einer Bildungsmaßnahme vorfinden, aufgreifen, verwenden und radikalisieren könnten (ebd., S. 31). Dabei sollte eine Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus sich von der Fixierung auf bestimmte didaktische und methodische Arrangements befreien und sich mehr der Frage widmen, welche Formen der Auseinandersetzung von der jeweiligen Zielgruppe als akzeptables und interessantes Lernangebot empfunden werden (ebd., S. 30).

Pädagogische Konzepte dürften generell nicht als Belehrung Unwissender konzipiert werden. Wenn Jugendliche als Objekte pädagogischen Handelns angesprochen würden, seien Lernwiderstände als Strategie der Selbstbehauptung wahrscheinlich. Jugendliche wehrten sich wenn sie sich illegitimen Versuchen der Beeinflussung ausgesetzt sähen. Scherr spricht von einer dann zu erwartenden „Konfrontationsfalle“ (ebd., S. 34).

Ebenfalls hinderlich bei der gemeinsamen Erarbeitung alternativer Deutungsmuster seien moralisierende Äußerungen von Pädagogen, die ebenfalls Lernwiderstände auslösten. Auch müsse darauf geachtet werden, den Themenkomplex Rechtsextremismus als einen von der Person der Jugendlichen unterschiedenen Lerngegenstand anzubieten. Dies bedeute, nicht die vermuteten oder tatsächlichen Einstellungen der Adressaten in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen, sondern diese anzuregen, sich mit problematischen gesellschaftlich weit verbreiteten Positionen auseinander zu setzen (ebd., S. 35 f.).

Scherr beschreibt verschiedene pädagogische Vorgehensweisen gegen Rechtsextremismus. Im Rahmen schulischen Lernens könnte eine Immunisierung gegen Rechtsextremismus über die Entwicklung einer demokratischen Schulkultur erfolgen, die sich gegen Tendenzen einer Spaltung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer, Integrierte und Außenseiter richte (ebd., S. 37). Bei der Thematisierung des Rechtsextremismus als direktem Lerngegenstand empfiehlt Scherr fächerübergreifende Projekte und eine historisch orientierte Bildungsarbeit (ebd.). Interkulturelles Lernen sei notwendig, um Schüler auf das Leben in der Einwanderungsgesellschaft vorzubereiten (ebd.,

S. 38). Da viele Feindbilder über Massenmedien transportiert würden, seien Text- und Filmanalysen hilfreich, um Prozesse der Vorurteilsproduktion durchschaubar zu machen (ebd., S. 39).

Ein nicht zu vernachlässigendes Problem schulischer Lernarrangements gegen Rechtsextremismus sieht er darin, dass gerade bei weniger erfolgreichen Schülern Lernen in diesem Kontext als Zwang erlebt werde. Generelle Haltungen der Abwehr und Distanz gegenüber schulischem Lernen wirkten sich auch auf die Auseinandersetzung mit der Thematik Rechtsextremismus aus. Scherr empfiehlt deshalb Lernarrangements zu schaffen, die möglichst wenig an schulische Zwänge und Bedingungen erinnerten. Insbesondere angenehme räumliche und zeitliche Settings, eine freundliche Atmosphäre und Pädagogen, die den Jugendlichen glaubwürdig als Personen gegenübertraten, seien als wichtige Faktoren produktiver Auseinandersetzungen zu berücksichtigen (ebd., S. 40 f.).

Er sieht entsprechende Voraussetzungen in Einrichtungen der außerschulischen Jugendbildung gegeben. Auch könnte auf ein umfangreiches Methodenrepertoire der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung für eine entsprechende Gestaltung von Veranstaltungen zurückgegriffen werden (ebd., S. 41).

Scherr empfiehlt Kooperationsprojekte zwischen Schulen, Betrieben und der außerschulischen Jugendbildungsarbeit. Die Einrichtungen und Lehrkräfte der außerschulischen Jugendbildung würden nicht so stark mit den Zwängen schulischen Lernens in Verbindung gebracht. Auch verschafften entsprechende Kooperationen Jugendlichen Zugang zu Bildungsangeboten, die sie sonst nicht wahrnehmen könnten (ebd., S. 41 f.).

Grenzen der Bildungsarbeit

Scherr sieht die Grenzen entsprechender Bildungsarbeit dort, „wo Jugendliche und Erwachsene ihre persönliche und soziale Identität aus der Zugehörigkeit zu rechten Szenen, Cliques, Gruppierungen und Organisationen gewinnen, sich als Angehörige einer Sub- und Gegenkultur bewusst und absichtsvoll gegen die demokratische Mehrheitsgesellschaft und ihre Repräsentanten abgrenzen“ (ebd., S. 43). Bei Jugendlichen mit verfestigten rechtsextremen Überzeugungen stünden alternative pädagogische Interventionskonzepte zur Verfügung.

So könnten Konflikt- und Streitschlichterprogramme zu einer gewaltfreien Bearbeitung von Konflikten beitragen, wenn die Konfliktparteien den Versuchen der Konfliktschlichtung durch neutrale Dritte zustimmen (ebd.).

Aufsuchende und akzeptierende Formen der Intervention könnten einen Zugang zu rechtsextremen Jugendlichen ermöglichen. Eine akzeptierende Arbeit sollte vor allem auf diejenigen einwirken, die bereits Motive des Ausstiegs aus der Szene entwickelt hätten. In solchen Fällen gelte es Ausstiegshilfen bereitzustellen. Voraussetzung für eine akzeptierende Arbeit seien gefestigte politische und moralische Orientierungen der Mitarbeiter und eine besondere Qualifikation für diese Arbeit. Eine laufende Supervision sei unverzichtbar. Auch dürfe eine akzeptierende Jugendarbeit nicht „als Sonderleistung und damit als indirekte Belohnung für rechte Szenen aufgebaut werden, sondern (sie) ist nur im Kontext einer ausgewogenen lokalen Förderung aller Jugendkulturen vertretbar“ (ebd., S. 44).

Als eine im Übergangsbereich zur Therapie angesiedelte sozialpädagogische Interventionsform bei gewalttätigen rechtsextremen Jugendlichen sieht er das Anti-Aggressivitäts-Training, das dazu beitragen könne, Mechanismen der Schuldverleugnung und -verdrängung aufzubrechen und Selbstdisziplin und Selbstkontrolle zu stärken (ebd.).

Diskussion der politischen Bildungsarbeit nach Albert Scherr

Albert Scherr versteht Rechtsextremismus als ein „Angebot für ganz normale Jugendliche“ (Bommes/Scherr 1994, S. 210). Er wendet sich gegen reduktionistische Erklärungsmodelle, die Rechtsextremismus als Folge von sozialen Defiziten oder individuellen Pathologien darstellen. Auf der Grundlage von Erkenntnissen der Vorurteils- und Rassismusforschung fordert er eine politische Bildungsarbeit gegen die Normalisierung und Verfestigung rechtsextremer Tendenzen in der breiten Masse der Bevölkerung. Im Mittelpunkt steht in seinem Ansatz der Versuch, rechten Problemlösungsmustern mittel- und langfristig demokratische Alternativen entgegenzusetzen statt kurzfristiger Interventionen, die letztlich nur die Wirkung einer Schadensbegrenzung hätten (vgl. Scherr 2001, S. 6 ff.).

Ich teile die Annahme Scherrs, dass die politische Jugendbildung bei überzeugten Rechtsextremen an ihre Grenzen stößt. Die empfohlenen

Interventionsmöglichkeiten bei gewaltauffälligen Jugendlichen mit verfestigten rechtsextremen Überzeugungen in Form von Anti-Aggressivitäts-Training und Programmen zur Konfliktschlichtung könnten zumindest einen deeskalierenden Beitrag leisten. Seine Einschätzung bezüglich der Rolle der akzeptierenden Jugendarbeit finde ich weniger überzeugend. Die von ihm genannten Voraussetzungen für eine verantwortbare akzeptierende Jugendarbeit sind in der Praxis kaum zu erfüllen (vgl. Kapitel 4.1). Auch lehnen führende Vertreter der akzeptierenden Jugendarbeit die von Scherr von diesem Ansatz erwartete Aufgabe Ausstiegshilfen bereitzustellen, entschieden ab (vgl. Schulze 2004, S. 146).

Ich denke das von Scherr vertretene Konzept der politischen Bildung ist insofern als nachhaltige Strategie gegen Rechtsextremismus zu bezeichnen, als es an den Ursachen des Rechtsextremismus in Form von gesellschaftlich weit verbreiteten problematischen ausgrenzenden Deutungsmustern ansetzt. Eine Auseinandersetzung mit unauffälligeren Erscheinungsformen politisch rechter Orientierungen, insbesondere des Rechtspopulismus, scheint mir unabdingbar, wenn der Entwicklung extremerer Rechtsorientierungen entgegengewirkt werden soll. Definitive Aussagen über die Effektivität dieser pädagogischen Strategie scheinen aber nicht möglich zu sein, da die Wirkung entsprechender Ansätze bisher kaum untersucht wurde (vgl. Leiprecht 2001, S. 434). Ein Anhaltspunkt für die Wirksamkeit der Interventionsform politische Bildungsarbeit kann darin gesehen werden, dass im Gegensatz zu den 1990er Jahren, als vor allem die akzeptierende Arbeit in rechtsextremen Szenen gefördert wurde, ein Perspektivenwechsel stattgefunden hat (vgl. Hafener 2002, S. 467 f.). Hafener beschreibt Veränderungen im Bereich der staatlichen Förderungspolitik folgendermaßen: „Im Unterschied zum AgAG⁵⁶ (das auf die Arbeit mit Jugendlichen in der rechten Szenen beziehungsweise Anfälligkeiten von Jugendlichen zielte und in der ‘akzeptierenden Jugendarbeit’ ihr Leitmotiv hatte) werden nun vor allem auch Projekte der politischen Jugendbildungsarbeit, der Opferberatung und solche Initiativen

56 Das 1992 vom Bundesministerium für Frauen und Jugend initiierte „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ (AgAG) unterstützte fünf Jahre lang in den östlichen Bundesländern rund 120 sozialpädagogische Projekte, die vor allem mit gewaltbereiten rechtsextremen Jugendlichen arbeiteten (vgl. Schulze 2004, S. 100).

gefördert, die sich als demokratische und vernetzende Kultur – in zivilgesellschaftlicher Absicht – präventiv und aktiv, beratend und bildend mit Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus und Gewalt auseinandersetzen.“ (ebd.)

Hafenegers Resümee bezüglich „Pädagogik und Jugendarbeit mit rechten Cliques“ ist ernüchternd: „Es gelingt in der pädagogischen Praxis bisher kaum, gerade diejenigen Jugendlichen in der angestrebten Weise zu erreichen, um die es geht.“ (ebd., S. 471)

5 Abschließende Überlegungen

Ich habe in dieser Arbeit weitgehend auf eine Quantifizierung des rechtsextremen Potenzials unter Jugendlichen verzichtet. Zum einen, weil mir eine Aussage über die Höhe des rechtsextremen Einstellungspotenzials angesichts der unterschiedlichen Ergebnisse diesbezüglicher Untersuchungen nicht sehr aufschlussreich erscheint.⁵⁷ Zum anderen, weil mit entsprechenden Zahlen die Illusion vermittelt wird, es gebe eine klar abgrenzbare Population Rechtsextremer und eine davon unabhängige demokratische Mehrheitsgesellschaft, die in keinem Zusammenhang mit der quantitativ isolierten Gruppe Rechtsextremer steht. Eine derartige Eingrenzung vermittelt den Eindruck eine genaue Vorstellung darüber zu haben, wer dazugehört und wer nicht. Eine derartig klare Grenzziehung, etwa zwischen Parteien der Mitte und rechtspopulistischen, aber auch rechtsextremen Parteien scheint jedoch zunehmend schwieriger zu werden (vgl. Butterwegge 2002). Entsprechende Mentalitäten und ideologische Versatzstücke sind nicht nur bei rechtsextremen Akteuren nachzuweisen, sondern streuen breit innerhalb der Bevölkerung (vgl. Möller 2000, S. 14). Dies gilt auch für Jugendliche. Eine schwache bis mittlere Verbreitung rechtsextremer Einstellungen ist bei einem Großteil der Jugendlichen festzustellen (vgl. Fuchs 2003b, S. 661). Insofern muss der jugendli-

57 Eine Vergleichbarkeit der verschiedenen Untersuchungen erscheint mir deshalb oft nicht möglich, weil die einzelnen Forschergruppen unterschiedliche Messinstrumente verwenden. In den verschiedenen Untersuchungen ist die Entscheidung über die Grenzziehung zwischen Rechtsextremisten und Nicht-Extremisten oft sehr unterschiedlich getroffen worden. Auch wurden oftmals unterschiedliche Altersgruppen untersucht. Kleinert und de Rijke beschreiben ausführlicher Probleme bei der quantitativen Bestimmung rechtsextremer Einstellungen. Sie illustrieren die Problematik eines Vergleichs von Einstellungsstudien anhand einer von ihnen durchgeführten Untersuchung hinsichtlich der Abhängigkeit der Ergebnisse von der jeweiligen Definition der Grenze, die Rechtsextremisten von Nicht-Rechtsextremisten trennen soll. Legten sie ihren Untersuchungsergebnissen eine „harte“ Rechtsextremismusdefinition als Grenzwert zugrunde, kamen sie auf drei Prozent der 16-29jährigen in Westdeutschland und auf acht Prozent in Ostdeutschland mit entsprechender Einstellung. Wenn sie eine „weichere“ Definition von Rechtsextremismus zugrundelegten, wären in Westdeutschland 11 Prozent und in Ostdeutschland 24 Prozent als rechtsextrem zu bezeichnen gewesen (vgl. Kleinert et al. 2000, S. 84 f.).

che Rechtsextremismus als eine „Erscheinung der gesellschaftlichen Mitte“ bezeichnet werden (ebd.).

Im Zuge der Auseinandersetzung mit gängigen Erklärungsversuchen des Rechtsextremismus bei Jugendlichen fiel mir immer wieder ihre starke Defizitorientierung auf. Es dominieren Bilder von deklassierten, ungebildeten, orientierungs- und perspektivlosen Jugendlichen. Demgegenüber kam es mir darauf an zu zeigen, dass es oftmals ganz normale Jugendliche sind, die rechtsextreme Denkangebote nutzen. Rechtsextremismus ist eben nicht nur ein Angebot zur Kompensation von Defiziten, sondern kann beispielsweise auch ein Mittel zur Verteidigung von Privilegien darstellen.

Ich denke eine differenziertere Analyse des Rechtsextremismus wäre ein notwendiger Schritt, um eine verantwortliche pädagogische Praxis gegen Rechtsextremismus zu entwickeln. Rechtsextreme Jugendliche sind nicht nur problembeladene, verunsicherte Opfer, denen mit einem Höchstmaß an Akzeptanz zu begegnen ist. Pädagogische Strategien gegen Rechtsextremismus müssten sich auch mit Ausschlusspraxen der gesellschaftlichen „Mitte“ befassen, wenn sie einer Rechtsentwicklung etwas entgegensetzen wollen. Es ist gerade nicht nur ein am Rande der Gesellschaft gedachter Rechtsextremismus, der einem menschlichen Zusammenleben entgegensteht.⁵⁸

Ich habe versucht, bei der Diskussion gängiger Erklärungsansätze deutlich zu machen, dass es oftmals zu problematischen Interpretationen des Phänomens kommt. Versuche, Rechtsextremismus als Ergebnis der menschlichen Evolutionsgeschichte zu erklären, als Folge allgemeiner gesellschaftlicher Desintegration, als adoleszenztypische Rebellion, als Resultat fehlender oder falscher Erziehung, als

58 Michael Th. Greven nimmt an, dass eines der wesentlichen Ziele des öffentlichen Redens über den Rechtsextremismus die Erzeugung einer „absoluten Differenz“ zu unserer Gesellschaft und ihrer Ordnung sei (vgl. Greven 1994, S. 145 f.). Er schreibt: „Das Schema und die Funktionsweise dieser dichotomisierenden Denkweise und öffentlichen Rhetorik ist als sozialer Prozeß der Externalisierung sozialer Mitverantwortung und der angemäßigten Identifizierung mit den Opfern zu analysieren. (...) Aufklärung beginnt in dieser Situation mit dem kritischen Bemühen, gegen den gesellschaftlich-politischen Prozeß der Externalisierung auf die Immanenz aller gesellschaftlichen Prozesse und Ereignisse zu pochen und gerade jenen gesellschaftlich erzeugten Schein der Fremdheit und 'Externalität' des 'Rechtsextremismus' zu destruieren.“ (ebd., S. 146 f.).

Reaktion auf Einwanderung, als Ausdruck eines bestimmten (autoritären) Charakters oder als Überbleibsel des Realsozialismus erscheinen mir nur begrenzt geeignet, zu einem tieferen Verständnis beizutragen. Als aufschlussreicher würde ich den Versuch Rommelspachers bezeichnen, die unter der Überschrift „jugendlicher Rechtsextremismus“ diskutierten Einstellungen und Praxen im Zusammenhang mit Prozessen struktureller Diskriminierung und den damit zusammenhängenden Feindbildproduktionen zu analysieren. Sie arbeitet die historische Genese von Dominanzverhältnissen und die damit verbundenen kulturellen Gelegenheitsstrukturen für Rassismus beziehungsweise Rechtsextremismus recht überzeugend heraus. Sie kann jedoch nicht erklären, warum sich in der von ihr beschriebenen „Dominanzkultur“ die politischen Überzeugungen bei den einzelnen Menschen stark voneinander unterscheiden. Insofern erklärt ihr Ansatz nur eine Facette der Thematik. Vielleicht wäre es für ein umfassenderes Verständnis des Rechtsextremismus hilfreich, Ansätze verschiedener Reichweite miteinander zu verbinden.

Zwar wird man keine Globaltheorie des Rechtsextremismus entwickeln können, die nicht sehr reduktionistisch wäre. Eventuell wäre jedoch ein metatheoretisches Raster hilfreich, um verschiedene Ansätze systematisch aufeinander beziehen zu können. Wolfgang Frindte schlägt in diesem Zusammenhang vor, den Rechtsextremismus als soziale Konstruktion⁵⁹ zu verstehen (vgl. Frindte 1995, S. 38; vgl. Frindte 1999, S. 34). Aus einer sozialkonstruktivistischen Perspektive ließen sich verschiedene Konstruktionsebenen unterscheiden: 1. Möglichkeitsräume, die das gesamtgesellschaftliche Angebot zur Wirklichkeitskonstruktion umfassen (z.B. gesellschaftliche Verhältnisse, Normen, Mythen). 2. Bedeutungsräume, in denen Wirklichkeitskonstruktionen durch Deutegemeinschaften erfolgen (z.B. Diskurse, Programme von Parteien etc.). 3. Interaktionsräume, die die interindividuelle Ebene der Wirklichkeitskonstruktion beinhalten (z.B. Gruppenabsprachen, Gruppenrituale, Intergruppenbeziehungen) 4. Sinnräume als individuelle Ebene der Wirklichkeitskonstruktion (z.B. indivi-

59 Frindte versteht unter „Soziale Konstruktionen“ die Interpretationen, Orientierungen und Handlungen, die Mitglieder einer sozialen Gemeinschaft relativ übereinstimmend produzieren und verwenden (vgl. Frindte 1995, S. 38).

duelle Handlungsgründe und -orientierungen, subjektive Theorien und Selbstkonzepte) (ebd., S. 40).

Vor dem Hintergrund eines solchen Rasters könnte sich der Ansatz Rommelspachers als hilfreich erweisen um den Möglichkeitsraum des Rechtsextremismus näher zu beschreiben. Andere partielle Erklärungsversuche könnten im Rahmen einer derartigen Herangehensweise ebenfalls erkenntnisbringend genutzt werden. Diskursanalytische Ansätze, wie die von Siegfried Jäger (vgl. Jäger et al. 1993; vgl. Jäger 1994) oder Teun van Dijk (vgl. v. Dijk 1993) wären geeignet, um Einblick in die Wirklichkeitskonstruktionen verschiedener Deutegemeinschaften in Wissenschaft, Politik, Medien und Pädagogik zu geben. Die Analysen rechter Cliques beziehungsweise rechter Jugendkulturen von Benno Hafener und Mechtild Jansen (vgl. Hafener et al. 2001) oder Anne Claire Groffman (vgl. Groffman 2001) beschreiben sehr anschaulich Gruppen und Intergruppenbeziehungen auf der Ebene der Interaktionsräume. Analysen der individuellen Handlungsgründe und -orientierungen wurden unter anderem von Rudolf Leiprecht (vgl. Leiprecht 1990) oder Ute Schad (vgl. Schad 1996) vorgelegt.

Vielleicht könnte ein entsprechend differenziertes Verständnis des Rechtsextremismus dazu beitragen einen angemesseneren Umgang mit der Thematik zu finden.

Literaturverzeichnis

- Adorno, Theodor W. / Frenkel-Brunswik, Else / Levinson, Daniel J. / Sanford, R. Nevitt: The authoritarian personality. New York 1950.
- Bauman, Zygmunt: Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust. Hamburg 1992.
- Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt 1986.
- Bergman, Jörg / Leggewie, Claus: Die Täter sind unter uns. Beobachtungen aus der Mitte Deutschlands. In: Kursbuch, Heft 113 „Deutsche Jugend“, September 1993, S. 7-37.
- Bisson, Susanne / Landua, Detlef: Ausländerfeindlichkeit bei Jugendlichen in Deutschland. In: Andresen, Sabine / Bock, Karin / Brumlik, Micha / Otto, Hans-Uwe / Schmidt, Mathias / Sturzbecher, Dietmar: Vereintes Deutschland, geteilte Jugend. Ein politisches Handbuch. Opladen 2003, S. 231-244.
- Boehnke, Klaus / Fuß, Daniel / Hagan, John: Jugendgewalt und Rechtsextremismus. Soziologische und psychologische Analysen in internationaler Perspektive. Weinheim, München 2002.
- Bommes, Michael / Scherr, Albert: Rechtsextremismus: Ein Angebot für ganz gewöhnliche Jugendliche. In: Mansel, Jürgen: Reaktionen Jugendlicher auf gesellschaftliche Bedrohung. Untersuchungen zu ökologischen Krisen, internationalen Konflikten und politischen Umbrüchen als Stressoren. Weinheim, München 1994, S. 210-227.
- Borg-Laufs, Michael: Aggressives Verhalten: Mythen und Möglichkeiten. Tübingen 1997.
- Breymann, Klaus: Die Wertordnung des Grundgesetzes und der strafrechtliche Umgang mit jungen rechten Gewalttätern. In: Butterwege 2001, S. 117-130.
- Breyvogel, Wilfried: Die neue Gewalt Jugendlicher gegen Fremde 1990-1993. Zur Kritik der Arbeiten des „Bielefelder Erklärungs-

- ansatzes“. In: Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau, 29, 1994.
- Brezinka, Wolfgang: Gewalt, Staat und Erziehung. In: Pädagogische Rundschau 1/1995.
- Broder, Henryk: „Man übt Vergeltung.“ In: Der Spiegel 30/2004, S. 132-135.
- Browning, Christopher: Ganz normale Männer. Reinbek 1993.
- Buderus, Andreas: Fünf Jahre Glatzenpflege auf Staatskosten. Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik. Bonn 1998.
- Butterwegge, Christoph / Lohmann, Georg: Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente. Opladen 2001.
- Butterwegge, Christoph / Cremer, Janine / Häusler, Andreas / Hentges, Gudrun / Pfeiffer, Thomas / Reißlandt, Carolin / Salzborn, Samuel: Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein. Opladen 2002.
- Butterwegge, Christoph / Häusler, Alexander: Rechtsextremismus, Rassismus und Nationalismus. Randproblem oder Phänomen der Mitte? In: Butterwegge 2002, S. 217-266.
- Butterwegge, Christoph: Stirbt „das deutsche Volk“ aus? - Wie die politische Mitte im Demografie-Diskurs nach rechts rückt. In: Butterwegge et al. 2002, S. 167-216.
- Brück, Wolfgang: Skinheads als Vorboten der Systemkrise. Die Entwicklung des Skinhead-Phänomens bis zum Untergang der DDR. In: Heinemann/Schubarth 1992, S. 37-46.
- Caglar, Gazi: Der Mythos von Krieg der Zivilisationen. Der Westen gegen den Rest der Welt. Münster 2002.
- „D-A-S-H Für Vernetzung - gegen Ausgrenzung“: Jugendarbeit und Rechtsextremismus. (<http://www.d-a-s-h.org/dossier/03/01>; Stand: 23.8.04)
- Demirovic, Alex / Paul, Gerd: Rechte Tendenzen unter Studierenden an hessischen Hochschulen. In: Falter, Jürgen/ Jaschke, Hans-Gerd/ Winkler, Jürgen: Rechtsextremismus. Ergebnisse und Per-

- spektiven der Forschung. Politische Vierteljahresschrift. 37.Jg., Sonderheft 27, Opladen 1996, S. 138-151.
- Dörre, Klaus: Sehnsucht nach der alten Republik? Von den Schwierigkeiten einer gewerkschaftlichen Politik gegen Rechtsextremismus. In: Heitmeyer, Wilhelm: Das Gewalt-Dilemma, Frankfurt am Main 1994, S. 166-194.
- Eckert, Roland / Willems, Helmut/ Würtz, Stefanie: Erklärungsmuster fremdenfeindlicher Gewalt im empirischen Test. In: Falter, Jürgen/ Jaschke, Hans-Gerd/ Winkler, Jürgen: Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. Politische Vierteljahresschrift. 37. Jg., Sonderheft 27, Opladen 1996, S. 152-167.
- Fischer, Jörg: Falsche Freunde schon mit 13 ... oder: Wie rechtsextreme Organisationen Jugendliche rekrutieren. In: Butterwegge 2001, S. 101-109.
- Förster, Peter: Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit. Eine systemübergreifende Längsschnittstudie zum politischen Mentalitätswandel vor und nach der Wende. Opladen 2002.
- Freire, Paulo: Pädagogik der Unterdrückten. Stuttgart 1972.
- Frindte, Wolfgang: Jugendlicher Rechtsextremismus und Gewalt zwischen Mythos und Wirklichkeit. Hamburg 1995.
- Frindte, Wolfgang: Fremde. Freunde. Feindlichkeiten. Opladen, Wiesbaden 1999.
- Fuchs, Marek / Lamnek, Siegfried/ Wiederer, Ralf: Querschläger – Jugendliche zwischen rechter Ideologie und Gewalt. Opladen 2003a.
- Fuchs, Marek: Rechtsextremismus von Jugendlichen. Zur Erklärungskraft verschiedener theoretischer Konzepte. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Heft 4, Jg. 55, 2003b, S. 654-678.
- Funke, Friedrich: Autoritarismus. Renaissance einer Erklärungstradition. In: Frindte 1999, S. 119-141.
- Funke, Hajo: Paranoia und Politik. Rechtsextremismus in der Berliner Republik. Berlin 2002.

- Gaßebner, Martina / Peucker, Christian / Schmidt, Nikola / Wahl, Klaus: Analyse von Urteilsschriften zu fremdenfeindlichen, anti-semitischen und rechtsextremistischen Straftätern. In: Wahl 2001, S. 89-161.
- Groffman, Anne: Das unvollendete Drama. Jugend- und Skinheadgruppen im Vereinigungsprozess. Opladen 2001.
- Griese, Hartmut: Wider die Repädagogisierung in der Jugendarbeit. Eine soziologisch-provokative Kritik der Erlebnispädagogik. In: Deiters, Friedrich-Wilhelm/ Pitz, Gunter: Aufsuchende, akzeptierende, abenteuer- und bewegungsorientierte, subjektbezogene Sozialarbeit mit rechten, gewaltbereiten jungen Menschen – Aufbruch aus einer Kontroverse. Münster 1998, S. 88-112.
- Hafeneger, Benno / Jansen, Mechtild: Rechte Cliques. Alltag einer neuen Jugendkultur. Weinheim, München 2001.
- Hafeneger, Benno: Pädagogik und Jugendarbeit mit rechten Cliques. Eine zwischenbilanzierende Einschätzung. In: „deutsche Jugend“ Zeitschrift für die Jugendarbeit. 50 Jg., Heft 11, November 2002, S. 466-473.
- Häusler, Alexander: Multikulturalismus als Bedrohung deutscher Identität. Migration und Integration in Medien der extremen Rechten. In: Butterwegge et al. 2002, S. 67-91.
- Heinemann, Karl-Heinz / Schubarth, Wilfried: Der antifaschistische Staat entlässt seine Kinder. Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Köln 1992.
- Heinemann, Karl-Heinz / Schmidt, Thomas: Sieger der Geschichte. Verordneter Antifaschismus und die Folgen. In: Heinemann/Schubarth 1992, S. 12-28.
- Heitmeyer, Wilhelm: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation. München 1987.
- Heitmeyer, Wilhelm: Nazis raus aus dieser Stadt!? Für neue Wege im Umgang mit rechtsextremistischen Jugendlichen. In: „deutsche Jugend“ Zeitschrift für die Jugendarbeit 1/1989, S. 19-33.

- Heitmeyer, Wilhelm: „Warum handeln Menschen gegen ihre eigenen Interessen?“ Materialien zur Auseinandersetzung mit Ursachen. Köln 1991.
- Heitmeyer, Wilhelm / Buhse, Heike / Liebe-Freund, Joachim / Möller, Kurt / Müller, Joachim / Ritz, Helmut / Siller, Gertrud / Vossen, Johannes: Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. 2. Auflage, Weinheim, München 1993.
- Heitmeyer, Wilhelm: Das Desintegrations-Theorem. Ein Erklärungsansatz zu fremdenfeindlich motivierter, rechtsextremistischer Gewalt und zur Lähmung gesellschaftlicher Institutionen. In: Heitmeyer, Wilhelm: Das Gewalt-Dilemma. Frankfurt a. M. 1994, S. 29-69.
- Heitmeyer, Wilhelm: Nehmen die ethnisch-kulturellen Konflikte zu? In: Heitmeyer 1994, S. 383-403.
- Heitmeyer, Wilhelm: Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus. Eine Analyse von Entwicklungstendenzen. In Heitmeyer, Wilhelm / Loch, Dietmar: Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien. Frankfurt a. M. 2001, S. 497-534.
- Heitmeyer, Wilhelm: Rechtsextremistische Gewalt. In: Heitmeyer, Wilhelm / Hagan, John: Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Wiesbaden 2002, S. 501-546.
- Held, Josef / Horn, Hans / Leiprecht, Rudolf / Marvakis Athanasios: Du mußt so handeln, daß du Gewinn machst... .“ Empirische Untersuchungen und theoretische Überlegungen zu politisch rechten Orientierungen jugendlicher Arbeitnehmer. 2.Auflage, Duisburg 1992.
- Held, Josef / Horn, Hans / Marvakis, Athanasios: Politische Orientierungen Jugendlicher im vereinigten Deutschland. In: Leiprecht, Rudolf: In Grenzen verstrickt. Jugendliche und Rassismus in Europa. Duisburg 1995, S. 111-130.
- Herkner, Werner: Lehrbuch Sozialpsychologie. Bern, Stuttgart, Toronto 5.Auflage 1996.

- Horckheimer, Max / Fromm, Erich / Marcuse, Herbert: Studien über Autorität und Familie. Paris 1936.
- Horn, Hans-Werner: Politische Orientierungen jugendlicher ArbeitnehmerInnen in einer ostdeutschen und einer westdeutschen Region. In: Leiprecht, Rudolf: In Grenzen verstrickt. Jugendliche und Rassismus. Duisburg 1995, S. 160-191.
- Huisken, Freerk: Zur Kritik von W. Heitmeyers Rechtsextremismustheorie – theoretisch desorientiert, politisch orientiert. In: „deutsche Jugend“ Zeitschrift für die Jugendarbeit 11/1993, S. 496-504.
- Inowlocki, Lena: Sich in die Geschichte hineinreden. Biographische Fallanalysen rechtsextremer Gruppenzugehörigkeit. Frankfurt am Main 2000.
- IFFJ (Informations-, Forschungs- und Fortbildungsdienst Jugendgewaltprävention): Jugendarbeit mit Skinheads, Berlin 1993.
- Jäger, Siegfried / Link, Jürgen: Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien. Duisburg 1993.
- Jäger, Siegfried: Rassismus und rassistisch motivierte Gewalt (nicht nur) bei Jugendlichen. In: Wölfling, Willi: Was ist nur mit unserer Jugend los? Heranwachsen unter Widersprüchen in der Bundesrepublik Deutschland. Weinheim 1994, S. 238-260.
- Jilek, Grit: Die Jugendarbeit in Leipzig angesichts kultureller Hegemoniebestrebungen und subversionstaktiken rechtsextremer Parteien und Organisationen. Diplomarbeit. Leipzig 1998.
- Kleinnert, Corinna / Johann de Rijke: Rechtsextreme Orientierungen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. In: Schubarth, Wilfried/ Stöss, Richard: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bonn 2000, S. 166-197.
- Krafeld, Franz Josef: Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen, Bremen 1992.
- Krafeld, Franz Josef: Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen. In: AK-Ruhr: Auf dem Prüfstand. Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten gewaltbereiten Jugendlichen. Dortmund 1993, S. 176-205.

- Krafeld, Franz Josef / Möller, Kurt / Müller, Andrea: Jugendarbeit in rechten Szenen. Ansätze. Erfahrungen. Perspektiven. Bremen 1993.
- Krafeld, Franz Josef: Die Praxis akzeptierender Jugendarbeit. Konzepte, Erfahrungen, Analysen aus der Arbeit mit rechten Jugendcliquen. Opladen 1996.
- Krafeld, Franz Josef: Plädoyer für eine akzeptierende und cliquenorientierte Jugendarbeit. In: Deiters, Friedrich-Wilhelm / Pilz, Gunter: Aufsuchende, akzeptierende, abenteuer- und bewegungsorientierte, subjektbezogene Sozialarbeit mit rechten, gewaltbereiten jungen Menschen. Aufbruch aus einer Kontroverse. Münster 1998, S. 41-51.
- Krafeld, Franz Josef: Der gerechtigkeitsorientierte Ansatz. Ein offensives Konzept gegen Rechtsextremismus. In: Krafeld, Franz Josef / Wippermann, Carsten / Zarcos-Lamolda: Auf der Suche nach Thrill und Geborgenheit. Lebenswelten rechtsradikaler Jugendlicher und neue pädagogische Perspektiven. Opladen 2002, S. 187-226.
- Kühnel, Wolfgang: Gelähmte Bewegung. Über den Umgang der neuen sozialen Bewegungen mit Rechtsextremismus und fremdenfeindlicher Gewalt. In: Heitmeyer, Wilhelm: Das Gewaltdilemma. Frankfurt am Main 1994, S. 138-165.
- Lange, Ernst: Einführung. Pädagogik der Unterdrückten. In: Freire 1972, S. 7-28.
- Leggiewie, Claus: Plädoyer eines Antiautoritären für Autorität. In: Die Zeit vom 5.3.1993.
- Leiprecht, Rudolf: „... da baut sich ja in uns ein Haß auf ...“ Zur subjektiven Funktionalität von Rassismus und Ethnozentrismus bei abhängig beschäftigten Jugendlichen. Hamburg, Berlin 1990.
- Leiprecht, Rudolf: Rassismus und Ethnozentrismus bei Jugendlichen. Zu den unterschiedlichen Formen dieser ausgrenzenden und diskriminierenden Orientierungen und Praxen und zur Notwendigkeit einer mehrdimensionalen antirassistischen Praxis. 2.Auflage, Duisburg 1992.

- Leiprecht, Rudolf: Ein Problem nur für „Fremde“? Rassismus und die Macht der Zuschreibung. In: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich. Heft 45, Dezember 1992 Offenbach/Main, S. 17-33.
- Leiprecht, Rudolf: Zum Umgang mit subtilen und offenen Rassismen in Schule und Unterricht. Beitrag zum Buchprojekt: Schule in der pluriformen Einwanderungsgesellschaft. Noch nicht veröffentlicht 2005.
- Leiprecht, Rudolf: Alltagsrassismus. Eine Untersuchung bei Jugendlichen in Deutschland und den Niederlanden. Münster, New York, München, Berlin 2001.
- Loch, Dietmar: Die radikale Rechte in den westlichen Demokratien. In: Heitmeyer/ Loch 2001, S. 463-496.
- Maaz, Hans-Joachim: Sozialpsychologische Ursachen des Rechtsextremismus. Erfahrungen eines Psychoanalytikers. In: Heine mann/ Schubarth 1992, S. 116-125.
- Maaz, Hans-Joachim: Gewalt, Rassismus und Rechtsextremismus in den östlichen Bundesländern. In: Otto, Hans-Uwe / Merten, Roland: Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Jugend im Umbruch. Bundeszentrale für politische Bildung. Schriftenreihe Band 319. Bonn 1993, S. 176-181.
- Merton, Robert King: Sozialstruktur und Anomie. In: Sack, F. / Köng, R.: Kriminalsoziologie. Wiesbaden 1979.
- Milgram, Stanley: Behavioral Study of Obedience. In: Journal of Abnormal and Social Psychology, (4), 371-378.
- Möller, Kurt: Rechte Kids. Eine Langzeitstudie über Auf- und Abbau rechtsextremistischer Orientierungen bei 13- bis 15-Jährigen. Weinheim, München 2000.
- Morshäuser, Bodo: Rechtsradikale Jugendliche: „Eine antiautoritäre Rebellion“. In: Psychologie heute 12/1993.
- Müller, Joachim: Täterprofile. Hintergründe rechtsextremistisch motivierter Gewalt. Wiesbaden 1997.
- Neidhardt, Friedhelm: Rechtsextremismus – ein Forschungsfeld. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Heft 4, Jg. 54, 2002, S. 777-787.

- Oesterreich, Detlef: Autoritäre Persönlichkeit und Gesellschaftsordnung. Der Stellenwert psychischer Faktoren für politische Einstellungen. Eine empirische Untersuchung von Jugendlichen in Ost und West. Weinheim, München 1993.
- Oesterreich, Detlef: Massenflucht in die Sicherheit? Zum politischen Verhalten autoritärer Persönlichkeiten. Theoretische Überlegungen und Ergebnisse von vier empirischen Untersuchungen. In: Newsletter 2/1998, S. 4-21.
- Oesterreich, Detlef: Politische Bildung von 14-Jährigen in Deutschland. Studien aus dem Projekt Civic Education. Opladen 2002.
- Oevermann, Ulrich: Zur soziologischen Erklärung und öffentlichen Interpretation von Phänomenen der Gewalt und des Rechtsextremismus bei Jugendlichen. In: König, Hans-Dieter: Sozialpsychologie des Rechtsextremismus, Frankfurt am Main 1998, S. 83-125.
- Offe, Claus: Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im neuen Osten. Frankfurt, New York 1994.
- Osterkamp, Ute: Verleugnung und Irrationalisierung des Rassismus im öffentlichen Diskurs. In: Lengfeld, Holger: Entfesselte Feindbilder. Über die Ursachen und Erscheinungsformen von Fremdenfeindlichkeit. Berlin 1995, S. 129-144.
- Parsons, Talcott: Some Sociological Aspects of the Fascist Movements. In: Social Forces 20/1942, S. 138-147.
- Petzel, Thomas / Sommer, Gert / Stellmacher Jost: Autoritarismus und Einstellung zu Menschenrechten im Ost-West-Vergleich. In: Boehnke et al. 2002, S. 93-118.
- Pfeiffer, Christian: Anleitung zum Hass. In: Der Spiegel 12/1999, S. 60-66.
- Reich, Wilhelm: Massenpsychologie des Faschismus. Berlin, Kopenhagen 1933.
- Rensmann, Lars: Demokratie und Judenbild. Wiesbaden 2004.
- Rommelspacher, Birgit: Rechtsextreme als Opfer der Risikogesellschaft. Zur Täterentlastung in den Sozialwissenschaften. In:

- 1999 Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts. 6. Jahrgang, April 1991, Heft 2, S. 75-87.
- Rommenspacher, Birgit: Rassistische Einstellungen und die Gewalt von rechts. In: Beckmann, Herbert: Angegriffen und bedroht in Deutschland. Selbstzeugnisse, Berichte, Analysen. Weinheim 1993a, S. 173-177.
- Rommenspacher, Birgit: Männliche Gewalt und gesellschaftliche Dominanz. In Otto, H.-U. / Merten, R.: Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Bonn, Opladen 1993b, S. 200-210.
- Rommenspacher, Birgit: Rassismus und Rechtsextremismus. Der Streit um die Ursachen. In: Tillner, Christiane: Rechtsextremismus. Rassismus. Gewalt. Feministische Beiträge. Münster 1994, S. 11-26.
- Rommenspacher, Birgit: Rassistische und rechte Gewalt. Der Streit um die Ursachen. In: Rommenspacher Birgit: Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht. Berlin 1995, S. 80-87.
- Rommenspacher, Birgit: Orientierungslosigkeit und Macht. In: Rommenspacher 1995, S. 9-38.
- Rommenspacher, Birgit: Psychologische Erklärungsmuster zum Rassismus. In: Mecherill, Paul / Thomas, Theo: Psychologie und Rassismus. Hamburg 1997, S. 153-172.
- Rommenspacher, Birgit: Das Geschlechterverhältnis im Rechtsextremismus. In: Schubarth, Wilfried / Stöss, Richard: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bonn 2000, S. 199-219.
- Rommenspacher, Birgit: Die Anerkennung der Ausgrenzung. Nicht der Multikulturalismus, sondern die Integrationspolitik ist gescheitert. In: iz3w, Ausgabe 284, April/Mai 2005, S. 22-25.
- Rüger, Felicia: Rechtsextremismus: Zusammenhänge mit der aktuellen Lebenssituation in Deutschland. Frankfurt am Main 2001.
- Runge, Irene: Wer hat Angst vor'm scharzen Mann? In: Heinemann, Karl-Heinz / Schubarth, Wilfried: Der antifaschistische Staat entläßt seine Kinder. Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Köln 1992, S. 132-139.

- Schad, Ute: Verbale Gewalt bei Jugendlichen. Ein Praxisforschungsprojekt über ausgrenzendes Verhalten gegenüber Minderheiten. Weinheim, München 1996.
- Scherr, Albert: Pädagogische Interventionen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Schwalbach 2001.
- Scheuch, E. K. / Klingemann, H.-D.: Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften. In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialpolitik 12/1967, S. 11-29.
- Schulze, Rudolf: Zur Kritik der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechtsradikalen Jugendlichen. Bremen 2004.
- Schneider, Peter: Erziehung nach Mölln. In: Kursbuch, Heft 113 „Deutsche Jugend“, September 1993, S. 131-141.
- Schnoor, Herbert: Gehen der Politik die gewaltlosen Steuerungsmittel zur Beherrschung zukünftiger ethnischer Konflikte aus? In: Heitmeyer, Wilhelm: Das Gewalt-Dilemma. Frankfurt am Main 1994, S. 452-464.
- Schreiber, Anett: Psychische Bewältigung existentieller Bedrohungen von Studenten in Ostdeutschland. Dissertation. Leipzig 1994.
- Schröder, Sebastian: Fremdsein und Fremdenfeindlichkeit. Marburg 2003.
- Sofsky, Wolfgang: Die Ordnung des Terrors. Das Konzentrationslager. Frankfurt am Main 1993.
- Sturzbecher, Dietmar: Jugend und Gewalt in Ostdeutschland. Göttingen, Bern, Toronto, Seattle 1997.
- Van Dijk, Teun: Eliten, Rassismus und die Presse. In: Jäger / Link 1993, S. 80-130.
- Volmberg, Birgit / Bensch, Beate / Kirchhoff, Dietmar: Rechtsextremismus, kein Thema für Angestellte? Hamburg 1997.
- Wahl, Klaus / Tramitz, Christiane / Blumtritt, Jörg: Fremdenfeindlichkeit. Auf den Spuren extremer Emotionen. Opladen 2001.
- Wahl, Klaus: Skinheads, Neonazis, Mitläufer. Täterstudien und Prävention. Opladen 2003.
- Wasmuth, Ulrike: Rechtsextremismus: Bilanz und Kritik sozialwissenschaftlicher Erklärungen. In: Leviathan 1/1997, S. 107-137.

- Willems, Helmut / Eckert, Roland / Würtz, Stefanie / Steinmetz, Linda: Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen - Täter - Konflikteskalation. Opladen 1993.
- Willems, Helmut: Jugendunruhen und Protestbewegungen. Eine Studie zur Dynamik innergesellschaftlicher Konflikte in vier europäischen Ländern. Opladen 1997.
- Winkler, Jürgen: Bausteine einer allgemeinen Theorie des Rechtsextremismus. Zur Stellung und Integration von Persönlichkeits- und Umweltfaktoren. In: Falter, Jürgen / Jaschke, Hans-Gerd / Winkler, Jürgen: Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. Politische Vierteljahresschrift. 37.Jg., Sonderheft 27, Opladen 1996, S. 39-48.
- Wippermann, Wolfgang: Faschismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute. Darmstadt 1997.
- Zimmermann, Klaus: Fremdenfeindlichkeit, Zuwanderung und Ökonomie. In: Büchel, Felix / Glück, Judith / Hoffrage, Ulrich / Stanat, Petra / Wirth, Joachim: Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Dokumentation einer interdisziplinären Vortragsreihe. Opladen 2002, S. 119-136.

Schriftenreihe des Interdisziplinären Zentrums für Bildung und Kommunikation in Migrationsprozessen (IBKM)

- 1 Rolf Meinhardt (Hg.): Zur schulischen und außerschulischen Versorgung von Flüchtlingskindern, 1997, 218 S.
ISBN 3-8142-0597-9 € 7,70
- 2 Daniela Haas: Folter und Trauma – Therapieansätze für Betroffene, 1997, (vergriffen; abzurufen im Internet unter: www.bis.uni-oldenburg.de/bisverlag/haafol97/haafol97.html)
- 3 Claudia Pingel: Flüchtlings- und Asylpolitik in den Niederlanden, 1998, 129 S.
ISBN 3-8142-0637-1 € 7,70
- 4 Catrin Gahn: Adäquate Anhörung im Asylverfahren für Flüchtlingsfrauen? Zur Qualifizierung der „Sonderbeauftragten für geschlechtsspezifische Verfolgung“ beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, 1999, 165 S.
ISBN 3-8142-0680-0 € 7,70
- 5 Gabriele Ochse: Migrantinnenforschung in der Bundesrepublik Deutschland und den USA, 1999, 175 S.
ISBN 3-8142-0694-0 € 7,70
- 6 Susanne Lingnau: Erziehungseinstellungen von Aussiedlerinnen aus Russland. Ergebnisse einer regionalen empirischen Studie.
ISBN 3-8142-0708-4 € 7,70
- 7 Leo Ensel: Deutschlandbilder in der GUS. Szenarische Erkundungen in Rußland, 2001, 254 S.
ISBN 3-8142-0776-9 € 10,20
- 8 Caren Ubben: Psychosoziale Arbeit mit traumatisierten Flüchtlingen, 2001, 298 S.
ISBN 3-8142-0708-4 € 11,80
- 9 Iris Gereke / Nadya Srur: Integrationskurse für Migrantinnen. Genese und Analyse eines staatlichen Förderprogramms, 2003, 268 S.
ISBN 3-8142-0860-9 € 13,00
- 10 Anwar Hadeed: Sehr gut ausgebildet und doch arbeitslos. Zur Lage höher qualifizierter Flüchtlinge in Niedersachsen, 2004, 169 S.
ISBN 3-8142-0913-3 € 13,90
- 11 Yuliya Albayrak: Deutschland prüft Deutsch. Behördliche Maßnahmen zur Feststellung der Deutschbeherrschung von Zugewanderten, 2004, 224 S.
ISBN 3-8142-0919-2 € 12,00
- 12 Oliver Trisch: Globales Lernen. Chancen und Grenzen ausgewählter Konzepte, 2004, 145 S.
ISBN 3-8142-0938-9 € 7,70
- 13 Iris Gereke / Rolf Meinhardt / Wilm Renneberg: Sprachförderung in Kindertagesstätten und Grundschulen – ein integrierendes Fortbildungskonzept. Abschlussbericht des Pilotprojekts, 2005, 198 S.
ISBN 3-8142-0946-X € 12,00

b.w.

- 14 Barbara Nusser: „Kebab und Folklore reichen nicht“. Interkulturelle Pädagogik und interreligiöse Ansätze der Theologie und Religionspädagogik im Umgang mit den Herausforderungen der pluriformen Einwanderungsgesellschaft, 2005, 122 S.
ISBN 3-8142-0940-0 € 8,00
- 15 Malve von Möllendorff: Kinder organisieren sich!? Über die Rolle erwachsener Koordinator(innen) in der südafrikanischen Kinderbewegung, 2005, 224 S.
ISBN 3-8142-0948-6 € 10,00
- 16 Wolfgang Nitsch: Nord-Süd-Kooperation in der Lehrerfortbildung in Südafrika. Bericht über einen von der Universität Oldenburg in Kooperation mit der Vista University in Port Elizabeth (Südafrika) veranstalteten Lehrerfortbildungskurs über Szenisches Spiel als Lernform im Unterricht (16. Januar bis 7. Februar 2003), 2005, 210 S.
ISBN 3-8142-0939-7 € 13,90
- 17 Nadya Srur, Rolf Meinhardt, Knut Tielking: Streetwork und Case Management in der Suchthilfe für Aussiedlerjugendliche, 2005, 235 S.
ISBN 3-8142-0950-8 € 13,90
- 18 Kerstin Tröschel: Kooperation von Kindertagesstätten und Grundschulen. 2005
ISBN 3-8142-0982-6 (in Vorbereitung)
- 19 Seyed Ahmad Hosseinizadeh: Internationalisierung zwischen Bildungsauftrag und Wettbewerbsorientierung der Hochschule. Modelle und Praxis der studienbegleitenden Betreuung und Beratung ausländischer Studierender am Beispiel ausgewählter Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland und den USA, 2005, 373 S.
ISBN 3-8142-0978-8 € 19,00
- 20 Susanne Theilmann: Lernen, Lehren, Macht. Zu Möglichkeitsräumen in der pädagogischen Arbeit mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, 2005, 155 S.
ISBN 3-8142-0983-4 € 9,00
- 21 Anwar Hadeed: Selbstorganisation im Einwanderungsland. Partizipationspotentiale von MigrantenSelbstorganisationen in Niedersachsen, 2005, 266 S.
ISBN 3-8142-0985-0 € 13,90
- 22 Carolin Ködel: Al urs al abiad, Scheinehe, le mariage en papier : eine filmische Erzählung über illegale Migration und Möglichkeiten ihres Einsatzes im interkulturellen und antirassistischen Schulunterricht, 2005. - 122 S.
ISBN 3-8142-0996-6 € 9,00